

## Globale Ungleichheiten

### PROKLA-Redaktion

Editorial: Kapitalismus(kritik) und Ungleichheit

### André Gunder Frank (1929–2005)

Ein Nachruf von *Theotonio dos Santos*

### André Gunder Frank

Das 21. Jahrhundert wird ein Asiatisches sein

### Robert H. Wade

Über die Gründe global zunehmender Armut  
und Ungleichheit

### Philipp Hersel

Von der Ungleichheit des globalen Naturverbrauchs

### Heide Gerstenberger, Ulrich Welke

Wie nationale Souveränität zu Märkte getragen wird

### Hans-Jürgen Bieling

Die Europäische Union: eine neue Supermacht  
mit imperialen Ambitionen?

### Miriam Heigl

Auf dem Weg zur finalen Krise des Kapitalismus?

---

### Étienne Balibar

Was für eine Europäische Verfassung?

### Tobias Pflüger

Gegen diesen EU Verfassungsvertrag

### Isabell Lorey

Die Wiederkehr des Verdrängten  
am Beispiel des Ekels. Zum Betrachten  
der Folterbilder aus Abu Ghraib



# PROKLA 139

## Schwerpunkt: Globale Ungleichheiten

<i>PROKLA-Redaktion</i> : Editorial: Kapitalismus(kritik) und Ungleichheit .....	166
André Gunder Frank (1929 - 2005) Ein Nachruf von <i>Theotonio dos Santos</i> .....	171
<i>André Gunder Frank</i> : Das 21. Jahrhundert wird ein Asiatisches sein .....	175
<i>Robert H. Wade</i> : Über die Gründe global zunehmender Armut und Ungleichheit - oder warum der „Matthäus Effekt“ vorherrscht .....	179
<i>Philipp Hersel</i> : Von der Ungleichheit des globalen Naturverbrauchs. Die Rolle des internationalen Finanzsystems bei der Inwertsetzung, Zerstörung und Umverteilung der natürlichen Ressourcen des Südens ....	203
<i>Heide Gerstenberger, Ulrich Welke</i> : Wie nationale Souveränität zu Märkte getragen wird .....	225
<i>Hans-Jürgen Bieling</i> : Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen? .....	247
<i>Miriam Heigl</i> : Auf dem Weg zur finalen Krise des Kapitalismus? Weltsystemtheoretische Beiträge zur neuen Debatte um Imperialismus ..	267

## Außerhalb des Schwerpunkts

<i>Étienne Balibar</i> : Was für eine Europäische Verfassung? .....	287
---	-----

## Einsprüche

<i>Tobias Pflüger</i> : Gegen diesen EU Verfassungsvertrag .....	301
<i>Isabell Lorey</i> : Die Wiederkehr des Verdrängten am Beispiel des Ekels. Zum Betrachten der Folterbilder aus Abu Ghraib .....	307
<i>Summaries</i> .....	315
<i>Zu den AutorInnen</i> .....	316

## Editorial: Kapitalismus(kritik) und Ungleichheit

1.

Ein Gespenst ging um in Deutschland, das Gespenst des Kapitalismus. Es wechselte auf wundersame Weise seine Gestalt, trat einmal auf als Heuschrecken-schwarm ausländischer, vorzugsweise amerikanischer Investoren, dann wieder als vernunft- und moralbegabtes Wesen, an dessen soziale Verantwortung man appellieren konnte. Die Kritik an diesem Gespenst sollte helfen, eine Wahl zu gewinnen, aber die Wahl ging verloren und nun kommt die nächste, große Wahl viel früher als geplant. Diejenigen, die dieses Gespenst gerufen haben, bemühen sich jetzt, es wieder einzufangen und die Flasche zuzustöpseln, der es entstieg.

Wie in jedem Gespenst steckt allerdings auch in diesem ein harter, gesellschaftlicher Kern, der sich der Inszenierung widersetzt. Die Menschen sind klug genug zu wissen, dass der Kapitalismus nicht wie eine Heuschreckenplage vorüberzieht und dass diejenigen, die jetzt Alarm geschlagen haben, vorher nichts als Anpassung und Opfer von denen gefordert haben, denen der Wind der Globalisierung hierzulande am schärfsten ins Gesicht bläst. Sie kennen die Gefahren, die die zunehmende Abhängigkeit des eigenen Schicksals und dessen der Gesellschaft von Markt und Profit mit sich bringen, und lehnen zugleich die Inszenierung von Kapitalismuskritik zu Wahlkampfzwecken ab. Das zeigen alle Umfragen zu Münteferings Kampagne. Sie spüren die Realität einer langsam, aber stetig auseinanderdriftenden Gesellschaft,

und selbst dann, wenn sie sich am besseren Ende wiederfinden, ist ihr Leben dabei, sich zu verändern, stressiger, unsicherer und voller widersprüchlicher Anforderungen zu werden. Das Gefühl von Ungerechtigkeit, von einer aus dem Ruder laufenden gesellschaftlichen Entwicklung macht sich breit, wenn der Vorsitzende der Deutschen Bank Rekordgewinne verkündet, und gleichzeitig erklärt, diese müssten durch den Abbau von 6000 Arbeitsplätzen noch weiter gesteigert werden, so als wolle er den Marxschen Satz von der Maßlosigkeit kapitalistischer Verwertung, die keine innere Grenze kenne, auch noch dem letzten Zweifler einbläuen.

Von Adam Smith bis John Rawls bestand die einzige Rechtfertigung, die Liberale dem Kapitalismus abforderten, darin, dass er die Lebensbedingungen auch noch derjenigen, die am schlechtesten gestellt sind, verbessern müsse. Aber selbst nach diesem schwachen Kriterium, das allenfalls eine Zeitlang in den am meisten entwickelten Ländern erfüllt war, wird die Legitimität des Kapitalismus in Deutschland heute brüchig. Es ist beileibe nicht mehr sicher, dass es allen besser geht, weil es Ackermann und seinen Kollegen sehr viel besser geht. Wenn in Deutschland heute wieder vom Kapitalismus die Rede ist, geht es der Sache nach um die Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die Aufkündigung des Nachkriegskompromisses zwischen Kapitaleignern und Lohnabhängigen.

Das Problem dabei ist nicht, wie von Müntefering unterstellt, ein individuell moralisches, wie die „Verantwortungslosigkeit“ von Fondsmanagern oder die „Maßlosigkeit“ von Konzernchefs. Der über die Konkurrenz vermittelte Zwang zur Kapitalverwertung ist das Grundgesetz des Kapitalismus. Wollen die Kapitaleigner, dass ihre Unternehmen am Markt überleben, dann müssen sie nicht nur Profit machen, sondern einen Profit, der mit dem ihrer Hauptkonkurrenten mithalten kann. Von den Missionaren des Neoliberalismus, wie Hans-Werner Sinn, dem Präsidenten des Ifo-Instituts, wird dieser Zusammenhang auch überhaupt nicht bestritten, sondern offensiv gegen die moralisierende Kritik der Münteferings ins Feld geführt: „Wer sich ihr mit moralischen Ansprüchen nähert, hat die Funktionsweise der Marktwirtschaft nicht verstanden“ (Neue Osnabrücker Zeitung 20.04.05). Allerdings ist damit noch überhaupt nicht die Frage beantwortet, wie Staat und Gesellschaft mit dieser „unmoralischen“ Veranstaltung umgehen. Es sind ja keine Naturgewalten, die die Vorherrschaft der Finanzmärkte und des „shareholder value“ hervorgebracht haben, sondern politische Entscheidungen, die die Finanzmärkte liberalisierten und die Freiräume für Hedge Fonds und Private-Equity Fonds erst eröffneten. In Deutschland wurden Hedge Fonds erst 2004 von der Rot-Grünen Koalition für Anleger freigegeben, nachdem die selbe Koalition bereits mit ihrer Steuerreform 2000 für Kapitalgesellschaften die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, die beim Verkauf von Unternehmensbeteiligungen entstehen, abschaffte. Die eigene Politik begünstigte alles das, was jetzt kritisiert wird. Dass sich an dieser Art von Politik etwas ändert, ist aber gerade nicht zu erwarten. Auf dem Programm von Rot-Grün steht nicht nur die Beibehaltung der Agenda 2010, sondern auch die Senkung der Körperschaftssteuer und die Abschaffung der Erbschaftssteuer für Unternehmen, die von den Erben wei-

tergeführt werden. Und von Schwarz-Gelb oder einer großen Koalition ist da auch nichts grundsätzlich anderes zu erwarten. Die nächste Runde von Sozialkürzungen „weil der Staat kein Geld hat“, kommt bestimmt.

## 2.

Was bisher schon an Verschiebungen im sozialen Gefüge der Bundesrepublik stattgefunden hat (und zwar noch ohne die jetzt erst einsetzenden Auswirkungen von Hartz IV zu berücksichtigen) wird im kürzlich erschienenen zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eher angedeutet als tatsächlich erfasst. Der sozialwissenschaftliche „state of the art“, den dieser Bericht in seinen empirischen Teilen zweifellos repräsentiert, stößt an seine Grenzen, wenn die Datenlage es nicht hergibt, vor allem die oberen Einkommens- und Vermögenskategorien angemessen auszuleuchten. Aber es hätte den Verfassern gut angestanden, hätten sie die Lücken deutlicher benannt und beispielsweise auf die exorbitanten Zuwachsraten in den Gehältern der Vorstandsmitglieder der DAX-Unternehmen von 1997 bis 2002 um 65 Prozent auf das 42fache des durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens hingewiesen – Informationen, die fraglos in einen Reichtumsbericht gehören, dort aber nicht auftauchen (siehe Joachim Bergmann, Die Reichen werden reicher – auch in Deutschland, in: Leviathan 2/2004: 185-201). Immerhin zeigt dieser Bericht, dass die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen weiter zunimmt, die Armutsrisikoquote (definiert als ein Einkommen von unter 60 Prozent des Medians) im Fünfjahreszeitraum seit 1998 um knapp eineinhalb Prozentpunkte auf 13,5 Prozent gestiegen ist und dabei vor allem das Risiko, durch Arbeitslosigkeit in Armut zu geraten, sich weiter verschärft hat.

Eingebettet sind die Befunde in programmatische Stellungnahmen zur rot-grünen Regierungspolitik. Diese soll als angemessene Antwort auf die gesell-

schaftlichen und ökonomischen Probleme erscheinen. Die heute noch zutreffende Information, dass die Altersarmut weiter zurückgegangen ist, wird einfach in die Zukunft hinein verlängert und unter der Überschrift präsentiert „Rente bleibt verlässlich – Sicherheit im Alter“ (Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, Deutscher Bundestag, Drucksache 15/5015 vom 3.3. 2005: 17), ungeachtet aller Rentenreformmodelle, die stets auf einen Rückgang des Leistungsniveaus und eine stärkere Eigenbeteiligung abzielen. Als Antwort auf die Krise am Arbeitsmarkt folgen die bekannten Hinweise auf das Repertoire der Agenda 2010, ungeachtet aller skeptischen Befunde aus der arbeitsmarkt- und sozialwissenschaftlichen Forschung, die mittlerweile hierzu vorliegen, und ungeachtet aller Einwände von ökonomischer Seite, die die Verbindung von Leistungskürzungen im Zuge von Hartz IV, Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst und „Haushaltskonsolidierung“ für beschäftigungspolitisch desaströs halten (vgl. dazu PROKLA 134 *Die kommende Deflationskrise?*, März 2004). Unter der Überschrift „Flexibilität und Sicherheit“ verkündet der Bericht das Ende des Sozialstaats wie wir ihn bis heute in Deutschland kennen. Die Sicherung des „materiellen Status“, heißt es da, sei nicht nur – was unter den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen sicherlich richtig ist – zunehmend schwieriger geworden. Sie gerät als politisches Ziel selbst aus dem Blick. „Zugleich aber sind verteilungspolitische Maßnahmen unter veränderten ökonomischen Bedingungen nur noch begrenzt wirksam. Es geht darum, neue Formen der Sicherheit zu fördern. Soziale Sicherheit folgt künftig dem Paradigma, die Menschen zu befähigen, flexibel auf die Herausforderungen der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft zu reagieren“ (ebd.). Was aber soll soziale Sicherheit heißen, wenn materielle Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist?

Die Sicherung des materiellen und sozia-

len Status war im deutschen Sozialstaat immer schon eine zwiespältige Angelegenheit. Bedeutete sie doch die Fixierung auf den Erwerbsstatus und daraus abgeleitet die Fortschreibung sozialer Ungleichheiten im sozialen Sicherungssystem. Zugleich wurden auf diese Weise aber auch den Lohnabhängigen soziale Rechte zuerkannt und die Mittelklassen in die Unterstützung des Sozialstaats eingebunden, weil sie selbst von ihm unterstützt wurden. Abgehen von der Statussicherung könnte im Prinzip auch heißen, einen egalitäreren Weg einzuschlagen – die Finanzierungsgrundlage über das Erwerbseinkommen hinaus zu erweitern, die individuelle Absicherung, unabhängig vom familiären Status, in den Vordergrund zu stellen und damit den *Bürger* – statt den *Erwerbsstatus* zu stärken. Was hier anvisiert wird, geht aber in eine ganz andere Richtung. „Befähigung“ statt Statussicherung schiebt die Verantwortung, sich mit den jeweils vorhandenen und vom Staat zugeteilten Ressourcen im „neuen Kapitalismus“ der Flexibilisierung (Sennett) über Wasser zu halten, den Individuen zu und hält für den Fall des Scheiterns allenfalls noch eine Grundsicherung auf deutlich abgesenktem Niveau bereit. Was hier als neues Konzept der sozialer Sicherung, als zeitgemäßer Sozialstaat verkauft wird, ist im Grunde die Rückkehr zum uralt-liberalen Modell des 19. Jahrhunderts: der Einzelne hat allenfalls Anspruch auf die Sicherung des Überlebens, alles weitere muss er selbst am Markt erreichen – oder eben auch nicht. Nicht mehr die Angleichung der Lebensverhältnisse, sondern die Ungleichheit wird wieder zum Motor des Fortschritts erklärt. Eine solche Politik legt es denen, die es sich leisten können, geradezu nahe, sich vom Sozialstaat und seinen solidarischen Formen zu verabschieden.

3.

Die vom Kapitalismus hervorgebrachten Ungleichheiten existieren aber nicht allein auf nationaler Ebene, die Ungleich-

heiten sind global. Von neoliberalen Politikern und Ökonomen wird die Globalisierung als Allheilmittel gegen Unterentwicklung und Armut angepriesen. Auch hier erinnert vieles an das 19. Jahrhundert, an die Propheten des Freihandels. Ökonomische Liberalisierung und Deregulierung auch der schwachen, wenig entwickelten Länder, soll zu deren eigenem Vorteile erfolgen. Wer dies bestreitet, habe die Marktwirtschaft nicht verstanden oder verfolge bornierte Partikularinteressen. Die Ergebnisse dieser in den letzten Jahrzehnten zunehmend betriebenen Politik weisen aber in eine ganz andere Richtung. *Robert H. Wade* zeigt in seinem Beitrag, dass auf globaler Ebene noch immer der „Matthäus-Effekt“ vorherrscht: es wird denen gegeben, die schon haben. Detailliert setzt sich Wade mit scheinbar entgegengesetzten Ergebnissen auseinander und macht deutlich, dass die Entwicklung der Armut vor allem davon abhängt, wie man sie misst. Aber auch das wo ist nicht uninteressant: Nimmt man China aus den einschlägigen Statistiken heraus, sieht es, egal mit welcher Messung, schlecht aus für die Armutsbekämpfung durch Globalisierung. Und China selbst entwickelte sich bisher, indem es gerade nicht die neoliberalen Musterrezepte befolgte. Die weltweite Dominanz dieser Rezepte führt eher zur Verfestigung der globalen Ungleichheiten als zu ihrer Reduzierung. Integration in die liberalisierten Finanzmärkte, welche das Herzstück der Globalisierung bilden, hat auch Konsequenzen für Umfang und Art des Naturverbrauchs. Dies zeigt *Philipp Hersel* in seinem Beitrag. Diese Integration begünstigt nicht nur den Transfer von natürlichen Ressourcen vom Süden in den Norden, wobei die ökologischen Schäden auf Seiten des Südens verbleiben. Durch die Verschuldung angetrieben müssen die Länder des Südens ihre natürlichen Ressourcen immer weiter auf den Markt werfen, was dort zu Preisverfall führt. Statt bei sinkenden Preisen aber das Angebot zu drosseln, wie es die

reine liberale Lehre vorsieht, müssen sie mehr auf den Markt werfen, um den Schuldendienst leisten zu können. Sie sind in derselben Zwangslage wie Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, und die bei einem geringeren Lohn nicht weniger sondern mehr arbeiten müssen. Hinter der formalen Symmetrie der Märkte verbirgt sich zumindest bei einigen Märkten eine grundlegende, strukturelle Asymmetrie.

Globale Ungleichheiten können sich auch auf kleinstem Raum zusammendrängen, z.B. auf einem Schiff, wie der Beitrag von *Heide Gerstenberger* und *Ulrich Welke* zeigt. Das „Ausflaggen“ von Schiffen macht es möglich, dass die angeheuerte Mannschaft nicht nur aus ganz verschiedenen Ländern stammt, sondern dass die Einzelnen auch für ganz unterschiedliche Löhne arbeiten, da für jeden die Arbeitsbedingungen seines Herkunftslandes gelten. Die staatliche Rechtssetzung, die für ein Minimum an Schutz auch der schwächeren Seite sorgt, ist unter solchen Bedingungen de facto ausgehebelt.

Auch für die Machtverteilung auf der politischen Ebene spielen globale Ungleichheiten eine entscheidende Rolle und schlagen sich in der Konkurrenz von Staaten nieder. Wie sich diese Konkurrenz entwickelt und mit welchen Konzepten sie zu analysieren ist, ist durchaus umstritten. In *PROKLA 133 Imperialistische Globalisierung* (Dezember 2003) hatten wir diese Debatte aufgenommen. *Hans-Jürgen Bieling* führt diesen Strang in seinem Beitrag fort und diskutiert die Entwicklungsperspektiven der EU: ob und inwiefern sich hier eine supranationale Macht mit imperialen Ambitionen herausbildet.

Globale Ungleichheiten sind für die Weltsystemtheorie geradezu konstitutiv. In den *PROKLA* Heften 133 und 135 debattierten bereits Immanuel Wallerstein und Stephen Gill über die prominenteste These dieses Ansatzes, den bevorstehenden Niedergang der US-amerikanischen Hegemonie. *Miriam Heigl*

gibt nun einen systematischen Überblick über Leistungen und Defizite der neuen Ansätze der Weltsystemtheorie angesichts der wieder eingesetzten imperialismustheoretischen Debatten.

\* \* \*

Nach dem gemeinsamen Binnenmarkt und der Einführung des Euro ist der Verfassungsvertrag, der gegenwärtig ratifiziert wird, das dritte große Projekt einer institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Union. Außerhalb des Heftschwerpunktes setzt sich *Étienne Balibar* auf einer grundsätzlichen Ebene mit den Problemen einer europäischen Verfassung und der Weiterentwicklung der EU auseinander. Ein entschiedenes Votum gegen den jetzt vorliegenden Verfassungsvertrag, vor allem wegen des darin enthaltenen Versuchs Aufrüstungsbemühungen der EU-Staaten verfassungsmäßig zu verankern, formuliert *Tobias Pflüger* in einem Einspruch. Ein anderer Einspruch setzt bei den Fol-

terbildern von Abu Ghraib an, die im vergangenen Jahr um die Welt gingen. Im Moment findet gerade die juristische Aufarbeitung der durch diese Bilder bekannt gewordenen Folterungen statt, die bisher mit einer Ausnahme zu recht milden Urteilen führte. *Isabell Lorey* setzt sich in ihrem Beitrag mit den Reaktionen auseinander, die diese Folterbilder hervorgerufen haben, und damit, was uns diese Reaktionen sagen können.

\* \* \*

Am 23. April dieses Jahres starb *André Gunder Frank*, einer der bedeutendsten und einflussreichsten linken Sozialwissenschaftler der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Theotonio Dos Santos* würdigt ihn in einem Nachruf. Wir dokumentieren außerdem einen von *André Gunder Franks* letzten Artikeln, der, vor dem Hintergrund der Weltsystemtheorie, den ökonomischen und geopolitischen Aufstieg Asiens prognostiziert.

## André Gunder Frank (1929-2005)

---

### Ein Nachruf von Theotonio dos Santos

Welcher Wirtschaftswissenschaftler wird weltweit am meisten zitiert und diskutiert? Verlieren Sie Ihre Zeit nicht damit, unter den Nobelpreisträgern und medienpräsenten Akademikern zu suchen. Es ist André Gunder Frank, der mit Abstand zu den prominentesten und meist diskutierten Wissenschaftlern gehört, wie zahlreiche Studien und die über 30.000 Internet-Einträge zu seiner Person belegen. Sein Tod am Sonnabend den 23. April hinterlässt eine Leere im gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Denken, die schwer zu füllen sein wird. Aber André war mehr als 'nur' ein Wirtschaftswissenschaftler. Er war ein Typ Intellektueller, der konsequent an seinen Ideen festhielt. Ein Kämpfer für die Wahrheit und für die Veränderung der Welt. Und selbst wenn er sich, wie alle Menschen, einmal irrte, so tat er dies in einer fruchtbaren und motivierenden Art und Weise.

André erhielt seine akademische Ausbildung in der 'Höhle des Löwen': Er promovierte an der Universität von Chicago und erlebte dabei die brillante Generation der Konservativen, die die Sozialwissenschaften in den Jahrzehnten der 1950er bis 1970er so sehr deformierte und in den 1980er Jahren schließlich den Weg für das Einheitsdenken ebnete, an dem wir heute noch zu ersticken drohen. Seine Kritik an den 'Chicago Boys', die unter der faschistischen Regierung Augusto Pinochets die Kontrolle über den chilenischen Staat übernahmen, ist vernichtend.

Als ich André 1963 in Brasilien kennen lernte, hatte Darcy Ribeiro, Direktor der gerade gegründeten *Unversidad de Brasilia*, ihn eingeladen, um ein Seminar über den Strukturfunktionalismus zu leiten: eine konservative Denkschule, die die Sozialwissenschaften damals stark dominierte. Bereits an der Universität von Chicago hatte er sich im Zuge seines intellektuellen Austausches mit Paul Baran und Paul Sweezy von dieser Mehrheitsströmung distanziert. Seine Arbeit über den Transfer des Surplus aus den abhängigen Staaten in die Hauptmetropolen des kapitalistischen Weltsystems erregte große Aufmerksamkeit und war der Grund für die Einladung durch Darcy.

In seinem Seminar an der *Unversidad de Brasilia* saßen auch Ruy Mauro Marini, Vania Bambirra und ich, die wir später als radikale Strömung der Dependenztheorie bekannt werden sollten. In diesen Zeiten diskutierten wir viel. Es

besteht kein Zweifel daran, dass wir damals eine gemeinsame intellektuelle und politische Verpflichtung übernahmen, die ein Leben lang andauern sollte, durch zwei politische Exile hindurch, von Brasilien nach Chile, von Chile ins europäische Ausland, und nach einer Amnestie schließlich zurück in ein Brasilien, das sich dem internationalen Finanzkapital komplett unterworfen hatte.

Im Rahmen seiner Teilnahme am internationalen Seminar über „Hegemonie und Gegenhegemonie“ der Universität der Vereinten Nationen für Weltwirtschaft und Nachhaltige Entwicklung (REGGEN) im August 2003 in Rio, hatte André Gelegenheit nach Brasília, Sao Paulo und Santa Catarina zu reisen. Trotz seiner bereits fortgeschrittenen Krankheit begab er sich an alle jene Orte, an denen die Dependenztheorie in den Jahren 1963-1964 entstanden war: in unseren Debatten und im Zuge der großartigen pädagogischen Erfahrung, die wir in Darcy Ribeiros *Universidad de Brasília*, die 1964 durch die Militärdiktatur weitgehend zerstört wurde, gemacht hatten.

Im chilenischen Exil schloss sich André 1967 dem *Centro de Estudios Socio Económicos* (CESO) der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an, die damals von mir geleitet wurde. Auch Ruy und Vania waren dort und so konnten wir viele Arbeiten gemeinsam bewältigen. Dort wurde auch der Begriff der 'Langen Wellen' als grundlegendes Instrument für das Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftsgeschichte weiter ausgearbeitet. Die Erfahrung der *Unidad Popular* Regierung Salvador Allendes regte unsere intellektuelle Arbeit auf das Höchste an, befanden wir uns doch praktisch in einem fantastischen Labor für die Untersuchung des sozialen und revolutionären Wandels. Intensiv durchlebte André diese Zeit gemeinsam mit seiner chilenischen Ehefrau Marta.

Der Militärputsch in Chile zerstörte das CESO und zerstreute uns wieder in alle Himmelsrichtungen. Vania und ich gingen nach Mexiko, wo man uns mit überwältigender Solidarität aufnahm. André und Ruy reisten zunächst nach Deutschland. Rui kam anschließend nach Mexiko an den wirtschaftswissenschaftlichen Postgraduiertenstudiengang der *Universidad Nacional Autónoma de México* (UNAM), den ich leitete. Für Frank begann eine Reise um die Welt, die für eine gute Zeit in Holland endete, wo er später auch emeritierte. In diesen Jahren litt er sehr unter den Schikanen der US-amerikanischen Einwanderungsbehörden. Er hatte den Fehler begangen, die amerikanische Staatsbürgerschaft aufzugeben und seine deutsche wieder anzunehmen, und gewöhnte sich an, über die kanadische Grenze in die USA einzureisen. Schlussendlich jedoch fühlte er sich vor allem als Lateinamerikaner, obwohl es für ihn auf diesem von Militärdiktaturen beherrschten Kontinent keinen Platz gab.

Nach dem Tod von Marta führte Andrés Reise ihn nach Kanada und später in die Vereinigten Staaten unter Bill Clinton, wo er seine Arbeit unter den strengen Auflagen der Einwanderungsbehörden fortsetzte. Die letzten Tage seines Lebens verbrachte er in Luxemburg an der Seite von Alison, einer Frau mit

viel Kraft und Energie, die ihm über 12 Jahre lang bei seinem Kampf gegen die Krankheit zur Seite stand.

Weniger bekannt sind Andrés Arbeiten aus den 70er Jahren, obwohl sie sich doch durch große Tiefe und provokative Kraft auszeichnen. André gehört zu den Begründern der Weltsystemtheorie. In zwei extrem einflussreichen Büchern untersuchte er die Krisenprozesse des Weltsystems. Außerdem begann er mit einer historischen Analyse des Weltsystems, dessen Geschichte er bis ins fünfte Jahrhundert vor Christus zurückverfolgte. In seinem Buch *ReOrient* zeigte er auf, dass China mit der Entstehung der Seidenstraße eine hegemoniale Rolle im Weltsystem erlangte, die es erst im 18. Jahrhundert auf Grund des Aufstiegs der westlichen Seemacht und mit der industriellen Revolution wieder verlor.

Die kritische Revision der Weltgeschichte, die André leistete, gehört zu den fundamentalen Aufgaben der Sozialwissenschaften. André löste damit eine umfangreiche Debatte aus, die auch unter den Vertretern der Weltsystemtheorie mit Heftigkeit geführt wurde. In seinen letzten Schriften beschäftigte er sich mit der Bedeutung des US-Dollars und des Pentagons für die nordamerikanische Hegemonie und mit deren aktueller Krise – eine weitere provokante These, mit der André sich dichter an den Arbeiten der Weltsystemtheorie bewegte.

Mit seinem großartigen Denken hätte André Gunder Frank noch viele wichtige Debatten angestoßen und geprägt. Sein Sohn Paul erzählt, dass er bis zum letzten Atemzug gearbeitet hat. Ich fühle den Verlust eines Intellektuellen und Vordenkers, vor allem aber eines Freundes und Genossen. Es schmerzt, dass eine ganze Generation von Wirtschaftswissenschaftlern auf Grund des entscheidenden Einflusses des „Einheitsdenkens“, welches sich weltweit an den Universitäten durchgesetzt hat, das immense Werk von André Gunder Frank niemals kennen gelernt hat. Doch es bleibt die Gewissheit, dass seine Arbeiten einen zentralen Bezugspunkt für die Sozialen Bewegungen bilden und im Geist des Weltsozialforums weiterleben.

*Übersetzung aus dem Spanischen von Henrik Lebuhn*

# WIDERSPRUCH

Beiträge zu  
sozialistischer Politik

**47**

## **Agrobusiness – Hunger und Recht auf Nahrung**

Agrartechnologie, Kulturzerstörung und Vertreibung;  
Landreform, Frauenrechte und Livelihood; WTO,  
Geschlechterverhältnis und Armutsbekämpfung;  
Naturverhältnisse, Klimapolitik; Biodiversität,  
Gentechnologie, Nestlé-Imperium; Grüne und  
Landwirtschaftspolitik

A. Roy, J. Ziegler, S. Amin, M. Hochuli, H. Melber,  
B. Englert, R. Schüssler, A. Missbach, Q. Hui,  
C. Wichterich, C. Görg, A. Brunnengräber, M. Weber,  
C. Heineke, T. Goethe, F. Meienberg, B. Rimml,  
F. Polonia, M. Behrens, F. Cucho, H. Karch

### Diskussion

C. von Werlhof : Natur, Maschine, Mimesis  
P. Niggli : Liberaler Imperialismus und Hilfswerke  
R. Falk : Neue Politik der Weltbank?  
U. Brand: Deglobalisierung  
F.O. Wolf: Projekt der Multitude

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

**232 Seiten, € 16.- (Abonnement € 27.-)**

**zu beziehen im Buchhandel oder bei**

**WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich**

**Tel./Fax 0041 44 273 03 02**

**vertrieb@widerspruch.ch**

**www.widerspruch.ch**

André Gunder Frank

---

## Das 21. Jahrhundert wird ein Asiatisches sein\*

Das 21. Jahrhundert wird ein Asiatisches sein. Die jüngsten Forschungen, einschließlich meines Buches *ReOrient: Global Economy in the Asian Age*, überwinden die eurozentrische Geschichtsschreibung und zeigen, dass Asien zumindest bis 1800 in der Welt dominierte. Jedoch zeigt mein demnächst erscheinendes Buch *ReOrient the 19th Century*, dass mit Ausnahme des kolonialen Indiens, der größte Teil von West-, Zentral-, Südost- und Ostasien, genauso wie Lateinamerika und Afrika zumindest bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts prosperierten. In China gab es keinen wirklichen „Niedergang“ bis zum Taiping Aufstand in den 1850er Jahren und dem zweiten Opiumkrieg von 1860. Die „große Divergenz“ zwischen Ost und West, wie sie von Kenneth Pommeranz, Professor der Geschichte an der University of California in Irvine bezeichnet wird, setzte erst nach 1870 ein. Die wichtigsten Faktoren für den Niedergang Asiens waren die Schwäche des Staates und der Kolonialismus. Japan, das man für die Tokugawa Periode (1603-1867) fälschlicherweise als „feudal“ bezeichnet, war nach der Meiji Restauration von 1868 immer noch unabhängig. Es konnte diese Probleme vermeiden und war daher das erste Land, das sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickeln konnte.

Im 20. Jahrhundert war die Wachstumsrate in Asien, obwohl sie von einem niedrigen Niveau ausging, höher als im Westen und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, nach der Befreiung Chinas und dem Ende des Kolonialismus, war die Wachstumsrate in Ostasien sogar doppelt so hoch wie im Westen. Die Entwicklung wurde zunächst von Japan angeführt, dann von den ersten vier kleinen Tigern, danach von den nächsten vier und schließlich vom großen Drachen China, das eine durchschnittliche Wachstumsrate von fast 10% hatte. Das reicht aus um das Sozialprodukt alle sechs Jahre fast zu verdoppeln und es ist sogar mehr als beim japanischen Wirtschaftswunder. Das alles bedeutet, dass die westliche Dominanz in der Welt lediglich ein Jahrhundert gedauert hat und nun wohl wieder vorüber geht, ganz im Gegensatz zu den Unterstellungen eines halben oder sogar ganzen Jahrtausends.

Die Asienkrise, die in Japan und 1997 in Thailand begann, wurde im Westen als Schwäche Asiens missverstanden. In Wirklichkeit war sie aber der Beweis

---

\* Dieser Text erschien in *The Nikkei Weekly* (Tokyo), 5. August 2004.

der produktiven Stärke Asiens. Zum ersten Mal begann eine ökonomische Krise im Osten und dehnte sich auf den Westen aus. Dies war deshalb der Fall weil die ostasiatische Industrie so gut und so viel produzierte, dass sie den Weltmarkt für industriell gefertigte Güter überschwemmen konnte. Als sich jedoch die Handelsbilanzen der asiatischen Länder verschlechterten, wurde der Schuldendienst schwieriger. Dies erschreckte das spekulative Finanzkapital, sowohl das einheimische wie das ausländische, so dass es in einen scheinbar sicheren Hafen flüchtete, in die Wall Street und in US-amerikanische Schatzbriefe. Es war dieses asiatische und russische Kapital und nicht die angebliche Produktivität einer „New Economy“, welches den Aufschwung der Clinton-Jahre bewirkte.

Um Gegenwart und Zukunft zu untersuchen, ist es sinnvoll einige alternative Szenarios zu betrachten. Das erste besteht in einer fortgesetzten US-amerikanischen Prosperität und Dominanz, was nicht sehr wahrscheinlich ist. Ein anderes Szenario besteht darin, dass wir in einer Schuldenökonomie leben, in welcher auf Dollar lautende Schulden die wichtigste Basis für alle auf dem Weltmarkt stattfindenden Käufe und Verkäufe sind, wobei jährlich 20 mal so viel Geld wie Waren zirkuliert. Die Schulden sind aber nur das Gegenstück zur Kreditvergabe, vor allem der ausländischen Kreditvergabe, welche die US-amerikanische Ökonomie am Laufen hält und auch die amerikanische Militärmaschine finanziert, mit welcher die USA den Rest der Welt dominieren und eine Politik zu akzeptieren zwingen, welche den USA nutzt. Das US-amerikanische Handelsbilanzdefizit beträgt ca. 550 Mrd. Dollar pro Jahr und es wächst. Jedes Jahr werden davon ca. 100 Mrd. Dollar von Europa, 100 Mrd. Dollar von China und 100 Mrd. Dollar von Japan finanziert, der Rest von anderen Ländern insbesondere aus Ostasien und neuerdings auch von Indien. Die Amerikaner sparen nichts und geben weit mehr aus als sie produzieren, indem sie sich die Ersparnisse der anderen leihen und damit deren Produkte kaufen.

Auch weil weltweit die Währungsreserven in Dollar gehalten und weil wichtige Waren, vor allem Öl und Gold, in Dollar gehandelt werden, können die USA einfach Dollar drucken und mit ihnen weltweit Produkte für die Konsum und Investition einkaufen. Am Ende sind jedoch alle diese US-amerikanischen Dollars, Schuldverschreibungen, elektronische Guthaben nur wertloses Papier, die jenseits ihrer Akzeptanz durch andere keinen Wert haben, weil ihnen auf Seiten der USA keine Werte gegenüberstehen. Man schätzt, dass die Auslandsschulden der USA etwa ein Viertel ihres Bruttoinlandprodukts betragen (wahrscheinlich sogar mehr) und Ausländer halten bereits etwa 45% der US-amerikanischen staatlichen Schuldverschreibungen und einen beträchtlichen Teil der sonstigen Wertpapiere. Dies allein ist schon ein Indikator dafür, dass es ökonomisch und politisch unmöglich ist, die Schulden zu bezahlen. Insbesondere Asien und Amerika spielen in einer Kasinoökonomie, aber mit Pa-

pierchips, deren Wert imaginär ist. Tatsächlich ist eine gigantische Ponzi-Pyramide entstanden, deren Basis noch durch reale Güter gespeist wird; wenn diese aber nicht mehr in ausreichendem Maße kommen, wird das gesamte Kartenhaus zusammenbrechen, insbesondere in den USA. Aber noch ist es so - zum ersten Mal in der Geschichte - dass ein nicht besonders wettbewerbsfähiger, weltgrößter Schuldner bestimmen kann, wo es lang geht.

Ein aus diese Situation resultierendes Szenario besteht darin, dass die produktiveren und wettbewerbsfähigeren europäischen Ökonomien den Dollar durch den Euro als Weltgeld ersetzen. Den Europäern fehlt jedoch ein starker Staat, der dies bewerkstelligen könnte. Allerdings wäre es schon ein großer Schritt, wenn Russland, die OPEC und andere Erdöl exportierende Länder Öl in Euro statt in Dollar abrechnen würden. Die steigende Nachfrage nach Euro würde den Dollar zusammenbrechen lassen. Dass der Irak sein Öl gegen Euro verkaufte, war ein wichtiger Grund für den Krieg der USA gegen den Irak: andere sollten davon abgehalten werden dem irakischen Beispiel zu folgen.

Das alternative Szenario betrifft Asien, einschließlich eines asiatischen Währungskorbes. Betrachten wir China. Billige chinesische Arbeiter produzieren eine Vielzahl von Gütern, allein bei über 100 gehört China zu den weltweit führenden Produzenten. Für 350 Mrd. Dollar exportiert China jährlich. Dadurch bereichern sich vor allem US-amerikanische Konsumenten, die diese Güter im wesentlichen mit nichts anderem als Papierdollars bezahlen. China ist der viertgrößte Exporteur mit einem Anteil von über 5% am Exportmarkt (und nur einem Anteil von 4% an den Importen).

Aber dies ist nur die Hälfte der Geschichte, weil China die Papierdollar dazu benutzt, um papierne Staatsschuldverschreibungen zu kaufen, die nur 4-5% Zinsen im Jahr bringen. Aber trotzdem, was für ein Geschäft! Von den ca. 700 Mrd. Dollar an Schatzbriefen besitzt die chinesische Zentralbank etwa 300 Mrd., die Bank von Japan, die Europäische und andere Zentralbanken, einschließlich der Ölexporteur den größten Teil des Rests. Warum halten Chinesen, Japaner, Europäer diese Papiere?

Über Japan schrieb mein Freund Jeff Sommers, „Japan muss seine Exporte aufrecht erhalten, selbst wenn dies bedeutet die USA zu finanzieren. Bis jetzt hatte Japan keine andere Wahl als das amerikanische Spiel zu spielen und sowohl die Kredite gegenüber den USA durch den Kauf von Schatzbriefen auszuweiten, als auch Güter gegen (wertlose) Dollar an die USA zu verkaufen.“ Ich mag schlecht informiert sein, aber ich stimme mit dieser Aussage nicht überein.

China hält den Dollar vor allem deshalb hoch, um auf dem US-amerikanischen Markt seine Waren verkaufen zu können. Erst kürzlich hat China damit begonnen, mit seinen Dollars auch Importe aus Südostasien zu bezahlen. Aber warum Dollars? Das muss nicht sein. Wie Henry C.K.Lui (von Lui Investments in New York schreibt) gäbe es auch eine andere Möglichkeit: „Chi-

na hat die Macht, den Yuan im Welthandel zu einer alternativen Reservewährung zu machen, indem es einfach alle seine Exporte gegen Yuan verkauft. Dies wird zu einer wilden Balgerei unter den weltweiten Importeure chinesischer Güter führen, die alle Yuan anstelle von Dollars kaufen wollen. Die OPEC würde Yuan als Bezahlung für ihr Öl akzeptieren.“

Warum nur China? Was ist mit dem „Großchina“ einschließlich Hongkong, Taiwan und insbesondere den Auslandschinesen, die heute die größte Quelle für Kapitalinvestitionen in China sind? Unter den Entwicklungsländern erhält China bereits jetzt die meisten Direktinvestitionen. Und warum nicht noch mehr asiatische Länder, wie etwa Japan und Südkorea und eventuell Indien? In der Finanzkrise von 1997 hat Japan einen asiatischen Fonds vorgeschlagen, um aus der Krise herauszukommen, aber die USA verhinderten dies und erteilten Asien damit eine bittere Lektion. Für das nächste Mal sollte Asien mit einem eigenen Fonds vorbereitet sein, um nicht unter dem Druck von IWF und US-amerikanischem Finanzministerium zu stehen, sondern selbständig die ostasiatische Ökonomie zu organisieren.

Und, um zu einer längeren historischen Perspektive zurückzukehren, es ist bemerkenswert, dass die ökonomisch dynamischsten Regionen Ostasiens heute die selben sind wie vor 1800. Die ganze Region hat große mineralische und landwirtschaftliche Ressourcen und die zahlreichen billigen chinesischen und nordkoreanischen Arbeitskräfte könnten chinesischem, japanischem und südkoreanischem Kapital erlauben hier erneut ein regionales Wachstumszentrum zu etablieren, eine Region, die auf dem Weltmarkt in höchstem Maße wettbewerbsfähig wäre.

*Übersetzung aus dem Englischen von Michael Heinrich*

Robert Hunter Wade

---

## Über die Gründe global zunehmender Armut und Ungleichheit – oder warum der „Matthäus Effekt“ vorherrscht<sup>1</sup>

In den 1870er Jahren bemerkte der amerikanische Ökonom Henry George, es sei das große Rätsel unserer Zeit, dass Armut mit Fortschritt einher gehe. Heute ist man der Lösung dieses Rätsels anscheinend ein gutes Stück nähergekommen. In den vergangenen zwanzig Jahren seien sowohl die weltweite Armut als auch die Einkommensungleichheit zurückgegangen – vor allem dank der dritten großen „Globalisierungswelle“ (d.h. der zunehmenden wirtschaftlichen Öffnung und Integration nationaler Ökonomien in den Weltmarkt).<sup>2</sup> Dies ist jedenfalls die neoliberale Behauptung, mit welcher die optimistische Sicht der Globalisierung gestützt wird; eine Sicht, die einem aus allen Veröffentlichungen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO), der *Financial Times*, des *Economist* und anderer „für die Welt denkender“ Organe entgegen springt.

So ist z.B. nach Aussagen der Weltbank die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen – d.h. derjenigen mit einem täglichen Einkommen, das der Kaufkraft von weniger als einem US-Dollar entspricht – in den vergangenen zwei Dekaden das erste Mal seit mehr als 150 Jahren gesunken. 1980 waren es noch 1,4 Mrd. Menschen, 1998 noch 1,2 Mrd. (Wolfensohn 2002). Ein anderes Mal behauptet die Weltbank, dass „der langanhaltende Trend einer zunehmenden globalen Ungleichheit und einer steigenden Anzahl in absoluter Armut lebender Menschen gestoppt und (seit ca. 1980) sogar umgekehrt worden sei“ (Weltbank 2002: 50). Diese Umkehrung ist nach Ansicht der Bank der „Netto-Effekt“ einer florierenden Globalisierung. Das zeige auch die Tatsache, dass die größten Rückgänge hinsichtlich Armut und Ungleichheit – die ausreichen, um den globalen Trend umzukehren – bei den „neuen Globalisierern“ aufgetreten sind, also bei den Ländern, die relativ zu ihrem Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 1977 und 1997 die stärksten Zuwächse im Handel hatten. Dies

---

1 Der Artikel erschien zuerst in *New Political Economy*, Vol. 9, No. 2, Juni 2004. Die Übersetzung ist leicht gekürzt.

2 Die erste Welle dauerte von 1870 – 1914, die zweite von 1945 – 1980, die dritte von 1980 bis heute (Weltbank 2002).

entspricht dem oberen Drittel eines Rankings von Entwicklungsländern, die nach dem Wachstum des Verhältnisses Handel/BIP, dem „Offenheitsgrad“ ihrer Ökonomie, bewertet werden. Die „Nicht-Globalisierer“, d.h. die Länder in den beiden unteren Dritteln des Rankings, trugen nur wenig oder gar nicht zur Umkehrung dieses Trends bei.

Die Empirie scheint somit die neoliberalen Prognosen zu bestätigen, wonach sowohl auf der Ebene der Weltwirtschaft als auch in den jeweiligen nationalen Ökonomien Offenheit gut und mehr Offenheit noch besser ist. Wer einer fortschreitenden Liberalisierung entgegengetre (wie etwa die Gewerkschaften und bestimmte Wirtschaftsbranchen), tue dies – wissentlich oder unwissentlich – aus eigennützigem Interesse. Und die wenigen Akademiker, die dagegen argumentieren, verstünden schlicht die Theorie nicht. Alle, die sich um die allgemeinen Interessen der Nationen, der Welt und vor allem der Armen sorgen, sollten diese Gegner der Globalisierung ignorieren. Die internationalen Finanzorganisationen sollten sich weiterhin auf die fortschreitende Liberalisierung der Märkte konzentrieren und sie von Restriktionen (wie etwa hinsichtlich des Umweltschutzes oder des Schutzes von Ureinwohnern) frei halten. Und sie sollten öffentliche Unterstützung erhalten, sofern sie sich an diese Agenda halten (obgleich die internationalen Institutionen in den Augen einiger Neoliberaler bereits als „sozialistisch“ gelten, und daher geschwächt oder abgeschafft werden sollten).

Diesen Vorstellungen liegt die Theorie der komparativen Vorteile zugrunde, wonach in einer offenen Ökonomie die Ressourcen immer ihrer effizientesten Verwendung zustreben. Zudem wird angenommen, dass ab einem bestimmten Punkt jeder zusätzliche Input zu sinkenden Grenzerträgen führt. Wenn also eine Ökonomie A mit hohen Löhnen und einer hohen Sparquote auf freien Märkten mit einer Ökonomie B interagiert, die niedrige Löhne und eine niedrige Sparquote aufweist, dann würde das renditesuchende Kapital tendenziell von A nach B wandern – und die Arbeitskräfte von B nach A, was positive Auswirkungen auf globale Armut und Ungleichheit hätte.

In einem früheren Aufsatz habe ich zu zeigen versucht, dass die weltweite Armut, d.h. die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen, sowie die weltweite Einkommensungleichheit möglicherweise steigen (Wade 2004). Dies trifft das Herz des neoliberalen Arguments und Henry Georges Rätsel wird vielleicht noch viel rätselhafter. Analytischer gesprochen: auf der Ebene der Weltwirtschaft existiert trotz der dritten Globalisierungswelle eine positive Rückkopplung im Sinne des Matthäus-Effekts, „denn wer da hat, dem wird gegeben werden“ (Matthäus 25, 29). Steigende statt abnehmende Erträge sind aber eine sehr schlechte Nachricht für die Wirtschaftswissenschaften.

Schon in den späten 30er Jahren hat John Hicks Alarm geschlagen. „Es muss daran erinnert werden, dass der größere Teil der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zusammenzubrechen droht“, schrieb er, denn „solange wir nicht an-

nehmen können ... dass am Gleichgewichtspunkt die Grenzkosten allgemein mit dem Output steigen ... ist die Basis, auf der ökonomische Gesetzmäßigkeiten konstruiert werden können, weggebrochen.“<sup>3</sup> (Hicks 1946: 84/85 u. 88/89) Die zwanghafte Suche nach mathematischen Lösungen brachte die Wirtschaftswissenschaft – die selbsternannte universale Wissenschaft menschlichen Verhaltens – schließlich weg vom weiteren Studium steigender Erträge. Sie wählte diesen Weg also nicht aus Gründen, die irgendwie mit der wirklichen Welt zu tun haben, sondern einfach deshalb, weil steigende Erträge mathematisch schwer zu fassen sind. Allerdings unterstützte der so konstruierte Ansatz auch das normative Vertrauen der Ökonomen in freie Märkte und ihr Misstrauen dem Staat gegenüber. Dieses Vertrauen und letztlich das gesamte dargelegte Konzept werden nun durch die Aussagen zu Armut und Ungleichheit, sowie durch eine ganze Reihe anderer Belege, in Frage gestellt.

## 1. Weltweite Armut und Ungleichheit

Zunächst müssen wir uns klar darüber werden, dass wir keine völlig sicheren Aussagen über die in extremer Armut lebenden Menschen treffen können, und zwar weder über ihre Zahl noch über die Entwicklungstendenz dieser Zahl, da die aktuellen Statistiken mangelhaft sind und eine große Fehlerspanne zulassen. Allerdings gibt es starke Hinweise darauf, dass die Armutszahlen höher liegen als von der Weltbank behauptet und zudem in den vergangenen zwei Dekaden gestiegen sind. Allerdings ist es durchaus plausibel, dass der *prozentuale Anteil* der weltweit in extremer Armut lebenden Bevölkerung in den vergangenen zwanzig Jahren gesunken ist.

Auch in Bezug auf die Entwicklung der Einkommensverteilung muss klar gesagt werden: Das Ergebnis hängt von der jeweiligen Kombination von Messmethoden, den ausgewählten Beispielen und den erhobenen Datensätzen ab. Zum Beispiel davon, ob (1) das Einkommen in nominalen Größen gemessen (also einfach mit dem Wechselkurs umgerechnet) wird oder in Bezug auf die Kaufkraft; ob (2) Ungleichheit gemessen wird am durchschnittlichen Einkommen der Länder („between-country“-Verteilung) oder an der Verteilung des Einkommens zwischen allen Individuen oder Haushalten weltweit und unabhängig davon, wo diese ansässig sind („within-country“-Verteilung“); ob (3) die Länder alle gleich gewichtet werden oder entsprechend der Bevölkerungszahl; ob (4) die Ungleichheit gemessen wird als ein Durchschnitt der Verteilung (so wie es der Gini-Koeffizient tut) oder als das Verhältnis zwischen „oben“ und „unten“ (z.B. aus dem obersten Zehntel zum untersten Zehntel oder von „Kernzone“ zu „Peripherie“) und ob (5) die nationale Einkommensverteilung berechnet wird aufgrund von Umfragen in den Haushalten oder auf Basis nationaler Ein-

---

3 Ich danke David Ellerman und Philip Toner für den Hinweis auf Hicks (vgl. auch Reinert 2004 und Toner 1999).

kommensschätzungen. Es gibt hier keine einzelne „beste“ Kombination. Im Gegenteil können zehn Kombinationen als plausibel gelten, die alle jeweils verschiedene Schlussfolgerungen hinsichtlich der o.g. Ausmaße und Tendenzen liefern.

Eine dieser Kombinationen unterstützt tatsächlich das neoliberale Argument. Sie benutzt (1) die Einkommen gemessen an der Kaufkraft, (2) das durchschnittliche BIP, (3) die Länder gewichtet nach der Bevölkerungszahl und (4) den Gini- oder einen anderen Durchschnittskoeffizienten. Auf diese Weise berechnet ist die weltweite Einkommensungleichheit sehr wahrscheinlich zwischen 1980 und 2000 zurückgegangen.

Allerdings gibt es hier zwei Probleme. *Erstens*: Wird China herausgenommen, ist der Rückgang der Einkommensungleichheit bereits verschwunden, wird außerdem noch Indien herausgerechnet, dann kehrt sich der Trend sogar um. Die sich verringerende Ungleichheit ist demnach kein allgemeines Merkmal der Weltwirtschaft während der dritten Globalisierungswelle, auch dann nicht, wenn die günstigste Berechnungskombination benutzt wird. *Zweitens*: Diese Kombination interessiert gar nicht, denn sie ignoriert die Tendenzen der Verteilung innerhalb der Länder.

Der neoliberalen Argumentation ergeht es aber noch schlechter. Die Ungleichheit auf der Welt wird sehr wahrscheinlich steigen – und zwar schnell – wenn die Einkommen anhand der aktuellen Wechselkurse gemessen werden. Zwar halten die meisten Ökonomen dies für irrelevant, da Einkommen ihrer Ansicht nach immer an der Kaufkraft gemessen werden sollten und nicht an nominalen Größen. Das ist prinzipiell auch richtig, sofern uns das Einkommen als Indikator für Wohlstand interessiert, wenngleich die Fehlerspannen in den aktuellen Messungen (vor allem für China, Indien und die frühere Sowjetunion vor 1990) wahrscheinlich nicht kleiner sein dürften als in denen, die das Einkommen in nominalen Größen ermitteln. Allerdings interessiert uns das Einkommen oft auch als Indikator für die Kaufkraft auf internationaler Ebene, um die Wirkungen des einen Teils der Welt auf die anderen Teile messen zu können, einschließlich der Fähigkeit zu importieren, Kredite zurückzuzahlen oder an der Arbeit internationaler Institutionen teilzunehmen. Die Schwierigkeiten, denen sich die Regierungen von Entwicklungsländern gegenübersehen, wenn sie in internationalen Institutionen Büros ausstatten und mit Personal besetzen müssen, wenn sie Berater und Anwälte engagieren, die sie bei internationalen Verhandlungen unterstützen sollen, hängen direkt mit der zunehmenden Ungleichheit in nominalen Verhältnissen zusammen – denn alles und jeder muss in US-Dollar bezahlt werden, die zu den aktuellen Wechselkursen gekauft werden müssen (und nicht etwa entsprechend der Kaufkraft eines US-Dollars in dem jeweiligen Land).

Betrachtet man das Verhältnis des Zehntels der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen zum ärmsten Zehntel, dann zeigt sich (auch wenn man das Einkommen entsprechend der Kaufkraft vergleicht) einen wachsende Einkom-

mensungleichheit. Die Polarisierung wird damit besser erfasst als mit dem Gini-Koeffizienten oder irgendeinem Durchschnitt. Andere plausible Kombinationen von Messwerten führen zu mehrdeutigen Ergebnissen, die stark vom Zeitraum der Messung oder den untersuchten Ländern abhängen. Allerdings kamen verschiedene jüngere Studien, die unterschiedliche Methoden benutzten, unterschiedliche Bereiche und Zeiträume zugrundelegten, zu dem Ergebnis, dass die weltweite Einkommensungleichheit seit den frühen 80er Jahren angestiegen ist (Dowrick/Akmal 2001; Branko 2002 und 2002a; Dikhanov/Ward 2003).

Es ist daher falsch, ganz allgemein zu behaupten, die weltweiten Einkommen seien während der dritten Globalisierungswelle gleichmäßiger verteilt worden. Vielmehr lebt ein wachsender Teil der Weltbevölkerung am unteren Ende der Einkommensskala, während ein wachsender Teil des weltweiten Einkommens an diejenigen geht, die sich bereits an deren Spitze befinden. Auch die Mehrheit der Bevölkerung Chinas und Indiens lebt noch immer mit Einkommen (gemessen an der Kaufkraft), die sie im unteren Drittel und nicht in der Mitte der Verteilungsskala platzieren.

Solange aber nur die relativen Einkommen berücksichtigt werden, führt die ganze Diskussion über die Ungleichheit in die Irre. Auch die absoluten Einkommen im Westen und dem Rest der Welt driften auseinander – das gilt auch für die schnell wachsenden Länder wie Indien und China und sehr wahrscheinlich auch noch für ein weiteres halbes Jahrhundert. Das bestreitet auch niemand, doch wird dieser Punkt behandelt wie eine Tatsache ohne jede Bedeutung.

In der Weltwirtschaft wirken offenbar Kräfte analog zur Gravitation und deren elektromagnetischer Aufhebung: Zum einen hindern sie den Großteil der Weltbevölkerung, die sich am unteren Ende der Einkommensskala befinden, am Aufstieg und zum anderen verhindern sie, dass die 15 Prozent der Weltbevölkerung in den Kernstaaten, die sich oben befinden, herunterfallen.

Die Mobilität der Länder hinsichtlich Auf- und Abwärtsbewegungen auf der Einkommensskala scheint ziemlich gering zu sein. Eine Studie untersuchte das Brutto sozialprodukt (BSP) pro Kopf von 100 Ländern im Zeitraum von 1960 bis 1999 und fand eine stabile Verteilung der Weltbevölkerung in drei Zonen (Babones 2002). Während des gesamten Erhebungszeitraumes, in dem im Abstand von 5 Jahren Daten erhoben wurden, verblieben 72 der Länder in der gleichen Einkommenszone, die restlichen 28 Länder bewegten sich mindestens einmal von einer Zone in eine andere. Kein Land wanderte jedoch mehr als eine Zone. Insgesamt beendeten mehr als 80 Prozent der Länder das 20. Jahrhundert in eben der Zone, in der sie sich bereits 40 Jahre zuvor aufhielten.

## 2. Die Globalisierungshypothese

Das neoliberale Argument besagt, dass „Offenheit ein notwendiger – wenn gleich nicht hinreichender – Teil modernen Wirtschaftswachstums ist“ und

dass „offenere“ Ökonomien besser abschneiden als „weniger offene“. Die Weltbank formulierte dieses Argument kürzlich erneut (Weltbank 2002). Danach reduziert die Globalisierung in Form zunehmender Offenheit nationaler Ökonomien hinsichtlich der Bewegung von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und ausgebildeter Arbeitskraft die weltweite Armut und Ungleichheit (vgl. für weitere Beispiele Bourguignon 2002).

Globalisierung wird hier an der *Veränderung* des „Offenheitsgrades“ (dem Verhältnis von Handel zu BIP) einer Ökonomie gemessen, ungeachtet des jeweiligen Niveaus. Eine Gruppe von Ländern wird dann nicht entsprechend ihrem Offenheitsgrad, sondern entsprechend der *Steigerung* ihres Offenheitsgrades zwischen 1977 bis 1998 angeordnet. Länder des oberen Drittels werden „Globalisierer“, Länder der unteren beiden Drittel als „Nicht-Globalisierer“ bezeichnet. Dann wird die Wirtschaftsleistung der beiden Gruppen berechnet und der Schluss gezogen, dass die des oberen Drittels in verschiedenen Punkten besser ist als die der unteren Drittel und daraus wird dann gefolgert, dass ein Anstieg des Offenheitsgrades eine bessere Wirtschaftsleistung nach sich zieht. Das Fazit ist dann: „So kann Globalisierung ganz klar eine Kraft der Armutsreduzierung sein“ (Weltbank 2002: 51).

Schon im Falle Chinas und Indiens tauchen Probleme auf. Beide Länder haben während der vergangenen zehn (Indien) bzw. zwanzig (China) Jahre ein relativ starkes Wirtschaftswachstum erlebt und ihre jeweilige Bevölkerungszahl legt nahe, dass die Ergebnisse, die die Weltbank für die gesamte Welt konstatiert hat, wesentlich davon beeinflusst worden sind, wie diese beiden Länder klassifiziert wurden. Da China und Indien zwischen 1977 und 1998 einen relativ schnellen Anstieg des Offenheitsgrades erfahren haben, betrachtet die Weltbankstudie beide Länder als „Globalisierer“ und geht davon aus, dass diese relativ gute Wirtschaftsleistung, genau wie die der anderen Globalisierer, vor allem dank des schnellen Anstiegs des Offenheitsgrades zustande kommen konnte. Gleichwohl fügt die Bank hinzu, dass auch andere „Reformen“ (Stärkung der Eigentumsrechte, Rechtssicherheit, makroökonomische Stabilität) hilfreich waren. „Als sie Reformen in Angriff nahmen und sich in den Weltmarkt integrierten, *begannen* die ‘mehr globalisierten’ Entwicklungsländer *rapide zu wachsen*, wobei das Wachstum kontinuierlich von 2,9 Prozent in den 70er Jahren auf 5 Prozent während der 90er anstieg“ (ebd.: 36, Herv. d. Verf.). Die Tatsache, dass China und Indien weiterhin auf substanziellen Handelsbeschränkungen und Kapitalkontrollen sowie auf anderen – den Vorgaben der Weltbank eigentlich entgegenstehenden – Marktrestriktionen bestanden, wurde zugunsten des schönen Scheins ausgeblendet. Alle Aufmerksamkeit gilt der Liberalisierung, als könnte einzig diese das Wachstum hervorgerufen haben und nicht die verbleibende Protektion und andere Restriktionen. Es wird ignoriert, dass das schnelle Wachstum in beiden Ländern einsetzte, lange bevor sie ihren Handel liberalisierten.

Daneben sind sehr viele Ökonomien mit einem hohen Offenheitsgrad, die jedoch sehr arm sind und langsam wachsen, in die Kategorie der „Nicht-Globalisierer“ eingeordnet – eben weil ihr bereits sehr hoher Offenheitsgrad während der vergangenen zwei Dekaden nur wenig zunahm. Dieser kühne Gebrauch der Sprache führt dazu, dass die „Nicht-Globalisierer“ in der Studie eine schlechtere Performance aufweisen als die „Globalisierer“ – zu denen auch Länder gerechnet werden, die aufgrund einer restriktiven Handelspolitik und eines niedrigen Offenheitsgrades zwar relativ geschlossen bleiben, deren niedriger Offenheitsgrad sich aber etwas erhöht hat.

Wenn der Handel als Indikator des Globalisierungsgrades benutzt wird, dann sollten wir den Effekt, den die Größe des Landes auf das Verhältnis von Handel zu BIP hat, von allen anderen Einflussfaktoren unterscheiden. Wir sollten klar unterscheiden zwischen Aussagen über (1) das Niveau des Handels, (2) die Veränderungen dieses Niveaus, (3) die Restriktivität oder Offenheit der Handelspolitik, (4) die Veränderungen in der Restriktivität dieser Politik und (5) dem Umfang der Handelsprodukte – ob eine relativ begrenzte Palette an Exportwaren einer breite Palette von Verbrauchsgüterimporten gegenübersteht oder ob eine breite Palette von Exportgütern einer Palette von Importen gegenübersteht, die auch Produktionsgüter umfassen, mit denen Produkte hergestellt werden, die Importe substituieren können.

Das Problem bei der Einteilung in „Globalisierer“ und „Nicht-Globalisierer“ ist nicht nur das fragwürdige Kriterium „Anstieg des Verhältnisses von Handel zu BIP“. Es ist auch das Desinteresse gegenüber allem anderen jenseits des Handels. Was ist zum Beispiel mit der Wanderung von Menschen, mit dem Fluss von Ideen? Man stelle sich eine Wirtschaft vor ohne Außenhandel, dafür aber mit einer hohen Migration sowohl ins Land hinein als auch hinaus und mit einem gut entwickelten Netzwerk in der Diaspora. Dies wäre eine wirklich offene oder globalisierte Wirtschaft, obwohl sie nicht als solche klassifiziert würde. Und was ist mit den Auswirkungen des gegenwärtigen „Post-Bretton Woods“-Regimes bzw. mit dem, was Peter Gowan als „Dollar-Wall Street-Regime“ beschreibt, nämlich der Dominanz des US-Dollars sowie der Dominanz von privaten (gegenüber öffentlich regulierten) internationalen Finanzmärkten, die sich vor allem in den USA befinden? (Gowan 1999). Eine Globalisierung unter diesen ganz speziellen Rahmenbedingungen hat ganz andere Effekte als eine Globalisierung unter alternativen Bedingungen.

### **3. Strukturelle Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten gegenüber der globalen Ungleichheit**

Als Ursache einer unzureichenden Entwicklung würde die Modernisierungstheorie der 1950er bis 1970er Jahre eine gescheiterte Industrialisierung anführen, da sie davon ausging, dass Entwicklungsländer durch (eine marktfreundli-

che) Industrialisierung zum Wohlstand der entwickelten Welt aufschließen können. Aber das ist offensichtlich falsch. Betrachten wir den Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP oder an der Beschäftigung, so finden wir eine bemerkenswerte Konvergenz: dieser Anteil ist heute bei den Entwicklungsländern größer als bei den entwickelten Ländern (Arrighi/Silver/Brewer 2003). Allerdings generiert jeder weitere Zuwachs an industrieller Fertigung in den Entwicklungsländern weniger zusätzliches Einkommen. Und das ist nicht das, was man erwarten würde, wäre die Produktion in den Entwicklungsländern in einen dynamischen Kapitalismus eingebettet. Industrialisierung kommt daher auch nur noch am Rande der Entwicklungsagenda der „internationalen Gemeinschaft“ vor. Die Weltbank erwähnt das Thema kaum noch. In ihren Augen hat Entwicklung mit Armutsbekämpfung, Marktzugang, good governance und Umweltschutz zu tun – aber nicht in erster Linie mit kapitalistischer Industrialisierung.

Wenn aber eine gescheiterte Industrialisierung nicht als Sündenbock dienen kann, welche anderen Faktoren können dann die steigende Einkommensungleichheit erklären? Ein wesentlicher Teil der Antwort hängt dabei mit den Gründen zusammen, warum qualitativ verschiedene Aktivitäten (verschieden in Bezug auf ihren Beitrag zum Wachstum) an verschiedenen Orten der Welt stattfinden, vor allem warum sich an bestimmten Orten Aktivitäten mit steigenden, an anderen mit fallenden Erträgen ansammeln. Zwar gibt es nicht nur Agglomerations- sondern auch Dispersionstendenzen, doch haben die Dispersionstendenzen in der industriellen Fertigung keine Annäherung der Einkommen mit sich gebracht hat. Um dies zu verstehen, müssen wir die Wertschöpfungskette entkoppeln und die zunehmende Dominanz des Finanzwesens in den fortgeschrittenen Ökonomien berücksichtigen. Und wir müssen diese „strukturellen“ Faktoren mit den Handlungsmöglichkeiten verbinden – z.B. der US-amerikanischen Strategie, die über eine bestimmte Architektur der Weltwirtschaftsordnung die eigene Vorherrschaft sicherstellen will. Im folgenden kann dies nur in sehr schematischer Weise geschehen.

### *„Attraktive“ Standorte für Aktivitäten mit steigenden Erträgen*

Gemäß der einfachen Version der neoliberalen Theorie bewegen sich Kapital und Technologie weg von Hochlohnzonen hin zu Niedriglohnzonen; Arbeit bewegt sich in die entgegengesetzte Richtung. Als Resultat erfolgt angeblich eine Konvergenz der Faktoreinkommen. Wäre diese Tendenz in der heutigen Welt genauso dominant wie in den ökonomischen Modellen, dann sollten wir eine Abnahme von Armut und Ungleichheit erleben.

Um die Tatsache zu verstehen, dass es keine Konvergenz gegeben hat – bzw. dass die Entwicklung ungleich bleibt oder der Aufholprozess gescheitert ist – müssen wir uns mit einer allgemeine Eigenschaft modernen wirtschaftlichen Wachstums auseinander setzen: Bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten und Pro-

duktionsmethoden haben mehr und positivere Auswirkungen auf Wachstum und Produktivität als andere. Es handelt sich dabei um Aktivitäten, die mit steigenden Erträgen (in Bezug auf Umfang und Agglomeration) verbunden sind. Charakteristisch dafür sind bei steigendem Output sinkende Grenzkosten. Sie haben die Tendenz für andere ortsansässige Firmen einen zusätzlichen Nutzen zu erzeugen, der diesen ebenfalls niedrigere Kosten ermöglicht. Während Länder und Regionen mit einem höheren Anteil an solchen Aktivitäten höhere Realeinkommen aufweisen, bleiben in den Ländern und Regionen, in denen sich Aktivitäten mit sinkenden Erträgen konzentrieren die Einkommen niedrig. Das zentrale Entwicklungsproblem einer nationalen Wirtschaft ist es daher, ihre Ressourcen zu den Aktivitäten mit steigenden Erträgen hin zu lenken. Ein erster Schritt wäre z.B. der Abzug der Ressourcen aus Sektoren wie der Landwirtschaft und der Primärgüterproduktion und ihr Einsatz in der Fertigung und den damit verbundenen Dienstleistungen.

Um das Paradox zu verstehen, dass die Einkommen der Entwicklungsländer noch immer nicht an die der entwickelten Länder heranreichen, obwohl bei vielen von ihnen der Anteil der industriellen Produktion am BIP das Niveau der entwickelten Länder erreicht hat, muss man zunächst die Wertschöpfungskette betrachten. Sie beschreibt die Abfolge der Tätigkeiten, die zur Herstellung eines fertigen Produkts nötig sind, inklusive Forschung und Entwicklung (F&E), Design, Beschaffung, Fertigung, Montage, Vertrieb, Werbung und Verkauf. Vor allem aufgrund des Fortschritts in der Kommunikationstechnologie, der eng mit der Globalisierung zusammenhängt, sind die Wertschöpfungsketten heute weiträumig verteilt, wobei sich die eigentliche Wertschöpfung an die Enden dieser Kette verlagert – in Richtung F&E, Design, Vertrieb und Werbung (Gereffi/Korzeniewicz 1994). Während diese, tendenziell steigende Erträge nach sich ziehenden Aktivitäten häufig am angestammten Ort verbleiben, sind die zu sinkenden Erträgen tendierenden Aktivitäten in die Niedriglohnzonen verlagert worden.

Mit anderen Worten: Aktivitäten im Produktions- und Dienstleistungsbereich, die zu steigenden Erträgen führen, konzentrieren sich weiterhin in den Hochlohnregionen, und zwar auch dann, wenn die Märkte gut funktionieren (und nicht etwa infolge von „Marktunvollkommenheiten“) So bleibt Deutschland ein mächtiger Produktionsstandort, auch wenn die Beschäftigung qualifizierter deutscher Arbeiter fünfzehnmal so viel kostet wie die Beschäftigung qualifizierter chinesischer Arbeiter. Und obwohl qualifizierte japanische Arbeitskräfte noch teurer sind, bleibt auch Japan ein bedeutender Produktionsstandort – obwohl er von Shanghai nur 700 Kilometer Seeweg entfernt ist.

Warum sind diese Regionen attraktiv für Aktivitäten mit steigenden Erträgen? Zum einen, weil die Stückkosten in den Niedriglohnzonen häufig nicht geringer sind, denn die niedrigen Löhne werden durch die geringe Produktivität mehr als ausgeglichen. Jedenfalls machen die Lohnkosten in automatisierten

Fertigungsstrecken nur noch einen geringen Teil der Gesamtkosten aus – oft 10 Prozent oder weniger. Und je technologielastriger und komplizierter die Produkte sind (z.B. Fahrzeugteile und Flugzeuge), desto höher ist der Aufwand, den ein Unternehmen betreiben muss, um hochqualifizierte Arbeitskräfte zu halten, die diese Produkte entwickeln und herstellen. Und eine Methode sie zu halten ist, sie hoch zu bezahlen.

Zweitens hängen die „Fähigkeiten“ eines Unternehmens (vor allem hinsichtlich der Qualität seiner Produktion) nicht nur von der Summe der Fähigkeiten seiner einzelnen Arbeitskräfte ab, sondern auch vom kollektiven Wissen des gesamten Unternehmens und der sozialen Organisation seiner Belegschaft. Bei den Unternehmen mit hoher Wertschöpfung existiert ein großer Teil dieses Wissens und der sozialen Organisation implizit, vor allem aufgrund von persönlichen Beziehungen – ein Aktivposten, der sich nicht einfach zwischen verschiedenen Orten übertragen lässt (vgl. dazu: Sutton 2000, Gomory/Baumol 1992; Porter 1998; Fujita/Krugman/Venables 1999; Venables 2003).

Drittens, je kürzer die physische und kulturelle Distanz, desto größer, einfacher und billiger ist der Transfer impliziten Wissens und desto geringer sind auch noch einige andere Arten von Transaktionskosten. Insgesamt ist dies ein mächtiger Motor für die Konzentration entsprechender Aktivitäten in räumlichen Clustern, aus denen Unternehmen, dann einen zusätzlichen Nutzen ziehen können (Lucas 1988). Diese *spill-over benefits* verstärken schließlich die Neigung der einzelnen Firmen, nicht in eine Niedriglohnzone zu gehen bzw. nur ihre Montage- oder Fertigungsaktivitäten mit niedriger Wertschöpfung dorthin zu verlagern. Dazu kommt, dass der zunehmende Mangel an Fachkräften in der Kernzone dazu führt, dass Fachkräfte verstärkt Grenzen überwinden, um „ihre“ Unternehmen zu finden. Diese können daher ruhig in der Kernzone ansässig bleiben.

Empirischer Beleg für diese Effekte ist die Tatsache, dass rund zwei Drittel des Outputs der OECD-Länder zwischen Firmen innerhalb der OECD gehandelt werden. Zudem haben vor allem in einigen der größten Produktionssektoren (darunter Elektronik und Fahrzeugbau) innerhalb der OECD angesiedelte Muttergesellschaften zunehmend konzentrierte, vertikale Produktionsnetzwerke gebildet. Innerhalb dieser Netzwerke behalten sie weitgehend die Kontrolle über die Prozesse mit großer Wertschöpfung, während ein steigender Anteil einfacher Fertigungsschritte an Zulieferer in Niedriglohnländer ausgelagert wird. Dabei nutzen sie ihre Stellung am Markt aus, um den Wettbewerb zwischen diesen Zulieferern zu verschärfen. Die Zulieferer sind daher die ersten, die unter einer Rezession zu leiden haben.

Aber das ist noch nicht das Ende der Geschichte. Der größere Wohlstand und die Vielfalt ökonomischer Aktivitäten in den Hochlohnzonen – ganz zu schweigen von Institutionen, die Konflikte schlichten und Risiken absichern, wie z.B. eine Sozialversicherung, Haftungsregelungen und eine sozial relativ

homogene Bevölkerung – führen auch dazu, dass die Hochlohnzonen Schocks, die von Innovationen oder Pleiten ausgehen, besser absorbieren können. Mag Enron auch bankrott gehen, es stehen eine ganze Reihe weiterer Firmen bereit, um in dessen Geschäft einzusteigen und dessen Beschäftigte zu übernehmen.

### *Sinkende Erträge in den mittleren Stufen der Wertschöpfungskette*

Während der 1980er und 1990er Jahre gliederten viele Unternehmen im Norden die arbeitsintensiveren Teile ihrer Wertschöpfungskette in Niedriglohnregionen aus. Viele Analysten erwarteten damals, dass die Betriebe in den Entwicklungsländern, die diese Arbeiten übernahmen, bald in der Lage sein würden, in der Wertschöpfungskette aufzusteigen und Fertigungen mit höherer Wertschöpfung zu übernehmen (siehe z.B. Gereffi 1999). Erwartet wurde auch, dass eine solche Aufwärtsmobilität positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Länder insgesamt haben würde.

Untersuchungen zeigen, dass sich Unternehmen in der Niedriglohnzone tatsächlich die Kette hinauf bewegt haben. Allerdings hat der daraus resultierende verstärkte Wettbewerb zwischen den Niedriglohnproduzenten auf der mittleren Stufe der Fertigungskette dort sinkende Erträge verursacht (Schrank 2002). Eine Studie, die Daten aus einem ganzen Jahrzehnt auswertete, konstatierte „einen fast einheitlichen Lohnrückgang in der Bekleidungsindustrie der Dritten Welt“ (Tonelson 2002). Ein Trend, der auch in anderen fertigungsintensiven Industrien wie z.B. die Haushaltselektronik existiert.

Oft dient China als Beispiel einer Ökonomie, die massiv von der Expansion der an den Norden gebundenen Wertschöpfungsketten profitiert hat. Tatsächlich haben aber die Exporte der mit Auslandskapital gegründeten Unternehmen der chinesischen Wirtschaft viel weniger Wertschöpfung eingebracht als die ungefähr gleich großen Exporte der nationalen Unternehmen, da erstere auch teurere Importe benutzen (UNCTAD 2002).

Hier findet sich die mikroökonomische Erklärung des makroökonomischen Trends einer weltweiten Konvergenz der Produktion ohne Konvergenz der Einkommen. Die verschiedenen hier beschriebenen Mechanismen – insbesondere die Kombination aus der räumlichen Konzentration hoher Wertschöpfung in den wohlhabenden Regionen und rückläufigen Erträgen in den mittleren Fertigungsstufen – erklären die stabile Zweiteilung der Welt, in der die hohen Löhne in der einen Zone weiterhin hoch und die niedrigen Löhne überall sonst niedrig bleiben, und zwar auch dann, wenn eine Industrialisierung stattgefunden hat. Der entscheidende Punkt ist, dass gut funktionierende freie Märkte in einer wirtschaftlich stark globalisierten Welt „spontan“ eine gleichgewichtige Verteilung zwischen der Hochlohnzone und der Niedriglohnzone erzeugen, die für die Niedriglohnzone kaum wünschenswert ist.

Außerdem kann man annehmen, dass der steigende Anteil des Handels am BIP in den Entwicklungsländern vor allem das Einkommen der Reichen steigert.

Deren Konsumgewohnheiten führen dann aber eher zum Import von Luxusgütern statt Importgüter durch nationale Produkte zu ersetzen. Eine diversifizierte Produktion für den nationalen Markt – und nicht die enge Spezialisierung auf Exportgüter für ausländische Märkte – ist jedoch der Schlüssel zu wachsendem Wohlstand. Zudem verstärkt die oligopolistische Organisation der Industrie in den entwickelten Ländern die Ungleichheiten durch ihre Preispolitik, die eine Verschlechterung der *terms of trade* für die Entwicklungsländer bedeutet. Die immer ungünstiger werdenden *terms of trade* der Entwicklungsländer sind ein ganz zentraler Grund für die fortbestehende Kluft zwischen Nord und Süd. Die Exportpreise der Entwicklungsländer, sowohl für Primär- als auch Industriegüter, sind während der vergangenen zwei Dekaden im Verhältnis zu den Exportpreisen der entwickelten Länder rapide gefallen und drücken so den Anteil des weltweiten Einkommens, der der Niedriglohnzone zufließt (ECLA 2002: 38). Vor allem die Mobilisierung von Chinas immensen Arbeitskraftreserven hat die Handelsbedingungen für die Produzenten der Entwicklungsländer negativ beeinflusst. So ist die krasse Verschlechterung der industriellen *terms of trade* der Entwicklungsländer nach 1984 zu einem großen Teil auf den dramatischen Anstieg von Chinas industriellen Exporten zurückzuführen. Ganz grob könnte man sogar sagen, dass Chinas größter Exportschlager die Deflation ist.

### ***Regionale Konzentration der multinationalen Konzerne***

Die in den entwickelten Ländern ansässigen multinationalen Konzerne haben in diesen Ländern nicht nur ihre Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung, auch ihr Absatz hängt sehr stark von diesen Regionen ab. Entgegen der verbreiteten Vorstellung, dass Märkte und Firmen immer globaler werden, sind die meisten der von *Fortune* aufgeführten 500 größten Multis für einen Großteil ihres Absatzes auf ihre Heimatregion, also auf Nordamerika, die EU oder Ostasien (die „Triade“) angewiesen (Gestrin/Knight/Rugman 2001). Weniger als ein Dutzend sind beim Absatz wirklich „global“. So gut wie kein Unternehmen hängt in irgendeinem signifikanten Maße von den Märkten in Entwicklungsländern außerhalb Ostasiens ab (was ein weiterer Beleg für die Schieflage der weltweiten Einkommensverteilung ist). Zudem intensivierte sich ihre Konzentration auf nur eine oder zwei der Triaden-Regionen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Im selben Zeitraum wurden auch die Auslandsgeschäfte der Multis weniger profitabel als die Aktivitäten in ihren Heimatregionen. Die Kehrseite dieser Absatzkonzentration auf eine oder zwei Triaden-Regionen ist eine entsprechende Konzentration des ohnehin geringen Anteils der in Entwicklungsländer fließenden Direktinvestitionen auf nur etwa sechs Länder. Der Großteil dieser Investitionen fließt zudem in die Produktion von Exportgütern, die zurück in die entwickelten Länder gehen und nicht für den Verkauf in den Entwicklungsländern gedacht sind.

Kurz: die multinationalen Gesellschaften „regionalisieren“ eher als dass sie „globalisieren“ und ihre Regionen umfassen außer in Ostasien keine Entwicklungsländer. Sie haben daher auch nur wenig Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Länder.

### *Die „Finanzialisierung“ der Ökonomie*

Ein weiterer Grund für die zunehmende globale Einkommensungleichheit liegt in der Transformation des Kapitalismus weg von Fließbandproduktion und hin zur Informationsverarbeitung, weg von der Konzentration auf die Produktion hin zu einer stärkeren Bedeutung des Finanzwesens. Dieser Wandel belohnt Qualifikation und Ausbildung und bestraft diejenigen, die beides nicht vorweisen können.

Allerdings kann die enorme Verschiebung der weltweiten Einkommen am oberen Ende der Skala in Richtung der reichsten Haushalte nicht allein als Ertrag aus guter Ausbildung erklärt werden. Sie hängt eher mit einem kulturellen Wandel zusammen: statt Einkommensunterschiede durch Leistung zu begründen, herrscht jetzt das Motto „der Gewinner bekommt alles“, so dass Gehälter in den oberen Managementetagen, die oft das Hundertfache des Lohns der Arbeiter ausmachen, keinerlei Empörung mehr hervorrufen (Krugman 2002).

Dieser Wandel hängt mit der Vorherrschaft des Finanzwesens in den mächtigsten Ökonomien, der „Finanzialisierung der Wirtschaft“ zusammen. Diese Finanzialisierung wurde in dem Maße relevant, wie der Finanzsektor zum Dreh- und Angelpunkt der Wirtschaft der USA und Großbritanniens wurde und zunehmend Verknüpfungen mit anderen Bereichen entstanden sind, die wiederum die Vorrangstellung des Finanzwesens aufrecht erhalten. Z.B. ist das Finanzwesen institutionell mit dem reichsten Drittel der Haushalte über kapitalmarktbasierter Pensionsfonds verbunden und normativ ist es mit den Kapitalgesellschaften verknüpft, da die Eigenkapitalrendite die wichtigste Kennzahl der Unternehmensperformance ist<sup>4</sup>. Für die von ihm dominierten Ökonomien stellt sich der Finanzsektor als bedeutende Wertschöpfungskomponente dar: Zum einen ist er nur einem geringen Preiskampf ausgesetzt. Zum anderen operiert er weltweit mit Klienten, die, da sie von der esoterischen Seite der Finanzmarktprodukte nur wenig verstehen und daher auf der falschen Seite der „asymmetrischen Information“ stehen, leicht getäuscht werden können (Partnoy 1997). Schließlich genießt er die steigenden Erträge eines guten Rufs. Darüber hinaus entstammt ein Großteil der Erträge des Finanzsektors den Transaktionskosten – und somit profitiert er von einer regionalen Blase zunächst durch die Organisation des Zustroms der Finanzen und beim anschließenden Crash durch die Organisation von deren Abfluss.

---

4 Der Finanzsektor ist in den USA auch eine der größten Quellen der Finanzierung der Politik. Siehe zur Finanzialisierung auch Wade (2001) und Dore (2000).

Die Normen und institutionellen Modelle, die die Dominanz des Finanzwesens im Westen begünstigen, werden dann über internationale Institutionen wie WTO, IWF, Weltbank und einige bilaterale Hilfsorganisationen „internationalisiert“, so dass sie auch für den Rest der Welt gelten. So setzen sich beispielsweise die Weltbank und die US-amerikanische Agency for International Development (USAID) unter dem Motto „Kapitalmarktentwicklung“ für öffentliche oder private Pensionsfonds ein – und dies sogar in Ländern wie Kasachstan, in denen es noch gar keinen richtigen Kapitalmarkt gibt (Weltbank 1994; Holzman/Stiglitz 2001). Auf diese Weise wird der Finanzsektor für beutegieriger nationale Eliten interessant gemacht. Damit wird es wiederum wenig wahrscheinlich, dass sich die Regierungen von Entwicklungsländern, die oft durch Finanzeliten mit schnellen Exit-Optionen unter Druck gesetzt werden, auf eine Entwicklungsstrategie konzentrieren und langfristige Projekte zur organischen Herausbildung einer nationalen Wirtschaft in Angriff nehmen.

### *Ostasien*

Auch hinsichtlich der Fähigkeit Ostasiens zu eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung sollten wir nicht zu optimistisch sein. Nur ein winziger Teil der weltweiten F&E-Aktivitäten findet in Ostasien (außerhalb Japans) statt. Fast der gesamte Rest verbleibt weiterhin in den Ländern der Triade, in Nordamerika, Europa und Japan. Sogar in Singapur, das gemeinhin als F&E-Zentrum Asiens gilt, findet keine „echte“ Forschung und Entwicklung statt – die ortsansässigen F&E-Labors adaptieren vor allem in Nordamerika und Europa entwickelte Produkte für den regionalen Markt und achten ansonsten darauf, was die Wettbewerber tun (Amsden/Tschang/Goto 2001). Die groß angekündigte „Globalisierung der Forschung und Entwicklung“ besteht im Grunde aus der Bewegung innerhalb der Triade, der Länder mit hohem Einkommen.

China ist für seine höher technologisierten Produkte noch immer stark auf ausländische Investitionen und importierte Komponenten angewiesen. Die ins Land fließenden Investitionen suchen nach wie vor hauptsächlich billige Arbeitskräfte, niedrige Steuern und implizite Protektionsversprechen und fragen nicht etwa höhere Qualifikationen nach. Auch das Informationstechnologie-Zentrum rund um Schanghai hängt stark von taiwanesischem und anderem ausländischen Know-how ab. In Japan läuteten bereits die Alarmglocken angesichts von Grafiken, die sinkende japanische PC-Exporte in die USA zeigen, während die aus China stiegen – dabei unterschlagen diese Grafiken die Tatsache, dass diese Computer in China nur zusammengebaut wurden, unter Anwendung unter anderem japanischer Komponenten. Sicherlich bleibt ein Teil dieser Technologie in den Köpfen von Millionen chinesischen Arbeitnehmern hängen und sicherlich mehr, als dies in anderen Entwicklungsländern der Fall ist (in China kommen nach der UNESCO-Definition 200 „Techniker“ auf eine Million Menschen, verglichen mit 108 in Indien, 30 in Thailand, 318 in

Südkorea und 301 in Singapur) (UNCTAD 2002: 167). Wird China aber durch die WTO-Vorgaben an einer Industriepolitik gehindert, wie sie früher in den kapitalistischen Ökonomien Ostasiens gemacht wurde, um das einheimische Wachstum zu unterstützen, dann wird das Land wahrscheinlich noch lange eine Montageplattform für Exporte mit niedriger Wertschöpfung bleiben.

Diese Überlegungen sollten uns gegenüber einem Szenario abnehmender weltweiter Einkommensungleichheit vorsichtig machen, das sich auf Chinas schnelles Wachstum gründet. Und ganz gleich ob China die Wertschöpfung seiner Exporte wesentlich steigern wird oder nicht, seine Entwicklung wird auch weiterhin der Grund für eine steigende Einkommensungleichheit zwischen vielen anderen Entwicklungsländern und dem Westen sein. In dem Maße, wie sich China zum weltweiten Zentrum billiger Produktion entwickelt, schaltet es konkurrierende Produzenten in Ländern mit höherem Lohnniveau, wie Mexiko und Brasilien, aus. Dabei treibt China gleichzeitig die Nachfrage nach Agrar- und Bergbauprodukten aus diesen Ländern in die Höhe. Die Folge kann sein, dass die Entwicklungsländer außerhalb Ostasiens ihren Wettbewerbsvorteil in der Produktion verlieren und wieder ihre frühere Spezialisierung als Rohstofflieferanten annehmen, und zwar jetzt nicht mehr nur für den Westen, sondern auch für China und den Rest Ostasiens.

Kurz: Die vom neoliberalen Modell gefeierten positiven Effekte freier Märkte, werden wahrscheinlich durch andere Tendenzen überlagert. Tendenzen, die ein Auseinanderdriften von diversifizierten Regionen mit hoher Wertschöpfung, hohen Löhnen und steigenden Erträgen auf der einen Seite und eng spezialisierten Regionen mit geringer Wertschöpfung, niedrigen Löhnen und sinkenden Erträgen auf der anderen Seite verursachen. Und diese Bewegung findet auch dann statt, wenn die Quotienten Produktion/BIP, Handel/BIP und industrielle Exporte/Gesamtexporte, wie in der jüngsten Zeit, steigen und auch dann, wenn die nationale Einkommensungleichheit in der Hochlohnzone das Ausmaß der Ungleichheit der Niedriglohnzone erreicht.

### ***Bevölkerungswachstum***

In den Regionen mit niedrigem Einkommen wächst die Bevölkerung um ein Vielfaches schneller als in der reichen Zone, weshalb auch der Anteil der in Niedriglohnzonen lebenden Weltbevölkerung steigt. Das Bevölkerungswachstum in der Region mit hohem Einkommen ist (ohne Migration) nahezu null. Das Wachstum in der Region mit niedrigem Einkommen beträgt ohne China ca. 2 Prozent, mit China rund 1,5 Prozent. Es ist eine bittere Ironie, dass einige Regionen vor allem in Afrika, in denen das hohe Bevölkerungswachstum üblicherweise ein Problem darstellt, nun das Gegenteil erfahren: AIDS rafft so viele Erwachsene dahin, einschließlich Bauern, Beamten, Richtern, Lehrern und anderen Berufstätigen, dass die Entwicklung rückwärts verläuft. Allerdings betrifft dies hauptsächlich die östlichen und südlichen Gebiete südlich der

Sahara. Die Region als Ganzes wächst weiterhin schneller als alle anderen, um ca. 2,5 Prozent. Schließlich wird die Einwohnerzahl Indiens, auch wenn sich das Bevölkerungswachstum dort rapide verlangsamt, in den nächsten 50 Jahren um weitere 500 bis 600 Millionen Menschen anwachsen und dann die Einwohnerzahl Chinas übersteigen.

### *Die Vorherrschaft der USA und die internationalen Regime*

Bisher haben wir vor allem Strukturen betrachtet aber keine Akteure, diese spielen in dieser Geschichte jedoch auch eine wichtige Rolle. Schließlich haben sie die Regeln, Organisationen und Strukturen kreiert, die ihnen nun helfen zu gewinnen. Die Regierung der USA war der wesentliche Architekt des internationalen Währungssystems, wie es seit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems zu Beginn der 1970er Jahre existiert (Gowan 1999). Eines der wesentlichen Elemente dieses Regimes ist der Gebrauch des nicht mehr an Gold gebundenen US-Dollars als primäre Reservewährung der Zentralbanken und primäre Währung für internationale Transaktionen. Diese Rolle des Dollar hat die USA von dem üblichen „Fluch des Schuldners“ befreit, nach dem ein Land mit beträchtlichen Leistungsbilanzdefiziten entweder seine Währung abwerten oder seine Nachfrage zügeln muss. Ganz im Gegenteil erleben die USA eine Art von magischem „Segen des Schuldners“, bei dem die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen Dollaranlagen akkumulieren. Deren Zentralbanken nutzen die überschüssigen Dollars zum Kauf von US-Schatzbriefen, die wiederum zur Finanzierung der Defizite ausgegeben wurden. Die Defizite generieren auf diese Weise selbst die Finanzmittel, mit denen sie finanziert werden – eine Art „Say’sches Gesetz“ der Defizite. Daher zwingen die Überschussländer die USA auch nicht zur Abwertung des US-Dollars, da dies die Wettbewerbsfähigkeit ihrer eigenen Exporte und den Wert ihrer Währungsreserven verringern würde. Folglich müssen die USA auch nicht ihre Gesamtnachfrage zügeln. Die US-Zinssätze bleiben vergleichsweise niedrig und der US-Dollar bleibt relativ stark. Dank des starken Dollars sind US-amerikanische Unternehmen in der Lage, ausländisches Vermögen billig aufzukaufen und die niedrigen US-Zinssätze dienen ihnen als starker Anreiz, dies auch zu tun. Die USA haben mehr Autonomie als jeder andere Staat, um die Schlüsselparameter der Gesamtnachfrage entsprechend ihren eigenen inländischen Bedingungen zu setzen und sie brauchen sich um die Reaktionen anderer nicht kümmern. Und wenn nötig können sich die USA mit ihrer militärischen Dominanz die Unterstützung von anderen Staaten für die von ihnen präferierte Wirtschaftspolitik in einer Weise „erkaufen“, wie es kein zweiter Staat kann.

Auf der anderen Seite drängt das „Dollar-Wall Street-Regime“ mit seinen eher privat als über die öffentlichen Zentralbanken organisierten Kapitalmärkten die erfolgreicheren Entwicklungsländer zu einer Zügelung ihrer Wachstumsra-

ten, um so das Risiko einer durch plötzliche Kapitalflucht hervorgerufenen Krise zu begrenzen.

Die Uruguay-Runde der WTO hat unter dem Motto „Freihandel und einheitliche Spielregeln“ das Spiel entschieden zugunsten der entwickelten Länder gewendet – wie zum einen die Vereinbarungen zur Textilindustrie, zur Landwirtschaft und zum Geistigen Eigentum zeigen und zum anderen das Verbot der meisten Anforderungen, die die Regierungen Ostasiens an von ausländischem Kapital finanzierte Firmen stellten. Die vor der Uruguay-Runde geltende Norm der „besonderen und differenzierten Behandlung“ von Entwicklungsländern – eben weil sie sich noch entwickeln – ist mehr oder weniger verschwunden und durch die Norm der „Reziprozität“ ersetzt worden. Wie in einem Editorial der *Financial Times* zu lesen war, das „Reziprozität“ als offensichtliches Prinzip der Fairness unterstützte, können „sie (die Entwicklungsländer) ... nicht zwei verschiedene Wege gehen wollen. Wenn die Entwicklungsländer nicht ... bereit sind, ihre Märkte zu öffnen, ist es ihrerseits unrealistisch zu erwarten, dass die industrialisierten Länder dies tun. Mehr noch, Liberalisierung würde ihnen gut tun. Die Ökonomie des Handels ist, wie die Freiheit, unteilbar: es kann nicht ein Regelwerk für die Reichen und ein anderes für die Armen geben“ (*Financial Times* 2003, Herv. d. Verf.).

Fast alle wichtigen multilateralen Wirtschaftsorganisationen gehen davon, dass ein freier Markt Zugang immer besser ist, dass national unterschiedliche Marktregulierungen unerwünschte Handelshemmnisse sind, dass eine Harmonisierung entlang der international als „best practice“ geltenden Beispiele stattfinden sollte und dass arme Länder der Erfüllung der WTO-Vorgaben für den Markt Zugang hohe Priorität einräumen sollten.

Die Weltbank und der IWF haben ihre Unterstützung für eine importsubstituierende Industriepolitik zurückgezogen – eine Politik, die für einen Ausgleich der bereits beschriebenen polarisierenden Fliehkräfte hilfreich sein könnte. Daneben haben die von diesen Institutionen aufgelegten „strukturellen Anpassungsprogramme“ die jeweiligen Länder gezwungen, ihre Exporte schnell zu steigern und daher Rohstoffe zu exportieren – ein Effekt, der durch die Anhebung der Zölle auf weiterverarbeitete Produkte in den entwickelten Ländern noch verstärkt wird. Das Resultat ist ein Überangebot an Rohstoffen und sich verschlechternde Handelsbedingungen für Rohstoffexporteure, so dass die Konsumenten in den reichen Ländern ein gutes Geschäft machen.

Die Entwicklungs- und Stabilisierungsstrategien der multilateralen Wirtschaftsorganisationen können als Instrumente der amerikanischen Strategie der Vorherrschaft verstanden werden, die seit der Zeit der Clinton-Regierung in den 90er Jahren verfolgt wird. Vorherrschaft bezieht sich dabei nicht nur auf die übergeordnete Rolle, wie sie die USA durch ihre militärische und wirtschaftliche Dominanz innehaben. Eine solche Rolle ist durchaus damit vereinbar, dass die Ökonomien der einzelnen Länder unterschiedlich organisiert sind.

Die US-amerikanische Strategie der Vorherrschaft bezieht sich vielmehr auf die Etablierung einer weltweiten Wirtschaftsordnung, in der die ökonomischen Strukturen und Regeln anderer Staaten im wesentlichen dem Kern des anglo-amerikanischen Modells angeglichen sind, welches als quasi „natürliche“ Form des Kapitalismus gilt, ganz analog zu Rousseaus „edlem Wildem“: So wie der „edle Wilde“ durch die Gesellschaft korrumpiert wird, so wird der natürliche Kapitalismus durch „Intervention“ seitens der Politik und der Regierungen korrumpiert. Das *Time* Magazin beschreibt die Grundüberzeugung Alan Greenspans, des Vorsitzenden der US-Notenbank, mit den Worten: „Märkte sind ein Ausdruck der tiefsten Wahrheit über die menschliche Natur und ... daher sind sie letzten Endes richtig“ (Ramo 1999). Diese fundamentale Überzeugung der amerikanischen Eliten unterstützt die Strategie der Ausdehnung, die die USA seit Ende des Kalten Krieges verfolgen. Der frühere Präsidentenberater Anthony Lake erklärte diese Strategie im Jahre 1993. Während des Kalten Krieges sei die Öffnung der Märkte der Welt ein Gegengewicht zur Gefahr des Kommunismus gewesen – eine „Eindämmungsstrategie“. Mit dem Ende des Kalten Krieges aber,

„muss auf die Abwehrstrategie eine *Strategie der Ausdehnung* folgen, eine Ausdehnung der freien Gemeinschaft der Marktdemokratien. ... Während des Kalten Krieges konnten selbst Kinder die Sicherheitsaufgabe Amerikas verstehen: wenn sie auf die Landkarten in ihren Klassenzimmern sahen, wussten sie, wir würden versuchen, der schleichenden Ausbreitung dieses großen, roten Flecks Einhalt zu gebieten. Heute ... müssen wir unsere Mission als Sicherheitsmacht sichtbar machen, indem wir uns für eine Ausweitung der 'blauen Regionen' der Marktdemokratien einsetzen“ (Lake 1993, Herv. d. Verf.).

Die interessanten Fragen sind nun, in welcher Weise die USA in der Lage waren, sich die multilateralen Wirtschaftsorganisationen – die eigentlich als kooperative Zusammenschlüsse von Staaten gedacht waren – zunutze zu machen, um ihre nationale Wirtschafts- und Sicherheitsstrategie gegen relativ geringen Widerstand durchzusetzen und wie hat die Verfolgung dieser Strategie die Entwicklung der globalen Armut und Verteilung beeinflusst?

#### 4. Schlussfolgerungen

Wenn die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen nicht sinkt und sich die weltweite Ungleichheit weiter ausweitert (sowohl entsprechend verschiedener plausibler Maßstäbe als auch vor allem hinsichtlich der absoluten Einkommensunterschiede), dann können wir nicht schlussfolgern, dass die Globalisierung – die Ausbreitung von freien Marktbeziehungen innerhalb der gegenwärtig herrschenden Rahmenbedingungen – die Welt in die richtige Richtung treibt und lediglich die Armut Afrikas als Spezialfall noch internationaler Aufmerksamkeit bedarf. Wahrscheinlicher ist, dass die Welt – wie bei der Klimaerwärmung – in die falsche Richtung treibt.

### *Sollte uns die zunehmende Ungleichheit beunruhigen?*

Entsprechend der neoliberalen Argumentation ist Ungleichheit ein Anreiz zu mehr Leistung und Risiko und führt somit zu höherer Effizienz. Solange die Armen dadurch nicht noch ärmer werden, als sie es sind, brauchen wir uns keine Sorgen machen. Das Gegenargument lautet, dass ein produktiver Anreizeffekt nur bei moderater Ungleichheit auftritt. Besteht Ungleichheit in einem großen Ausmaß, so wie in den vergangenen zwanzig Jahren in den USA, dann wird dieser Effekt sehr wahrscheinlich von den sozialen Kosten aufgezehrt. Oberhalb eines moderaten Ausmaßes bringt Ungleichheit – ganz abgesehen von moralischen Einwänden gegen einen solchen Zustand – aber auch eine Gesellschaft hervor, in der selbst hartgesottene Konservative nicht leben möchten: nämlich eine sehr unsichere und ungemütliche Gesellschaft.

Innerhalb einzelner Gesellschaften geht eine größere Einkommensungleichheit einher mit: (1) höherer Armut (vgl. die Angaben der Weltbank und die Zahl der unter der von der Weltbank definierten internationalen Armutsgrenze lebenden Menschen, Besley/Burgess 2003), (2) höherer Arbeitslosigkeit, (3) einem langsameren Wirtschaftswachstum und (4) höherer Kriminalität (Lee/Bankston 1999; Hsieh/Pugh 1993; Fajnzylber/Lederman/Loayza 1998; Freeman 1996). Beispiele aus Städten überall in den USA zeigen, dass größere Ungleichheit mit höheren Kriminalitätsraten zusammenhängt. Kurz: Die Politik sollte sich der Ungleichheit auf nationaler Ebene auf jeden Fall annehmen, auch wenn sie dies nur den Wohlhabenden zuliebe tut.

An der wachsenden Ungleichheit zwischen den einzelnen Ländern ist die neoliberale Argumentation noch weniger interessiert als an der Ungleichheit innerhalb der Länder. Allerdings – je globalisierter die Welt wird, desto mehr werden auch zwischen den einzelnen Ländern die gerade genannten beunruhigenden Folgen von Ungleichheit auftauchen. Eine ganze Reihe von Beispielen legt nahe, dass die Globalisierung innerhalb der gegenwärtigen Rahmenbedingungen tatsächlich die Ungleichheit innerhalb von und zwischen Ländern erhöht. Dies kann, sobald die weltweite Ungleichheit oberhalb moderater Niveaus liegt, die Gesamtnachfrage der Weltökonomie und damit das Weltwirtschaftswachstum lähmen – was einen Teufelskreis aus steigender weltweiter Ungleichheit und niedrigerem weltweitem Wachstum generiert.

Ebenso wirkt die rapide Ausweitung der Ungleichheit zwischen den Ländern über die aktuellen Wechselkurse belastend auf die jeweiligen öffentlichen Sektoren zurück, da die steigenden Kosten für Auslandsimporte, Schuldendienst und ähnliches durch Einschnitte in den Gesundheits- und Bildungsetats und den Mitteln zur Wirtschaftsförderung gedeckt werden müssen.

Migration ist ein weiterer Begleiteffekt von Ungleichheit, denn für einen armen Menschen ist der Umzug aus einem armen in ein reiches Land der schnellste Weg zu mehr Wohlstand. Steigende Ungleichheit kann für die ge-

bildeten Menschen in armen Ländern den Anreiz erhöhen, in reiche Länder zu emigrieren, für die gering qualifizierten Menschen steigt der Anreiz, sich illegal Zutritt zu verschaffen. Nun sind „Migration“, „Flüchtlinge“ und „Asyl“ die emotionalsten, atavistischsten Themen westlicher Politik. Umfragen zeigen, dass mehr als zwei Drittel der Befragten der Meinung sind, dass in ihren Ländern weniger „Ausländer“ leben sollten (Demeny 2003).

Eine zunehmende Ungleichheit zwischen den Ländern kann auch zwischenstaatliche Konflikte verschärfen und – weil die nominalen Einkommen so weit auseinander liegen – ist es für die reichen Länder leicht (und billig) zu intervenieren und die eine oder andere Seite in solchen Auseinandersetzungen zu unterstützen. Die wachsende Ungleichheit in nominalen Größen – unterstützt durch einen starken US-Dollar, einen (langfristig) niedrigen Ölpreis und dem neuen WTO-Reglement zum Geistigen Eigentum – ermöglicht den USA, die militärische Stärke ihres sich herausbildenden Empires noch billiger zu finanzieren.

### *Entwicklungspolitik*

Wir müssen eine Unterscheidung wieder einführen, die aus den Entwicklungs-Lexika herausgefallen ist: die zwischen „externer“ und „interner“ Integration. Im gegenwärtigen Gebrauch bezieht sich „Integration“ auf die Integration einer Nationalökonomie in den Weltmarkt. Und es wird angenommen, dass diese eher externe Integration automatisch die interne Integration zwischen Löhnen, dem Konsum und der Produktion sowie zwischen verschiedenen Sektoren (z.B. dem urbanen und ländlichen Sektor) stimuliert. Viele Beispiele zeigen dagegen, dass eine bewusst gesteuerte Steigerung der internen Integration auch die externe Integration antreiben kann, insbesondere durch den Ersatz einiger ständiger Importe durch die nationale Produktion, die dabei wieder eine Nachfrage nach anderen Importen generiert (Wade 2003a; Jacobs 1984; Lall 2001; Chang 2002; Weiss 1998). Ein Teil dieses Importersatzes ist die „natürliche“ Reaktion auf Transportkosten, wachsende Qualifikationen und zunehmende relative Kosten. Die Entwicklungserfahrung Lateinamerikas und Afrikas während des gesamten 20. Jahrhunderts legt nahe, dass Regionen, die sich vor allem als Rohstofflieferanten in die Weltwirtschaft integrieren, sehr wahrscheinlich auf der Strecke bleiben. Ihr Wohlstandsniveau bleibt abhängig vom Zugang zu den Märkten der reichen Länder und von den (fallenden) Preisen für ihr begrenztes Portfolio an Rohstoffen und Verbrauchsgütern.

Letzten Endes besteht die Entwicklungsproblematik im Kern weniger in der Linderung von Armut, dem Schutz der Umwelt, der Schaffung restriktionsfreier Märkte und korruptionsfreier öffentlicher Verwaltungen als vielmehr in der Herstellung von solchen Formen des Kapitalismus, die steigende Lebensstandards für die Massen in den Niedriglohnzonen der Weltwirtschaft generieren können – vor allem auf der Basis einer expandierenden Binnennachfrage nach

im Inland hergestellten Produkten. In diesem Zusammenhang kann als Faustregel gelten, dass ein ineffizienter Produktionssektor immer noch besser ist als gar keiner. Für viele Ökonomien ist dies die einzige Möglichkeit, denn ein effizienter Produktionssektor ist weit und breit nicht in Sicht. Es ist bemerkenswert, wie vollständig die Frage nach der Etablierung eines dynamischen Kapitalismus in den Entwicklungsländern von der internationalen Entwicklungsagenda verschwunden ist.

### *Multilaterale Wirtschaftsabkommen*

Die Frage ist, wie sich die multilateralen Wirtschaftsorganisationen so umstrukturieren lassen, dass die „besondere und differenzierte Behandlung“ von Entwicklungsländern wieder mehr Gewicht erhält als die Forderungen nach „Reziprozität“ und „internationaler ‘best practice’“. Die Regeln des internationalen Wirtschaftsregimes müssen es den Entwicklungsländern erlauben, die Importsubstitution durch Zölle, Subventionen und den Vorrang inländischer Firmen bei Regierungsaufträgen und ähnliche Maßnahmen zu beschleunigen. Sie müssen zulassen, dass Entwicklungsländer zielgerichtet die Entwicklung von Verknüpfungen zwischen ortsansässigen Unternehmen und den Tochterfirmen multinationaler Gesellschaften unterstützen und dass sie konjunkturbedingten Kapitalflüssen Restriktionen auferlegen können (Wade 2003). Das sind die Punkte, für deren Durchsetzung sich die Repräsentanten der Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsorganisationen gemeinsam einsetzen sollten.

Andererseits ist es richtig, dass Chinas Aufstieg zum Zentrum der Niedrigkostenindustrie jede konzertierte Aktion der Entwicklungsländer ungeheuer verkompliziert hat. Mexiko und Korea werden nun wahrscheinlich an der Seite der USA und der anderen Mitglieder der G7 nach Wegen suchen, sich gegen Chinas Exporte zu schützen. Die politische Grenzlinie zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern verläuft inzwischen anders als die zwischen den Einkommen.

Alle beschriebenen politischen Maßnahmen setzen natürlich voraus, dass die Struktur der Weltwirtschaft für eine Verbesserung der Lage großer demographischer Gruppen überhaupt offen genug ist. Sie setzen voraus, dass in dem weltweiten Kapitalismus, dessen Rahmen das „Dollar-Wall Street-Regimes“ bildet, die Bewegung hin zu einer unipolaren Verteilung des weltweiten Einkommens keineswegs zwangsläufig ist und dass nichts die Verminderung der Unterschiede zwischen Oben und Unten ausschließt. Aber gibt es dafür einen Beweis?

*Übersetzung aus dem Englischen von Lydia Heller*

## Literatur

- Amsden, Alice H.; Tschang, Ted; Goto, Akira (2001): *A New Classification of R&D Characteristics for International Comparison (With a Singapore Case Study)*, Asian Development Bank Institute, Tokyo, December.
- Arrighi, Giovanni; Silver, Beverly; Brewer, Benjamin (2003): Industrial Convergence, Globalisation and the Persistence of the North-South Divide, in: *Studies in Comparative International Development*, Vol. 38, No.1, S.3-31.
- Babones, Salvatore (2002): *The structure of the world-economy, 1960-1999*, paper presented at 97th Annual Meeting of the American Sociological Association, Chicago.
- Besley, Timothy; Burgess, Robin (2003): Halving World Poverty, *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 17, No. 3, S. 3-22.
- Bourguignon, Francois et al. (2002): *Making Sense of Globalisation: A Guide to the Economic Issues*, Centre for Economic Policy Research.
- Chang, Ha-Joon (2002): *Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective*, Anthem.
- Demeny, Paul (2003): Population Policy Dilemmas in Europe at the Dawn of the Twenty-First Century, *Population and Development Review*, Vol. 29, No. 1, S. 1-28.
- Dikhanov, Yuri; Ward, Michael (2003): *Evolution of the global distribution of income in 1970-99*, Proceedings of the Global Poverty Workshop, Initiative for Policy Dialogue, Columbia <http://www-1.gsb.Columbia.edu/ipd/povertywk.html>
- Dore, Ronald (2000): *Stock Market Capitalism: Welfare Capitalism - Japan and Germany vs. the Anglo-Saxons*, Oxford University Press.
- Dowrick, Steve; Akmal, Muhammad (2001): *Explaining contradictory trends in global income inequality: a tale of two biases*, Faculty of Economics and Commerce, Australia National University, [http://ecocomm.anu.edu.au/people/info.asp?Surname\\_Dowrick&Firstname\\_Steve](http://ecocomm.anu.edu.au/people/info.asp?Surname_Dowrick&Firstname_Steve)
- ECLA (2002): *Globalisation and Development*.
- Fajnzylber, Pablo; Lederman, Daniel; Loayza, Norman (1998): *What causes violent crime?*, The World Bank, Office of the Chief Economist, Latin America and the Caribbean Region.
- Financial Times (2003): WTO's yard a mess: developing countries need to embrace trade reforms, too', *Financial Times*, 8 August.
- Freeman, Richard (1996): Why Do so Many Young American Men Commit Crimes and What Might We Do About It?, *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 10, No. 1, S. 25-42.
- Fujita, Masahisa; Krugman, Paul; Venables, Anthony (1999): *The Spatial Economy: Cities, Regions, and International Trade*, MIT Press.
- Gereffi, Gary (1999): International Trade and Industrial Upgrading in the Apparel Commodity Chain, in: *Journal of International Economics*, Vol. 48, No 1, S. 37-70.
- Gereffi, Gary; Korzeniewicz, Miguel (eds.) (1994): *Commodity Chains and Global Capitalism*, Praeger.
- Gestrin, Michael; Knight, Rory; Rugman, Alan M. The Templeton Global Performance Index, Templeton College, University of Oxford, 1999, 2000 and 2001, <http://www.templeton.ox.ac.uk>
- Gomory, Ralph; Baumol, William Toward a Theory of Industrial Policy-Retainable Industries, C.V. Starr Center for Applied Economics, New York University, RR 92-54, December 1992;
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble*, Verso.
- Hicks, John (1946): *Value and Capital*, Oxford University Press.
- Holzmann, R.; Stiglitz, Joseph (eds.) (2001): *New Ideas about Old Age Security*, World Bank.
- Hsieh, Ching Chi; Pugh, Mark (1993): Poverty, Income Inequality, and Violent Crime: A Meta-Analysis of Recent Aggregate Data Studies', *Criminal Justice Review*, Vol. 18, No. 2, S. 182-202.
- Jacobs, Jane (1984): *Cities and the Wealth of Nations: Principles of Economic Life*, Random House.
- Krugman, Paul (2002): For richer, *New York Times*, 20 October.
- Lake, Anthony (1993): National Security Affairs Presidential Assistant Anthony Lake, speech of 21 September.
- Lall, Sanjaya (2001): *Competitiveness, Technology and Skills*, Edward Elgar.

- Lapper, Richard (2003): China begins to exert its influence on Latin America, *Financial Times*, 26. September.
- Lee, Matthew; Bankston, William (1999): Political Structure, Economic Inequality, and Homicide: A Cross-Sectional Analysis, *Deviant Behaviour: An Interdisciplinary Journal*, Vol. 19, No. 3, S. 27-55.
- Lucas, Robert (1988): On the Mechanics of Economic Development', in: *Journal of Monetary Economics*, Vol. 22, S. 3-42.
- Milanovic, Branko (2002): *Can We Discern the Effect of Globalisation on Income Distribution? Evidence from Household Budget Surveys*, World Bank Policy Research Working Papers, No. 2876.
- Milanovic, Branko (2002): True World Income Distribution, 1988 and 1993: First Calculations Based on Household Surveys Alone, *Economic Journal*, Vol. 112, No. 476.
- Partnoy, Frank (1997): *F.I.A.S.C.O: Blood in the Water on Wall Street*, Norton.
- Porter, Michael (1998): Clusters and the New Economics of Competition, in: *Harvard Business Review*, Vol. 76, No. 6, S. 77-90.
- Ramo, Joshua Cooper (1999): The three marketers, *Time*, 15. Februar.
- Reinert, Erik (2004): 'Globalisation in the periphery as a Morgenthau Plan: the underdevelopment of Mongolia in the 1990s', in: Erik Reinert (ed.), *Globalisation, Economic Development and Inequality: An Alternative Perspective*, Edward Elgar.
- Schrank, Andrew (2002): *Ready-to-wear development? Foreign investment, technology transfer, and learning-bywatching in the apparel trade*, mimeo, Department of Sociology, Yale University, November.
- Sutton, John (2000): *Rich Trades, Scarce Capabilities: Industrial Development Revisited*, Keynes Lecture, British Academy, October.
- Tonelson, Alan (2002): There's only so much that foreign trade can do, in: *Washington Post*, 2. Juni.
- Toner, Philip (1999): *Main Currents in Cumulative Causation: The Dynamics of Growth and Development*, Palgrave Macmillan.
- UNCTAD (2002): China's accession to the WTO: managing integration and industrialization, in: *Trade and Development Report 2002: Developing Countries in World Trade*, UNCTAD.
- Venables, Anthony (2003): Trade, geography and monopolistic competition: theory and an application to spatial inequalities in developing countries', in: Arnott, Richard et. al. (eds.), *Economics for an Imperfect World: Essays in Honour of Joe Stiglitz*, MIT Press, S. 501-18.
- Wade, Robert Hunter (2001): The US role in the long Asian crisis of 1990-2000', in: Lukauskas, Arvid; Rivera-Batiz, Francisco (eds.), *The Political Economy of the East Asian Crisis and its Aftermath*, Edward Elgar, S. 195-226.
- Wade, Robert Hunter (2003): What Strategies are Viable for Developing Countries Today? The WTO and the Shrinking of Development Space, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 10, No. 4, S. 621-44.
- Wade, Robert Hunter (2003a): *Governing the Market*, Princeton University Press
- Wade, Robert Hunter (2004): Is Globalisation Reducing Poverty and Inequality? in: *World Development*, Vol. 32, No. 4.
- Weiss, Linda (1998): *The Myth of the Powerless State*, Polity.
- Wolfensohn, James (2002): Foreword, in World Bank (2002): *World Development Indicators 2002*, World Bank.
- World Bank (1994): *Averting the Old-Age Crisis*, Policy Research Report, Washington DC.
- World Bank (2002): *Globalisation, Growth, and Poverty: Building an Inclusive World Economy*. World Bank/Oxford University Press.
- World Development Movement (2002): *Out of Service: The Development Dangers of the General Agreement on Trade in Services*, London, March.



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**

## **Sozialstaat Reform, Umbau, Abbau?**

hrsg. v. S. Frech  
und J. Schmid

Zahllose Reform-  
vorschläge zum  
Umbau des Sozial-  
staats sind in der  
Diskussion. Der  
deutsche Sozial-  
staat steht unter  
Reformdruck.

Mit Beiträgen von: Lutz Leisering • Frank Nullmeier  
• Wolfgang Merkel • Klaus-Bernhard Roy • Man-  
fred G. Schmidt • Josef Schmid • Martina Eckardt  
• Dieter Döring • Werner Sesselmeier

ISBN 3-89974120-X, 196 S., € 16,80



## **EU-Ost- erweiterung**

### **Chancen und Perspektiven**

hrsg. v.

M. Chardon,  
S. Frech und M.  
Große Hüttmann

Gezeigt wird, wel-  
che historische  
Chance und politi-  
sche Herausforde-  
rung die EU-Oster-  
weiterung bietet.

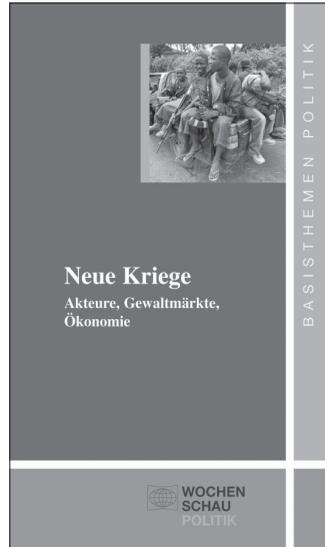
Mit Beiträgen von: Franco Algeri • Thomas Fischer  
• Siegfried Frech • Claus Giering • Elmar Hönekopp  
• Marcus Höreth • Martin Große Hüttmann • Wilhelm  
Knelangen • Barbara Lippert • Mechthild Schrooten  
• Stephanie Weiss

ISBN 3-89974121-8, 256 S., € 16,80



# **Basisthemen Politik**

*In der Reihe „Basisthemen Politik“ wird  
ein differenzierter Überblick über  
Kernfelder der Politik gegeben.*



## **Neue Kriege**

### **Akteure, Gewaltmärkte, Ökonomie**

herausgegeben von Siegfried Frech und  
Peter I. Trummer

Die Debatte über die „neuen Kriege“ ist ein Indiz für  
den Formenwandel bewaffneter Gewalt. Diesen Krie-  
gen ist gemeinsam, dass die jeweiligen Kriegswirt-  
schaften in hohem Maße in die globale Waren- und  
Finanzzirkulation eingebunden sind.

Mit Beiträgen von: Christian Büttner • Sven Chojnacki  
• Siegfried Frech • Catherine Götzke • Magdalena  
Kladzinski • Peter Lock • Volker Matthies • Herfried  
Münkler • Paul Russmann • Peter I. Trummer

ISBN 3-89974202-8, 192 S., € 16,80

**... EIN BEGRIFF FÜR POLITISCHE BILDUNG**

Philipp Hersel

---

## Von der Ungleichheit des globalen Naturverbrauchs

### Die Rolle des internationalen Finanzsystems bei der Inwertsetzung, Zerstörung und Umverteilung der natürlichen Ressourcen des Südens<sup>1</sup>

Wohin man auch schaut, Ungleichheit prägt das Bild. Ungleichheit im Sinne von Diversität kann man im Zusammenhang mit Natur und Ökologie etwas Positives abgewinnen, ist es doch gerade die scheinbar unermessliche Vielfalt von Arten, Formen, Farben, Gerüchen etc., welche unser Bild von der natürlichen Idylle prägt. Ungleichheit findet sich heute aber vor allem beim „Verbrauch“ unserer natürlichen Umwelt, denn die Nutznießer des Verbrauchs unsere globalen Biosphäre sind keineswegs gleich auf dem Globus verteilt. Die im industrialisierten „Norden“ lebenden 20% der Weltbevölkerung sind für ca. 80% des derzeitigen weltweiten Ressourcenverbrauchs verantwortlich. Dieser Zustand ist nicht zufälliger, sondern systemischer Natur.

Die Lagerstätten und Vorkommen natürlicher Ressourcen sind sehr ungleich auf der Welt verteilt. Offensichtlich sind aber nicht 80% der natürlichen Ressourcen im Norden beheimatet, sodass sich die Ungleichverteilung des Ressourcenverbrauchs nicht vornehmlich an der Konzentration von Lagerstätten festmacht. Vielmehr nimmt die Ungleichheit des Ressourcenverbrauchs erst durch die Bewegung der Ressourcen im Raum ihre heutige Dramatik an. Ressourcenbewegungen im Raum sind schon seit der Antike gang und gäbe (z.B. mit Blick auf Edelmetalle, seltene Gewürze, Salz, Felle, Farbstoffe und Gewebe), jedoch erst in der Neuzeit wurden Technologien entwickelt, die die Verwertung vieler Rohstoffe im heutigen Maßstab überhaupt erst ermöglichten (z.B. fossiler Energieträger durch die Dampfmaschine bzw. -turbine, und den Verbrennungsmotor). Korrekterweise müsste man sogar sagen, dass viele Naturstoffe dadurch erst zu „Rohstoffen“ im Sinne der Weiterverarbeitbarkeit wurden.

---

1 Dieser Aufsatz stützt sich auf ein Hintergrundpapier, das der Autor kürzlich für das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie verfasst hat (Hersel, 2005). Dort sind viele der hier dargelegten Zusammenhänge anhand zweier Länderfälle Brasilien und Indonesien detailliert untersucht worden.

Bewegung und (Um-)Verteilung natürlicher Rohstoffe im Raum kann auf vielerlei Weise stattfinden. Die gleichermaßen profanste wie zeitloseste Form ist die des Raubs. Viele Kriege wurden und werden geführt, um sich den Zugriff auf Rohstoffe und natürliche Reichtümer zu sichern. Dies reicht von den Rivalitäten um Jagdgründe über den Kolonialismus bis hin zu den heutigen Kriegen um Rohstoffe wie im Irak (Geopolitik der Ölsicherung) oder in der Demokratischen Republik Kongo (kein Mobiltelefon ohne das dort gewonnene Coltan).

Neben der offensichtlich gewaltsamen Aneignung oder Kontrolle natürlicher Ressourcen hat sich, ebenfalls schon seit langer Zeit, ein reger Handel mit Rohstoffen entwickelt, der im Laufe der Geschichte in quantitativ immer größerem Maße den Transport von Rohstoffen im Raum zur Folge hatte. Da sich parallel zum internationalen Handel ein internationales Geldsystem herausbildete, findet grenzüberschreitender Handel natürlicher Ressourcen heute immer im Rahmen eines internationalen Systems von Geld und Kredit, und von privaten und öffentlichen Finanzinstitutionen statt. Um diese Vermittlung grenzüberschreitender Ressourcenbewegungen durch ein weltweites Finanzsystem soll es hier gehen. Welche Rolle spielen das internationale Finanzsystem und die internationalen Finanzmärkte für die (Ungleich-)Verteilung des Zugangs und Verbrauchs an natürlichen Rohstoffen? Wie wirken sich z.B. Wechselkurse, internationale Schuldner-Gläubiger-Beziehungen und internationale Finanzflüsse auf die Verteilung der Zugriffs- und Verbrauchsmöglichkeiten natürlicher Rohstoffe aus?

Untersucht man die Nutzung und Verwertung natürlicher Ressourcen, so stößt man regelmäßig auf starke Wechselwirkungen von Ressourcennutzung und Entwaldung. Jenseits von Wasserflächen sind Wälder in den meisten Teilen der Erde die im „Naturzustand“ vorherrschende Form der Vegetation. Um überhaupt Zugang zu natürlichen Ressourcen zu erhalten, ist daher fast immer die Rodung großer Waldflächen erforderlich. Zwar wurden und werden Bäume selbst auch als natürlicher Rohstoff zu Brenn-, Bau-, und Möbelholz, zu Zellstoff und Verpackungsmaterial verarbeitet. Doch geht es häufig nur darum, den unter dem Wald liegenden Boden zugänglich zu machen, entweder, um sich seiner „Bodenschätze“ zu bemächtigen oder aber um ihn landwirtschaftlich zu nutzen, was den häufigen Einsatz der Brandrodung erklärt. Minen, Tagebaue, Verkehrswege für den Transport natürlicher Rohstoffe und die Schaffung (oft prekärer und kurzfristiger) landwirtschaftlicher Nutzflächen sind daher für die weltweite Vernichtung von Wäldern von sehr viel größerer Bedeutung als der kommerzielle Holzeinschlag. Vor diesem Hintergrund kommt der Entwaldung, vor allem in den Ländern des Südens, eine traurige Indikatorfunktion für die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Rohstoffe zu. Im vorliegenden Papier nimmt daher die Wechselwirkung von Ressourcenausbeutung und Waldvernichtung einen sehr hohen Stellenwert ein.

## 1. Was bedeutet Ressourcentransfer?

Die Definition von Ressourcentransfer im Sinne eines Werttransfers fällt je nach Betrachtungsweise sehr unterschiedlich aus. Aus globaler Sicht sind die tropischen Regenwälder von zentraler Bedeutung für die Erhaltung von Biodiversität und spielen eine wichtige Rolle beim Abbau des Klimagases Kohlendioxid. Aus Sicht eines einzelnen bewaldeten Landes liegt der Wert der Regenwälder hingegen eher in ihrer Eigenschaft als Rohstoffquelle von Holz und Forstprodukten. Ferner sind Urwälder aus Sicht einer nationalen Regierung in erster Line unerschlossene Flächen, die Platz für eine zukünftige Expansion bieten. Fragt man danach, ob und wie Regenwälder sinnvoll und effizient verwertet und genutzt werden sollen, so fällt daher die Antwort aus einer globalen Perspektive meist anders aus als aus einer nationalen (vgl. z.B. Kahn/McDonald, 1994: 57f.).

Was den Zugriff auf natürliche Ressourcen und die Verteilung ihres Konsums bzw. ihrer Nutzung im globalen Maßstab angeht, so muss man noch eine weitere Unterscheidung treffen. Denn nicht alle natürlichen Ressourcen werden als Ressourcen tatsächlich von einem Land in ein anderes bewegt. Vielmehr werden sie oft im Herkunftsland selbst „in Wert gesetzt“ und durch Nutzung zerstört, dabei entstehen aber ökonomische Werte und Produkte, die dann in andere Länder transportiert und verkauft werden. Oftmals steht der Ressourceneinsatz, der in einem Entwicklungsland für die Erzeugung bestimmter Produkte aufgewandt wird, in einem ökonomisch wie ökologisch sehr ungünstigem Verhältnis zu dem Preis, der sich für das Produkt auf dem Weltmarkt erlösen lässt. Wird z.B. von einem Industrieland Eisenerz aus Brasilien oder Palmöl aus Indonesien importiert, so drückt der dafür bezahlte Preis keineswegs die Kosten aus, die zur Herstellung bzw. Gewinnung dieser Produkte tatsächlich nötig waren. Das rührt zumeist daher, dass die ökologischen Kosten der Produktion (z.B. der Verlust von ca. 150.000 qkm tropischen Urwalds zur Erschließung und Gewinnung des amazonischen Eisenerzes) weder auf Seiten des Erzeuger- noch auf Seiten des Importlandes tatsächlich in die Kalkulation eingehen. Auf diesem Wege werden laufend natürliche Reichtümer im Süden zerstört, ohne dass für diesen Verlust eine „angemessene“ Kompensation geleistet wird. Diese Betrachtungsweise ist ihrerseits ebenfalls sehr problematisch, weil es keine „angemessene“ Kompensation oder einen „richtigen“ Preis für die irreversible Zerstörung natürlicher Ressourcen geben kann. Denn Ökosysteme und Biodiversität sind keine Güter, die man sich im Falle von Verlust und Zerstörung an anderer Stelle mit Geld wiederbeschaffen kann. Insofern krankt die gesamte Betrachtung der gerechten oder ungerechten Verteilung des Zugangs und Konsums natürlicher Ressourcen ohnehin schon an der unzutreffenden Prämisse, diese seien wie normale, menschlich herstellbare Güter zu behandeln.

Eingedenk dieser eingeschränkten Reichweite des Ressourcenbegriffs lässt sich der Transfer natürlicher Ressourcen auf dreierlei Weise begreifen:

- (1) Als Inwertsetzung<sup>2</sup> inländischer natürlicher Ressourcen durch ihren Abbau und Transfer in ein anderes Land zu einem bestimmten Preis (z.B. Bodenschätze, Holz etc.).
- (2) Als Inwertsetzung inländischer natürlicher Ressourcen durch ihren Verbrauch bei der Produktion anderer Güter (z.B. Verbrennung von Holz bzw. Holzkohle zur Erzverhüttung, Rodung von Wald zur Gewinnung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Kaffeeplantagen) und Transfers dieser Güter (z.B. Roheisen, Kaffee) in ein anderes Land zu einem bestimmten Preis.
- (3) Als Inwertsetzung inländischer natürlicher Ressourcen durch die Erhaltung dieser Ressourcen (z.B. Erhaltung von Regenwäldern als Reservat der Biodiversität und als Kohlenstoffsenke) und eines für die Erhaltung erhaltenen Zahlungsstroms durch das Ausland (z.B. im Rahmen von Emissionsrecht-handel, Debt-for-Nature Swaps<sup>3</sup> etc.).

Während in den Fällen 1 und 2 die Ressourcen aus wirtschaftlichen Motiven verbraucht werden, besteht die wirtschaftliche Nutzung in Fall 3 gerade in ihrer ökonomisch motivierten Erhaltung: die Erhaltung und Bereithaltung einer Ressource wird quasi als Dienstleistung an das Ausland exportiert, was ebenfalls mit einer Einnahme verbunden ist. Der dritte Wirkungskanal ist eher theoretischer Natur, denn er existiert heute praktisch nicht. In allen drei Fällen gibt es offensichtlich verschiedene Möglichkeiten, wie die Preisentwicklung des jeweiligen Exportprodukts dazu führt, dass der Zugang und Verbrauch der Ressourcen jeweils mehr oder weniger vorteilhaft für das Inland ist.

Da wir uns hier auf die Auswirkungen des internationalen Finanzsystems für Zugang, Inwertsetzung und Verbrauch natürlicher Ressourcen konzentrieren, ist eine Betrachtung auf zwei Ebenen erforderlich. Auf der einen Seite ermöglicht das internationale Finanzsystem einem Land, sich finanzielle Mittel aus dem Ausland (z.B. in Form von Krediten) zu beschaffen bzw. ausländisches Kapital (z.B. Direktinvestitionen) ins Land zu lassen. Die Verwendung dieser ausländischen Finanzmittel kann direkten Einfluss auf die Nutzung und Zerstörung natürlicher Ressourcen haben (z.B. Staudämme, Industrieabfälle etc.). Andererseits haben ausländische Geldgeber, sofern es sich nicht um Schenkungen handelt, das Ziel, ihr eingesetztes Kapital sowie Zinsen oder Profite in der kurzen, mittleren oder langen Frist zurückzuerhalten. Die Verpflichtung

---

2 Inwertsetzung meint die zielgerichtete, häufig staatlich geförderte Nutzbarmachung und anschließend vollzogene Ausbeutung natürlicher Ressourcen zum Zweck der Verwertung.

3 Debt-for-Nature Swaps sind Tauschgeschäfte, bei denen Gläubiger ihren Schuldnern bestimmte Schulden erlassen, wenn die Schuldner im Gegenzug bestimmte Umweltschutzprogramme umsetzen. Diese bestanden in den wenigen Fällen solcher Swaps in der Regel in der Einrichtung von Tropenwaldreservaten und Naturschutzgebieten. Die ökologischen Auswirkungen von Debt-for-Nature Swaps sind jedoch sehr gering (vgl. Tisdell, 1994: 431).

zum Schuldendienst bzw. die Befriedigung der Ansprüche ausländischer Investoren kann ebenfalls dramatische Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen haben. Diese sind umso dramatischer, je mehr die ausländischen Gläubiger und Investoren ihr Geld kurzfristig und alle auf einmal zurückhaben wollen. Es wird nun im einzelnen zu untersuchen sein, wie Kreditfinanzierungen, Direktinvestitionen, Schuldendienst und die jüngeren Finanzkrisen die Zerstörung und den Transfer von natürlichen Ressourcen beeinflussen.

## 2. Auswirkungen ausländischer Kreditfinanzierungen auf die natürlichen Ressourcen

Eine wichtige Rolle des internationalen Finanzsystems bei der Inwertsetzung natürlicher Ressourcen kann darin bestehen, dass technische Kapazitäten, die zur Ausbeutung und Inwertsetzung notwendig sind, erst durch ausländisches Kapital finanziert werden. Das Beispiel Amazoniens macht besonders anschaulich, dass dabei vor allem die Kredite multilateraler Entwicklungsbanken, allen voran der Weltbank, eine zentrale Rolle spielen (für eine detaillierte Darstellung zu Amazonien vgl. Altvater, 1987; Hersel, 2005). Beseelt von der Idee, dass wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch Großtechnologie und Industrialisierung zu erfolgen habe, haben die Weltbank, regionale Entwicklungsbanken (wie die Interamerikanische, die afrikanische und die asiatische Entwicklungsbank), aber auch private Geschäftsbanken Projekte finanziert, die von den Regierungen der „Entwicklungsländer“ zwar gewollt waren, die aber ohne die ausländischen Kredite nie hätten finanziert werden können. Klassische Beispiele solcher Großprojekte sind Großstaudämme, Straßenbauprojekte, Flughäfen, Minen, Pipelines und sonstige Industrieanlagen. Bruce Rich (1998) hat die Rolle der Weltbank in diesem Entwicklungsmodell sehr anschaulich und detailliert als „Die Verpfändung der Erde“ dokumentiert. Spätestens seit den 1980er Jahren sind die entwicklungspolitischen Leitbilder und Ziele der Weltbank noch mit zwei weiteren Motiven verknüpft. Zum einen ist die Weltbank ein großer Gläubiger, der sich um die Erwirtschaftung und Eintreibung seiner Forderungen in den Schuldnerländern bemüht. Zum anderen ist die Bank, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), eine zentrale Institution des internationalen Finanzsystems, und beide Institutionen werden von den Interessen der Industrieländer beherrscht. An mehr als einer Stelle fanden diese drei Motive zusammen. So war die (Um-)Orientierung der Schuldnerländer auf die Steigerung ihrer Primärgüterexporte gleichermaßen von Vorteil für die Gläubiger wie es zugleich dem bankeigenen Leitbild von Entwicklung als Weltmarktintegration entsprach. Dass diese Strategie die ohnehin schon stark unter Druck stehenden natürlichen Reichtümer noch stärker in inwertsetzbare Ressourcen verwandelte und ihre Ausbeutung und Zerstörung beschleunigte, wurde billigend in Kauf genommen.

Kritik und Proteste gegen Weltbank-finanzierte Projekte gibt es nicht erst seit den 1980er Jahren. Schon zwischen 1973 und 1977 führte der Widerstand indigener Gruppen auf den Philippinen gegen ein Projekt mit vier Staudämmen dazu, dass sich die Weltbank aus dem Projekt zurückzog (WCD 2000: 19). Aber erst seit den verheerenden ökologischen Folgen der Strukturanpassungsprogramme (SAP) in den 1980er Jahren hat die Kritik an der Finanzierung von Umweltzerstörung und Inwertsetzung natürlicher Ressourcen durch die Weltbank die Ebene der direkt lokal betroffenen Bevölkerungsgruppe überschritten und hat internationale Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen hervorgebracht.

Diese Kritik ist weder an der Diskussion um Leitbilder der Entwicklung im Allgemeinen noch an der Weltbank im Besonderen vorbeigegangen. Schon 1982 verabschiedete die Weltbank eine interne Direktive zum Umgang mit den Rechten indigener Bevölkerungen. 1993 wurde ein *Inspection-Panel* ins Leben gerufen, das von jeder Person angerufen werden kann, um zu überprüfen, ob bei einem konkreten Projekt alle eigenen Richtlinien, Verfahrensvorschriften und Vertragsbestimmungen seitens der Bank eingehalten wurden. Ebenso wurde es für bestimmte Projekte Vorschrift, Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen und die Bank schuf eine eigene Evaluierungsabteilung, die *Operations Evaluation Division*, die die Arbeit der Bank kontinuierlich auswerten und verbessern helfen soll.

All diese Maßnahmen haben, gepaart mit konkreten Protesten gegen einzelne Projekte, bei vielen jüngeren Großprojekten (wie z.B. den Staudämmen Sardar Sarovar/Narmada in Indien, Ilisu in der Türkei und dem Drei-Schluchten-Damm in China) dazu geführt, dass sich die Weltbank aus der Finanzierung zurückgezogen hat. Leider sind aber nicht alle internationalen Geldgeber aus diesen Projekten ausgestiegen, so dass z.B. der Drei-Schluchten-Staudamm dennoch gebaut wird. So hat z.B. die deutsche Bundesregierung den Bau mit Bundesbürgschaften für die Lieferung von Siemens-Turbinen unterstützt. Derzeit macht die Projektpolitik der Weltbank, insbesondere die Unterstützung für den Nam Theun 2-Staudamm in Laos, den Eindruck, dass die Zurückhaltung bei Staudammprojekten schon wieder passé ist (vgl. Offener Brief 2005). Jenseits von Staudämmen ist die Weltbank derzeit sehr stark in die Finanzierung von Pipeline-Projekten involviert. So finanziert die Weltbank-Tochter *International Financial Corporation* (IFC) den Bau einer Ölpipeline von Baku in Aserbaidschan nach Ceyhan in der Türkei. Ebenso ist sie an der Finanzierung der Tschad/Kamerun Pipeline beteiligt. Hier zeigt sich eine konkrete Folge der Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Denn beide Pipelines sind Konsortialprojekte unter der Führung privater transnationaler Ölkonzerne (BP im Fall Baku-Ceyhan und ExxonMobil bei der Tschad/Kamerun Pipeline), denen derartige Direktinvestitionen zu früheren Zeiten gar nicht möglich gewesen wären. Anders als Staudammprojekte, die in der Regel von staatlichen Unter-

nehmen durchgeführt wurden, um für das Inland Strom zu erzeugen, sind die Pipeline-Projekte klassische Inwertsetzung für den Weltmarkt. Das Öl wird ans Meer gepumpt und von dort verschifft. So können die Investoren sicher sein, dass sie tatsächlich in den Genuss von Deviseneinnahmen aus ihren Investitionen kommen.

Das Beispiel der OCP-Pipeline in Ecuador wiederum belegt, dass sich Pipelines heute auch ohne Weltbank-Finanzierungen realisieren lassen. Eine Weltbank-Finanzierung kam unter anderem deshalb nicht in Frage, weil die OCP-Pipeline mehrere der zentralen Weltbankstandards verletzt. Ein Konsortium mehrerer mittelgroßer Ölfirmen u.a. aus Spanien, Kanada, den USA, Italien, Brasilien und Argentinien baut zur Zeit mit Hilfe einer Gruppe von Banken eine Ölpipeline von Lago Agrio auf der amazonischen Seite der Anden hinüber nach Esmeraldas am Pazifik. Dem Projekt werden ökologisch verheerende Folgen vorausgesagt. So besteht ein enormes Risiko von Unfällen, weil die Route über 94 seismische Bruchlinien an 6 aktiven Vulkanen und nur 50 Meter an Trinkwasserreservoirs vorbei führt (vgl. Greenpeace o.J.) Obwohl grundlegende Umweltstandards verletzt werden, beteiligt sich die Westdeutsche Landesbank (WestLB) mit 1,1 Mrd. Euro an der Finanzierung der OCP-Pipeline. Die WestLB argumentiert, das Projekt bringe Ecuador jährliche Mehreinnahmen von 2 Mrd. US\$. Davon gehen allerdings 70% in den Schuldendienst und weitere 20% in einen „Notfonds“ zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit, wenn der Ölpreis fallen sollte, dem ecuadorianischen Staat bleiben gerade zehn Prozent der Einnahmen (Ruby 2004).

Auch bei derartigen Pipeline-Projekten sind geschützte Wälder ein Hauptopfer der Inwertsetzung. Aus der Erfahrung anderer Pipelines im Amazonasbecken lässt sich prognostizieren, dass für jeden Kilometer Pipeline durch den damit einhergehenden Straßenbau und die nachfolgende Besiedlung und Waldabholzung 400 bis 2.400 Hektar Wald verloren gehen. Diese Fläche entspricht einer Schneise mit einer Breite zwischen 4 und 24 km Breite entlang der Pipeline (vgl. Miranda et al. 2003: 6).

In jüngerer Zeit gab es mehrere groß angelegte Auswertungsprozesse der Projektpolitik der Weltbank, an denen neben der Bank und Regierungsvertretern auch Kritiker aus Wissenschaft, NGOs und sozialen Bewegungen beteiligt waren. Neben der *Structural Adjustment Participatory Initiative* (SAPRI), die auch Großprojekte im Zusammenhang mit Strukturanpassung betrachtete, hat die *World Commission on Dams* im Jahr 2000 einen umfangreichen Bericht über die Rolle von Staudämmen in Entwicklungsprozessen v.a. im Süden verfasst (WCD, 2000). Ein weiterer Auswertungsprozess beschäftigte sich mit der Förderung extraktiver Industrien durch die Weltbank, d.h. aller Formen der Ausbeutung von Bodenschätzen und anderen natürlichen Ressourcen (*Extractive Industries Review*, EIR, 2004). Letzterer fordert, dass Extraktionsprojekte grundsätzlich in die Umweltgefährdungskategorie A eingestuft werden, solange

nichts anderes bewiesen ist. Die Kategorie A bedeutet, dass das Projekt mit hoher Wahrscheinlichkeit negative Umweltfolgen hat und daher unbedingt eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen werden muss. Die „No-Option“, d.h. die Suspendierung des Projekts, müsse immer ernsthaft erwogen werden.

Staudämme üben über die direkt betroffenen Flächen noch einen zusätzlichen Druck zur Inwertsetzung aus. Denn obschon mit ausländischem Kapital finanziert, erwirtschaften sie in der Regel keine Einnahmen in fremder Währung<sup>4</sup>. Um die Kredite zurückzuzahlen, müssen also an anderer Stelle über Exporte zusätzliche Devisen erwirtschaftet werden. Wie hinlänglich ausgeführt, geht davon meist ein Druck zur Steigerung von Primärgüterexporten mit den üblichen Folgen für natürliche Ressourcen aus. Die World Commission on Dams macht daher neben vielen anderen Vorschlägen auch eine Empfehlung zur Behandlung staudammbedingter Schulden. Die bisher unterstützten Staudammprojekte sollten im Detail geprüft werden und je nach wirtschaftlichem Erfolg und ökologischen Schäden die damit verbundenen Schulden gestrichen werden (WCD 2000: 315).

### 3. Auswirkungen der ausländischen Direktinvestitionen

Während der Zustrom ausländischen Kapitals bis in die 1980er Jahre primär in Form von öffentlichen und privaten Krediten erfolgte, haben sich infolge der Liberalisierung der Finanzmärkte die Größenordnungen und die Akteure erheblich verändert. Nachdem sich private Geldgeber nach der Schuldenkrise von 1982 zunächst sehr zurück gehalten hatten, kam es zu einer Renaissance privater Kapitalflüsse in Entwicklungsländer, wobei sich die Zusammensetzung der privaten Kapitalzuflüsse qualitativ erheblich verschoben.

Am deutlichsten fällt die Zunahme von ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment - FDI) aus. Entsprechend dem neoliberalen Leitbild, dass sich der Staat so weit wie möglich aus der Regulierung von Märkten zurückziehen und nicht weiter selbst als Unternehmer (in Form von Staatsunternehmen) betätigen sollte, fand in den Entwicklungsländern eine dramatische Welle von Privatisierungen und Liberalisierungen statt. Da die einheimischen Kapitalbesitzer oft nicht in der Lage waren, die nötigen Mittel zur Übernahme aufzubringen, fand vielfach ein Ausverkauf der vormals öffentlichen Unternehmen an ausländische Investoren statt. Die Regierungen des Südens verbanden damit auch die Hoffnung, dass ausländische Direktinvestitionen den Technologietransfer beschleunigen könnten. Letztere Hoffnung hat

---

4 Gegenüber diesem Regelfall gibt es zwei Abweichungen. Erstens wird der aus Wasserkraftwerken produzierte Strom in einigen Fällen exportiert. Zweitens kann der produzierte Strom die Stromerzeugung mittels importierter fossiler Energieträger ersetzen. Auch dann werden zwar keine Deviseneinnahmen erzielt, aber es fallen Ausgaben in Fremdwährung weg.

sich in einigen Fällen als durchaus berechtigt erwiesen. Der Nachteil dieser Orientierung auf ausländische Investoren liegt darin, dass die Investoren und Konzerne langfristig die erwirtschafteten Profite in die Länder ihres Hauptsitzes transferieren. In der Summe entsteht daher langfristig, ebenso wie im Fall von Krediten, ein Nettoabfluss an finanziellen Ressourcen aus den Entwicklungsländern in den Norden.

IWF und Weltbank rieten den Entwicklungsländern schon seit den 1980er Jahren dazu, ihren Kapitalverkehr zu öffnen und Direktinvestitionen zu begünstigen. Anfang der 1990er Jahre setzte dann ein wahrer Boom an FDIs in Entwicklungsländer ein, allerdings konzentrierten sich die privaten Kapitalflüsse (sowohl FDIs, als auch Portfolio-Investitionen und kurzfristige Kredite) vornehmlich auf eine handvoll Schwellenländer in Südostasien und Lateinamerika. Es entstand ein heftiger Wettbewerb zwischen diesen Ländern um Direktinvestoren, bei dem sich die Länder häufig in der Aussetzung oder Aufweichung sozialer Regeln und ökologischer Auflagen überboten. Aber nicht nur der Wettbewerb zwischen Staaten als „Standorten“ hat zugenommen, auch zwischen den Unternehmen hat sich der Konkurrenzdruck erheblich verschärft. Wenn irgendwo (und nicht nur in Entwicklungsländern) auf Kosten der Umwelt Profit zu machen ist, so zwingt eine unregulierte Marktwirtschaft die Unternehmen dazu, diese Möglichkeit zu nutzen. Unternehmen, die sich systematisch diesem Konkurrenzkampf verweigern, werden auf Aktienmärkten durch fallende Kurse abgestraft. Im Shareholder-Value Kapitalismus werden sie damit automatisch zu Übernahme- oder Insolvenz Kandidaten. Mit der Öffnung der Aktienmärkte der Entwicklungsländer (ebenfalls ein Teil der Liberalisierung des Kapitalverkehrs) gilt dieselbe Logik inzwischen für alle Unternehmen, ausländische wie inländische gleichermaßen. Diese Dynamik führt nicht nur zu einem globalen Druck zur Senkung von sozialen und ökologischen Standards, sondern natürliche Ressourcen selbst werden einmal mehr zum Gegenstand verschärfter Profitlogik (vgl. Menotti, 1998).

Besonders verheerend können sich Direktinvestitionen auswirken, wenn die ausländischen Investoren, z.B. unter dem Druck einer akuten Finanzkrise eines Entwicklungslandes, besonders gute Chancen haben, ihre eigenen Interessen zur Aufweichung von Umweltschutzbestimmungen durchzusetzen. Eines von vielen Beispielen dieser Art ereignete sich 1994, als die *International Paper Corporation* unter dem Druck der mexikanischen Finanzkrise die dortige Regierung dazu brachte, die Waldschutzgesetzgebung aufzuweichen, großzügige Subventionen durchzusetzen und den Durchgriff der Umweltschutzbehörden erheblich zurückzudrängen (Menotti, 1998: 359). Die entwicklungspolitischen und ökologischen Auswirkungen von Direktinvestitionen müssen sicherlich im Einzelfall beurteilt werden. In vielen Fällen haben sie aber nachweislich zu zusätzlicher Naturzerstörung und Unterentwicklung beigetragen (vgl. dazu auch Tisdell 1994).

#### 4. Verschärft Verschuldung die Zerstörung bzw. den Transfer natürlicher Ressourcen?

##### 4.1 Verschuldung, asymmetrische Märkte und „falsche Preise“

Im Ausland verschuldete Ökonomien müssen, um den Schuldendienst leisten zu können, Güter und Dienstleistungen exportieren. Dies kann z.B. dadurch erfolgen, dass sie natürliche Ressourcen exportieren oder diese Ressourcen im Inland zur Produktion von Gütern für den Export einzusetzen. Wenn Schuldnerländer in großem Stile Regenwald roden, um Holz zu exportieren oder Flächen für Kaffeeplantagen zu schaffen, damit dieser ebenso exportiert werden kann, so bedeutet dies automatisch ein steigendes Angebot von Holz und Kaffee auf dem Weltmarkt und damit niedrigere Preise. Da die Schuldnerländer zur Bedienung der Schulden verpflichtet sind, können sie ihre Produktionsmenge an Holz und Kaffee nicht beliebig an die Marktpreisentwicklung anpassen (im Sinne der ökonomischen Theorie vom „Preisnehmer und Mengenanpasser“). Hier gibt es also eine empfindliche Störung des in der Theorie postulierten Gleichgewichts auf dem Holz- und Kaffeemarkt. Diese Störung ist um so gravierender, je stärker der Schuldendruck zur Steigerung der Exporterlöse nicht nur ein einzelnes Land, sondern eine Gruppe von Ländern trifft, die ähnliche Exportprodukte anbieten. Seit Beginn der Schuldenkrise haben die Industrieländer ihre Übermacht im IWF<sup>5</sup> dazu genutzt, die Schuldner über die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank dazu zu bewegen, ihre Volkswirtschaften auf die Einnahmen von Devisen für den Schuldendienst auszurichten. Da der IWF aber allen Schuldnern gleichzeitig die Ausweitung ihrer Rohstoffexporte verordnete, führte dies angesichts der begrenzten Zahl an land- und forstwirtschaftlichen Produkten und metallischen und mineralischen Rohstoffen (zusammenfassend als „Primärgüter“ bezeichnet) unausweichlich zu einem ruinösen Konkurrenzkampf zwischen den Schuldnerländern. Die Schuldner weiteten zwar den Umfang ihrer Rohstoffexporte enorm aus, aber dieser Effekt wurde durch den Preisverfall wieder aufgezehrt. Durch seine Auflagenpolitik gegenüber den Schuldnerländern hat der IWF wesentlich dazu beigetragen, dass Produkte wie z.B. Kaffee, Kakao, Baumwolle oder Kupfer von einem erheblichen Preisverfall betroffen waren.

Auch wenn die These vom stetigen Verfall der Rohstoffpreise der Entwicklungsländer (Prebisch-Singer These) regelmäßig angezweifelt wurde und wird, so kann doch zumindest für den Zeitraum seit den 1980er Jahren eine Verschlechterung der Preise klassischer Rohstoffe festgestellt werden. Bei agrari-

---

5 Im IWF verteilen sich die Stimmrechte der Mitgliedsländer nach ihrer wirtschaftlichen Stärke. Aus diesem Grunde besitzen die Industrieländer die Mehrheit der Stimmrechte in den Gremien des IWF. So haben z.B. die G10 Länder (G7 plus BeNeLux) allein über 50% der Stimmen. Die 51 afrikanischen Länder kommen auf ca. 6,5% der Stimmen. Die Machtverteilung in der Weltbank ist ebenso geregelt.

schen Rohstoffen sind die Preise zwischen 1980 und 2000 um 55%, bei metallischen und mineralischen Rohstoffen um 37% gefallen (World Bank, 2001: 330). Bei den metallischen und mineralischen Rohstoffen wurde diese Entwicklung zwar in jüngerer Zeit durch den enormen Rohstoffbedarf Chinas etwasmildert, von einer Trendwende kann aber immer noch keine Rede sein. Da die Gläubigerländer zugleich auch die Hauptabnehmerländer der Exporte der Schuldnerländer sind, haben sie von dieser Politik des IWF stark profitiert: die Schulden wurden weiter bedient, ein Teil der Rückzahlungen in die Zukunft verschoben, und gleichzeitig konnten die Industrieländer billig Rohstoffe einkaufen. In diesem Sinne haben die Industrieländer ihre Markt- und Marktordnungsmacht dazu benutzt, um in ihrem Sinne Einfluss auf die Weltmarktbedingungen für natürliche Rohstoffe zu nehmen. Daneben haben die Industrieländer weitere Instrumente, wie z.B. die an Auflagen geknüpfte Entwicklungshilfe, Militärhilfe und andere Formen genutzt, um die Politik der Entwicklungsländer in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im Ergebnis bildeten sich durch politische Intervention der Industrieländer Preise heraus, die sich unter den theoretischen Bedingungen eines idealen Marktes nicht ergeben hätten: die Schuldnerländer waren gezwungen, ihre Produkte „unter Preis“ zu verkaufen, und damit einen zwar nicht nominalen, aber realen Ressourcentransfer in den Norden zu leisten.

Dieser Effekt hatte und hat erhebliche Auswirkungen darauf, wer zu welchem Preis in den Genuss des Verbrauchs natürlicher Ressourcen kommt. Die KonsumentInnen in den Industrieländern profitieren natürlich direkt von billigeren Fenstern, Türen und Möbeln aus Tropenhölzern. Auch billigeres Eisenerz kann sich preissenkend für Eisen- und Stahlprodukte im Massenkonsum auswirken. Es geht aber nicht nur um diese direkten Exportprodukte. Von der „Inwertsetzung“ natürlicher Ressourcen profitieren die Verbraucher in den Industrieländern auch indirekt, wenn z.B. Wälder zur Ausweitung von landwirtschaftlichen Anbauflächen gerodet wurden und Kaffee, Tee, Südfrüchte oder Baumwolle in der Folge billiger werden.

#### **4.2 Verschuldungskrise und Entwaldung: Widersprüchliche empirische Untersuchungen**

Schon seit Beginn der Schuldenkrise in den 1980er Jahren wurde vielfach die Vermutung geäußert, die Verschuldungskrise führe zu verstärkter Entwaldung. Empirische Untersuchungen kommen indes zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. „Many hypotheses have been proposed that draw a causal link between debt and deforestation. We have found these hypotheses incomplete and confusing, and usually presented with little evidence.“ (Gullison/Losos, 1993: 141). Gullison und Losos bringen gegen mehrere empirische Untersuchungen aus den 1980er Jahren eine ganze Reihe von Argumenten vor. So sei unter an-

derem die Größe der Schuldnerländer ökonomisch nicht berücksichtigt worden. Große Länder hätten logischerweise absolut höhere Schulden und in ebenfalls absoluten Zahlen eine größere Waldzerstörung zu verzeichnen. Damit sei aber noch kein statistischer Zusammenhang erbracht, dass eine relativ höhere Verschuldung mit einer relativ höheren Entwaldung einhergehe. Würde dieser Fehler korrigiert, so konstatierten sie für die neun von ihnen untersuchten lateinamerikanischen Länder, dann sei keine schuldenbedingt verstärkte Entwaldung für Holz- und Rindfleisch-Exporte festzustellen. Insbesondere der Export von Forstprodukten für den Schuldendienst sei quantitativ irrelevant. Gullison und Losos räumen aber ein, dass die mit der Schuldenkrise einhergehenden Wirtschaftskrisen in den Schuldnerländern viele Menschen tiefer in die Armut getrieben hätten. Dies hätte tatsächlich zu einer stärkeren Nutzung von Grenzflächen geführt (d.h. Anbauflächen am Rande von Wäldern, die sich allmählich immer stärker in die Wälder „hineinfressen“ und so zu einer stärkeren Entwaldung in Folge der Wirtschaftskrise beigetragen. Eine Isolierung des Faktors Verschuldung beim Zustandekommen der Wirtschaftskrisen, und in der Folge von Waldzerstörung, sei aber nicht möglich.

Katherine Inman (1993) kommt in einer Untersuchung von 102 Entwicklungsländern zu einer grundlegend anderen Einschätzung. So fand sie einen signifikanten statistischen Zusammenhang zwischen steigendem Schuldendienst und erhöhter Waldzerstörung. Dieser Zusammenhang deute tatsächlich darauf hin, dass die Schuldnerländer ihre Wälder „zu Geld machen“, um den Schuldendienst zu zahlen (Inman 1993: 27). Allerdings verweist auch sie auf widersprüchliche Ergebnisse globaler Studien, z.B. von Susan George (1993) und Stein Hansen (1989). Während George einen klaren Zusammenhang von steigender Verschuldung und Regenwaldabholzung konstatiert, kommt Hansen zu dem Ergebnis, dass gerade die Verschuldung waldschädliche Infrastrukturprojekte verhindert oder verzögert habe.

Auf die konkreten Entscheidungsrationitäten im Falle einer Schuldenkrise gehen James Kahn und Judith McDonald (1995) ein. Eigentlich hätten die Schuldner angesichts verfallender Rohstoffpreise die Ausbeutung und Zerstörung ihrer natürlichen Ressourcen zurückstellen müssen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt zu höheren Preisen in Wert zu setzen. Der Druck der Schuldenlast ließ ihnen aber genau diese Wahl nicht. Die Verschuldung sei der Grund einer kurzfristigen, für die Schuldner unvorteilhaften Politik („myopic behaviour“, Kahn/McDonald 1995: 122). Detailliert arbeiten sie sich an den methodischen Einwänden von Gullison/Losos (1993) ab und nehmen entsprechende Korrekturen in den Berechnungsmodellen vor. Auf Grundlage derselben Datenquellen (FAO und Weltbank) für denselben Zeitraum (fast alle Daten deckten nur den Zeitraum 1975 bis 1985 ab), allerdings für eine größere Zahl von Ländern (68 Länder) nicht nur aus Lateinamerika, kommen sie zu völlig anderen Ergebnissen als Gullison und Losos. „Our empirical results

suggest that [...] a strong positive statistical relationship exists between deforestation and debt, which is robust“ (Kahn/McDonald 1995: 122). Sie räumen allerdings ein, dass diese Korrelation nicht für Lateinamerika zutrifft. Offensichtlich hat die Auswahl der untersuchten Ländergruppe eine große Bedeutung. Ebenfalls von Bedeutung ist die Auswahl des Untersuchungszeitraumes. Während sich die bisher vorgestellten empirischen Untersuchungen auf den Zeitraum 1975 bis 1985 bezogen (also nur drei Jahre der akuten Schuldenkrise berücksichtigen), hat Tole (1998) 90 Länder im Zeitraum 1981 bis 1990 untersucht. Seiner Studie zufolge haben viele Schuldnerländer zur Lösung ihrer Zahlungsbilanzprobleme die exportorientierte Agrarproduktion deutlich gesteigert und/oder den Export von Holz, mineralischen und anderen Rohstoffen beschleunigt (Tole 1998: 24). Die Korrelation von Verschuldung und Entwaldung „is both positive and significant in all regressions, indicating that countries with higher debt-service were likely to deforest faster“ (Tole 1998: 28). Länderstudien wie z.B. die von Owusu (1998) zu Ghana bestätigen diese Erkenntnisse. Toles Analyse ist eingebettet in eine Untersuchung des ökologischen Dilemmas im Entwicklungsprozess. Denn sowohl Armut, Krise und Stagnation (von ihm verstanden als Nicht-Entwicklung) als auch zunehmender Reichtum, Wachstum und Akkumulation (identifiziert mit Entwicklung) gehen zu Lasten der natürlichen Ressourcen und insbesondere der Wälder.

Dieser wenig ermutigende Zusammenhang ist hinlänglich bekannt und hat auch die wirtschaftliche Entwicklung der heutigen Industrieländer begleitet. Ehrhardt-Martinez et al. (2002) halten ihn aber für keineswegs zwangsläufig. Sie bieten einen interessanten Einblick in die Widersprüchlichkeit bestehender Erklärungsansätze von Entwicklung und Naturverbrauch. Entgegen dem zuvor vorgetragenen Argumentationsmuster von Tole gehen sie davon aus, dass wirtschaftliche Entwicklung eine notwendige Voraussetzung zur Überwindung von Waldzerstörung sei. Sie berufen sich dazu auf die ökologische Modernisierungstheorie, der zufolge Länder aus Umweltzerstörung und nicht nachhaltigem Naturverbrauch auf dem Wege industrieller kapitalistischer Entwicklung mittels technologischem Fortschritt, durch steigende Kapazitäten staatlicher Intervention und auf Grund sozialpsychologisch bedingten Verhaltensänderungen herauswachsen (ebd.: 228). Demnach existiert eine ökologische sog. Kuznets-Kurve, bei der der Naturverbrauch mit den ersten Erfolgen wirtschaftlicher Entwicklung zwar zunächst erheblich zunimmt, aber im weiteren Fortschreiten technologischer Entwicklung wieder abklingt.

Angesichts des Ausmaßes tagtäglicher Naturzerstörung mutet solcher Fortschrittsoptimismus allerdings recht fragwürdig an. Zwar erwähnen Ehrhardt-Martinez et al. durchaus auch das Gegenargument, dass ein großes Maß der Naturverwertung und -zerstörung, die für die Funktionsfähigkeit des Entwicklungsmodells der Industrieländer notwendig ist, durch den Welthandel faktisch in den Entwicklungsländern anfallt. Dieses Argument weisen sie aber

kurzerhand zurück. Der erhöhte Naturverbrauch in Entwicklungsländern drücke nur ihre transitorische Situation auf dem Weg zur Industrialisierung aus. Wenn dazu die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen und ihr Export gehören, so sei dies eben auch Ausdruck nachholender Entwicklung. Darüber hinaus gebe es keinen vom Norden in den Süden verlagerten Naturverbrauch. Dies gelte auch für den Einfluss der Verschuldung, die für das Ausmaß an Waldzerstörung keine Rolle spiele (vgl. Ehrhardt-Martinez et al. 2002: 240).

Die ökologische Modernisierungstheorie erscheint aus mehreren Gründen als höchst fragwürdig. Natürlich ließe sich argumentieren, dass der Export von Primärgütern an Industrieländer ein gewollter Schritt zur Mobilisierung von (finanziellen) Ressourcen für die inländische Entwicklung ist. Wieweit das aber für die Gesamtheit der Exporte zutrifft und ob die Entwicklungsländer dabei eine ihrem Exportvolumen (d.h. Naturverbrauch) entsprechende Kompensation in Form von Devisen erhalten, kann man nur anhand der Marktconstellation beurteilen. Wenn es beim marktvermittelten Transfer natürlicher Ressourcen unter Bedingungen von Verschuldung und Strukturanpassung zur Herausbildung „falscher“, d.h. zu niedriger Preise für diese Ressourcen kommt, so fließen dem Norden Güter zu, die eigentlich höher hätten entlohnt werden müssen. Der damit einhergehende Verlust (bzw. der Zwang zur Produktionsausweitung zur Kompensation dieses Verlustes) kann keineswegs als entwicklungsnotwendiger Naturverbrauch angesehen werden. Denn „falsche“ Preise sind nicht Ausdruck nachholender Entwicklung oder mangelnder Technologie, sondern Indikator von „Marktversagen“ bzw. der Vermachtung der Weltwirtschaft. Diese Vermachtung ist aber keine ökologische Notwendigkeit und gehört daher auch nicht in einen quasi „natürlichen“ Transformationsprozess, wie ihn die Kuznets-Kurve glauben machen will. Die ökologische Modernisierungstheorie ignoriert darüber hinaus völlig die Nicht-Erneuerbarkeit vieler natürlicher Ressourcen. Im Laufe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung haben die Industrieländer nicht nur die natürlichen Ressourcen des Nordens weitgehend zerstört, sondern sind darüber hinaus auch für die Beinahe-Erschöpfung globaler Quellen (z.B. fossiler Energieträger) und die Überausbeutung globaler Senken (z.B. bei der Emission von Treibhausgasen und FCKW) verantwortlich. Viele Wissenschaftler und Vertreter sozialer Bewegungen aus Süd und Nord sprechen daher zurecht von den historischen „ökologischen Schulden“ des Nordens, die die gegenwärtigen finanziellen Schulden des Südens um ein Vielfaches übersteigen (siehe dazu z.B. Alier 1998 und Simms 1999).

#### ***4.3 Verschuldung als Hebel zur Durchsetzung von Strukturanpassungen***

Die von IWF und Weltbank auferlegten Strukturanpassungsprogramme (SAP) haben noch auf andere Weisen erhebliche Folgen für die Nutzung und Zerstö-

rung natürlicher Ressourcen gehabt. Beide Institutionen betonen, dass SAP keineswegs ein Grund für Umweltzerstörung seien, sondern sich im Gegenteil positiv auf die Umwelt auswirkten (vgl. z.B. Sebastian/Alicibusan 1989). Die Kritiker von Fonds und Bank sehen das grundlegend anders. Unter Bezugnahme auf viele Stimmen aus NGOs und sozialen Bewegungen kommt Victor Menotti zu der Einschätzung, dass „Environmental damage, and particularly deforestation, was often a direct consequence of the export-oriented policies imposed by the Bank and the Fund“ (Menotti 1998: 355).

Ein von der Weltbank angeregter und von einer Vielzahl von NGOs getragener Auswertungsprozess hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der Strukturanpassungsprogramme (*Structural Adjustment Participatory Review Initiative - SAPRI*) im Zeitraum 1998 bis 2002 förderte eine Vielzahl von konkreten Umweltproblemen in Folge der Programme u.a. in den Philippinen, Uganda, Ghana, Mexiko und Bangladesh zu Tage (SAPRI, 2002). Die SAP haben durch ihren kurzfristigen Zwang zur Haushaltskonsolidierung in den Schuldnerländern den dortigen Strukturwandel zu Gunsten von Weltmarktintegration und Exportwirtschaft mit einer Geschwindigkeit forciert, die aus ökologischer Perspektive selbst für die Gläubiger zum Teil kontraproduktive Folgen hatten.

Die SAP gingen und gehen regelmäßig mit Kürzungen der Sozialausgaben einher. Das bedeutet unter anderem die Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel und den Verlust von Arbeitsplätzen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst v.a. in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Die durch die Wirtschaftskrise in Folge der Schuldenkrise schon ohnehin stark gebeutelten unteren Einkommensgruppen werden auf diese Weise zusätzlich verarmt, so dass sich verarmte Familien zur Sicherung des Überlebens in die Subsistenzlandwirtschaft flüchten. Da zumeist landlos, siedeln sie sich häufig an Waldrändern an und betreiben Brandrodung (Tole 1998; Gullison/Losos 1993). In Tansania konnten sich viele Kleinbauern zwischenzeitlich keine Düngemittel mehr leisten, weil die Dünger-Subventionen gestrichen worden waren. Als Reaktion weiteten sie die Anbauflächen auf Kosten von Wäldern aus (Hammond 1999). Große Teile der brandgerodeten Flächen gehen schon nach kurzer Zeit (2-3 Ernten) durch Erosion und Auslaugung als Nutzfläche verloren. Eine Wiederaufforstung findet in der Regel nicht statt und die Armen brandrodern neue anliegende Waldgebiete. Dies hat auch für die Gläubiger negative Folgen, denn die Brandrodungen sind weltweit „für mindestens ein Sechstel der Treibhausgasemissionen verantwortlich“ (George, 1993: 26).

IWF und Weltbank haben stets betont, dass private Eigentumstitel an Grund und Boden (inkl. Wäldern) hilfreich dafür seien, dass diese Flächen nachhaltig genutzt würden. Die Eigentümer würden sich zur Erhaltung ihres Vermögens um eine ökologisch angemessene Bewirtschaftung bemühen, Flächen nicht übernutzen und vor Erosion und Verschmutzung schützen. In der Praxis finden sich aber mehrere Beispiele, die das genaue Gegenteil nahe legen. Susanna

Hecht beschreibt z.B., wie die Waldzerstörung mit der Privatisierung von Land in Amazonien sprunghaft anstieg (Inman 1993: 30). Solange die Wälder in öffentlichem oder kommunalem Besitz waren, sei deutlich weniger gerodet worden. Auch andere Argumente von IWF und Weltbank laufen oft ins Leere, weil sie immer nur die positiven Folgen betonen, die negativen aber vernachlässigen. So kommt immer noch das Argument, dass die Freigabe der Preise von Agrarprodukten (die früher in vielen Schuldnerländern zur Reduzierung der Lebenshaltungskosten staatlich auf einem niedrigen Niveau festgelegt wurden) die Wertschätzung für Böden erhöhen und deswegen Bodenübernutzung wirksam bekämpfen. Ausgeblendet wird dabei, dass dasselbe Preissignal zugleich einen erheblichen Anreiz zur Ausweitung der genutzten Bodenflächen darstellt, was wiederum häufig Waldzerstörung bedeutet.

Neben Sozialkürzungen und Privatisierungen haben SAP auch zur Kürzung der ohnehin schon niedrigen Umweltschutzausgaben der Schuldnerländer beigetragen (vgl. dazu Tockman 2001). In der Folge konnten viele Umweltschutzbestimmungen nicht mehr wirkungsvoll kontrolliert und durchgesetzt werden, was z.B. den illegalen Holzeinschlag als auch den Schmuggel mit geschützten Tierarten verstärkte (siehe auch George 1993; Friends of the Earth o.J.; Fall 1999; Lóránt 1999). Besonders perfide mutet es an, wenn darauf aus Gläubigerkreisen geantwortet wird, die Schuldenkrise (und in der Folge die Haushaltskonsolidierung) hätte schon allein deswegen ökologische Vorteile, weil dann für umweltschädliche Projekte wie z.B. Infrastrukturprojekte zur Erschließung von Waldgebieten kein Geld mehr da sei.

## 5. Auswirkungen der jüngeren Finanzkrisen

Während die 1980er Jahre durch die internationale Schuldenkrise geprägt waren, standen die 1990er Jahre im Zeichen von Finanzkrisen. Anders als in der Schuldenkrise seit 1982 traten die Krisen der 1990er Jahre nicht auf Grund konkreter Zahlungsschwierigkeiten der Schuldnerländer auf, sondern es reichte schon völlig, dass die privaten Akteure auf den internationalen Finanzmärkten (Banken, Devisenhändler, Investment- und Pensionsfonds, Rating-Agenturen etc.) ihre Erwartungen über die zukünftige Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer revidierten. Derartige Erwartungsänderungen setzen in liberalisierten Finanzmärkten dann einen herdenartigen Exodus ausländischen Kapitals aus einem Land in Gang, und aus den für die fernere Zukunft erwarteten Zahlungsschwierigkeiten wird binnen kürzester Zeit die Zahlungsunfähigkeit.

Schon die erste große Finanzkrise der 90er Jahre in Mexiko 1994 zeigte, dass die natürlichen Ressourcen wesentlich für die Überwindung der Krise herangezogen wurden. Damals hatten die USA und der IWF darauf gedrängt, dass als Sicherheit für das finanzielle Rettungspaket aus Washington die mexikanischen Ölexporterinnahmen verpfändet wurden.

Wenn Währungen massiv abwerten, so hat dies zweierlei Konsequenzen. Erstens steigen (in inländischer Währung gemessen) die Schulden in ausländischer Währung entsprechend an, zweitens bedeutet ein niedrigerer Wechselkurs einen Wettbewerbsvorteil im Export. Importe aus dem Ausland werden teurer, und inländische Produkte, deren Inputs nicht hauptsächlich aus Importen bestehen, können billiger auf dem Weltmarkt angeboten werden. Am Fall Indonesien lässt sich anschaulich darstellen, wie dieser Wirkungsmechanismus zu einer erheblichen Ausweitung der Exportlandwirtschaft, insbesondere des Palmöl-Anbaus, auf Kosten von Waldflächen geführt hat. Zwar hat die Asienkrise zunächst einmal die Nachfrage von Südkorea und Japan nach Holz und Holzprodukten in der Region gesenkt. Dadurch fiel z.B. der Export von Baumstämmen aus Papua Neuguinea. Dies führt aber nicht nur im Fall Indonesiens dazu, dass trotzdem unvermindert Holz eingeschlagen wurde, es blieb dann vorübergehend einfach im Wald liegen (Dauvergne 1999: 36).

Finanzkrisen als Währungskrisen gehen grundsätzlich mit einer Neubewertung inländischer Vermögen und Ressourcen einher. Für international gehandelte Güter wie z.B. Holz oder Bodenschätze bedeutet dies immer, dass ihr Wert in inländischer Währung steigt und Inwertsetzung profitabler wird. Zwar hat es auch in den 1980er Jahren durch die Schuldenkrise und im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen immer wieder Abwertungen gegeben, diese gingen aber sehr viel geordneter vor sich. Durch die massive Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die in den 1990er Jahren in den Entwicklungsländern stattgefunden hat, und den hohen Anteil kurzfristiger Kapitalzuflüsse kann Kapital heute in sehr viel kürzerer Zeit von einem Land ins andere verschoben werden. Wenn dies in einem herdenartigen Verhalten viele Investoren gleichzeitig tun, dann gehen der nationalen Zentralbank die Devisenreserven aus und sie kann den Wechselkurs der eigenen Währung nicht länger stabilisieren. Im Fall solcher Währungskrisen fallen die Abwertungen astronomisch aus. So verlor die indonesische Rupie ca. 80% und der philippinische Peso und der thailändische Bath 40% ihres Wertes während der Asienkrise. Der brasilianische Real verlor im Jahr 1999 ebenfalls 40%. Ohne auch nur einen Euro oder US-Dollar zusätzlichen Kredit aufzunehmen, hatten sich dadurch die Auslandsschulden Indonesiens (gemessen in inländischer Währung) innerhalb weniger Tage verfünffacht. Es kam aber noch schlimmer, denn durch das „Rettungspaket“ unter Führung des IWF haben sich die Schulden in den Krisenjahren 1997/98 noch mal netto um 15% auf über 150 Mrd. US\$ erhöht. Nach allem, was über die Auswirkungen des Drucks zur Schuldenbedienung gesagt wurde, sind das sicherlich keine Zahlen, die Hoffnung auf einen Rückgang von Zerstörung und Inwertsetzung natürlicher Ressourcen in Indonesien und den anderen Krisenländern machen.

## 6. Resümee und Ausblick

In der vorangegangenen Untersuchung wurde deutlich, dass sich das internationale Finanzsystems auf zwei Ebenen auf die (Ungleich-)Verteilung des Zugangs und Verbrauchs an natürlichen Rohstoffen auswirkt.

Zum einen ermöglicht erst das internationale Finanzsystem, dass Entwicklungs- und Schwellenländern diejenigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt wurden und werden, ohne die das heutige Ausmaß an Inwertsetzung und Zerstörung natürlicher Ressourcen schlicht undenkbar wäre. Ohne die Kredite und das Kapital internationaler öffentlicher und privater Finanzinstitutionen wären im Süden sehr viele Projekte und Unternehmungen, die für einen großen Teil der Naturverwertung und -zerstörung verantwortlich sind, nicht finanzierbar gewesen. Die Zerstörung von Wäldern geht dabei nur teilweise von den Projekten selber aus. Ihre zerstörerische Wirkung entfalten sie auch dadurch, dass sie bislang unzugängliche Regionen für eine große Anzahl an verarmten Menschen zur Besiedelung und Ausbeutung freigegeben haben. Ohne die finanzielle Unterstützung von großen Erschließungs- und Infrastrukturprojekten durch Institutionen wie die Weltbank läge die globale Entwaldung heute auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Die zweite Wirkungsebene besteht darin, dass das Finanzsystem aufgrund seiner Machtasymmetrie und durch seine machtvollen Institutionen wie den IWF einen enormen Druck auf die Entwicklungsländer ausübt, die Interessen der ausländischen Gläubiger und Investoren zu bedienen, und dazu natürliche Ressourcen im Süden der Inwertsetzung im globalen Maßstab zuzuführen. Mit ihrem Krisenmanagement und ihren Strukturanpassungsprogrammen haben IWF, Weltbank und die nördlichen Gläubiger wesentlich dazu beigetragen, dass natürliche Ressourcen zur Bedienung von Auslandsschulden in Wert gesetzt und dabei zerstört werden. Dabei hat der Norden entscheidend Einfluss auf die Preisbildung für diese Ressourcen genommen. In der Folge waren die Entwicklungsländer gezwungen, ihre Produkte zu „falschen“ bzw. zu niedrigeren Preisen zu verkaufen. Spätestens hier wird augenfällig, wie durch die Sanktionsinstrumente und Akteure des internationalen Finanzsystems eine kompensationslose Umverteilung des Zugriffs und Verbrauchs natürlicher Ressourcen vom Süden in den Norden ermöglicht wird.

Zwar weist schon die erste Ebene dem internationalen Finanzsystem eine tragende Rolle bei der Finanzierung der Inwertsetzung natürlicher Ressourcen im Süden zu. Sie begründet aber noch keine wertmäßige Umverteilung der Nutzung und des Verbrauchs dieser Ressourcen zu Gunsten von Akteuren im Norden. Erst auf der zweiten Ebene wird die (um-)verteilungspolitische Funktion des internationalen Finanzsystems deutlich.

Dennoch muss man sich an dieser Stelle vor Vereinfachungen hüten. Zum einen kann das internationale Finanzsystem nicht als einzige Grundlage einer

wertmäßigen Umverteilung zwischen Nord- und Süd erhalten. Die internationalen Handelsbeziehungen sind auch unabhängig von einer Einflussnahme seitens IWF, Weltbank und privater Finanzinstitutionen weit davon entfernt, den Rahmen für einen verteilungsneutralen Austauschprozess anzubieten. Eine zweite Einschränkung betrifft das Maß z.B. an Waldzerstörung, welches durch armutsbedingte Brandrodungen verursacht wird. Auch wenn das internationale Finanzsystem den Zugang zu Wäldern oft erst finanziert hat, so bleibt eine zentrale Triebfeder der Entwaldung der nackte Überlebenskampf vieler verarmter Menschen und nicht nur die kalkulierte Inwertsetzung von Waldflächen. Es ist daher ein schwieriges Unterfangen, die Bedeutung des internationalen Finanzsystems und der Verschuldung für die Ungleichverteilung zwischen Nord und Süd und für die Armut bzw. Verarmung im Süden zu quantifizieren. Drittens ist anzumerken, dass das internationale Finanzsystem sicherlich nicht als Urheber einer Strategie der Inwertsetzung natürlicher Ressourcen erhalten kann. Seit Menschengedenken nutzen wir die Angebote unserer natürlichen Umwelt, um sie uns dienlich zu machen. Im Zuge der „internationalen Arbeitsteilung“, der Kolonisation und später der „Vermarktlichung“ des Güterausbaus ist daraus ein globales Regime der Naturverwertung entstanden. Seitdem haben wir es auch im Süden mit einem Entwicklungsmodell zu tun, welches die Reichtümer der Natur als natürliche Ressourcen und somit als verwertbare Rohstoffe und „Bodenschätze“ begreift. Ist erst mal ausländisches Kapital ins Land geflossen, so will sich dieses rentieren, erwartet Zins und Profit. Da dieser Zins und Profit in ausländischer Währung zu erwirtschaften ist, geht von ausländischem Kapital tendenziell eine kumulative Dynamik in Richtung noch stärkerer Weltmarktintegration aus. Folglich ist die Nutzung des internationalen Finanzsystems zur Initiierung eines inländischen Entwicklungsprozesses immer zugleich eine recht langfristige Weichenstellung. Die hohe Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer ist ein wichtiger Grund dafür, warum sie keine kurzfristige Ausstiegsoption aus der Vermarktung ihrer natürlichen Ressourcen auf dem Weltmarkt haben, selbst wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre.

Abschließend soll noch ein ganz kurzer Blick auf die Vorschläge zur Minderung oder gar Überwindung der ressourcenschädigenden Wirkung des internationalen Finanzsystems gerichtet werden. Die wohl fundamentalste Herangehensweise betrifft das zugrunde liegende Entwicklungsmodell und den Begriff der „natürlichen Ressource“ selbst. Nur durch die Anerkennung der Nicht-Universalisierbarkeit des Entwicklungsmodells des industrialisierten Nordens und die Orientierung auf alternative Entwicklungsleitbilder wird es möglich, die Natur und ihre Reichtümer in einer nachhaltigen Weise zu nutzen. Dieses Anerkennen und Umdenken muss notwendigerweise dort stattfinden, wo das „alte“ Denken seinen Sitz hat: im industrialisierten Norden.

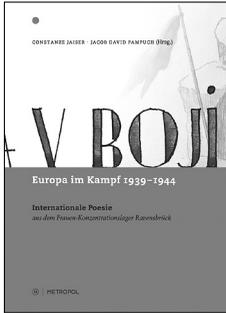
Die weniger grundsätzlichen Ansatzpunkte betreffen die konkrete Ausgestal-

tung des internationalen Finanzsystems. Wenn ausländisches Kapital häufig zur zerstörerischen Inwertsetzung natürlicher Ressourcen eingesetzt wird, so muss es darum gehen, solche Kapitalzuflüsse einzudämmen bzw. auszutrocknen. Lange Zeit war es üblich, dass Länder nur sehr eingeschränkt und nach einer intensiven Prüfung ausländisches Kapital ins Land gelassen haben. An einem grundlegenden Wandel des inzwischen eingeführten internationalen Systems der Kapitalverkehrsliberalisierung führt sicherlich kein Weg vorbei. Ähnlich sieht es im Bereich der Wechselkurse aus. Die schockartigen Umbewertungen von Auslandsschulden und inländischen Naturressourcen in der Folge von Währungskrisen können in Zukunft nur durch ein multilaterales Zusammenspiel von Kapitalverkehrsregulierung und Wechselkurskooperation vermieden werden. Auch mit Blick auf die Verschuldungsproblematik liegen konkrete Ideen auf dem Tisch. Neben einem Schuldenerlass muss die preisverzerrende und ressourcenzerstörende Wirkung der Auslandsverbindlichkeiten durch eine Neuordnung der Gläubiger-Schuldner-Beziehungen überwunden werden. Nur wenn die Gläubiger und Schuldner gleichberechtigt über die Notwendigkeit von Schuldenerlassen und den Zuschnitt von wirtschaftlichen Reformen entscheiden und dabei die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerungen und der Umweltschutz im Zentrum stehen, kann hier Abhilfe geschaffen werden. Dazu bieten z.B. faire und transparente Schiedsverfahren im Sinne einer Staateninsolvenzregelung einen gangbaren Weg an. Es steht also eine ganz neue „Strukturanpassung“ an: nicht der Schuldner an den Weltmarkt, sondern des Weltwirtschaftssystems an die Erfordernisse einer globalen ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung.

## Literatur

- Alier, Joan Martínez (1998): *Ecological debt - external debt*, überarbeitete Fassung eines Beitrag zur Konferenz „The External Debt and the End of the Millennium“ des lateinamerikanischen Parlaments im Juli 1997 in Caracas, [http://www.deudaecologica.org/a\\_alier01in.html](http://www.deudaecologica.org/a_alier01in.html).
- Altwater, Elmar (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien*, Hamburg: VSA.
- Dauvergne, P. (1999): The environmental implications of Asia's 1997 financial crisis, in: *Ids Bulletin-Institute of Development Studies*, Vol. 30, Nr. 3.
- Ehrhardt-Martinez, K. (2002): Deforestation and the environmental Kuznets curve: A cross-national investigation of intervening mechanisms, in: *Social Science Quarterly*, Vol. 83, Nr. 1.
- EIR (2004): *The Final Report of the Extractive Industries Review*, Vol. I: Januar, Vol. II: Dezember 2003. Washington DC/Jakarta.
- Fall, Yassine (1999): Gender and Social Dimensions of IMF Policies in Senegal, in: Development GAP (Hrsg.): *The All-Too-Visible Hand: A Five-Country Look at the Long and Destructive Reach of the IMF*, <http://www.developmentgap.org/imfsenegal.html>.
- Friends of the Earth (o.J.): *Environmental consequences of the IMF's lending policies*, Washington DC, <http://www.foe.org/camps/intl/imf/cons/page1.html>.
- George, Susan (1993): *Der Schuldenbumerang. Wie die Schulden der Dritten Welt uns alle bedrohen*, Reinbek: Rowohlt.
- Greenpeace (o.J.): *OCP-Pipeline in Ecuador*, <http://gruppen.greenpeace.de/aachen/westlb.html>.
- Gullison, Raymond E./Losos, Elisabeth C. (1993): The role of foreign debt in deforestation in

- Latin-America, in: *Conservation Biology*, Vol. 7, Nr. 1.
- Hammond, Ross (1999): The Impact of IMF Structural Adjustment Policies on Tanzanian Agriculture, in: Development GAP (Hrsg.): *The All-Too-Visible Hand: A Five-Country Look at the Long and Destructive Reach of the IMF*, <http://www.developmentgap.org/imftanzania.html>.
- Hansen, Stein (1989): Debt for nature swaps - Overview and discussion of key issues, in: *Ecological Economics*, Vol. 1.
- Hersel, Philipp (2005): *Das internationale Finanzsystem: Katalysator der Inwertsetzung, Zerstörung und Umverteilung der natürlichen Ressourcen des Südens*, Papier im Auftrag des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Inman, K. (1993): Fueling expansion in the Third-World - population, development, debt, and the global decline of forests, in: *Society & Natural Resources*, Vol. 6, Nr. 1.
- Kahn, James R./McDonald, Judith A. (1994): International debt and deforestation, in: Brown, Katrina/Pearce, David W. (Hrsg.): *The Causes of Tropical Deforestation*, UCL Press, London.
- Kahn, James. R./McDonald, Judith A. (1995): Third-World debt and tropical deforestation, in: *Ecological Economics*, Vol. 12, Nr. 2.
- Lóránt, Károly (1999): The Impact of IMF Structural Adjustment Policies: The Case of Hungary, in: Development GAP (Hrsg.): *The All-Too-Visible Hand: A Five-Country Look at the Long and Destructive Reach of the IMF*, <http://www.developmentgap.org/imfhungary.html>.
- Menotti, Victor (1998): Globalization and the Acceleration of Forest Destruction since Rio, in: *The Ecologist*, Vol. 28, Nr. 6.
- Miranda, Marta et al. (2003): *Mining and critical Ecosystems: Mapping the Risks*, World Resources Institute, Washington, DC.
- Offener Brief (2005): *Offener Brief von 152 Nichtregierungsorganisationen an James Wolfensohn, Präsident der Weltbank, gegen die Unterstützung des Nam Theun 2 Staudamms in Laos durch die Weltbank*, März 2005, <http://www.irm.org/programs/mekong/namtheun.asp?id=050316nt2signon.html>.
- Owusu, J.H. (1998): Current convenience, desperate deforestation: Ghana's adjustment program and the forestry sector, in: *Professional Geographer*, Vol. 50, Nr. 4.
- Rich, Bruce (1998): *Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise*, Stuttgart: Schmetterling.
- Ruby, Claudia (2004): Showdown im Regenwald, *DIE ZEIT* vom 15.1.2004.
- SAPRIN (2002): *The Policy Roots Of Economic Crisis And Poverty. A Multi-Country Participatory Assessment of Structural Adjustment, Structural Adjustment Participatory Review International Network (SAPRIN)*, 1. Auflage, April.
- Sebastian, I./Alicbusan, A. (1989): *Sustainable development: issues in adjustment lending policies*, Environment Department Divisional Working Papers 1989-6, World Bank, Washington DC.
- Simms, Andrew (1999): *Who owes who? Climate change, debt, equity and survival*, Bericht im Auftrag von Christian Aid, London.
- Tisdell, C. (1994): Conservation, protected areas and the global economic-system - How debt, trade, exchange-rates, inflation and macroeconomic policy affect biological diversity, in: *Biodiversity and Conservation*, Vol. 3, Nr. 5.
- Tockman, Jason (2001): *The IMF - Funding deforestation. How International Monetary Fund loans and policies are responsible for global forest loss*, American Lands Alliance, November 2001.
- Tole, L. (1998): Sources of deforestation in tropical developing countries, in: *Environmental Management*, Vol. 22, Nr. 1.
- World Bank (2001): *World Development Indicators 2001*, Washington DC.
- World Bank (2002): *Global Development Finance 2002*, Washington DC, CD-ROM Edition.
- WCD (2000): *Dams and Development. A new Framework for Decision-Making*, World Commission on Dams, Earthscan: London.



CONSTANZE JAISER  
JACOB DAVID PAMPUCH (Hrsg.)

## Europa im Kampf 1939-1944

*Internationale Poesie aus dem  
Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück*

Mit dem Nachdruck einer in den Jahren 1943/44 heimlich im Konzentrationslager Ravensbrück entstandenen Sammlung von Gedichten und Liedern liegt ein historisches Zeugnis von einzigartiger Konzeption und Aufmachung vor. Im Original mit Tusche geschrieben und mit Illustrationen versehen, enthält es Texte von Frauen aus elf Nationen. Die von den beiden Tschechinnen Vlasta Kladivová und Vera Hozáková als Buch angelegte Sammlung „Europa u boji 1939-1944“ bietet die einmalige Gelegenheit, einen Querschnitt lyrischer Selbstäußerungen aus einem Konzentrationslager, ausgewählt von den Betroffenen selbst, vorzustellen. Auf der Hör-CD werden die Gedichte von Überlebenden in ihrer Muttersprache vorgetragen. Der Begleitband enthält Nachdichtungen namhafter Autorinnen. Darüber hinaus informiert er über die Entstehung von Handschrift und Hör-CD, über die Dichterinnen und Sprecherinnen und liefert zum Verständnis jedes Gedichtes wichtige Hintergründe.

### **2 Bände im Schubler**

(Faksimile, Begleitband und Hör-CD  
mit Stimmen von Überlebenden)

ISBN 3-936411-61-1

112 und 240 Seiten, Hör-CD

24,- EURO



**Metropol Verlag**  
Kurfürstenstraße 135  
D-10785 Berlin

**www.metropol-verlag.de**  
Telefon (030) 23 00 46 23  
e-mail: veitl@metropol-verlag.de

Heide Gerstenberger, Ulrich Welke

---

## Wie nationale Souveränität zu Märkte getragen wird

Bis heute wird der Terminus „Globalisierung“ – seit Mitte der neunziger Jahre ist er in Mode (Walter 2003: 1. Kap.) – mit unterschiedlichen Inhalten und in unterschiedlichen theoretischen Zusammenhängen gebraucht. In kritischen Gesellschaftsanalysen ist inzwischen aber ein gewisses Maß an Übereinstimmungen erreicht worden. Auf den aller kürzesten Nenner gebracht bestehen sie in der Feststellung, derzeit sei nicht nur einer jener Prozesse verstärkter Internationalisierung zu beobachten, wie sie auch in früheren historischen Phasen immer wieder aufgetreten seien, vielmehr habe sich das Verhältnis von Politik und Ökonomie derart verändert, dass ein historisch neuartiger Strukturtypus entstanden sei. Des Weiteren: Die Globalisierung sei zwar durch krisenhafte Entwicklungen der Weltwirtschaft in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jh. provoziert, ihre seither eingetretene Dynamik aber durch politische Entscheidungen in Gang gesetzt worden. Letztere reichten von nationalstaatlich beschlossener Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen bis zu fortlaufenden Prozessen der Deregulierung und Privatisierung. Nationalstaatliche Regulierungskompetenz sei nach wie vor daran beteiligt, die Reichweite eben dieser Kompetenz zu beschränken. Über das Ausmaß der solcherart hergestellten Beschränkung nationalstaatlicher Regulierungskompetenz wird nicht nur weiterhin politisch, sondern auch wissenschaftlich gestritten (z.B. die Beiträge in: Hibou 1999). Nach wie vor geht es also darum, das für die gegenwärtige historische Epoche charakteristische Verhältnis von Politik und Ökonomie genauer zu bestimmen.

An dieser Diskussion beteiligen wir uns mit der These, dass eine theoretisch angemessene Analyse des epochalen Strukturwandels den Abschied vom territorialen Verständnis nationaler Souveränität verlangt. Am Beispiel der Ausflagung von Handelsschiffen soll diese These im Folgenden erläutert werden. Die Thematik mag vielen abwegig erscheinen, ist es aber in doppelter Hinsicht nicht. Zum einen gewährleistet die Handelsschiffahrt täglich neu die technischen Grundlagen für den intensivierten Weltmarkt: über 90% der international gehandelten Waren werden auch heute noch zumindest ein Stück des Weges auf Schiffen transportiert. Zum anderen ist die faktische Auflösung der territorialen Konzeption nationalstaatlicher Souveränität untrennbar mit der aktuellen Entwicklung im internationalen Seetransport verbunden.

## Flaggenstaaten

Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit konkurrierten Territorialmächte um die Vorherrschaft auf dem Meer. Spanien, Portugal, später die Niederlande und dann vor allem Großbritannien beanspruchten bestimmte Regionen der Weltmeere als ihre Hoheitsgebiete: Ohne ihre Genehmigung sollte niemand diese Weltregionen befahren und an den jeweils angrenzenden Küsten Handel treiben dürfen. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass die Rechtsauffassung, das Meer sei „à chacun commune“ (erstmalig bereits 1530) im Umkreis der französischen Krone entwickelt wurde, die nicht über die Mittel verfügte, entsprechende Ansprüche geltend zu machen (zit. nach: Fahl 1969: Anm. 515) Erfolgreich war diese Rechtstheorie zunächst nicht. Ganz im Gegenteil: Mit dem Aufstieg Englands zur Seemacht wurde dem 1609 von Hugo Grotius entwickelten Konzept des *mare librum*, der Freiheit des Meeres, die Rechtsauffassung des *mare clausum* entgegen gestellt. In den 1651 und 1660 beschlossenen Navigationsgesetzen konkretisierte England seine Strategie der Exklusion fremden Handels aus dem Kolonialhandel und dem dafür benötigten Seetransport. Zwar ließ sich Vorherrschaft auf dem Meer immer nur begrenzt durchsetzen, immerhin aber machte sie Handelsfahrten für alle riskant, denen nicht ausreichende militärische Mittel zur Verfügung standen, um ihre Unternehmungen zu schützen. Mit der Unabhängigkeit der englischen Kolonien in Nordamerika verlor das System territorialer Vorherrschaft auf den Meeren seine faktische Wirksamkeit. Die Freiheit der Meere wurde zum Gewohnheitsvölkerrecht (Stücker 1979: 316). Heute wird die Hohe See als gemeinsames Eigentum der Menschheit verstanden.<sup>1</sup> Zuerst mit der 1958 in Genf beschlossenen „Konvention über die Hohe See“, sodann vor allem mit der am 10. Dezember 1982 von der UNO verabschiedeten Konvention, die als *Law of the Sea (UNCLOS)* bezeichnet wird (UN Treaties Series, vol. 1833, 397) ist dieses Gewohnheitsrecht bestätigt worden. Während einzelne Bestimmungen von UNCLOS dem üblichen Vorbehalt der Ratifizierung durch souveräne Staaten unterliegen, wurde die bereits etablierte internationale Rechtspraxis des *mare librum* von diesem Vorbehalt ausgenommen. Sie sollte unmittelbar und weltweit fort gelten. Die Freiheit des Meeres galt und gilt aber nicht für Individuen, sondern sie galt und gilt nur für souveräne Staaten. Legal macht von ihr für die Schifffahrt deshalb nur Gebrauch, wer sich das Recht erworben hat, auf seinem Schiff die Flagge eines souveränen Staates zu führen. Dieses Recht setzt die Eintragung in das jeweilige nationale Schiffsregister voraus.

Traditionell wurden Schiffe in jenem Land registriert, in dem auch die Eigner lebten und den wirtschaftlichen Einsatz des Schiffes organisierten. Heute ist

---

1 Das wurde allerdings nur möglich, weil im Verlauf des 19. Jh. immer mehr völkerrechtliche Regelungen beschlossen wurden, die nicht mehr nur einzelne vertragsschließende Staaten, sondern alle souveränen Staaten gleichermaßen betreffen sollten (Nussbaum 1960: 217-234).

beides für die Mehrheit aller Schiffe der Welthandelsflotte nicht mehr der Fall. Zum einen fallen Schiffseigentum und Management des Schiffsbetriebs immer seltener zusammen,<sup>2</sup> zum anderen ist die Mehrzahl aller Handelsschiffe heute in das Schiffsregister eines Staates eingetragen, in dem zwar das Unternehmen für das betreffende Schiff registriert ist,<sup>3</sup> das tatsächliche Management des Schiffes aber nicht stattfindet. Dieser Sachverhalt wird als Ausflagung bezeichnet. Heute handelt es sich bei der Wahl einer „*Flag of Convenience*“ (FOC)<sup>4</sup> um eine weltweit gebräuchliche betriebswirtschaftliche Strategie. Das unterscheidet sie auch von früheren Praktiken des Flaggenwechsels. Diese waren zumeist politisch bedingt: Schiffseigner erstrebten in Kriegszeiten das Recht, eine neutrale Flagge zu führen. Bereits im 17. Jahrhundert wurde häufig verlangt, dass Schiffer (Kapitäne) das Bürgerrecht des Staates (der Stadt) besaßen, unter dessen/deren Flagge sie segeln wollten, bereits damals gab es auch fingierte Wohnsitze.<sup>5</sup> In dieser Tradition des Flaggenwechsels aufgrund politischer Gegebenheiten stand auch noch die Registrierung der sogenannten *Liberty*-Schiffe in Panama während des Zweiten Weltkrieges. Die US-amerikanische Regierung hatte sie bauen lassen, um sie zur Versorgung der Alliierten zu nutzen. Die Ausflagung aus ökonomischen Gründen beginnt mit der Einrichtung des Schiffsregisters von Panama. Praktisch genutzt wird dieses Register seit 1925. Zunächst machten von der panamesischen Flagge insbesondere Eigner US-amerikanischer Passagierschiffe in der Zeit der Prohibition Gebrauch. Sie ermöglichte ihnen den Ausschank von Alkoholika. In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts flaggten einzelne griechische und spanische Reeder auch bereits Schiffe aus, um die heimischen Heuersätze zu unterlaufen. Die neueste Entwicklung wurde eingeleitet, als die Regierung der USA die *Liberty*-Schiffe nach dem Zweiten Weltkrieg an private Eigner verkauften. Diese registrierten die Schiffe, Einfachstbauten, von denen sie sich keine lange Nutzung mehr versprachen, in einem der „Panlibhon“-Staaten. Panama, Liberia und Honduras waren politisch und ökonomisch von den USA abhängig, sie boten den Schiffseignern die Registrierung zu sehr niedrigen Gebühren an und forderten entweder gar keine oder nur sehr geringe Steuern. Zudem offerierten sie ein Rechtssystem, das in entscheidenden Punkten demjenigen der USA nachgebildet war oder ihm nun angepasst wurde. Vor allem aber verzichteten diese Regierungen auf jegliche Vorschrift im Hinblick auf die Besatzung der Schiffe „ihrer“ Flotte. So eröffnete sich Schifffahrtsunternehmen ein Arbeitsmarkt oh-

---

2 Zum sog. *third party ship management* vgl. Mitroussi (2003).

3 Heute ist es üblich, für jedes Schiff ein eigenes (Tochter-)Unternehmen zu gründen. Das begrenzt gegebenenfalls die Haftung der Eigner mehrerer Schiffe.

4 Der Terminus wird seit 1948 in Kampagnen der *International Transport Workers Federation* (ITF) gegen Billigflaggen genutzt und ist heute allgemein gebräuchlich.

5 So etwa in Stade, das aufgrund des vorübergehenden „Zuzugs“ niederländischer Schiffer im 17. Jh. zeitweilig zur größten schwedischen Hafenstadt wurde.

ne Grenzen. Später erlangten französische und britische Schiffseigner mit Unterstützung ihrer Regierungen ihrerseits entsprechende Möglichkeiten der Ausflagung in abhängige Gebiete.<sup>6</sup> Damit waren die Grundpfeiler der heutigen politisch-rechtlichen Strukturen des Seetransports bereits geschaffen. Mit Wissen – und Unterstützung – der Regierungen westlicher Industriestaaten nutzten und nutzen Schifffahrtsunternehmen das Angebot, ihre Schiffe in sogenannte „offene Register“ fremder Nationalstaaten eintragen zu lassen. Seither hat *Offshore* zwei maritime Bedeutungen: Die Suche nach Bodenschätzen unter dem Meeresgrund oder aber eine staatlich geschaffene „Insel“ in nationalen Rechtssystemen.

Durch das Angebot eines offenen Schiffsregisters auf dem Weltmarkt sind nun auch Staaten zu „nationalen Flotten“ gekommen, deren Häfen von den meisten Schiffen „ihrer Flotte“ nicht genutzt werden könnten, so sie denn nicht sogar mitten in einem Erdteil und fernab von jeglicher Küste liegen. Das macht den Charakter der neuen Flaggenstaaten offensichtlich. Es handelt sich um juristische Fiktionen. Zwar wurde in Konventionen<sup>7</sup> und Kampagnen immer wieder gefordert, es müsse ein „*genuine link*“ zwischen Schiff und Flaggenstaat bestehen, längst ist jedoch deutlich geworden, dass davon keine Rede sein kann.<sup>8</sup> Augenfällig ist der fiktive Charakter einer Bindung von Schiff und Nationalstaat, wenn beispielsweise die Eintragung in das liberianische Schiffsregister ganz unbehelligt davon blieb, dass im Bürgerkrieg staatliche Strukturen in Liberia umkämpft waren und zerfielen (Thoms 2003).<sup>9</sup> Die Registrierung erfolgte durchgängig im Staate Virginia der USA.

Die Vorteile der *Flags of Convenience* liegen auf der Hand (siehe auch: Bergantino/Marlow 1997):

– Sie offerieren niedrige Kosten für die Registrierung. Sie garantieren Anonymität<sup>10</sup> und machen den Zugang zum nationalen Schiffsregister sowie das Verlassen desselben sehr einfach.

6 Für französische Schiffseigner erfüll(ten) die Kerguelen-Inseln diese Rolle, für britische Schiffseigner war (und ist) es vor allem die Isle of Man.

7 Z.B. UNCLOS, Art. 91 (1); Zusätzlich: United Nations Convention on Conditions for the Registration of Ships, Art.1 (UNCTAD 1990, TD/RS/Conf/25).

8 Zumeist scheren sich Flaggenstaaten nicht um diese Forderung, neuerdings allerdings haben einzelne ihrer Rechtsberater die Ansicht vertreten, eine „echte Verbindung“ zum Flaggenstaat komme in ausreichendem Maße dadurch zustande, dass die Registrierung eine ökonomische Beziehung herstelle. Diskussion auf einer Tagung der *International Association for Maritime Economists* in Panama City, 14.-16. November 2002.

9 Auch nach dem Sturz des Diktators Taylor wurde das Personal der *Corporate Registry* in Vienna, Virginia, nicht ausgewechselt. Es war anzunehmen, dass mit dem Geld aus der Registrierung weiterhin Anhänger des gestürzten Diktators unterstützt wurden. Aufgrund des zitierten Berichtes in der ZEIT und anderen Presseveröffentlichungen gab der Verein Deutscher Reeder eine Empfehlung ab, die Wahl der Flagge zu überdenken. Das hatte keine Wirkung. Im Jahre 2005 fahren noch immer 38% der Schiffe deutscher Eigner unter liberianischer Flagge (Marschall 2005).

10 Tatsächlich sichern eine ganze Reihe von Schiffsregistern „*no disclosure of beneficial ownership*“ zu. Die einzelnen Bedingungen der Registrierung in den unterschiedlichen Regi-

lassen desselben sehr einfach.

- Sie erheben entweder gar keine oder nur sehr geringe Steuern auf Gewinne. Sofern sie Vorschriften für den Betrieb von Schiffen erlassen, verzichten sie vielfach auf deren Kontrolle. Damit können Wartungskosten und folglich Betriebskosten gesenkt werden.

- Vorschriften über Mannschaftsstärken und geforderte Zeugnisse sind - soweit vorhanden - weniger strikt als in den traditionell dominanten Schifffahrtsstaaten. Im Ausland erworbene Patente werden entweder generell anerkannt oder gegen eine geringe Gebühr umgeschrieben.

- Vor allem aber: Die Anbieter von Schiffsregistern gestatten, dass die Besatzungen „ihrer“ Flotte ohne jede Beschränkung auf dem internationalen Markt angeheuert werden. Es gibt keine nationalen Heuersätze. Seeleute können folglich - unterschiedlich - je nach dem Lohnniveau in ihren Herkunftsländern bezahlt werden.

Anders als bei Verlagerungen von Produktionsstätten ins Ausland geht es bei Ausflagungen also nicht darum, Arbeitskräfte des gewählten Flaggenstaates nach den dort herrschenden Bedingungen zu beschäftigen. Vielmehr werden Seeleute auf einem globalen Arbeitsmarkt geheuert. Soweit *ratings* (Seeleute im Mannschaftsrank) eingekauft werden, ist dabei noch heute der Aspekt ihres Preises wichtigstes Auswahlkriterium.

Dass solche Angebote von Schifffahrtsunternehmen aufgegriffen werden, ist leicht ersichtlich. Umgekehrt versprechen die sehr günstigen Schiffsregister keine nennenswerten Einnahmen. Wenn sie dennoch angeboten werden, so erklärt sich dies aus der Tatsache, dass es zahlreiche Staaten gibt, in denen das Brutto-sozialprodukt so gering ist, dass derartige Einkünfte dennoch einen erheblichen Unterschied für den Staatshaushalt und/oder die Chancen privater Bereicherung ausmachen. In manchen Staaten, die *Flags of Convenience* anbieten, gibt es zusätzlich Angebote von Consulting Firmen für Schifffahrtsunternehmen und von Kanzleien, die auf Schifffahrtsfragen spezialisiert sind. In vielen Fällen sind die neuen Flaggenstaaten gleichzeitig sogenannte *Offshore* Zentren. Ihre Angebote variieren. Überall offerieren Banken, zumeist Filialen großer internationaler Banken, neben strikter Vertraulichkeit besonders günstige Finanzierungsbedingungen,<sup>11</sup> überall gelten für Ausländer niedrige oder völlig fehlende Steuern.

---

stern (zum damaligen Zeitpunkt) sind in einem Bericht der OECD aufgeführt (2003, Appendix B). Die konkreten Angebote der verschiedenen FOCs lassen sich im übrigen leicht im Internet verfolgen.

11 Insgesamt trägt die Ausflagung - von Experten des IWF wurde dies bereits 1987 festgestellt - zu dem riesigen „schwarzen Loch“ in der weltweiten Buchführung bei. So werden etwa große Schiffe in Korea gebaut, die von Schifffahrtsunternehmen aus *Offshore* Zentren bestellt wurden. In Korea werden die entsprechenden Transaktionen als Beiträge zum Brutto-sozialprodukt verbucht, in den Flaggenstaaten aber gibt es keine offiziellen Nachweise für die dort notwendigen Ausgaben (vgl. Couvrat/Pless 1988/1993: 32)

## Souveränität *Offshore*

Ausflagung geschieht in Rechtsverhältnisse, die Ausländern Sonderkonditionen gewähren. Insoweit entspricht diese Praxis den Strategien, die zur Entstehung von *Export Processing Zones* (Wick 1998; Hualde 1995) sowie von *Offshore* Finanzzentren geführt haben. Spezialisten, die mögliche wirtschaftliche Entwicklungsstrategien für kleine, insbesondere insulare Ökonomien diskutieren, weisen immer wieder darauf hin, dass sich die Etablierung eines *Offshore* Zentrums (und damit auch eines Schiffsregisters) angesichts der begrenzten sonstigen Alternativen als gute Strategie erweisen kann, auch wenn der inzwischen ziemlich gut besetzte Markt, auf dem die Anbieter von *Offshore*-Leistungen agieren, Neuzugänge zunehmend erschwert (McKee u.a. 2000: chapt. 11).

Freihandelszonen, die Vorläufer von *Export Processing Zones*<sup>12</sup> gab es schon lange, und auch *Offshore Banking* geht bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zurück. Ganz ebenso wie die Praxis der Ausflagung wurden diese Formen also nicht erst in den letzten Jahrzehnten erfunden. Allerdings haben sie eine quantitative Ausweitung und eine qualitative Veränderung erfahren. Denn der *Offshore*-Komplex, wie wir die genannten drei Formen der Kommerzialisierung nationaler Souveränität hier zusammenfassend nennen wollen, bildet heute eine intermediäre Sphäre zwischen Staat und Markt. Ihre Existenz widerspricht der Gegenüberstellung von Markt und Staat, die in der wissenschaftlichen Debatte über Globalisierung lange dominierte und bis heute gegenwärtig ist. Denn einerseits bietet der *Offshore* Komplex Verhältnisse an, die nahezu ausschließlich durch den Marktmechanismus „reguliert“ sind – soweit dennoch formale Regulierungen bestehen, wird vielfach darauf verzichtet, sie durchzusetzen – andererseits basiert auch das Angebot des *Offshore* Komplexes auf der Souveränität von Nationalstaaten. Das sind zunächst einmal die Nationalstaaten, welche die Sphäre der Nicht- bzw. Geringregulation anbieten. Soweit es sich um die Konstitution einer Sphäre des besonderen Rechts in wenig entwickelten Nationalstaaten handelt, kommt die intermediäre Sphäre zwischen Staat und Markt aber auch dadurch zustande, dass sie von den Regierungen entwickelter Industriegesellschaften bewusst geduldet und vielfach auch direkt gefördert wurde.

Auch wenn viele *Offshore* Zentren auf Inseln angesiedelt sind, ist die *Offshore* Sphäre nicht territorial, sondern rechtlich definiert. *Offshore* heißt weder notwendig „außerhalb der Küsten“, noch „im Ausland“. So werden ein Großteil der *Offshore* Bankgeschäfte heute in den großen Finanzzentren der Welt, wie etwa in der City von London, abgewickelt (vgl. z.B. Palan 1999: 21). Geographen wie Mark P. Hampton (1996a; 1996 b) sprechen in diesem Zusammen-

---

12 Eine gute Einführung in den besonderen Charakter von *Export Processing Zones* liefert der Bericht des *Committee on Employment and Social Policy* der *International Labour Organization* für die 286th Session des *Governing Body* dieser Organisation (2003).

hang von der sozialen (politisch-ökonomischen) Konstitution spezifischer Räume.<sup>13</sup> Im hier diskutierten Zusammenhang bedeutet *creating spaces* die Herstellung spezifischer (Rechts)räume für spezifische Aktivitäten. Die frühere territoriale Konzeption nationaler Souveränität, also das Prinzip, dass die Gesetze eines Landes in einem bestimmten Territorium gelten, ist zur Fiktion geworden (Picciotto 1999; Palan 1999).

Die Akzeptanz dieser Fiktion, anders gesagt: die zunehmende Integration von *Offshore* Zentren in den internationalen Finanzmarkt (Gilligan 2004: 17) sowie die Akzeptanz der Ausflagungspraxis ist den Regierungen entwickelter Industriegesellschaften nicht aufgezwungen worden. Den wenigsten Politikern wird anfänglich deutlich gewesen sein, welche Entwicklung sie damit in Gang setzten. Der *Offshore* Komplex empfahl sich, weil er es möglich machte, die Friktionen zu vermeiden, die internationalen Transaktionen aufgrund unterschiedlicher nationaler Regelungen entstanden. Zudem hat die Auslagerung von Unternehmenstätigkeiten nationalen Auseinandersetzungen um Deregulierung etwas Wind aus den Segeln genommen. Immerhin waren gerade in den sechziger Jahren zahlreiche sozialpolitische Errungenschaften und wirtschaftliche Regulierungen durchgesetzt worden, deren sich Unternehmen angesichts verschärfter Konkurrenz zu entledigen suchten. Dass die Regierungen entwickelter Industriegesellschaften darauf verzichteten, wirksame Strategien gegen die Ausweitung des *Offshore* Komplexes zu entwickeln, also beispielsweise der Entwicklung eines globalisierten Gewerbes der Steuervermeidung durch Veränderungen des Strafrechts einen Riegel vorzuschieben, hat die Dynamik nationalstaatlicher Deregulierung insgesamt sehr beschleunigt (Picciotto 1999: 65). Am Beispiel der Ausflagung lässt sich dies besonders gut illustrieren.<sup>14</sup>

### *Flags of Convenience* als internationaler Maßstab

Das erste deutsche Schiff fuhr zu Beginn der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts unter einer *Flag of Convenience*. Schon wenige Jahre später wurde die Ausflagung von Schiffen, deren Eigner in den traditionell dominanten Schifffahrtsstaaten ansässig waren, zu einer üblichen betriebswirtschaftlichen Praxis.

---

13 Der Terminus „*creating spaces*“ ist zunächst von David Harvey benutzt worden. Seine Verbreitung markiert einen bedeutsamen Paradigmenwechsel in der Anthropogeographie. War früher angenommen worden, die physikalischen Eigenschaften bestimmter Räume konstituierten soziale Praxis, so wird heute betont, dass soziale (politisch-ökonomische) Praxis Räume bestimmen kann (vgl. Harvey 1987; 1989).

14 Aus jüngster Zeit gibt es dafür noch einen besonders eindrucksvollen Beleg. Zum 1. Januar 1999 wurde die sogenannte Tonnagesteuer (vgl. Seeschifffahrtsanpassungsgesetz und §5a Einkommenssteuergesetz) eingeführt. Dabei handelt es sich um eine Art der Gewinnermittlung, die Schifffahrtsunternehmen in der Form einer Steuer erheblich subventioniert. Begründet wurde und wird die Regelung mit der Zielsetzung, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu fördern. Tatsächlich aber können von der Tonnagesteuer auch Unternehmen Gebrauch machen, deren Schiffe zwar im Internationalen deutschen Schiffsregister (s.u.) eingeschrieben sind, zeitweilig aber eine fremde Flagge führen.

Denn in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre befand sich die internationale Schifffahrt, insbesondere die Tankerschifffahrt, in einer tiefgreifenden Krise. Nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods sowie der Erhöhung des Ölpreises verringerten sich die Zuwachsraten des internationalen Handels und damit auch des Seetransports. Die Nachfrage nach Ladekapazität für den Transport von Öl sank in kurzer Zeit dramatisch. Nun lieferte (und liefert) der internationale Seetransport aber eines der deutlichsten Beispiele für Entwicklungen, die Ökonomen als „Schweinezyklus“ bezeichnen. Viele (riesige) Schiffe waren im Bau, mussten abgenommen oder mit hohen Kosten storniert werden. Da zahlreiche Schiffsneubauten aufgrund des vorhergehenden Booms im Seetransport nahezu vollständig kreditfinanziert waren, gerieten viele Unternehmen in Schwierigkeiten. Einzelne (auch zuvor sehr große) Reedereien verschwanden ganz vom Markt. Zugleich brachen auf dem zuvor völlig überhitzten Markt für gebrauchte Schiffe die Preise ein. Folglich konnten Unternehmer aus Entwicklungsländern jetzt vergleichsweise günstig Schiffe kaufen. Da diese Unternehmer zwar vielfach auf Führungskräfte aus den Industriegesellschaften zurückgreifen mussten, ansonsten aber billige heimische Arbeitskräfte beschäftigen konnten, war es ihnen möglich, sich trotz der insgesamt schwierigen Lage in der internationalen Konkurrenz um Seetransporte zu behaupten (Tenold 2000). In dieser Situation überwand auch immer mehr deutsche Reeder ihre vorherigen Skrupel und ließen Schiffe, zunächst überwiegend ältere Massengutfrachter, in ein ausländisches Schiffsregister einschreiben.

Die Praxis verbreitete sich rasch. In kurzer Zeit hatte Panama die größte Flotte der Welt,<sup>15</sup> während die Zahl der Handelsschiffe, die unter norwegischer, britischer oder deutscher Flagge führen, von Jahr zu Jahr sank. Als steuerliche Vergünstigungen wenig fruchteten, um diesem Trend Einhalt zu gebieten, wurde das Konzept der Internationalen Schiffsregister entwickelt. Den Anfang machte Norwegen im Jahre 1987, bereits zwei Jahre später wurde ein entsprechendes deutsches Gesetz beschlossen. Mit diesen Registern bieten traditionell führende Schifffahrtsstaaten Unternehmen die Möglichkeit, für die von ihnen bereederten Schiffe national spezifische Vergünstigungen und trotzdem den wichtigsten Vorteil der Ausflagung nutzen zu können. Denn auf Schiffen, die im Internationalen Schiffsregister (in Deutschland ist meist die Rede von „Zweitregister“) eingetragen sind, gelten zwar nationale Vorschriften für Sicherheitseinrichtungen, und die Einhaltung dieser Vorschriften wird auch von nationalen Behörden kontrolliert, doch kann die große Mehrzahl der Besatzungsmitglieder auf dem globalen maritimen Arbeitsmarkt angeheuert werden.

---

15 Deutsche Reeder allerdings flaggten und flaggen größere Schiffe überwiegend nach Liberia aus (siehe Anm. 9), deutsche Reedereien von Küstenmotorschiffen bevorzugten Antigua und Barbuda (Anfang 2005 16% aller Schiffe in deutschem Eigentum). Angaben: *Financial Times Deutschland* (28.01.2005: 12).

Lediglich für den Kapitän und für eine – je nach Größe eines Schiffes bestimmte – Anzahl leitender Offiziere wird vorgeschrieben, dass er bzw. sie Staatsbürger des eigenen bzw. eines EU-Staates sein müssen. Für den Rest der Besatzung bieten die Internationalen Register die gleiche Rechtslage wie *Flags of Convenience*. Diese setzen inzwischen die *benchmark* für nationale Regulierungen. Verfassungsrechtlich bedeutet dies, dass Schiffe nur noch sehr bedingt als schwimmende Bestandteile des nationalen Rechtsraumes gelten können. Denn mit der Einrichtung Internationaler Register werden auf Schiffen unter der nationalen Flagge, sofern sie in diesem Register geführt werden, unterschiedliche Rechtssysteme etabliert. Nur für die eigenen bzw. EU-Bürger gilt das Recht des jeweiligen (EU-) Flaggenstaates, für alle anderen Besatzungsmitglieder gelten zunächst einmal die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen ihrer jeweiligen Herkunftsländer. Auf jedem Schiff, das unter diesen Bedingungen registriert wurde, hat also der *Offshore* Komplex Einzug gehalten. Die Grenze geht mitten durch die Besatzung. Ihr jeweiliger Verlauf ergibt sich aus den Herkunftsländern der auf einem Schiff beschäftigten Seeleute.

Das *German International Shipregister (GIS)* wurde 1989 eingerichtet. Dagegen beantragten der Senat der Freien Hansestadt Bremen und die Landesregierung von Schleswig-Holstein ein Normenkontrollverfahren, die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie die Deutsche Angestellten-gewerkschaft legten Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Beides war erfolglos. Am 10. Januar 1995 entschied der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts, die Einführung eines zweiten Schiffsregisters sei verfassungsgemäß. In der Begründung heißt es, die Schmälerung des Grundrechtsbestandes müsse hingenommen werden, denn Positionen, „die sich in der internationalen Rechtswirklichkeit ohnehin nicht behaupten ließen“, müssten aufgegeben werden. „Das gilt jedenfalls dann, wenn der Gesetzgeber dadurch zugleich hinreichende Anreize für deutsche Reeder schafft, ihre Schiffe weiter unter deutscher Flagge und damit wenigstens teilweise im Rahmen deutschen Rechts zu betreiben“ (Bundesverfassungsgericht E 92, 96, I: 46). Inzwischen ist deutlich, dass der ökonomisch begründete Verzicht auf Rechtspositionen nicht den erwünschten Erfolg gebracht hat. Die große Mehrzahl der Handelsschiffe in deutschem Eigentum fährt auch weiterhin nicht unter deutscher Flagge. Statt dessen ist die Anpassung an die *benchmark* der *Flags of Convenience* neuerdings noch weiter getrieben worden. In der zitierten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts war festgestellt worden, „Der Schutz des deutschen Sozialversicherungsrechtes bleibt den Seeleuten auf Zweitregisterschiffen erhalten“ (ebd.: 43). Seit Januar 2004 gilt dies nicht mehr. Nach einer Änderung des Sozialgesetzbuches sind nicht-deutsche Besatzungsmitglieder auf Schiffen im *German International Shipregister (GIS)* jetzt versicherungsfrei.<sup>16</sup> Lediglich

---

16 Rechtsgrundlage sind §6 Abs.1 Nr. 1a Sozialgesetzbuch (SGB) V, §1 in Verbindung mit §20

in der gesetzlichen Unfallversicherung sind sie weiterhin bei der See Berufsgenossenschaft versichert.

Die Internationalen Schiffsregister früher dominanter seefahrender Staaten hatten und haben nur begrenzten Erfolg. Zur Abwerbung von Schiffen aus FOCs wurde und wird deshalb mit weiteren Vergünstigungen geworben. Sie reichen von Subventionen für den Schiffbau<sup>17</sup> über neue Steuergesetze bis zu Ausbildungsbeihilfen für heimischen Nachwuchs.<sup>18</sup>

## Global Governance

Bevor die Ausflagung eine weltweit übliche betriebswirtschaftliche Praxis wurde,<sup>19</sup> war Handelsschifffahrt in den damals dominanten seefahrenden Staaten gut ein Jahrhundert lang ein staatlich strikt reguliertes und kontrolliertes Gewerbe. Das begann mit nationalen Vorschriften über den Bau von Schiffen und setzte sich fort über die nationale Regulierung der Qualifikation von Schiffsführern. In manchen Staaten, besonders ausgeprägt in Deutschland, wurden die Arbeitsverhältnisse von Seeleuten zeitweise sogar insoweit verstaatlicht, als die Verletzung des privatrechtlichen Arbeitsvertrages durch eigenmächtige Aufkündigung von Seiten eines Seemanns kriminalisiert und mit Gefängnis geahndet wurde.

Neben der nationalstaatlichen Regulierung gibt es seit langem auch Prozesse der Internationalisierung. Zunächst ergaben sie sich überwiegend durch die Angleichung einzelner Elemente nationaler seemännischer Praxis an ausländische Vorbilder oder durch die Übernahme bestimmter Institutionen für die Regulierung und Kontrolle der Schifffahrt (vgl. zu beidem: Gerstenberger/Welke 1996). Seit der Durchsetzung verschärfter internationaler Konkurrenz um Seetransporte im 19. Jahrhundert verbreitete sich beispielsweise die Einrichtung von Klassifikationsgesellschaften, jenen privatwirtschaftlich organisierten Kontrollinstanzen, die bis heute staatliche Kontrollaufgaben erledigen.<sup>20</sup> Auch die von Samuel Plimsoll 1875 durchgesetzte Ladelinie war, weil sie

---

SGB XI und §28, Abs. 3, SGB III, jeweils in der ab 1. 1. 2004 geltenden Fassung.

17 Sie werden dann beispielsweise daran gebunden, dass die so geförderten Schiffe eine bestimmte Zeitlang unter der nationalen Flagge geführt werden. In der Bundesrepublik kann diese Dauer – von zwei Jahren – durch eine *bareboat Charter* unterbrochen werden. Während dieser Zeit der „Vermietung“ des Schiffes an eine Befrachtungsfirma (Charterer) ist Ausflagung zulässig. (Diese Situation trifft derzeit für die Mehrzahl aller Schiffe in deutschem Eigentum zu (*Financial Times Deutschland*, 26.01.05: 12). Vor einer neuen Charter muss das Schiff – zumindest für einen Tag – wieder ausschließlich im GIS registriert sein, um der Förderung nicht verlustig zu gehen.

18 In Großbritannien etwa ist mit den neuerdings bezahlten Ausbildungsbeihilfen keine Verpflichtung verbunden, die Ausgebildeten dann auch anzuhornern.

19 Sie wird inzwischen auch von japanischen oder indischen Unternehmen angewandt.

20 1828 Bureau Veritas, 1870 Germanischer Lloyd. Klassifikationsgesellschaften erfüllen zwar öffentliche Aufgaben, sind aber gleichzeitig privatwirtschaftliche Unternehmen, die für Schiffseigner tätig sind. In der Branche herrscht eine scharfe Konkurrenz. Klassifikationsgesell-

von der internationalen Versicherungswirtschaft übernommen wurde, von Anfang an ein internationales Maß für die Grenze sicherer Beladung.

International gleichartige Seezeichen kamen durch Absprachen zustande. Zunächst inoffiziell verabredet, kam es 1889 zu einer ersten Konferenz von Regierungsvertretern in Washington D.C. und 1897 zur Gründung des *International Maritime Committee*. Aber bereits zu Beginn der Geschichte von *global governance* auf den Weltmeeren zeigte sich deren Begrenzung durch die Souveränität der Nationalstaaten: Die USA übernahmen nicht alle international beschlossenen Zeichen.<sup>21</sup> Weitere internationale Regulierungen der Seeschifffahrt wurden nahezu durchgängig durch Schiffsunglücke provoziert. Beginnend mit dem 1914 beschlossenen (ersten) SOLAS Abkommen (*The International Convention for Safety of Lives at Sea*), mit welchem auf den Untergang der *Titanic* reagiert wurde, über die internationale Konvention zur Verhinderung der Verschmutzung der Meere durch Schiffe (MARPOL), die als Folge einer Reihe schwerer Tankerunfälle im Jahre 1973 zustande kam, bis hin zu einem ersten, damals lediglich als Empfehlung formulierten Versuch, eine internationale Mindestqualifikation von Seeleuten sicher zu stellen,<sup>22</sup> standen Beschlüsse jeweils mit öffentlich gewordenen Katastrophen in Zusammenhang. Auf der Londoner Konferenz im Jahre 1914 war nicht nur die SOLAS Konvention verabschiedet, sondern auch die *International Maritime Consulting Organization* (IMCO) gegründet worden. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat deren weitere Entwicklung dann allerdings verhindert. Im Jahre 1959 wurde aus der IMCO die *International Maritime Organisation* (IMO). Dieses Gremium, eine Unterorganisation der UNO, ist seither für internationale Regulierungen der Schifffahrt zuständig. Alle dort beschlossenen Konventionen erhalten ihre Gültigkeit nur durch eine ausreichende nationalstaatliche Ratifizierung. Tatsächlich liegt der Grad der Ratifizierung relevanter IMO-Konventionen durchgängig bei mehr als 90%. Das erklärt sich vor allem durch die Praxis, in Verhandlungen so viel Rücksicht auf weniger entwickelte seefahrende Staaten zu nehmen, dass einstimmige Beschlüsse möglich sind. Das Auftreten immer neuer Flaggenstaaten hat die Arbeit allerdings nicht nur inhaltlich, sondern auch formal erschwert. Zunächst galt auch für die IMO die allgemei-

---

ten werden derzeit von vielen als ein besonderer Schwachpunkt für die Verbesserung der Schiffficherheit angesehen. „Wer kontrolliert die Kontrolleure?“ Diese Position wird u.a. von der *International Commission on Shipping* vertreten (ICONS 2001: 32).

- 21 So finden Seeleute bis heute bei der Ansteuerung eines US-amerikanischen Hafens die roten Tonnen auf jener Seite der Fahrinne, auf der sie in anderen Ländern die grünen sehen würden.
- 22 Die 1978 beschlossenen *Standards of Certification and Watchkeeping* (STCW) hatten, da sie nur als Empfehlungen formuliert worden waren, wenig Wirkung. Da sich die Notwendigkeit der Sicherstellung einer Mindestqualifikation seither aber immer dringender stellte, wurden sie 1995 neu - und jetzt verbindlich - gefasst. STCW 95 inauguriert ein globales Ausbildungsregime. Es schreibt nicht nur bestimmte Zertifikate (und vorhergegangenen Ausbildungsinhalte) für Seeleute vor, sondern auch die Zertifizierung der Ausbildungsanstalten.

ne Regel, dass Beschlüsse über Regulierungen von zwei Dritteln der vertrags-schließenden Staaten ratifiziert sein mussten, bevor sie in Kraft treten konnten. Weil sich dieser Prozess seit dem zahlenmäßigen Anwachsen der Flaggenstaaten aber über viele Jahre hinzog, ging die IMO 1974 zu einem Verfahren der *tacit acceptance* über. Seither gelten zumindest *amendments* zu bestehenden Konventionen als akzeptiert, sofern ihre Ratifizierung nicht binnen zwölf Monaten von einer festgelegten Anzahl von Vertragsstaaten ausdrücklich abgelehnt wird. Trotz dieser bereits etablierten Praxis der Beschleunigung sprachen auch offizielle Stellen im Hinblick auf die kurze Zeit zwischen der Aufnahme von Beratungen im September 2001 und dem Inkrafttreten des ISPS Code (*International Ship and Port Facilities Safety Code*) am 1. Juli 2004, mit dem auf die Terroranschläge vom 11.9. 2001 reagiert wurde, von einer „halsbrecherischen Geschwindigkeit“.<sup>23</sup>

Ebenso wie viele andere Organisationen, in denen globale Regulierungen beschlossen werden, hat auch die IMO keine Möglichkeit der Sanktion, wenn ein Flaggenstaat eine Konvention zwar ratifiziert hat, die faktische Umsetzung aber nur unzulänglich erfolgt. Diese generellen Begrenzungen von *global governance* fallen für die Schifffahrt gravierender ins Gewicht, seit Ausflagung eine weltweit übliche Praxis wurde. Die zahlenmäßige Stärke ihrer nationalen Flotten verleiht Staaten wie Panama oder Liberia, Belize oder Vanuatu Gewicht in Verhandlungen der IMO, die Ausstattung und Funktionsfähigkeit ihrer nationalen Behörden lassen die Umsetzung von Konventionen aber häufig nur bedingt, wenn überhaupt, zu. Solche Begrenzungen sind aus der Analyse anderer Bereiche von *global governance* hinlänglich bekannt. Insofern passt die Entwicklung in der Handelsschifffahrt ins allgemeine Muster (vgl. Brand et al. 2000: Kap. 4).

Inzwischen aber gibt es Abweichungen. Provoziert wurden sie, weil bereits Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts der allgemeine Sicherheitsstandard in der Schifffahrt so sehr gesunken war, dass sich eine Fortführung der internationalen Regulierung in den bisherigen Bahnen zu verbieten schien. Seither entsteht ein internationales Kontrollregime, welches nationale Hoheitsrechte in Bezug auf die Schifffahrt erheblich begrenzt. Es kommt zustande,

---

23 US Department of Homeland Security. United States Guard, July 2, 2004, *Press Release*. Wenige Tage nach dem Anschlag vom 11. September 2001 beschloss die Versammlung der IMO Mitgliedsstaaten, die bisherigen Regelungen zur Verhinderung terroristischer Angriffe zu überprüfen. Im Jahre 2002 wurde beraten, Ende Dezember 2002 beschlossen. Zwölf Monate später erlangte der ISPS Code – als Amendment XI zu SOLAS – aufgrund des Prinzips der stillschweigenden Akzeptanz Geltung. Seit 1. Juli 2004 unterliegen alle Schiffe, Schifffahrtsunternehmen und Hafeneinrichtungen den Bestimmungen. Der ISPS Code soll verhindern, dass Schiffe als Waffen genutzt werden. Eine unmittelbare Auswirkung des Code ist allerdings die zusätzliche Erschwernis der heute ohnehin sehr seltenen Möglichkeiten des Landgangs für Seeleute und die Behinderung von Besuchen – etwa auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Seemannsmissionen – an Bord.

indem jeweils mehrere Staaten ein *Memorandum of Understanding* (MoU) unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, pro Jahr jeweils einen bestimmten Prozentsatz der Schiffe unter fremder Flagge, die ihre Häfen anlaufen, auf die Einhaltung internationaler Vorschriften hin zu kontrollieren, mit anderen Worten: Hafenstaaten greifen in die Hoheitsrechte von Flaggenstaaten ein. Diese sogenannte *Port State Control* (PSC, Hafenstaatskontrolle) wurde mit dem 1981 verabredeten (1982 in Kraft getretenen) *Paris Memorandum of Understanding* eingeleitet.<sup>24</sup> Seither wurden MoUs für weitere Fahrtgebiete abgeschlossen. Die USA sind keinem beigetreten, beanspruchen aber ebenfalls das Recht, (mit der *Coast Guard*) Schiffe unter fremder Flagge zu kontrollieren. Alle seither beschlossenen Konventionen, insbesondere der *International Safety Management Code* (ISM Code) und die Neufassung von STCW 78 im Jahre 1995 sind in das Kontrollregime der PSCs integriert. Kontrolleure können die Beseitigung von Mängeln in einer bestimmten Zeit verlangen und ein Schiff notfalls sogar ganz und gar an der Weiterfahrt hindern (vgl. Dirks 1998; 2001). Wie leicht erklärlich, gibt es gravierende Mängel: In Frankreich etwa wurde nach dem Schiffsunglück der „Erika“ im Dezember 1999 deutlich, dass zu meist nicht die im Paris MoU versprochenen 25%, sondern nur 9% der fremdflaggigen Schiffe jährlich kontrolliert wurden. In vielen Staaten fehlt es an qualifiziertem Personal. Seeleuten zufolge werden Kontrollen mancherorts vor allem dazu genutzt, Kontrolleuren zusätzlichen Verdienst zu verschaffen. Dennoch: die Kontrollen samt der Veröffentlichung der durch PSCs festgehaltenen Schiffe, in denen die Schiffe aufgeführt sind, die im Bereich eines MoU festgehalten wurden, haben insgesamt zu einer Verbesserung des Sicherheitsstandards geführt. Eine ganze Reihe jener Staaten, die ihr Schiffsregister bereits seit Jahren mit Erfolg vermarkten, führen die international vorgeschriebenen Flaggenstaatskontrollen inzwischen tatsächlich durch (bzw. lassen sie durch Unternehmen im Ausland durchführen<sup>25</sup>). Gelegentlich werden festgehaltene Schiffe auch aus einem Schiffsregister entfernt. Denn der Marktwert einer FOC sinkt, wenn zu viele Schiffe unter dieser Flagge beanstandet werden. In diesem Fall sind die großen Beladerfirmen (Charterer) skeptisch, wenn es darum geht, ein Schiff aus diesem Register in eine langfristige Charter zu nehmen. Mit den *Port State Controls* weicht die Handelsschifffahrt nicht nur von der allgemeinen Entwicklung von *global governance* ab, sondern nimmt auch eine gewisse Sonderstellung im Zusammenhang des *Offshore* Komplexes ein.<sup>26</sup>

---

24 Das *Paris Memorandum of Understanding* wurde von 14 Staaten vereinbart. 1993 folgte ein MoU für den asiatisch-pazifischen Raum. Seither gibt es MoUs für das Mittelmeer, den Indischen Ozean und Afrika. Weitere sind in Vorbereitung.

25 Die Flaggenstaatskontrolle von Schiffen in deutschem Eigentum für das Schiffsregister von Antigua und Barbuda wird beispielsweise von einem in Oldenburg ansässigen Consulting Unternehmen durchgeführt.

26 Leider sprechen die seit Jahren schleppenden Verhandlungen über gemeinsame militärische Maßnahmen zur Piratenabwehr gegen die Vermutung, diese Entwicklung sei aus der Sorge

Allerdings ist die Wirkung der Hafenstaatskontrollen nicht nur durch die bereits erwähnten Funktionsmängel begrenzt, denn dieser internationale Kontrollmechanismus hat inzwischen zu einer noch deutlicheren Ausbildung von Nischen auf dem globalen Markt für Schiffsregister geführt (vgl. Alderton/Winchester 2002). Es gibt eine ganze Reihe von Anbietern, die mehr oder minder deutlich damit werben, dass sie „ihre Flotte“ nicht kontrollieren, also weder das Vorhandensein der international vorgeschriebenen Zertifikate überprüfen, noch die Sicherheitseinrichtungen an Bord. In diese Schiffsregister kann man – gegen Übermittlung einer Reihe von Informationen per Fax und Bezahlung einer niedrigen Registriergebühr – vielfach im Laufe eines einzigen Tages zumindest vorläufig aufgenommen werden.<sup>27</sup> Solche Spezialregister für *sub-standard* Schiffe werden von Eignern/Managern gewählt, die darauf spekulieren, dass ihr Schiff nicht nur von Kontrollen durch den Flaggenstaat verschont bleibt, sondern – zumindest für eine gewisse Zeit – auch von einer *Port State Control*, deren Ergebnis nicht durch Schmiergeld zu beeinflussen wäre.<sup>28</sup> Solche Schiffseigner rechnen sich aus, dass ein heruntergekommenes Schiff immer noch zwei bis drei Jahre Profite einfahren kann, wenn auf Sicherheit, Versicherung, ordentliche Unterbringung sowie einigermaßen angemessene Bezahlung von Seeleuten verzichtet wird. Man sollte meinen, solche Schiffe würden nie in Häfen mit bekannt gut funktionierender PSC destiniert. Das ist aber nicht der Fall. Auch in deutschen Häfen machen gelegentlich Schiffe fest, „die in den Hochofen gehören“<sup>29</sup>. Werden sie aufgrund einer Hafenstaatskontrolle festgehalten, geben ihre Eigner sie häufig auf. Solche Schiffe liegen dann zwar in einem Hafen, ihre Mannschaften sind dennoch gestrandet. Ebenso wie die Finanzdienstleistungen, die in *Offshore* Zentren angeboten werden, zwar in die internationale Praxis der Steuervermeidung, deshalb aber nicht generell in eine Sphäre kriminalisierter Aktivität integriert sind, handelt es sich bei der Ausflagung von Schiffen heute ganz überwiegend um eine legale betriebswirtschaftliche Praxis. Zwar eröffnet sich durch Ausflagung auch die Möglichkeit, *sub-standard* Schiffe mit miserablen Sicherheitsstandards und elendigen Arbeitsbedingungen über die Weltmeer zu schicken, doch machen die meisten Eigner von Schiffen der Welthandelsflotte von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch. Entscheidend ist die konkrete Praxis eines Managements, über sie gibt die Flagge, die ein Schiff führt, von den erwähnten Ausnahmen abgese-

---

um die Sicherheit von Seeleuten erwachsen. (Ladung und Schiff sind zwar nicht immer, aber doch in aller Regel versichert.) Beschleunigend aber wirkten umweltgefährdende oder -zerstörende Schiffsunfälle vor den Küsten von Industriegesellschaften.

27 Eine Möglichkeit, die etwa von Piraten genutzt wird, wenn sie ein ganzes Schiff gekapert haben und dieses unter neuem Namen schnell wieder „legalisieren“ wollen.

28 Die Nachfrage nach solchen Registern ist immens. Lloyd's Register zufolge ist beispielsweise das Register von Belize von 1989 bis 2001 um 50.433,3 % gestiegen. (in absoluten Zahlen: von 3 auf 1.516 Schiffe). Das Register von Bolivien stieg im selben Zeitraum um 7.700%.

29 Eine Formulierung, die ITF-Inspektoren benutzen.

hen, heute keine zureichende Auskunft mehr. Tatsächlich hat sich die Schiffsicherheit auch auf ausgeflaggten Schiffen in den letzten Jahren insgesamt wieder verbessert. Zu diesem Ergebnis kam an der Wende zum neuen Jahrtausend auch die *International Commission on Shipping*, die unter dem Vorsitz des früheren australischen Handelsministers, Peter Morris, eine sehr breit angelegte Untersuchung durchführte (ICONS 2001). Für die Arbeitsverhältnisse konnten die Mitglieder der Kommission eine solche Verbesserung nicht feststellen, weshalb sie ihren Bericht der Öffentlichkeit denn auch unter dem Titel „*Ships, slaves and competition*“ vorlegten.

## Arbeit im Niemandsland

Die rechtliche Fiktion einer Verbindung von Schiff und Flaggenstaat funktioniert als betriebswirtschaftliche und politische Strategie, die Arbeitsverhältnisse von Seeleuten aber werden auf diese Weise in ein politisches Niemandsland katapultiert. Seeleute lassen sich denn auch nicht täuschen. Niemals sprechen sie von einem „panamesischen“ oder „liberianischen“ Schiff, nur weil das Schiff die Flagge eines dieser Staaten führt. Sie sprechen von norwegischen, deutschen, griechischen, japanischen, iranischen oder ghanaischen Schiffen und meinen damit jeweils den Sitz des Managements. Solche Reden implizieren national typische Managementstile, tatsächlich gibt es sie heute aber noch weniger als in früheren Zeiten. Denn der nationale Durchschnitt von Arbeitsverhältnissen, der in Industriegesellschaften im Laufe der Zeit durch soziale Auseinandersetzungen und staatliche Regulierungen geschaffen wurde (Altvaater/Mahnkopf 2002: 28ff), ist heute nicht nur durch jene Strategien der Flexibilisierung bedroht, die an Land durchgesetzt und legalisiert werden, sondern er ist in der Praxis der Ausflagung und der Nutzung jener *Offshore* Strukturen, die Zweitregister bieten, ganz und gar untergegangen. Anders gesagt: Für die allermeisten Seeleute der Welthandelsflotte gilt heute Kapitalismus *sans phrase*. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ergeben sich aus aktuellen Bedingungen der Konkurrenz auf dem weltweiten maritimen Arbeitsmarkt und aus konkreten Strategien von Schiffsunternehmen. Die Höhe der Heuer sowie sonstiger Leistungen wie etwa die Anzahl der Arbeitsschuhe und Overalls, die pro Vertrag zur Verfügung gestellt werden, handeln private *crewing agencies* mit Schifffahrtsunternehmen aus. Somit können Seeleute, die mit formal identischer Qualifikation an Bord eines Schiffes die gleiche Arbeit ausüben, unterschiedlich bezahlt werden und unterschiedlich ausgestattet sein, weil sie aus verschiedenen Herkunftsländern stammen beziehungsweise durch unterschiedliche Agenturen vermittelt wurden. Für Seeleute gilt das Arbeitsrecht ihres Herkunftslandes beziehungsweise das Arbeitsrecht des Landes, in dem die *crewing agency* ihren Sitz hat (beides muss nicht zusammen fallen). Genau gesehen bedeutet dies entweder keinen oder einen sehr geringen Rechtsschutz.

Formal können Seeleute während der Reise auch Rechtsschutz in einem Hafenstaat in Anspruch nehmen. Faktisch schränkt der ökonomische Druck auf dem Arbeitsmarkt diese Möglichkeit ein.<sup>30</sup> Seeleute werden auf der Basis zeitlich begrenzter Verträge beschäftigt.<sup>31</sup> Wer vor Gericht geht, verliert in aller Regel selbst im Falle eines gewonnenen Prozesses die Chance auf einen erneuten Kontrakt. „Schwarze Listen“ sind zwar international geächtet (ILO Konvention Nr. 179), im maritimen Arbeitsmarkt dennoch an der Tagesordnung. Auch wer eine Gewerkschaft kontaktiert, um sich über schlechte Behandlung zu beschweren, muss befürchten, auf eine „Schwarze Liste“ zu kommen (ICONS 2000: Abs. 2.12). Wer, aus welchem Grund auch immer, negativ aufgefallen ist, wird von Agenturen kaum jemals wieder vermittelt. Es sind aber nicht nur *crewing agencies*, die ein Interesse daran haben, für ihr Angebot an disziplinierten Arbeitskräften bekannt zu sein. Denn auch die Regierungen der Entsenderländer sind darauf bedacht, den guten Ruf ihrer Arbeitskräfte und damit den Zufluss an Devisen zu erhalten.<sup>32</sup> So ist es kein Zufall, dass im Entwurf eines Mustervertrags, der von der POEA (*Philippines Overseas Employment Administration*) ausgearbeitet wurde, ebenfalls der Passus enthalten gewesen war, dass sich Seeleute, die den für eine legale Vermittlung vorgeschriebenen Arbeitspass der POEA erhalten wollen, verpflichten, jeden Kontakt zu einer Gewerkschaft zu unterlassen.<sup>33</sup> Die Philippinen sind derzeit noch immer das weltweit wichtigste Entsenderland für Seeleute, diese Position ist inzwischen aber bereits bedroht.<sup>34</sup>

Gegenüber dem Druck der Konkurrenz auf dem maritimen Arbeitsmarkt er-

30 In einem Ratgeber für Seeleute schreiben Roberto Tiangco und Russ Jackson (2002: 187): „For many seafarers who need employment to support their families, the decision to make a complaint can be difficult because taking this action risks employment-related repercussions. Masters, placement agencies, or owners' representatives may threaten you with employment-related or even physical retaliation.“ Die Autoren raten nicht grundsätzlich ab, geben aber Hinweise, wie die Chancen des Erfolgs erhöht werden können. In jedem Fall solle nicht alleine gehandelt, sondern die ITF kontaktiert werden. Wollen Seeleute klagen, so ist ihnen dies – mit Unterstützung der ITF – auch möglich, wenn ihr Schiff einen Hafen in einem Land mit funktionierenden rechtsstaatlichen Bedingungen anläuft. In diesem Fall können sie sich auch als Ausländer an ein einheimisches Arbeitsgericht wenden. Der anstehende Fall wird dann nach dem nationalen Recht des Hafenstaates entschieden. Solche Verfahren finden auch tatsächlich statt (Auskunft: Ali Memmon, ITF- Inspektor).

31 Für europäische Seeleute variiert deren Dauer zwischen vier und sieben Monaten, für außereuropäische Seeleute zwischen sieben und neun (manchmal auch zwölf oder mehr) Monaten. Kapitäne und leitende Schiffsoffiziere, die auf einem Schiff unter der nationalen Flagge fahren und Staatsbürger des entsprechenden Landes sind, werden auch in regulären Angestelltenverhältnissen beschäftigt. Für sie gelten dann Urlaubsregelungen anstelle der unbezahlten Zeit *off hire*, die für alle anderen nach dem Ende eines Kontraktes eintritt.

32 In den Philippinen beispielsweise müssen Seeleute, die legal vermittelt werden, akzeptieren, dass 70% ihrer Heuer direkt im Entsenderland ausbezahlt werden.

33 Gegen diesen Vertragsentwurf ist in den Philippinen Klage beim Verfassungsgericht eingereicht worden.

34 Für die nächsten Jahre rechnet die Schifffahrtsöffentlichkeit vor allem mit wachsender Konkurrenz durch Seeleute aus der Volksrepublik China.

weisen sich internationale Regulierungen der Arbeitsbedingungen von Seeleuten als weitgehend wirkungslos. Soweit es sie gibt, werden sie im Rahmen der ILO (*International Labor Organisation*) unter Mitwirkung von Regierungen, Reedern und Gewerkschaften beschlossen.<sup>35</sup> Ihre Geltung erhalten ILO-Konventionen durch ausreichende nationalstaatliche Ratifizierung.<sup>36</sup> Die einzige Möglichkeit der ILO, die Verletzung von Bestimmungen durch Vertragspartner zu sanktionieren, war bislang die Veröffentlichung solch vertragswidriger Praxis. Seit kurzem soll allerdings die Einhaltung des ILO-Abkommens Nr. 147, in welchem Mindeststandards für Arbeits- und Lebensbedingungen auf Handelsschiffen festgelegt sind, auch im Rahmen von *Port State Controls* überprüft werden. Faktisch halten kontrollierende Behörden Schiffe nicht wegen derartiger Missstände fest.<sup>37</sup>

Bleibt die *International Transport Workers Federation* (ITF). Dieser (1896 gegründeten) Dachorganisation gehören derzeit mehr als 300 Gewerkschaften aus 131 Ländern an, zusätzlich bietet sie Seeleuten auch die Möglichkeit individueller Mitgliedschaft.<sup>38</sup> Die ITF führt seit 1948 einen Kampf gegen *Flags of Convenience*. Daneben versucht sie aber auch, durch Kampfmaßnahmen international einen gewissen Mindeststandard durchzusetzen. Dazu fordert sie Schifffahrtsunternehmen auf, mit ihr Tarifverträge abzuschließen. Dieser Anforderung wird (in manchen Ländern) durch die Zusammenarbeit mit lokalen Gewerkschaften,<sup>39</sup> ansonsten aber vor allem dadurch Nachdruck verliehen, dass Hafendarbeiter und Hafendarbeiterinnen, die in der ITF organisiert sind, sich weigern, ein Schiff abzufertigen, solange den Bedingungen der ITF nicht zugestimmt wird. Tatsächlich ist diese Praxis des Boykotts die wirksamste Möglichkeit, um dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ eine Geltung zu verschaffen, die nicht nur auf der zufälligen Personalpolitik eines konkreten Managements beruht. Sie basiert allerdings nicht nur auf der Tatsa-

---

35 Seit Jahren wurde versucht, den Zuständigkeitsbereich der IMO so zu erweitern, dass er auch Arbeitsbedingungen von Seeleuten mit umfasst. Das ist gescheitert.

36 Im Rahmen der ILO ist es – im Hinblick auf Regulierungen der Arbeitsverhältnisse in der Handelsschifffahrt in den letzten Jahren zu erheblichen organisatorischen Veränderungen gekommen. Jan Dirks (2003: III.4), der sie genau analysiert, beurteilt sie eher kritisch.

37 Würde dies berücksichtigt, müssten beispielsweise auch die Unterbringung von Seeleuten sowie deren Verpflegung kontrolliert werden. Während der Hafendaatskontrollen, die Mitglieder der „Forschungs- und Kooperationsstelle Schifffahrt“ der Universität Bremen beobachten konnten, waren die Bestimmungen dieser Konvention jedoch nie Gegenstand der Kontrolle. Auch Seeleute und Beamte deutscher Kontrollbehörden, die wir zu diesem Gegenstand befragten, berichteten eine faktische Wirkungslosigkeit des Prüfgebots.

38 In vielen Entsenderländern verpflichten sich Seeleute in den ihnen vorgelegten Heuerverträgen allerdings, auf jeden Kontakt zur ITF zu verzichten.

39 In vielen Entsenderstaaten sind Gewerkschaften an der Formulierung von Musterverträgen beteiligt. Je nach der Struktur und Politik nationaler Gewerkschaften bedeutet das faktisch nur wenig Schutz für Seeleute. Norwegische Gewerkschaften haben durchgesetzt, dass sie bei der Aushandlung von Verträgen für die nicht-europäischen Besatzungsmitglieder auf Schiffen im Internationalen Norwegischen Schiffsregister (INS) mitwirken.

che, dass Hafenziegezeiten sehr teuer sind, ihre Verlängerung durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen also sehr schnell hohe zusätzliche Kosten erzeugt, sondern auch auf der gewerkschaftlichen Organisation von Hafnarbeitern. Diese Voraussetzung ist bedroht, seit es immer mehr private Hafentreiber gibt. In vielen Fällen setzen diese ein faktisches (und manchmal auch formales) Organisationsverbot ihrer Beschäftigten durch. Für nicht-europäische Seeleute bedeuten Tarifverträge der ITF und die Kampfmaßnahmen, die ihre Einhaltung fördern, den wichtigsten und oftmals einzigen Schutz. Wie prekär dieser Schutz dennoch weltweit ist, wird aber schon daran deutlich, dass er noch nicht einmal in der Bundesrepublik Deutschland rechtlich eingeklagt werden kann. Denn das Bundesarbeitsgericht bestreitet die Tariffähigkeit der ITF. In der Entscheidung vom 14.4. 2004 (4 AZR 322/03) wird ausgeführt, wegen dieser fehlenden Tariffähigkeit habe auch die Vereinbarung eines „*Special Agreement to the GIS Fleet Agreement*“, das eine deutsche Reederei mit der ITF auf der Basis des „*GIS-Fleet-Agreement*“ vereinbart habe, keine unmittelbare und zwingende Wirkung auf ein individuelles Arbeitsverhältnis entfalten können. Es könne auch nicht von einem Vertrag zugunsten Dritter ausgegangen werden. Auf das *GIS Fleet Agreement* könnte sich ein einzelner Seemann nur dann berufen, wenn dessen Bestimmungen in seinen Heuervertrag eingegangen wären. Die Entscheidung illustriert die Wirkungsweise des *Offshore*-Komplexes für die Arbeitsverhältnisse von Seeleuten: Ihre Ansprüche werden auf der Basis von Arbeitsverträgen verhandelt, die ihnen eine *crewing agency* anbietet, vor deren Türen im übertragenen (und manchmal sogar im wörtlichen) Sinne Hunderte warten, die ebenso wie sie selbst darauf hoffen, an Bord eines Schiffes eine Verdienstmöglichkeit zu erhalten. Ohne die unmittelbare und zwingende Wirkung der Vereinbarungen, die Schifffahrtsunternehmen von der ITF abgerungen werden, stehen viele Seeleute der globalen Konkurrenz auf dem maritimen Arbeitsmarkt ohne jeglichen Schutz gegenüber.<sup>40</sup>

Während die Sicherheitsmängel, die aus der Praxis der Ausflagung resultieren, inzwischen nicht nur die Entwicklung eines umfassenden Systems internationaler Regulierung provozierten, sondern auch die Ausbildung einer schifffahrtsspezifischen Kontrollpraxis, bleiben die Arbeits- und Lebensbedingungen aus dieser Entwicklung weitgehend ausgeklammert.

---

40 Die meisten Seeleute der Welthandelsflotte arbeiten heute auf ausgeflaggten Schiffen beziehungsweise auf Schiffen in Zweitregistern. Daneben gibt es auch immer noch Schiffe, die unter einer nationalen Flagge fahren, für die es kein Zweitregister gibt. Das gilt beispielsweise, soweit bekannt, für Schiffe chinesischer Eigner. Daneben gibt es in einigen Staaten, so etwa in den USA, aber auch nach wie vor in mehreren südamerikanischen Staaten, sogenannte Cabotage-Regeln. Sie verlangen, dass Handelsschiffahrt an den Küsten des eigenen Staates nur auf Schiffen unter der eigenen Flagge und mit nationalen Besatzungen betrieben wird. (Das schließt Schiffe unter fremder Flagge nicht völlig vom Küstentransport aus, macht es nur notwendig, zwischendurch einen Hafen im Ausland anzulaufen.)

Nicht alle Schifffahrtsunternehmen nutzen den Spielraum für die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen, den ihnen der *Offshore* Komplex bietet, zu Lasten Ihrer Beschäftigten. Allerdings werden entsprechende personalpolitische Strategien durch den Umstand gefördert, dass Eigentum und Management von Schiffen heute nur noch ausnahmsweise zusammenfallen. Investoren sind an kurzfristigen Renditen interessiert. Liebe zur Seefahrt und Interesse an betrieblicher Sozialpolitik kommen ihnen da selten in die Quere.

Seit einiger Zeit wird allerdings deutlich, dass die heute international dominanten Praktiken der Personalpolitik an Grenzen stoßen. Während der Arbeitsmarkt für *ratings* noch immer ein reiner Nachfragemarkt ist und dies auch in absehbarer Zeit bleiben wird, ist das Angebot an Schiffsoffizieren sehr viel enger. Allen Prognosen zufolge wird es um 2010 nicht mehr ausreichend qualifizierten Nachwuchs geben, um die ausscheidenden Führungskräfte zu ersetzen (BIMCO/ISF 2000). Und das liegt weniger daran, dass international zu wenige junge Männer und Frauen den Berufsweg des Nautikers oder Schiffsingenieurs einschlagen, als an der Tatsache, dass die allermeisten ihre aktive Seemannslaufbahn bereits sehr kurze Zeit nach dem Abschluss ihrer Studien aufgeben. Genaue Daten werden derzeit erst erhoben. In internationalen Schifffahrtskreisen herrscht zur Zeit aber Übereinstimmung, dass die durchschnittliche Verweildauer auf drei bis vier Jahren nach dem Abschluss der Ausbildung geschrumpft ist. Danach suchen sich Führungskräfte, die eine Alternative haben, zumeist eine Beschäftigung im maritimen Sektor an Land oder in der Industrie. Nach ihren Gründen befragt, verweisen viele auf Familie, manche auf besseren Verdienst oder geregelte Arbeitszeiten, die meisten allerdings auf die Bedingungen ihres Lebens an Bord.

Denn hierin unterscheiden sich die Arbeitsbedingungen von Seeleuten von denen der Beschäftigten in *Export Processing Zones*. Schiffe sind nicht nur Orte, an denen Menschen ihren Arbeitsalltag verbringen. Für Seeleute sind Schiffe auch Wohnorte. Über Monate ist die Lebenswelt von Seeleuten räumlich und sozial begrenzt. Viele Elemente traditioneller maritimer Kultur, tradierte Formen beruflicher Sozialisation sowie die starke Ritualisierung des Bordlebens, halfen früher dabei, den besonderen Anforderungen an das Sozialverhalten, die aus der räumlichen Einheit von Arbeits- und Privatsphäre erwachsen, gerecht zu werden. Diese Traditionen maritimer Kultur sind seit der Globalisierung des maritimen Arbeitsmarktes abgebrochen und – zumindest bislang – nicht durch neue Formen einer verallgemeinerten sozialer Praxis ersetzt worden.<sup>41</sup> In der globalisierten Handelsschifffahrt gibt es keine globalisierte seemännische Arbeitskultur. Zudem reichen die Möglichkeiten sprachli-

---

41 Als wir die empirische Forschung konzipierten, deren Ergebnisse den Ausführungen über aktuelle Entwicklungen in der Seeschifffahrt zugrunde liegt, hatten wir angenommen, auf See die Entstehung einer internationalen Arbeitskultur beobachten zu können. Das hat sich als Irrtum erwiesen.

cher Verständigung vielfach nicht über das *Ship English* hinaus, das für die technische Bewältigung des Schiffsbetriebs gerade so hinreicht, aber keine private Kommunikation zulässt. Hinzu kommen die Verringerung der Besatzungsstärken und der häufig über Monate hinweg fehlende Landgang. So übersetzen sich der globalisierte maritime Arbeitsmarkt und die Beschleunigung der Handelsschiffahrt an Bord in eine kaum je gemilderte Einsamkeit.<sup>42</sup> Seeleute, die ihre aktive Laufbahn nach wenigen Jahren aufgeben, treffen deshalb auch nicht nur eine individuelle Entscheidung. Indem sie der Einsamkeit auf See entfliehen, kritisieren sie zugleich die Vorstellung, Schiffsbetriebe erforderten lediglich technisches und ökonomisches Management. Ihre Verhaltensweise macht deutlich, dass es für die Nutzung des *Offshore* Komplexes auch psychische Grenzen geben kann.

## Literatur

- Alderton, Tony & Winchester, Nick (2002): Internationale Regulierungen und die Praxis von Flaggenstaaten; in: Heide Gerstenberger & Ulrich Welke (Hg.), *Seefahrt im Zeichen der Globalisierung*, (Westfälisches Dampfboot) Münster, S. 180-196.
- Altvater, Elmar & Mahnkopf, Birgit (2002): *Die Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*, (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Bergantino, A.S. & Marlow, P.B. (1997): *An Econometric Analysis of the Decision to Flag Out*, Cardiff: Seafarers International Research Centre.
- Committee on Employment and Social Policy der ILO. EZP Projekt, <http://www.ilo.org/public/english/dialogue/govlab/legrel/tc/epz/resours.htm>.
- BIMCO/ISF (2000): *Manpower Update*, durchgeführt vom Institute for Employment Research, University of Warwick.
- Brand, Ulrich & Brunnengräber, Achim & Schrader, Lutz & Stock, Christian & Wahl, Peter (2000): *Global Governance. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung*, (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Couvrat, Jean François & Pless, Nicolas (1988, deutsch: 1993): *Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft*, (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Dirks, Jan (1998): *Universales Positives Regieren jenseits des Nationalstaates. Zwei Fälle im maritimen Sektor*, artec paper Nr. 63, Universität Bremen.
- Dirks, Jan (2001): *Positives Regulieren in der Handelsschiffahrt im Kontext der Globalisierung*, (Lit) Münster.
- Dirks, Jan (2003): Internationale Regulierung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Politikfeld der Handelsschiffahrt; Teil III in: Eva Senghaas-Knobloch & Jan Dirks & Andrea Liese (2003). *Internationale Arbeitsregulierung in Zeiten der Globalisierung. Politisch-organisatorisches Lernen in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)*, (LIT) Münster.
- Douvier, Stefan Wendelin (2004): *MARPOL. Technische Möglichkeiten, rechtliche und politische Grenzen eines internationalen Übereinkommens*, Diss. Bremen.
- Fahl, Gundolf (1969): *Der Grundsatz der Freiheit der Meere in der Staatenpraxis*, Köln.
- Gerstenberger, Heide & Welke, Ulrich (1996): *Vom Wind zum Dampf. Sozialgeschichte der deutschen Handelsschiffahrt im Zeitalter der Industrialisierung*, (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Gerstenberger, Heide & Welke, Ulrich (2004): *Arbeit auf See. Zur Ökonomie und Ethnologie der Globalisierung* (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Gerstenberger, Heide (2002): Ein globalisiertes Gewerbe; in : Heide Gerstenberger & Ulrich Welke (Hg.), *Seefahrt im Zeichen der Globalisierung* (Westfälisches Dampfboot) Münster, 10-42.

---

42 Es würde hier zu weit führen, die Bedeutung gegenseitiger negativer Stereotype unter Seeleuten zu diskutieren (vgl. dazu Gerstenberger/Welke 2004: Kap. 6).

- Gilligan, George Peter (2004): Overview: Markets, Offshore Sovereignty and Onshore Legitimacy; in: Donato Masciandro (Hg.), *Global Financial Crime. Terrorism, Money Laundering and Offshore Centres*, (Ashgate) Aldershot Hants, England .
- Hampton, Mark P. (1996): *The Offshore Interface: Tax Havens in the Global Economy*, (Macmillan) Basingstoke.
- Hampton, Mark P. (1996): 'Creating Spaces. The Political Economy of Island Offshore Finance Centres: The Case of Jersey', in: *Geographische Zeitschrift*, Bd. 83, Nr. 2, S. 103-113.
- Harvey, David (1987): Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflexionen über „Postmodernismus“ in amerikanischen Städten. In: *PROKLA* 69, 17(4), S. 109-131.
- Harvey, David (1989): *The Conditions of Postmodernity*, (Blackwell) Oxford.
- Hibou, Béatrice (Hg.) (1999): *La privatisation des États*, (Karthala), Paris .
- Hirsch, Joachim (1998): *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, (ID Verlag) Berlin.
- Hualde, Alfredo (1995): Die mexikanischen Maquiladoren; in: Reiner Hoffmann & Manfred Wannöfel (Hg.), *Soziale und ökologische Sackgassen ökonomischer Globalisierung. Das Beispiel NAFTA*, (Westfälisches Dampfboot) Münster, S. 122-150.
- ICONS (International Commission on Shipping) (2001): *Ships, Slaves and Competition*, Charleston, Australia, abrufbar über: <http://www.icons.org.au>.
- Johns, R.A. & Le Marchant, C.M. (1993): *Finance Centres. British Offshore Development since 1979*, (Pinter Publishers) London.
- Marschall, Birgit (2005): Regierung setzt Reeder unter Druck, *Financial Times Deutschland*, 26.1.
- McKee, David L. & Garner, Don E. & McKee, Yosra Abu Amara (2000): *Offshore Financial Centres, Accounting Services and the Global Economy*, (Quorum Books), Westport, Conn. & London.
- Mitroussi, Kyriaki (2003): Third party ship management: the case of separation of ownership and management in the shipping context; in: *Maritime Policy & Management*, Bd. 30, Nr. 1, S. 77-90.
- Nussbaum, Arthur (1960): *Geschichte des Völkerrechts*, München & Berlin.
- OECD (2003): *Directorate for Science, Technology and Industry. Maritime Transport Committee, Ownership and Control of Ships*, March.
- Palan, Ronen (1999): Offshore and the Structural Enablement of Sovereignty; in: M. P. Hampton & J.P. Abbot (Hg.), *Offshore Finance Centres and Tax Havens*, (Macmillan) Houndsmill.
- Picciotto, Sol (1999): The State as Legal Fiction; in: M. P. Hampton & J. P. Abbott (Hg.), *Offshore Finance Centres and Tax Havens*, (Macmillan) Houndsmill.
- Ready, N.P. (1994): *Ship Registration*, (Lloyd's of London Press) London.
- Stücker, Hans Jürgen (1979): Die „Freiheit der Meere“ und die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen; in: Hans Peter Ipsen & Karl-Hartmann Necker (Hg.), *Recht über See*, Rolf Stödter zum 70. Geburtstag (R.v.Deckers Verlag, G. Schenk), S.315-353.
- Tenold, Stig, (2000): *The shipping crisis of the 1970s: causes, effects and implications for Norwegian shipping* (Norges Handelshøyskole) Bergen.
- International Labour Office in collaboration with the Seafarers International Research Centre (2004): *The Global Seafarer. Living and working conditions in a globalized industry*. (International Labour Office) Genf.
- Thoms, Eva-Maria (2003): Unter fremder Flagge. Deutsche Reeder finanzierten das gestürzte liberianische Regime von Chares Taylor mit; in: *DIE ZEIT*, Nr. 41, 1.10.2003.
- Tiangco, Roberto & Jackson, Russ (2002): *Handbook of Rights and Concerns for Mariners*, (Cornell Maritime Press) Centreville, Maryland .
- Walter, Gregor (2003): *Governance in Zeiten der Denationalisierung. Staatliche Reaktionen auf Herausforderungen durch das Internet*, Diss. Bremen.
- Wick, Ingeborg (1998): Frauenarbeit in Freien Exportzonen. Ein Überblick; in: *PROKLA* 111, 28(2), S. 233-257.



*Heide Gerstenberger/Ulrich Welke*  
**Arbeit auf See**

Zur Ökonomie und Ethnologie  
der Globalisierung  
mit einem Film auf DVD

2004 - 399 Seiten - € 29,80  
ISBN 3-89691-575-4

*Heide Gerstenberger*  
**Die subjektlose Gewalt**

Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt  
(Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft Band 1)

2. überarbeitete Auflage 2005 - ca. 658 Seiten  
ca. € 40,00  
ISBN 3-89691-116-3



---

*Heide Gerstenberger/ Ulrich Welke (Hrsg.)*

**Seefahrt im Zeichen der Globalisierung**

2002 - 225 Seiten - € 20,50  
ISBN 3-89691-520-7

*Hans-Jürgen Bieling/ Jochen Steinhilber (Hrs.)*

**Die Konfiguration Europas -  
Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie**

2000 - 351 Seiten - € 24,80  
ISBN 3-89691-486-3

*Hans Jürgen Bieling*

**Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung -  
Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen**

2000 - 273 Seiten - € 24, 80  
ISBN 3-89691-472-3

## Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen?

„Der Imperialismus ist ein eher ungenaues Konzept, das, wenn es praktisch angewandt wird, in bezug auf jede historische Periode neu definiert werden muss. Jenseits der Formen, die die Dominanz und Unterwerfung in unterschiedlichen, aufeinanderfolgenden Strukturen der Weltordnung annehmen, gibt es wenig Anhaltspunkte für die Suche nach irgendeinem ‘Wesen’ des Imperialismus. Die tatsächliche Form ist unabhängig davon, ob sie durch Staaten, soziale Kräfte (z.B. den Geschäftsleitungen multinationaler Konzerne) oder durch eine Kombination beider angetrieben wird, und ob Herrschaft nun vornehmlich politisch oder ökonomisch ist, stets durch die historische Analyse zu bestimmen und nicht durch deduktive Überlegungen.“ (Cox 1998: 54)

In der letzten Zeit mehren sich die politikwissenschaftlichen Publikationen, die explizit die internationale oder globale Rolle der Europäischen Union zu bestimmen versuchen. Im Kern reflektieren sich hierin zwei Entwicklungen: Zum einen sind das Gewicht und die Gestaltungsmöglichkeiten, über die die EU in der Weltökonomie verfügt, in der Folge des EG-Binnenmarktes, der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie der verschiedenen Erweiterungsrounden sukzessive angewachsen. Dies gilt vor allem für das globale Handelsregime, d.h. die Verhandlungen im Rahmen der World Trade Organization (WTO), zunehmend aber auch für das Management der internationalen Finanzmärkte und Währungsbeziehungen. Zum anderen gab es nach dem Ende des Kalten Krieges eine Vielzahl von Initiativen, die außen- und militärpolitische Kooperation zu intensivieren, wie etwa die Institutionalisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie die Intensivierung der militärisch-industriellen Kooperation.

Alle diese Entwicklungen lassen sich nun so interpretieren, dass die Europäische Union bestrebt ist, die eigene weltpolitische Rolle aktiver auszufüllen. Wohin sich die EU konkret bewegt, ist allerdings noch weitgehend offen und innerhalb wie auch zwischen den nationalen Regierungen – die Konflikte im Kontext des Irak-Krieges haben dies deutlich gemacht – zum Teil heftig umkämpft. Mit dem Solana-Papier bzw. der neuen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) sind zuletzt jedoch die programmatischen Umriss der neuen europäischen Außenpolitik erkennbar geworden (vgl. Europäischer Rat 2003);

und auch die konzeptuellen Überlegungen wichtiger Repräsentanten der europäischen Politik (vgl. z.B. Fischer 2004) machen deutlich, dass die EU ihr äußeres Umfeld allmählich als politisch-strategischen Handlungsraum entdeckt. Was dies bedeutet, ist in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion allerdings umstritten. Während einige in der EU bereits eine imperiale Supermacht erkennen (Neuber 2003; Oberansmayr 2004), sehen andere in ihr noch immer keinen wirklich handlungsfähigen weltpolitischen Akteur (Kagan 2002). Die nachfolgenden Ausführungen sollen verdeutlichen, dass sich gegen beide Positionen begründete Argumente ins Feld führen lassen: Gegen die These einer imperialen Supermacht spricht die Fragmentierung des EU-Systems, die noch immer recht schwache Integration im Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik und auch die politisch-strategische Zurückhaltung, d.h. die fehlende offensive Proklamation imperialer Ambitionen; und gegen die These eines handlungsunfähigen Europas spricht, dass sich die EU ungeachtet ihrer strategischen Zurückhaltung sehr wohl – in erster Linie mit Blick auf die Weltökonomie und durch die Betonung der zivilen Prävention – weltpolitisch zu positionieren weiß. Sie formuliert einen hegemonialen Gestaltungsanspruch, der unter regionalen und weltpolitischen Krisenbedingungen jedoch Gefahr läuft, in eine imperiale Strategievariante umzuschlagen.

## 1. Die neue Imperialismus und die Europäische Union

Die meisten neuere imperialismustheoretischen Beiträge haben sich von zentralen – ökonomistisch-instrumentalistischen – Grundannahmen der klassischen Imperialismustheorien verabschiedet (vgl. Kößler 2003; Deppe et al. 2004). Sie sind offener, flexibler und dehnbarer angelegt und gehen davon aus (vgl. u.a. Harvey 2003; Hirsch 2004), dass die imperiale Logik des Kapitals – als eine dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkende Bewegung – einen permanenten Prozess darstellt, der vor allem mit Prozessen der ursprünglichen Akkumulation und Enteignung verbunden ist; dass sich die territoriale Logik staatlicher Machtpolitik zwar auch auf kapitalistische Verwertungskrisen bezieht, ohne durch diese jedoch einseitig determiniert zu werden; und dass die entwickelten kapitalistischen Staaten ihr breites Arsenal von Machtinstrumenten nicht mehr zur Errichtung „formeller“, sondern eher „informeller“ imperialer Strukturen mobilisieren.

Diese veränderten Grundannahmen können nun freilich nicht überdecken, dass auch die aktuelle Imperialismusdebatte durch konkurrierende theoretische Konzeptionen, Analysen und Zeitdiagnosen geprägt wird. Umstritten sind unter anderem die Bedeutung des Nationalstaats, die politischen Implikationen der ökonomischen Verflechtung und damit auch der Charakter inner-imperialistischer Konflikte. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Kontext die transatlantischen Beziehungen. Viele Beiträge befassen sich mit der Funk-

tionsweise der US-Hegemonie und den Perspektiven ihrer Reproduktion. In der letzten Zeit wird jedoch auch die Frage aufgeworfen, ob und inwiefern sich die Europäische Union im transatlantischen Verhältnis neu positioniert und bestrebt ist, die Weltökonomie und Weltpolitik eigenständiger und aktiver zu gestalten. Die Diskussion hierüber bewegt sich dabei im Spannungsfeld zweier konträrer Positionen.

Die erste Position sieht in der EU ein regionales Machtzentrum innerhalb des US-zentrierten transnationalen Imperiums (Panitch/Gindin 2003; Anderson 2002). Sie beschreibt damit – ungeachtet aller ökonomischen Rivalitäten – im Prinzip eine „ultra-imperialistische“ (Kautsky 1914) Konstellation, die jedoch nicht durch gleichberechtigte Partner, sondern durch asymmetrische Machtverhältnisse geprägt ist. Diese Asymmetrie reproduziert sich vor allem über zwei parallele Prozesse (Panitch/Gindin 2003: 119ff): Zum einen orientieren sich die europäischen Konzernstrategien aufgrund der Durchdringung der europäischen Ökonomie durch – technologisch überlegene – US-amerikanische Unternehmen zunehmend an der Funktionsweise des US-Modells; und zum anderen verstärkt der US-amerikanische Staat diese Tendenz politisch dadurch, dass er – gestützt auf das Dollar-Wall-Street Regime (DWSR) und überlegene militärische Kapazitäten – proaktiv die Spielregeln der Weltökonomie und Weltordnung beeinflusst.

Die zweite Position betont hingegen, dass die EU der Rolle eines „Juniorpartners“ entwächst, d.h. sich zu einem eigenständigen Machtblock und einer ernsthaften Bedrohung der US-Hegemonie entwickelt (Layne 2003; Gowan 2003). Grundlegend ist dabei die Annahme, dass der globale Dominanz- und Kontrollanspruch der USA unter den Bedingungen der neuen Welt(un)ordnung allenfalls noch kurzfristig – um den Preis einer strukturellen (Selbst-)Überforderung – aufrecht zu erhalten ist. Dies gilt umso mehr, als andere Staaten und Regionen ihre weltpolitischen Handlungs- und Gegenmachtkapazitäten ausbauen. Nachdem sich die EU lange darauf beschränkt hatte, das internationale Handelsregime zu beeinflussen, verfügt sie nun mit dem Euro über die monetären Voraussetzungen, auch die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zudem sind seit Ende der 1990er Jahre auch die verschiedenen Dimensionen der außen-, sicherheits- und militärpolitischen Kooperation gestärkt worden. Einige sehen hierin bereits einen Beleg dafür, dass sich die EU auf dem Weg zu einer neuen Militär- oder sogar Supermacht befindet (Neuber 2003; Oberansmayer 2004).

Das Szenario einer „transatlantischen Krisenpartnerschaft“, das von Ingo Schmidt (2003: 560ff) entworfen wurde, scheint sich zwischen diesen beiden konträren Perspektiven zu bewegen, neigt letztlich jedoch der ersten Positionsbestimmung zu. Hiernach stellt die EU noch kein wirklich eigenständiges Machtzentrum dar, wenngleich sich die Verteilungskonflikte über die Kosten zur Aufrechterhaltung des US-dominierten Imperiums intensivieren und die EU als konkurrierender Handelsblock die internationale Gestaltungs- und

Kontrollmacht der USA strukturell beschneidet. Viele der jüngeren Entwicklungen – die Lissabon-Strategie, die Handelskonflikte in der WTO, die Konkurrenz um privilegierte Wirtschaftsbeziehungen mit dem Mercosur oder China, das umstrittene Verhältnis zwischen NATO und ESVP, die Förderung multilateraler Institutionen und Abkommen (UNO, Kyoto-Protokoll, Internationaler Strafgerichtshof) etc. – lassen sich aber auch anders interpretieren; nämlich als Indizien dafür, dass die EU durchaus ein eigenes Machtzentrum mit einem spezifischen weltpolitischen Gestaltungsanspruch darstellt. Angesichts der fragmentierten Souveränitätsstruktur des EU-Systems bleibt dieser Gestaltungsanspruch allerdings fragil und begrenzt. Er verdichtet sich weniger in einer traditionellen Groß- oder Supermachtstrategie – d.h. einer umfassenden militärisch-gewaltsamen Kontrolle entlegener Regionen –, als vielmehr in einer kooperativen, multilateral orientierten und rechtsbasierten Kontrollstrategie, die über ein weitausgreifendes Netzwerk der Wirtschafts- und Sicherheitsdiplomatie auch Elemente einer „weichen Geopolitik“ umschließt.

Diese Charakterisierung der EU entspricht durchaus dem – offen und flexibel angelegten – Imperialismusverständnis der neueren kritischen Diskussion, verweist zugleich aber auch auf das Problem mangelnder analytischer Trennschärfe. Diese ergibt sich daraus, dass der sehr dehnbare Imperialismusbegriff oft eine übergreifende Konzeption darstellt, die mit der kapitalistischen Reproduktion im Weltmaßstab geradezu unentwirrbar verbunden ist. Wer Kapitalismus sagt, muss entsprechend auch Imperialismus sagen, um dessen Funktionsweise dann allenfalls noch mit Hilfe spezifischer Adjektive präzisieren zu können. Ob dies ausreicht, um die Organisationsformen und Mechanismen zu beleuchten, über die sich die internationalen Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse reproduzieren, ist jedoch fragwürdig. Eine andere Anordnung von – teils komplementären, teils widersprüchlichen – analytischen Begriffen bzw. Konzeptionen, die hervorhebt, dass Herrschaftsbeziehungen im globalen Kapitalismus nicht notgedrungen imperialistisch sein müssen, sondern unterschiedliche Formen annehmen können, scheint zumindest differenzierungskräftiger zu sein. Konkret läuft dies darauf hinaus, Imperialismus und Hegemonie als jeweils spezifische inter- bzw. transnationale Herrschaftsformen auf der gleichen Abstraktionsebene anzusiedeln; und zwar als zwei Varianten bzw. Pole, die ein unterschiedliches Mischungs- bzw. Artikulationsverhältnis von Zwangs- und Konsenselementen umschließen. Hegemonie stellt demzufolge eine durch repressive Zwangselemente abgestützte Konsensstruktur dar, während der Imperialismus – angesichts des Unwillens oder Unvermögens, die Zustimmung der Beherrschten zu organisieren – die Dimensionen des Zwangs und der Repression in den Vordergrund treten lässt. Um zu bestimmen, inwiefern der internationale Macht- und Herrschaftsanspruch einer politischen Einheit eher als hegemonial oder als imperial zu definieren ist, sind freilich noch weitere theoretische, aber auch empirische Fra-

gen zu beantworten. Diese betreffen nicht zuletzt die Fähigkeiten und den politischen Willen, die weltökonomischen und weltpolitischen Rahmenbedingungen gemäß der eigenen Vorstellungen zu gestalten. In welchem Maße die EU hierzu in der Lage ist, lässt sich systematischer mit Hilfe der von Cox (1987) thematisierten Dreiecksbeziehung zwischen den sozialen Produktionsverhältnissen, dem Staats-Zivilgesellschafts-Komplex und den Strukturen der Weltökonomie und Weltordnung erfassen:

Den ersten Bereich dieser Dreiecksbeziehung bilden die *sozialen Produktionsverhältnisse* bzw. die sozialen Beziehungen in der Produktion. Der Begriff umfasst über die unmittelbare Produktion hinaus auch die den Produktionsprozess umrahmenden sozialen (Macht-)Verhältnisse. Deren Organisation prägt – auch in der EU – ganz maßgeblich den kapitalistischen Entwicklungspfad. Dies betrifft einerseits die Art und Weise, wie der strukturelle Widerspruch zwischen der Finanzwelt und der „realen Ökonomie“ politisch, institutionell und rechtlich vermittelt wird, um Innovationen und Produktivitätssteigerungen zu ermöglichen. Andererseits geht es aber auch um die Frage, inwiefern die Organisation der sozialen Produktionsverhältnisse einen hochproduktiven Rüstungssektor umschließt, also genügend Kapazitäten und Instrumente bereit stehen, um machtpolitisch motivierte – zivile wie militärische – Interventionen außerhalb des eigenen politischen Regelungsbereichs durchführen zu können. Der *Staats-Zivilgesellschafts-Komplex* thematisiert die Artikulation zwischen den Staatsapparaten im engeren Sinne und den Strukturen der zivilgesellschaftlichen Kommunikation (vgl. Gramsci 1991ff: 733). In der EU haben sich seit den 1980er Jahren zumindest Keimformen einer transnationalen Zivilgesellschaft herausgebildet (Demirovic 2000); und zwar in dem Maße, wie in der Folge des EG-Binnenmarktes, der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und zuletzt der Finanzmarktintegration eine neue europäische Ökonomie entstanden ist, die ihrerseits durch das Zusammenspiel zwischen den nationalen Regierungen, supranationalen Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren reguliert wird. Diese Regulation durch transnationale Kommunikationsnetzwerke fördert zweifelsohne die programmatische Kohärenz europäischer Initiativen. Ob hierdurch zugleich die „externe“ Handlungsfähigkeit der EU gesteigert wird, ist jedoch eine offene Frage. Die intern verbesserte Feinabstimmung übersetzt sich – aufgrund national divergierender Interessenlagen – zumindest nicht bruchlos in eine gemeinsame und effektive außenpolitische Positionsbestimmung.

Die Strukturen der *Weltordnung* sind für Cox (1998: 47ff) Ausdruck einer historisch spezifischen Kräftekonfiguration. Sie ergeben sich aus dem Zusammenspiel von materiellen Machtverhältnissen, konkurrierenden Leitbildern und internationalen Institutionen. Die Kooperation zwischen den ökonomisch und politisch führenden Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen in Nordamerika und Westeuropa war für die Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg von grundlegender Bedeutung. Sie ist seit den 1980er Jahren – im Zuge

des Formwandels der US-Hegemonie – nun allerdings unter Veränderungsdruck geraten: Zum einen transformierte sich das Bretton-Woods-System zum „Dollar-Wall-Street-Regime“ (Gowan 1999), das gestützt auf die Finanzmacht der USA – d.h. den US-Dollar und die an der Wall Street tätigen Finanzmarktakteure – die weltweite Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen vorantrieb; und zum anderen veränderten sich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus auch die Anforderungen an die NATO, die nun nicht mehr allein als Verteidigungs-, sondern auch als Krisen- und Interventionsarmee die westeuropäischen Interessenlagen berücksichtigen soll.

## 2. Weltmacht Europa?

Mit den Umbrüchen, die sich in allen drei Bereichen vollzogen haben, veränderten sich letztlich auch die spezifischen Funktionsbedingungen – Ziele und Instrumente – der europäischen Integration. Die EU bildet inzwischen weniger eine Alternative als vielmehr eine spezifische Verlaufsform der Globalisierung: „Nach innen“ treibt sie durch die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die Liberalisierung der Kapitalmärkte, die (Teil-)Privatisierung bzw. marktconforme Reorganisation öffentlicher Dienstleistungen oder auch die Vergemeinschaftung der Geld- und Finanzpolitik die Modernisierung der nationalen Entwicklungsmodelle voran (vgl. Bieling/Deppe 2003); und „nach außen“ profiliert sie sich nicht nur in der Handelspolitik als globale Gestaltungskraft, sondern – potentiell – auch im Bereich der Währungs- und Finanzmarktpolitik sowie auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

### 2.1. Die EU und die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen

Die internationale Struktur der Währungs- und Finanzbeziehungen wird jedoch noch immer maßgeblich durch die USA, in erster Linie durch das Finanzministerium, die Zentralbank und die an der Wall Street aktiven Finanzmarktakteure bestimmt. Dies ist nicht allein der Wirtschafts- und Finanzmacht der USA und der Standards setzenden Rolle von US-Konzernen, institutionellen Anlegern sowie Devisen- und Wertpapierhändlern geschuldet (vgl. Lütz 2002: 170ff), sondern auch dem Übergewicht von US Vertretern in internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank (Bhagwati 1998). Ungeachtet des enormen Haushalts- und Handelsbilanzdefizits steht die strukturelle Führungsrolle der USA bislang nicht zur Disposition. Zumindest kurzfristig ist nicht zu erwarten, dass der US-Dollar unter starken Abwertungsdruck gerät und die Regierung einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel vollzieht. Schließlich haben relevante Gläubigergruppen – wie z.B. die asiatischen Zentralbanken – ein vitales Interesse daran, einem starken Verfall des Dollar-Kurses entgegenzuwirken, um die eigenen Exporte und hiermit verbundene

Wachstumsimpulse nicht zu gefährden. Die derzeitige Konstellation der Währungs- und Finanzbeziehungen stellt sich für die US-Ökonomie – zumindest auf den ersten Blick – vorteilhaft dar. Mit dem Übergang vom Bretton Woods System zum Dollar Wall Street Regime ist es den USA gelungen, die währungs- und finanzpolitischen Handlungsrestriktionen, die ein Fixkursystem auch für die dominante Wirtschaftsmacht mit sich bringt, zu lockern.

Dies heißt jedoch nicht, dass diese Konstellation und das beträchtliche Volumen des US-amerikanischen Haushalts- und Handelsbilanzdefizits – es liegt bei jeweils etwa 5% des BIP (van Scherpenberg 2003) – dauerhaft aufrecht zu erhalten ist. Das Vertrauen, das die internationalen Finanzmarktakteure der Entwicklung in den USA entgegen bringen, ist keineswegs grenzenlos. Dies gilt umso mehr, als im Unterschied zu den Reaganomics der 1980er Jahre mit dem Euro inzwischen eine alternative internationale Handels-, Anlage- und Reservewährung existiert. Nicht wenige gehen davon aus, dass mittel- und langfristig eine bipolare Finanzordnung entsteht, die durch eine neue Rivalität in den internationalen Währungsbeziehungen geprägt wird (Bergsten 1999). Wie sich die EU und der Euro in der neuen globalen Finanzordnung positionieren, wird vor allem durch drei Faktoren beeinflusst: durch die innere – programmatische, strategische und regulative – Kohärenz des entstehenden europäischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes; durch die wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit der europäischen Ökonomie; sowie durch die Fähigkeit, europäische Währungs- und Finanzmarktinteressen in internationalen Institutionen der Finanzmarktregulierung wirksam zu vertreten.

(1) Gestützt auf eine Reihe integrationspolitischer Initiativen zur Vertiefung der Finanzmarktintegration entwickelte sich in diesem Bereich im Laufe der 1990er Jahre auch ein europäischer Staats-Zivilgesellschafts-Komplex. Im Vorfeld des EG-Binnenmarkt-Projekts war dieser allenfalls rudimentär vorhanden (Middlemas 1995: 473). Erst im Zuge der Umsetzung der Finanzmarktliberalisierung bildeten sich effektive transnationale Kommunikations- und Regulierungsnetzwerke. Diese stützten sich in erster Linie auf die Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und Repräsentanten der Finanzindustrie, darüber hinaus wurden aber auch die Regulierungsbehörden und eine Vielzahl von Experten, Wissenschaftlern, Journalisten mit einbezogen. Die Inhalte und Formen der Beratung, Kooperation und Regulierung sind hierbei sukzessive erweitert worden (Bieling 2003). Die nachfolgend aufgeführten Initiativen und Zielsetzungen mögen dies verdeutlichen:

– Bereits 1987 hatten die transnationalen Konzerne des Industrie-, Dienstleistungs- und Finanzsektors mit der *Association for the Monetary Union in Europe* (AMUE) ein wichtiges Koordinationsforum gegründet, das die Realisierung der WWU mit Verweis auf die zu erwartenden ökonomischen Effekte – eine größere Markttransparenz, klarere Kalkulationsbedingungen und geringere Transaktionskosten – in den 1990er Jahren diskursiv unterstützte (vgl. McNamara 1998: 39).

- Parallel hierzu drängte die Europäische Kommission in Kooperation mit der *European Venture Capital Association* (EVCA), dem *European Round Table of Industrialists* (ERT) und der *European Association of Securities Dealers* (EASD) darauf, einen pan-europäischen Risikokapitalmarkt (EASDAQ) zu etablieren, in dessen Folge - zumindest vorübergehend - eine ganze Reihe nationaler „neuer Märkte“ entstanden (Weber/Posner 2001: 163ff).

- Nur wenig später lancierte die Europäische Kommission - unterstützt durch die *Competitiveness Advisory Group* (CAG) und die nationalen Regierungen - einen Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (FSAP), um die bestehende Finanzmarktregulierung zu aktualisieren und die Integration der Finanzmärkte voran zu treiben.

- Außerdem wurden gemäß den Vorschlägen der Lamfalussy-Gruppe (vgl. Ausschuss der Weisen 2001) zwei neue Beratungs- und Regulierungsausschüsse - der EU-Wertpapierausschuss und der Ausschuss der Europäischen Wertpapierbehörden - eingerichtet, um den Gesetzgebungsprozess zu beschleunigen. Das hierdurch etablierte Komitologie-Verfahren fand nicht nur die breite Zustimmung der europäischen Finanzindustrie, sondern wurde inzwischen auch auf die Regulierung des Bank- und Versicherungssektors übertragen.

Die Allianzen und Kommunikationsnetzwerke im Bereich der Währungs- und Finanzmarktintegration beschränken sich nicht mehr nur auf die Kooperation zwischen der Europäischen Kommission, den nationalen Aufsichts- und Regulierungsbehörden sowie den Unternehmen und Verbänden des Finanzsektors. Auch Nicht-Finanzorganisationen (UNICE, ERT, EU Comittee), unzählige Wissenschaftler und Think Tanks (z.B. das Centre for European Policy Studies) und Journalisten (Financial Times, Economist, Wall Street Journal) sind in den europäischen Diskurs mit eingebunden. In diesem Diskurs wird zum einen hervorgehoben, dass die Finanzmarktintegration durch verringerte Investitionskosten und einen intensivierten Modernisierungs- und Reformdruck die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärkt (vgl. ERT 2002: 7). Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass ein integrierter Finanzmarkt genügend Kapital in die europäische Ökonomie lenkt und den Euro in der internationalen Währungskonkurrenz stärkt (Bolkenstein 2001).

(2) Bereits im Jahr 2000 haben die europäischen Regierungen diese Auffassung auf dem Gipfel in Lissabon zur offiziellen Programmatik europäischer Modernisierungsbestrebungen erhoben. So wird davon ausgegangen, dass die forcierte Integration der Finanzmärkte die Investitionskosten reduziert, die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen erweitert, genügend Risikokapital für technologische Innovationen bereit stellt und die Renditen für Kapitalmarktinvestitionen - Aktien, Wertpapiere, Pensionsfonds etc. - erhöht. Nicht nur der politisch-strategische Diskurs von transnationalen Konzernen, europäischen Wirtschaftsverbänden, Wissenschaftlern und Think Tanks, auch wichtige Indikatoren der Finanzmarktentwicklung - so z.B. die Marktkapitalisierung, der Han-

del mit Wertpapieren, die Investitionsstrategien von Industrieunternehmen, die wachsende Bedeutung institutioneller Anleger und die veränderte Funktionsweise der Börsen – sprechen dafür, dass sich die kontinental-europäischen koordinierten Marktökonomien verstärkt am US-Modell orientieren (Grahl 2004). Die zentrale Rolle der Devisen- und Wertpapiermärkte hat zumindest weitreichende Auswirkungen auf die Funktionsweise der europäischen Ökonomie, insbesondere auf die sozialen Produktionsverhältnisse (Boyer 2000: 116ff): So entsteht mit der Finanzmarktintegration ein transnationaler Markt zur Unternehmenskontrolle, der die bestehenden Corporate Governance Systeme einem beträchtlichen Transformationsdruck aussetzt. Darüber hinaus stützt sich die Finanzmarktentwicklung auf die Privatisierung des öffentlichen Sektors und des Wohlfahrtsstaates. Um den Ausfall staatlicher Leistungen zu kompensieren, greifen viele Haushalte auf private Zusatzversicherungen – wie z.B. die sog. Riester-Rente – zurück, deren Erträge an die Entwicklung der Aktien- und Wertpapiermärkte gekoppelt sind. Schließlich hat die Finanzmarktintegration auch Auswirkungen auf die staatliche Finanzpolitik. Die nationalen Regierungen sehen im hochmobilen Finanzkapital in erster Linie einen Disziplinierungsfaktor, der sie dazu veranlasst, die Steuerbelastung zu Gunsten der Unternehmen und zum Nachteil der abhängig Beschäftigten zu verlagern, öffentliche Ausgaben und Investitionen auf ein Minimum zu beschneiden und auf eine anti-zyklische Wirtschaftspolitik zu verzichten.

In der europäischen Öffentlichkeit, insbesondere bei der Europäischen Kommission, den nationalen Regierungen und den transnationalen Wirtschaftsverbänden, hatte sich ab Ende der 1990er Jahre die Auffassung durchgesetzt, dass mit dem Übergang zu einem „finanzgetriebenen Akkumulationsregime“ (Aglietta 2000) die produktiven Grundlagen der europäischen Ökonomie gestärkt werden. Im allgemeinen werden die regional gebundenen, bank-basierten Finanzsysteme als konservativ, markt-basierte Finanzsysteme hingegen als dynamisch und innovativ betrachtet. Diese Sichtweise ist jedoch – zumal die Finanzblasen inzwischen geplatzt sind – mit gewichtigen Vorbehalten zu versehen. Schließlich wird in den kontinentaleuropäischen Ökonomien der bisherige inkrementelle Innovationspfad, der sich auf die vertrauensvolle Kooperation vieler Beteiligter – Banken, Groß- und Kleinunternehmen, Wissenschaftler, Ingenieure und Gewerkschaften – stützt (Hall/Soskice 2001: 36ff), untergraben, ohne dass sich die Erwartungen in technologische Quantensprünge materialisieren. Nachdem die Eurozone noch bis weit in die 1990er Jahre hinein bei der Produktivitätsentwicklung gegenüber den USA noch die Nase vorn gehabt hatte, ist sie zuletzt deutlich zurück gefallen (Boltho 2003: 18ff).

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielschichtig. Im Kern sind es jedoch vor allem Veränderungen in den sozialen Produktionsverhältnissen, mit denen sich die europäischen Innovationsförderer selbst aufs Abstellgleis manövriert haben. Zwei Wirkungszusammenhänge mögen dies illustrieren:

- Erstens beeinträchtigt die Finanzmarktintegration vor allem die kleineren und mittleren Industrieunternehmen. Diese finanzieren sich zumeist über Hausbanken und Sparkassen, die mit den Kreditkonditionen globaler Finanzunternehmen oft nicht mithalten können; überdies erhöhen die am Shareholder Value orientierten transnationalen Konzerne innerhalb der Produktionskette den Druck auf die kleineren Zuliefer- und Vertriebsunternehmen, ihre (Vor-)Leistungen zu günstigeren Konditionen anzubieten.

- Zweitens wird der intensiverte Wettbewerbs- und Disziplinierungsdruck an die Belegschaften weiter gegeben. Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Massenerwerbslosigkeit zeigen sich die Beschäftigten und Gewerkschaften oft bereit, längere und flexiblere Arbeitszeiten, Abstriche bei betrieblichen Zusatzleistungen und niedrigere Löhne hinzunehmen. Derartige Konzessionen prägen die betrieblichen Verhandlungen, darüber hinaus aber auch die verschiedenen Varianten des nationalen „Wettbewerbskorporatismus“ (Bieling/Schulten 2003). Für Verfechter eines marktliberalen Kapitalismusmodells sind dies Indizien dafür, dass sich Westeuropa noch nicht von einem erstarrten, da korporatistisch organisierten Entwicklungsmodell verabschiedet hat. Die hier präsentierte Lesart macht jedoch darauf aufmerksam, dass im Übergang zu eine finanzmarkt-basierten Entwicklungsmodell bislang nur dessen Nachteile - d.h. der Zerfall der öffentlichen Infrastruktur, Beschneidung sozialer Sicherungssysteme, Prozesse der soziale Ausgrenzung, zunehmende Unsicherheiten etc. - zum Tragen kommen.

(3) Die WWU hat diese Tendenzen dadurch verstärkt, dass sie den Prozess der Kapitalmarktintegration beschleunigte und ein spezifisches makroökonomisches Regulierungsregime etablierte, das sich dem Kampf gegen die Inflation und Staatsverschuldung verschrieben hat. Die Regeln und Normen der internationalen Währungs- und Finanzmarktregulierung - offene Finanzmärkte, minimale staatliche Regulierungen, neoliberale Reformen etc. - werden allgemein befolgt. Dies ist nicht so zu verstehen, dass die EU extern definierte Vorgaben intern einfach nur umsetzt. Im Gegenteil, die nationalen Regierungen, die Europäische Kommission und auch die EZB sind an den Beratungen und Verhandlungen in internationalen Foren und Organisationen wie der G7, der OECD, der WTO oder dem Baseler Ausschuss zur Bankenregulierung und der *International Organization of Securities Commissions* (IOSCO) selbst aktiv beteiligt. Am stärksten ausgeprägt sind die europäischen Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der Handelspolitik (Tsoukalis 2004: 192ff). Dies ist vor allem der Bedeutung der EU als gewichtigem Absatzmarkt geschuldet, aber auch dem zentralisierten Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission. In der Vergangenheit war zudem von Vorteil, dass die Kommission - so z.B. in der Aushandlung des *Financial Services Agreement* (FSA) - im Bereich der Finanzmarktliberalisierung - eine kompromissbereite Verhandlungslinie verfolgte und für Ausnahmeregelungen im Rahmen bilateraler oder regionaler Präferenzabkommen eintrug. Im Vergleich zu den WTO-Verhandlungen ist die Position

der EU in der internationalen Währungs- und Finanzpolitik insgesamt jedoch deutlich schwächer. Der wichtigen ökonomischen Vermittlungsrolle – „the rest of the world buys European securities and in exchange receives European direct investments“ (Steinherr 2002: 150) – entspricht kein politischer Gestaltungsansatz, mit dem der europäische Staats-Zivilgesellschafts-Komplex die eigenen Interessen gemeinsam und nachdrücklich in internationalen Finanzinstitutionen wie der G7, dem IWF oder der Weltbank vertritt (McNamara/Meunier 2002; Bini Smaghi 2004).

Oft wird argumentiert, dass die europäischen Interessen nicht effektiv wahrgenommen werden, weil die nationalen Regierungen nicht bereit seien, zugunsten einer gemeinsamen Repräsentation auf Souveränitätsrechte zu verzichten (Cohen 2003). Diese Sichtweise ist keineswegs unzutreffend, greift jedoch insofern zu kurz, als eine europäische statt nationale Repräsentation in den erwähnten Organisationen den Einfluss der EU nicht unbedingt steigert, da hiermit zugleich eine beträchtliche Reduktion der Stimmengewichte einher gehen würde.<sup>1</sup> Eine einheitliche institutionelle Repräsentanz der EU oder der Eurozone hat demzufolge Vor- wie Nachteile. Doch selbst wenn eine vorteilhafte institutionelle Regulierung gefunden werden sollte, bleibt letztlich das Problem bestehen, dass die EU weder bereit noch fähig ist, ein autonom definiertes politisches Projekt zur Gestaltung der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen voran zu bringen. Vorerst ist nicht erkennbar, dass sich die Europäische Union einer aktiven Gestaltung der internationalen Finanzarchitektur zuwendet. Sie strebt sicherlich danach, die internationalen Finanzströme zu ihren Gunsten zu beeinflussen, jedoch ohne die Machtkonfiguration des Dollar Wall Street Regimes (DWSR) direkt herauszufordern.

## *2.2. Die EU und die internationale Sicherheitsstruktur*

Wie der Übergang vom Bretton Woods System zum DWSR die Währungs- und Finanzmarktintegration stimulierte, so begünstigte das Ende der Systemkonkurrenz europäische Initiativen für eine engere sicherheits- und militärpolitische Kooperation. Die integrationspolitischen Impulse in diesem Bereich sind durchaus bemerkenswert, vor allem im Kontrast zu den Misserfolgen der Nachkriegsjahrzehnte (Oberansmayr 2004: 8ff). In den 1950er Jahren scheiterte zunächst die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und Anfang der 1960er Jahre der Versuch, durch die Fouchet-Pläne eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. Erst 1970 kam es zu einer Übereinkunft, die außen- und sicherheitspolitische Kooperation im Rahmen der Europäischen

---

1 Die Stimmengewichte im IWF sind z.B. durch das Handelsvolumen und die internationalen Finanzströme der repräsentierten Wirtschaftsräume bestimmt. Wird nicht mehr die nationale Ökonomie, sondern die EU oder die Eurozone als Referenzgröße angenommen, so fallen die innereuropäischen Handels- und Finanztransaktionen aus der Berechnung heraus.

Politischen Zusammenarbeit (EPZ) neu zu beleben. Obwohl die EPZ bis hin zur Aufnahme in die Einheitliche Europäische Akte (EEA) sukzessive gestärkt wurde, blieb ihre Belastbarkeit insgesamt sehr beschränkt; zumal allgemein die Auffassung dominierte, dass außen- und vor allem sicherheitspolitische Fragen im Kontext der NATO, d.h. unter Führung der USA, zu regeln sind.

Die NATO ist mit dem Ende der bipolaren Weltordnung zwar nicht einfach hinfällig geworden, sieht sich nunmehr jedoch stärkeren inneren Konflikten ausgesetzt. Diese resultieren nicht zuletzt daraus, dass – bezogen auf einige internationale Krisen- und Konfliktherde – die Schnittmenge US-amerikanischer und (west-)europäischer Interessenlagen kleiner geworden ist und die strategischen Präferenzen divergieren. Während die USA darauf drängen, ihre Rolle als globale Ordnungsmacht – insbesondere auf dem eurasischen Kontinent – zu festigen oder sogar auszubauen (Gowan 2002), befürchten einige Mitgliedstaaten der EU, dass die hiermit verbundene militärisch-gewaltsame Kontrollstrategie den eigenen Interessen zuwider läuft (Harvey 2003: 200ff). Viele europäische Regierungen kritisieren die US-amerikanische Neigung zu militärischen Interventionen als – regional und weltpolitisch – riskant und destabilisierend. Darüber hinaus sind sie besorgt, dass die USA ihre militärische Übermacht und die geopolitische Kontrolle von Ressourcen in der wirtschaftlichen Konkurrenz zu Lasten der EU ausspielen könnte. Im Gegenzug gab es daher in den 1990er Jahren immer wieder neue Initiativen der EU, die eigene Rolle als regionale Ordnungsmacht selbstbestimmter und aktiver wahrzunehmen.

(1) Es wäre nun allerdings überzogen, die verschiedenen Initiativen als konstitutive Momente eines entstehenden europäischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes zu interpretieren. Im Unterschied zur Währungs- und Finanzmarktintegration gibt es im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik noch immer ausgeprägte nationale Interessendivergenzen. Diese Divergenzen sind durch die USA oft akzentuiert worden – z.B. durch die Aussicht auf eine privilegierte Partnerschaft –, um eine weitere Schwächung der NATO<sup>2</sup> und eine eigenständige und kohärente europäische Außenpolitik zu verhindern. Dennoch gelang es den Regierungen seit Anfang der 1990er Jahre, die außen- und sicherheitspolitische Kooperation voran zu treiben:

Einen ersten wichtigen Schritt bildete die vertragliche Verankerung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Maastrichter Vertrag. Die Westeuropäische Union (WEU), d.h. der europäische Pfeiler der NATO, wurde damit der EU eingegliedert, und die Mitgliedstaaten erblickten in der

---

2 Dieser Schwächung wurde durch weitere Maßnahmen begegnet. Unter anderem sorgte der NATO-Kooperationsrat dafür, dass nicht die Konferenz bzw. Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (KSZE/OSZE), sondern die NATO das System kollektiver Sicherheit in Europa (re-)organisierte; und zugleich wurde die NATO – z.B. durch die Partnerschaft für den Frieden (1994) und die neue NATO-Militärdoktrin (1996) – von einem Verteidigungs- zu einem präventiv agierenden Interventionsbündnis umgewandelt (vgl. Cremer 2002).

Sicherheitspolitik fortan eine gemeinsame europäische Aufgabe. Als eine spezifische Säule im EU-Vertrag bleibt die GASP – aufgrund des Prinzips einstimmiger Entscheidungen und der zentralen Rolle des Europäischen Rats – jedoch intergouvernemental strukturiert.

1992 erklärten sich die WEU-Staaten bereit, im Rahmen der sog. „Petersberger Aufgaben“ – humanitäre Aktionen oder Evakuierungsmaßnahmen, friedenserhaltende Maßnahmen sowie internationales Krisenmanagement – Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen. Im Amsterdamer Vertrag von 1997 wurden diese Aufgaben in der GASP rechtlich festgeschrieben; zudem wurde das Amt eines „hohen Vertreters“ geschaffen, um die Effizienz, Kohärenz und Sichtbarkeit der EU-Politik zu verbessern.

Nachdem sich die europäischen Regierungen in Bosnien und im Kosovo den politisch-militärischen Strategievorgaben der USA beugen mussten (Cafruny 2003), nahmen sie im Anschluss an den britisch-französischen Gipfel in St. Malo das Projekt einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – d.h. die vollständige Integration der WEU in die EU – in Angriff. Mit dem Nizza-Vertrag sind im Rahmen der GASP überdies neue Koordinationsgremien – das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), der EU-Militärausschuss (EUMC) und der EU-Militärstab (EUMS) – geschaffen worden.

Zudem einigten sich die Regierungen auf dem Gipfel in Helsinki (1999) darauf, bis zum Jahr 2003 eine EU-Eingreiftruppe mit 60.000 Soldaten aufzubauen, die unter EU-Führung in Krisenregionen zum Einsatz kommen soll, um die sog. Petersberger Aufgaben erfüllen zu können.

Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) konzentriert sich vor allem auf diese Aufgaben, freilich ergänzt durch die Herausforderung des internationalen Terrorismus (Europäischer Rat 2003). Noch wichtiger als der konkrete Wortlaut der ESS ist allerdings, dass sich mit ihr die EU bemüht – z.T. auch im Kontrast zur Nationalen Sicherheitsstrategie der USA –, eine gemeinsame strategische Positionierung vorzunehmen.

Schließlich wird der Konsolidierungsprozess der europäischen Rüstungsindustrie, der sich seit Mitte der 1990er Jahre erst schleichend vollzog, zuletzt aber klare Konturen gewonnen hat, auch programmatisch offensiv proklamiert. Mit der Gründung einer europäischen Rüstungsagentur, die die nationalen Beschaffungsprogramme koordinieren soll, wird die Entwicklung eines europäischen militärisch-industriellen Komplexes strategisch voran getrieben (Heidbrink 2005).

Die Initiativen seit Ende der 1990er Jahre haben Javier Solana veranlasst, davon zu sprechen, dass sich die ESVP mit „Lichtgeschwindigkeit“ entwickelt. Tatsächlich lassen sich jedoch auch viele Beispiele anführen, die darauf hindeuten, dass die europäischen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen aufgrund divergierender nationaler Interessen eher schleppend aufgebaut werden. Im Bereich der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik dominieren noch immer die nationalen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe

(Cafruny 2003: 110ff; Müller 2003: 173f): So sieht Großbritannien in der ESVP vor allem einen Bestandteil der NATO, Frankreich ein Gegenmachtprojekt zur US-Politik und Deutschland ein Scharnier, um die transatlantische Drift auszubalancieren. Kurzum, trotz der zunehmenden Institutionalisierung der sicherheitspolitischen Kooperation ist ein europäischer Staat-Zivilgesellschafts-Komplex bislang nur fragmentarisch ausgebildet.

(2) Eine zentrale Frage ist hier, ob und in welchem Maße die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Militärpolitik durch die sozialen Produktionsverhältnisse gefördert oder zumindest erleichtert wird. Die Wirkungszusammenhänge, die die Entwicklung einer eigenständigen europäischen militärisch-industriellen Basis bestimmen, bleiben vorerst widersprüchlich:

Auf der einen Seite gibt es eine Reihe von Indikatoren dafür, dass sich im Zuge der Internationalisierung – d.h. der Liberalisierung und Privatisierung – der Rüstungsproduktion und nach dem Ende der Systemkonkurrenz die militärisch-industriellen Komplexe transnationalisieren. Zunächst vollzog sich dieser Prozess schleppend. Ab Ende der 1990er Jahre ist jedoch eine beschleunigte Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie erkennbar (Oberansmayr 2004: 126ff). Im Prinzip haben sich in Westeuropa mit BAE-Systems (Britisch Aerospace) und EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) zwei übermächtige Konzerne herausgebildet, die mit einer Vielzahl mittlerer und kleinerer Rüstungsfirmen kooperieren, aber auch untereinander enge Geschäftsbeziehungen pflegen (Heidbrink 2005: 36ff).

Auf der anderen Seite gibt es jedoch noch immer eine technologische Dominanz der US-amerikanischen Rüstungskonzerne. Die europäischen Konzerne haben Schwierigkeiten, auf dem US-amerikanischen Markt Fuß zu fassen und müssen sich zugleich der Exportoffensive der US-Konzerne erwehren. Was den internationalen Waffenhandel und die Rüstungsexporte anbetrifft, so ist die Vormachtstellung der USA nach wie vor unbestritten (Neuber 2003: 17). Hieran dürfte sich vorerst nichts ändern, obwohl die EU bestrebt ist – z.B. durch die Einrichtung einer europäischen Rüstungsagentur –, die Beschaffungspolitik effektiver zu koordinieren und Synergien zu nutzen. Ein wesentliches Hindernis für eine systematische Aufrüstungspolitik stellt jedenfalls die WWU dar, deren monetaristischer Zuschnitt einem dynamischen Wirtschaftsaufschwung, aber auch einer kreditfinanzierten Aufrüstung entgegen steht.<sup>3</sup>

Es gibt beträchtliche Zweifel, ob die EU in der Lage ist, eine umfassende Modernisierung ihrer militärischen Kapazitäten durchzuführen. Dies ist möglicherweise aber auch gar nicht ihr Ziel. Ihr zentrales Anliegen dürfte nicht so sehr darin bestehen, in der militärischen Aufrüstung mit den USA gleichzu-

---

3 Die zuletzt aufgeführten Aspekte stehen möglicherweise im Widerspruch, zumindest aber in einem Spannungsverhältnis zum EU-Verfassungsentwurf, in dem sich die Mitgliedstaaten verpflichten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. I-41, Abs. 3).

ziehen, sondern sich in wichtigen Bereichen von ihr waffentechnologisch unabhängig zu machen. Die EU sieht sich in diesem Sinne weniger als weltpolitische Supermacht, sondern in erster Linie als regionale Ordnungsmacht mit begrenzten, aber variablen Einfluss- und Interventionsmöglichkeiten.

(3) Im Unterschied zu den internationalen Handels-, Produktions- und Finanzstrukturen ist im Bereich der internationalen Sicherheitsstruktur der weltpolitische Gestaltungsanspruch der EU begrenzt und bislang wenig profiliert. Die EU ist weit davon entfernt, der militärisch dominanten Weltmacht USA als Kooperations- und Verhandlungspartner auf gleicher Augenhöhe begegnen zu können. Gleichzeitig gibt es jedoch verstärkte Anstrengungen der EU, die alte - hierarchische - Arbeitsteilung, die sich unter der Führung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte, zu modifizieren: Zum einen entwickelt sich die EU zu einer regionalen Ordnungsmacht, die sich durch den Aufbau autonom - ziviler und militärischer - Interventionskapazitäten der US-Kontrolle im Rahmen der NATO partiell entzieht; und zum anderen mehrten sich die Zeichen - der Irak-Krieg hat dies zum Ausdruck gebracht -, dass viele EU-Staaten die weltpolitische Führungsrolle der USA - ungeachtet ähnlicher weltpolitischer Interessenlagen - zunehmend kritischer sehen.<sup>4</sup>

Bislang fällt es der EU jedoch schwer, einen kohärenten eigenen Gestaltungsansatz zu entwickeln und politisch-institutionell umzusetzen. Dies gilt weniger für den regionalen Nahraum des „wider Europe“, der zu einem festen, weitgehend akzeptierten Anwendungsbereich europäischer Ordnungspolitik geworden ist. Gravierender werden die Probleme, wenn über die Grenzregionen hinaus weltpolitische Entwicklungen proaktiv - und nicht einfach nur im Schlepptau der USA - beeinflusst werden sollen; zumal die USA, gestützt auf eine expansive Interpretation des nationalen Souveränitätsprinzips, ihrerseits versucht, den von ihr beherrschten Kontrollraum zu erweitern (Gowan 2002). Im Unterschied hierzu setzt die EU in erster Linie darauf, durch die Stärkung des Völkerrechts und der UNO - d.h. des UNO-Sicherheitsrats, nicht jedoch der Generalversammlung<sup>5</sup> - die globale Kontrollmacht der USA institutionell und rechtlich zu begrenzen und einzubinden. Diese Strategie leitet sich zum einen aus den positiven Erfahrungen mit der eigenen Geschichte der europäischen Integration, ihrer dezentral-gepoolten Souveränität und ihren multilateralen Kooperationsformen her (vgl. Keohane 2002), zum anderen aber auch aus den - im Vergleich zu den USA - begrenzten militärischen Kapazitäten. Zudem dominiert in der Bevölkerung - die Demonstrationen gegen den Irak-

---

4 Dies mag fehlenden Einfluss- und Mitsprachemöglichkeiten oder der aggressiven imperialen US-Politik geschuldet sein, möglicherweise aber auch dem Droh- und Erpressungspotential, das die USA aufgrund der militärischen Kontrolle der Ölvorräte prinzipiell auch gegen die Regierungen Westeuropas in Anschlag bringen kann.

5 Dies macht deutlich, dass der Multilateralismus der EU durchaus interessengeleitet und machtbewusst ist und sich primär auf die OECD-Welt bezieht.

Krieg lassen sich in diesem Sinne interpretieren – die Überzeugung, dass die Sicherung des Weltfriedens nicht in erster Linie durch militärische Gewalt, sondern durch funktionsfähige internationale Institutionen, völkerrechtliche Abkommen und zivile Formen der Krisenbewältigung zu gewährleisten ist.

Die europäischen Versuche, die internationale Sicherheitsstruktur auf ein breites, kooperativ und multilateral organisiertes Fundament zu stellen, haben sich bislang jedoch als wenig erfolgreich erwiesen. Dies liegt unter anderem daran, dass die europäischen Regierungen der rechtsbasiert-multilateralen weltpolitischen Ordnungskonzeption bislang nur sehr vage zuneigen und sich nicht dazu durchringen können, deren praktische Umsetzung gemeinsam und nachdrücklich in Angriff zu nehmen. Der Irak-Krieg hat zuletzt noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt, wie die US-Regierung die innere Divergenz der EU akzentuiert, um die eigene Ausnahme- und Vormachtstellung – als gleichsam schicksalhafte, zumindest alternativlose Gegebenheit – zu zementieren. Die europäischen Gegenreaktionen wie z.B. der fehlgeschlagene Versuch, durch den Vierergipfel von Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg das Kerneuropakzept mit Leben zu erfüllen, oder die Bestrebungen, die internationale Kooperation mit Russland und China zu festigen, blieben vorerst blass. Sie lassen sich aber auch als Indizien dafür interpretieren, dass einige Länder darauf hin arbeiten, die EU nicht nur als regionale Ordnungsmacht, sondern auch als einen gewichtigen Akteur in der Weltpolitik zu etablieren.

### 3. Die EU – ein „Imperialismus neuen Typs“?

Die bisherigen Überlegungen lassen sich dahingehend zusammen fassen, dass der Einfluss der EU auf die Weltökonomie und Weltordnung – aufgrund innerer Divergenzen und einer relativ geringen Zentralisierung von Entscheidungs- und Repräsentationsbefugnissen – bislang hinter ihren wirtschafts- und militärpolitischen Möglichkeiten zurück bleibt. Angesichts des Anteils der EU am weltweiten Waren-, Investitions- und Kreditgeschäft und der inzwischen sehr aktiven Rolle des europäischen Kapitals im Globalisierungsprozess (vgl. Balanyá et al. 2000; van Apeldoorn 2000) ist die gemeinsame Währungs- und Finanzmarktpolitik, sicherlich ausbaufähig; und nimmt man das militärische Potential der EU-Mitgliedstaaten zusammen, so ist der rüstungstechnologische Abstand zu den USA zwar beträchtlich, aber keineswegs so groß, dass hierdurch bereits die ausgeprägte Hierarchie in der internationalen Sicherheitspolitik erklärt wäre. Selbst vorsichtig formuliert, lässt sich die EU daher als eine Zivilmacht auf Abruf, d.h. als „schlafender Riese“ begreifen, der mittel- und langfristig durchaus zu einer imperialen Großmacht erwachen kann.

Man kann sogar noch einen Schritt weiter gehen. Die Ereignisse der letzten zehn bis fünfzehn Jahre lassen sich durchaus so interpretieren, dass die EU bereits erwacht ist und die Mitgliedstaaten ihrerseits darum ringen, einen ge-

meinsamen politisch-strategischen Gestaltungswillen auszubilden. Die zunehmenden Spannungen im transatlantischen Verhältnis – von der Handels-, über die Umwelt- bis hin zur internationalen Strafrechts- und Sicherheitspolitik (vgl. Müller 2004) – sprechen dafür, dass sich die EU gegenüber den USA seit einiger Zeit als ein eigenständiger – wenn auch noch disparater – Machtblock positioniert. Nach der Osterweiterung wird dies insofern schwieriger, als sich einige der neuen Mitgliedstaaten außenpolitisch an den USA orientieren. Gleichzeitig bleiben die grundlegenden Strukturprobleme und Ordnungskonflikte der neuen Welt(un)ordnung jedoch bestehen. Für die transatlantischen Beziehungen sind vor allem zwei Aspekte von Bedeutung:

– Zum einen gibt es trotz der ähnlichen Interessenlagen der USA und der EU konkurrierende Vorstellungen darüber, wie und von wem wichtige weltpolitische und weltökonomische Entscheidungen getroffen werden; wie „Sicherheits“-Probleme (neu) definiert werden; wer jeweils als „Freund“ oder „Feind“, als „Partner“ oder „Schurkenstaat“ zu betrachten ist; mit wem demzufolge wie umzugehen ist; und natürlich auch: wer von internationalen Arrangements, wirtschaftlichen Sanktionen oder militärischen Interventionen in welchem Maße profitiert oder benachteiligt wird. Mit anderen Worten: Ungeachtet aller Kooperation entfaltet sich auch in der atlantischen Allianz – zuletzt verstärkt durch weltökonomische Krisenprozesse – die Logik einer machtpolitischen Rivalität, d.h. ein Kampf um weltpolitischen Einfluss und Definitionsmacht.

– Zum anderen gehen die Auffassungen darüber auseinander, über welche Mechanismen die neue Weltordnung und Weltökonomie effektiv und nachhaltig zu gestalten ist (vgl. Müller 2004). Während die USA dazu neigt, durch eine unilaterale Politik der gewaltsam-militärischen Machtdemonstration die tradierten Hierarchien in der internationalen Politik fortzuschreiben, setzt die EU zumeist darauf, durch multilaterale und rechtsverbindliche – und allenfalls im „Notfall“ militärisch erzwungene – Kooperationsmuster, den Konsens der Beherrschten zu organisieren.

Nicht selten wird die Vermutung geäußert, dass genau diese Strategie einer rechtsbasierten – Konsens oder zumindest Akzeptanz generierenden – Hegemonialpolitik den Anforderungen der globalisierten Weltordnung entspricht. Im Unterschied zur interventionistischen Übermachtstrategie der USA ist sie weniger legitimationsverzehrend und kostenintensiv, läuft also nicht so leicht Gefahr, sich imperial zu übernehmen. In kritischer Umkehrung der Annahme eines ohnmächtigen Europas (vgl. Kagan 2002) verweist diese Argumentation auf eine mögliche „Paradoxie der Schwäche“, wonach sich die begrenzte militärische Interventionsfähigkeit der EU letztlich zu einer Trumpfkarte im weltpolitischen Krisenmanagement verwandelt. Die internationale Gestaltungs- und Vermittlungsmacht stützt sich dieser Auffassung zufolge vor allem auf den Modellcharakter der EU, d.h. auf die Ausstrahlungskraft der europäischen Integration und die Universalisierbarkeit ihrer kooperativen Entscheidungs- und Regulati-

onsmuster (vgl. Derrida/Habermas 2003; Rifkin 2004; Müller 2003: 181ff). Gleichzeitig gibt es jedoch auch berechtigte Zweifel an diesem Deutungsmuster. In mancher Hinsicht handelt es sich bei dieser Selbst- und Fremdbeschreibung der EU als einer global ausstrahlungsfähigen Zivilmacht um eine idealtypisch übersteigerte Identitätszuweisung. Ohne die Kontrastfolie der US-Politik lässt sich dieses Selbstbild – angesichts des Aufbaus gemeinsamer militärischer Interventionskapazitäten – nur schwerlich aufrecht erhalten. Zudem verfügen die EU-Mitgliedstaaten als Basiseinheiten des europäischen Mehrebenensystems über beträchtliche militärische Potenziale, die auf dem Balkan, in Afghanistan oder im Irak wiederholt zum Einsatz kommen. Dass dies nur begrenzt geschah und die zivile Orientierung der EU – vor, während oder im Anschluss an die Kriegshandlungen – wieder in den Vordergrund trat, ist vor allem der weltpolitischen Arbeitsteilung mit den USA geschuldet. Mit anderen Worten, ungeachtet aller zivilen Komponenten der EU-Außenpolitik stützt sich letztlich auch das weltordnungspolitische Alternativprojekt der EU auf die Androhung und den Einsatz militärischer Gewalt, um missliebige Regierungen unter Druck setzen zu können.

Einige Wissenschaftler und Politikberater wie Robert Cooper (2002) und Herfried Münkler (2004) argumentieren in diesem Sinne, dass die kooperative Hegemonialpolitik der EU nur dann erfolgreich sein kann, wenn zugleich ein ausreichendes militärisches Drohpotential aufgebaut wird. Die zuvor skizzierte Position, die in der EU primär eine kooperative Zivil- bzw. Hegemonialmacht sieht, wird hierbei in zweierlei Hinsicht modifiziert. Die erste Modifikation ist begrifflich und analytisch. Sie besteht vor allem darin, die EU nun offensiv als Prototyp eines „postmodernen Imperiums“ zu begreifen, das jenseits der traditionellen Politik der Machtbalance und Souveränitätssicherung territoriale Grenzzlinien – nach innen wie nach außen – aufbricht, durchdringt und rechtsförmig reorganisiert, um eine zivile Politik der Friedenssicherung und Wohlfahrtssteigerung voran zu bringen (Cooper 2002). Die andere Modifikation betrifft die politische Strategie. Betont die kooperative Zivilmacht-konzeption die weichen Strategiekomponenten einer wirtschaftlich vorteilhaften politischen Kooperation, so zielt der imperiale Herrschaftsdiskurs – nach innen wie nach außen – darauf, durch klare (geo-)politische Vorgaben, rasche Entscheidungsverfahren und effektive militärische Kapazitäten die Glaubwürdigkeit einer möglichen Gewaltanwendung zu steigern (Münkler 2004).

Noch fällt es der EU, vielen Regierungen und großen Teilen der Bevölkerung schwer, in der eigenen postmodernen Imperialität einen positiven Referenzpunkt zu erkennen. Mit dem Diskurs über die Notwendigkeit einer effektiven militärischen Gewaltmaschine scheint sich dies allmählich jedoch zu ändern. Sollte es im näheren regionalen Umfeld zu weiteren ernsthaften politischen Krisen, Konflikten oder Kriegen kommen, könnte sich dieser Prozess einer imperialen (Selbst-)Transformation der EU weiter beschleunigen.

## Literatur

- Aglietta, Michel (2000): *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*, Hamburg: VSA.
- Anderson, Perry (2002): Force and Consent; in: *New Left Review*, Second Series, Nr. 17, 5-30.
- Ausschuss der Weisen (2001): *Schlussbericht des Ausschusses der Weisen über die Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte*, Brüssel.
- Balanyá, Belen/Doherty, Ann/Hoedeman, Olivier/Ma'anit, Adam/Wesselius, Erik (2000): *Europe Inc. Regional & Global Restructuring and the Rise of Corporate Power*, London: Pluto Press.
- Bergsten, Fred (1999): America and Europe: Clash of the Titans?; in: *Foreign Affairs* 78(2), 20-34.
- Bhagwati, Jagdish (1998): The Capital Myth; in: *Foreign Affairs* 77(3), 7-12.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Social Forces in the Making of the New European Economy: The Case of Financial Market Integration; in: *New Political Economy* 8(2), 203-224.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (2003): Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit; in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen: Leske & Budrich, 513-539.
- Bieling, Hans-Jürgen/Schulten, Thorsten (2003): Competitive Restructuring and Industrial Relations within the European Union: Corporatist Involvement and Beyond?; in: Cafruny, Alan/Ryner, Magnus (Hrsg.): *The Political Economy of the European Union*, Lanham: Rowman & Littlefield, 231-259.
- Bini Smaghi, Lorenzo (2004): A Single Seat in the IMF?; in: *Journal of Common Market Studies* 42(2), 229-248.
- Bolkenstein, Frits (2001): 'European Competitiveness', Ambrosetti Annual Forum, Cernobbio, 8 September, [http://europa.eu.int/comm/internal\\_market/en/speeches/spch373.htm](http://europa.eu.int/comm/internal_market/en/speeches/spch373.htm).
- Boltho, Andrea (2003): What's wrong with Europe?; in: *New Left Review*. Second Series 22, 5-26.
- Boyer, Robert (2000): Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis; in: *Economy and Society* 29(1), 111-145.
- Cafruny, Alan (2003): The Geopolitics of US Hegemony in Europe. From the Breakup of Yugoslavia to the War in Iraq; in: Cafruny, Alan/Ryner, Magnus (Hrsg.): *A Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe*, Lanham et al.: Rowman & Littlefield, 95-119.
- Cohen, Benjamin J. (2003): Global Currency Rivalry: Can the Euro Ever Challenge the Dollar?; in: *Journal of Common Market Studies* 41(4), 575-595.
- Cooper, Robert (2002): The postmodern State; in: *The Observer*, 10. April.
- Cox, Robert W. (1987): *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*, New York: Columbia University Press.
- Cox, Robert W. (1998): *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“*. FEG-Studie Nr. 11, Marburg: Philipps-Universität Marburg.
- Cremer, Ulrich (2002): Nach dem 11. September: NATO putzmunter oder am Ende?; in: *PRO-KLA* 127, 32(2), 183-203.
- Demirovic, Alex (2000): Erweiterter Staat und europäische Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 51-72.
- Deppe, Frank/Heidbrink, Stephan/Salomon, David/Schmalz, Stefan/Schoppengerd, Stefan/Solty, Ingar (2004): *Der neue Imperialismus*, Heilbronn: Distel Verlag.
- Derrida, Jaques/Habermas, Jürgen (2003): Unsere Erneuerung; in: *FAZ*, 31. Mai, 33-34.
- ERT (2002): *Will European Governments in Barcelona keep their Lisbon Promises?* Message from the European Round Table of Industrialists to the Barcelona European Council, Brüssel: ERT.
- Europäischer Rat (2003): *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie*, Brüssel, den 12. Dezember 2003, <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/ess.pdf>.
- Fischer, Joseph (2004): „Die Rekonstruktion des Westens“ – Interview von Bundesaußenminister Fischer; in: *FAZ* vom 06.03.2004.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble*, London: Verso.
- Gowan, Peter (2002): The American Campaign for Global Sovereignty; in: *Socialist Register* 2003, London: Merlin Press, 1-27.
- Gowan, Peter (2003): U.S. Hegemony Today; in: *Monthly Review* 55(3), 30-50.

- Grahl, John (2004): The European Union and American Power; in Panitch, Leo/Leys, Colin (Hrsg.): *The Empire Reloaded, Socialist Register* 2005, London: Merlin Press, 284-300.
- Gramsci, Antonio (1991ff): *Gefängnishefte*, Hamburg: Argument Verlag.
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001): An Introduction to Varieties of Capitalism; in: Hall, Peter A./Soskice, David (Hrsg.): *Varieties of Capitalism*, Oxford: Oxford University Press, 1-68.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford: Oxford University Press.
- Heidbrink, Stephan (2005): *US-Hegemonie und europäische Integration. Die militärpolitische Konfiguration Europas im transatlantischen Spannungsfeld*, FEI-Arbeitspapier Nr. 25, Marburg: FEI.
- Hirsch, Joachim (2004): Was ist eigentlich Imperialismus?; in: *links-netz*, <http://www.links-netz.de/archiv.html>
- Kagan, Robert (2002): Macht und Schwäche. Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinander treibt; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10, 1194-1206.
- Kautsky, Karl (1914): Der Imperialismus; in: *Die Neue Zeit*, Jg. 32, Nr. 21, 908-922.
- Keohane, Robert O. (2002): Ironies of Sovereignty: The European Union and the United States; in: *Journal of Common Market Studies* 40:4, 743-765.
- Kößler, Reinhard (2003): Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen; in: *PROKLA* 133, 33(4), 521-544.
- Layne, Christopher (2003): America as European Hegemon; in: *The National Interest*, Nr. 72, 17-29.
- Lütz, Susanne (2002): *Der Staat und die Globalisierung von Finanzmärkten. Regulative Politik in Deutschland, Großbritannien und den USA*, Frankfurt a.M.: Campus.
- McNamara, Kathleen R. (1998): *The Currency of Ideas. Monetary Politics in the European Union*, Ithaca; London: Cornell University Press.
- McNamara, Kathleen R./Meunier, Sophie (2002): Between national sovereignty and international power: what external voice for the euro?; in: *International Affairs* 78(4), 849-868.
- Middlemas, Keith (1995): *Orchestrating Europe. The Informal Politics of European Union 1973-1995*, London: Fontana Press.
- Müller, Harald (2003): *Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September*, Frankfurt a.M.: Fischer-Verlag.
- Müller, Harald (2004): Das transatlantische Risiko. Deutungen des amerikanisch-europäischen Weltordnungskonflikts; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3-4, 7-17.
- Münkler, Herfried (2004): Europas imperiale Herausforderung; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 12, 1462-1464.
- Neuber, Arno (2003): Militärmacht Europa. Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht, *ISW-Report* Nr. 56, München: Das freie Buch.
- Oberansmayr, Gerald (2004): *Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union*, Wien: Promedia.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2003): Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus; in: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hrsg.), „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie. Hamburg: VSA, 113-143.
- Rifkin, Jeremy (2004): *Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht*, Frankfurt a.M.; New York: Campus.
- Schmidt, Ingo (2003): Transatlantische Beziehungen: Das Ende einer wunderbaren Freundschaft?; in: *PROKLA* 133, 33(4), 545-564.
- Steinherr, Alfred (2002): Europe in the Global Financial Market; in: Kierzkowsky, Henryk (Hrsg.): *Europe and Globalization*, Hampshire; New York: Palgrave, 143-162.
- Tsoukalis, Lukas (2004): *What kind of Europe?*, Oxford: Oxford University Press.
- van Scherpenberg, Jens (2003): Imperiale Überdehnung? Die USA und die steigenden Kosten des „Kriegs gegen den Terror“, *SWP-Aktuell* 35, September.
- van Apeldoorn, Bastiaan (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists; in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 189-221.
- Weber, Steven/Posner, Elliot (2001): Creating a Pan-European Equity Market; in: Weber, Steven (Hrsg.), *Globalization and the European Political Economy*, New York: Columbia University Press, 140-196.

Miriam Heigl

---

## Auf dem Weg zur finalen Krise des Kapitalismus? Weltsystemtheoretische Beiträge zur neuen Debatte um Imperialismus<sup>1</sup>

Der Begriff Imperialismus ist erneut zum Gegenstand kritischer Debatten über internationale Politik geworden (vgl. PROKLA 133). Ausgelöst wurde diese Bezugnahme auf einen Theoriekomplex, der bereits während zweier Phasen des 20. Jahrhunderts diskutiert worden war, durch Ereignisse wie die Krise der *New Economy*, die Anschläge vom 11. September 2001 und die Kriege in Kosovo, Afghanistan und dem Irak (Kößler 2003: 521). Wichtige Beiträge zur aktuellen „dritten Phase“ der Debatten um Imperialismus lieferten unter anderen Hardt/Negri (2002; 2004), Panitch (2000; 2002; 2003), Panitch/Gindin (2004) und Weltsystemtheoretiker wie Arrighi (1994a; 2003a), Arrighi/Moore (2001), Chase-Dunn/Podobnik (1999), Wallerstein (2003 a/b). Trotz der gemeinsamen Wurzeln positionieren sich die genannten Arbeiten unterschiedlich zum theoretischen Erbe der vorhergegangenen Imperialismusdebatten: Während sich einige Autoren kritisch in die Tradition der klassischen Imperialismustheorien stellen (Panitch/Gindin), sehen andere diese als interessanten, aber nicht mehr zeitgemäßen Beitrag zur marxistischen Theoriebildung (Hardt/Negri), oder verwerfen den Imperialismus-Begriff als inhaltsleer (so Vertreter der Weltsystemtheorie, vgl. Arrighi 1978: 17; Arrighi 1994b: 365). Eine inhaltliche Bezugnahme und Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der erstgenannten Debattenbeiträge und den Weltsystemtheoretikern findet nur sporadisch statt (vgl. Hardt/Negri 2002: 249-251 und die Replik von Arrighi 2003b). Im folgenden sollen, nach einer kurzen Rekapitulation der vorangegangenen Debatten, die Positionen der Weltsystemtheoretiker zu zentralen Aspekten der gegenwärtigen Debatte um Imperialismus (dargestellt anhand der Beiträge von Hardt/Negri, Panitch und Gindin) herausgearbeitet und kritisch bewertet werden.

---

1 Für ausführliche Kommentare zum Entwurf dieses Beitrags möchte ich mich bei Uli Brand und Thomas Sablowski bedanken. Anregungen erhielt ich im Rahmen des Seminars „Globalisierung, Imperialismus, Empire? – Neuere theoretische Diskussionen“, das die Universitäten Frankfurt am Main und Kassel im Sommersemester 2004 durchführten.

## 1. Rückblick: Imperialismus – und Weltsystemtheorie

Die aktuelle Debatte um Imperialismus hat zwei Vorläufer: Die klassische Imperialismusdebatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts und die Neo-Imperialismusdebatte der 1960er und 1970er Jahre. Im Mittelpunkt der klassischen Debatte standen die globalen ökonomischen und machtpolitischen Veränderungen sowie die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten. Ausgangspunkt der Neo-Imperialismusdebatte waren Konflikte zwischen den imperialistischen Staaten des Zentrums unter Führung der USA einerseits und den Ländern der Dritten Welt sowie des Ostblocks andererseits (Heinrich 2003: 294f.).

Im Rahmen dieser „zweiten“ Imperialismusdebatte wurde die Weltsystemtheorie entwickelt. Die theoretischen Grundlagen der Weltsystemtheorie basieren maßgeblich auf der Annales-Schule der Wirtschafts- und Sozialgeschichtsforschung (insbesondere auf den Arbeiten von Fernand Braudel<sup>2</sup>) und auf der Dependenztheorie (u.a. auf den Arbeiten von André Gunder Frank). Die Weltsystemtheorie geht – in der Diktion Wallersteins – davon aus, dass sich das kapitalistische Weltsystem im Europa des 16. Jahrhunderts konstituierte (Wallerstein 1998: 7) und von dort ausbreitete, bis es gegen Ende des 19. Jahrhunderts den gesamten Globus umfasste. Wallerstein unterscheidet im Wesentlichen zwei Typen von Weltsystemen: „Weltreiche“, die über ein zentralisiertes politisches System verfügen, und „Weltökonomien“, in denen es kein einzelnes Zentrum politischer Macht gibt. Zu Letzteren gehört das kapitalistische Weltsystem. Die hierarchische Struktur des kapitalistischen Weltsystems manifestiert sich in einer Zuordnung von Nationalstaaten zu Zentrum, Semi-Peripherie oder Peripherie. Bedingt ist diese Hierarchisierung maßgeblich durch „ungleichen Tausch“, gefestigt und verstärkt wird sie durch politische und kulturell-ideologische Faktoren (Wallerstein 1984: 26). Einzelne Länder können in dieser Hierarchie zwar ihre Position ändern, allerdings handelt es sich um ein globales Null-Summen-Spiel: Wer aufsteigt, tut dies auf Kosten anderer, die zwangsläufig absteigen (Wallerstein 1986: 7). Die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems vollzieht sich in ökonomischen Zyklen und Hegemoniezyklen, d.h. Phasen, in denen ein Nationalstaat im kapitalistischen Weltsystem dominant ist.

In den 1970er und 1980er Jahren wurde die Weltsystemtheorie zu einem wichtigen kritischen Ansatz zur Analyse der internationalen Beziehungen und erfuhr gleichzeitig massive Kritik. Positiv bewertet wurden die Menge des von Wallerstein verarbeiteten empirischen Materials und sein Versuch, eine Theorie globaler Entwicklung zu formulieren. Kritik wurde an nahezu allen Aspek-

---

2 Die Bedeutung Braudels für die Weltsystemtheoretiker zeigt sich u.a. daran, dass ihr 1976 gegründetes Forschungszentrum nach Braudel benannt ist (Fernand Braudel Center for the Study of Economies, Historical Systems, and Civilizations, <http://fbc.binghamton.edu>).

ten des Theoriegebäudes der Weltsystemtheorie formuliert: Das Zentrum-Peripherie-Modell wurde ebenso kritisiert wie das Theorem des „ungleichen Tausches“ und seine mannigfaltigen Auslegungen im Rahmen der Weltsystemtheorie. Die Vorrangstellung der Zirkulation gegenüber der Produktion als Charakteristikum einer kapitalistischen Weltwirtschaft wurde verworfen, das Verhältnis von Nationalstaat und Weltmarkt in der Weltsystemtheorie für funktionalistisch erklärt und die Konzeption der Hegemoniezyklen sowie der ökonomischen Zyklen hinterfragt. Außerdem wurde den Weltsystemtheoretikern vorgeworfen, dass sie das empirische Material dem eigenen Theoriegebäude anpassen (stellvertretend seien hier die Debattenbeiträge von Altvater 1985, 1987; Boeckh 1985; Busch 1985; Imbusch 1990; Shannon 1989; Skocpol 1977 genannt).<sup>3</sup>

Trotz dieser massiven Kritik erfreut sich die Weltsystemtheorie nach wie vor einer nicht unbedeutenden Rolle als kritischer Ansatz zur Analyse globaler Entwicklungen. Dies zeigt sich auch im Rahmen der neuen Debatte um Imperialismus, in deren Kontext die Arbeiten von Arrighi (1994a), Arrighi/Moore (2001), Arrighi (2003a), Chase-Dunn/Podobnik (1999) und Wallerstein (2003 a/b) zu verorten sind.

In dieser neuen Debatte findet sich ein breites Spektrum von Analysen zum Zustand der internationalen Beziehungen. Hardt/Negri vertreten beispielsweise die These, dass sich das nationalstaatliche System in Auflösung befindet und eine globale Netzwerkmacht in Form des *Empire* entsteht. Damit postulieren sie gleichzeitig das Ende des klassischen Imperialismus (Hardt/Negri 2002: 10f.). Aus der Sicht anderer Autoren ist zwar ebenfalls ein transnationales Regulierungssystem entstanden, allerdings bleiben Nationalstaaten zentrale Akteure dieses Systems. Daher wird eine Modifizierung imperialistischer Politik konstatiert (u.a. Panitch/Gindin 2004: 15f.). Die weltsystemtheoretischen Beiträge betonen hingegen die Bedeutung des kapitalistischen Weltsystems für die Entwicklung der internationalen Verhältnisse.

Da wenig Austausch zwischen den erstgenannten Beiträgen zur neuen Imperialismusdebatte und den Weltsystemtheoretikern stattfindet, sollen im Folgenden die Positionen der Weltsystemtheoretiker zu zwei zentralen Aspekten der aktuellen Imperialismusdebatte genauer untersucht werden: Zum Zustand der US-Hegemonie und zur Frage, wie und wann Emanzipation möglich ist.

---

3 In den 1970er Jahren wurden bereits einige Argumentationslinien, die später auch im weltsystemtheoretischen Forschungsprogramm auftauchen sollten, von Dependenztheoretikern vertreten. Hierzu gehören die Annahme, dass es auf dem Weltmarkt einen Vorrang der Zirkulation gegenüber der Produktion gebe, sowie das Theorem des „ungleichen Tauschs“. Diese Annahmen wurden im Rahmen der bundesdeutschen Weltmarktdebatte der 1970er Jahre heftig kritisiert. Vertreter einer wertgesetzlichen Analyse des Weltmarkts setzten den dependenztheoretischen Postulaten die These einer Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt entgegen (vgl.: Busch 1974; Neusüß/Blanke/Altvater 1972; Neusüß 1972).

## 2. Der Zustand der US-Hegemonie: Diffusion vs. Niedergang

Ein Kristallisationspunkt der gegenwärtigen Debatte um Imperialismus ist der Zustand der US-Hegemonie. Hat sich diese stabilisiert, oder befindet sie sich im Niedergang? Sind die USA als dominante (und souveräne) Macht in der Weltpolitik zu begreifen, oder konstituiert sich ihre Handlungsfähigkeit nur noch in Abstimmung mit anderen Staaten des Zentrums?

Viele Debattenbeiträge argumentieren seit Mitte der 1990er Jahre, dass kein Niedergang des Hegemons USA zu verzeichnen ist, sondern eine Veränderung des Verhältnisses zwischen den USA und anderen Nationalstaaten aufgrund der Diffusion von Mechanismen der Machtausübung. So wird argumentiert, dass die Etablierung eines *informellen Imperiums* zwischen Nationalstaaten unter Führung der USA zu beobachten sei (Panitch/Gindin 2004: 28), oder es wird postuliert, dass es zu einer Auflösung der Macht von Nationalstaaten und dem Übergang zu einer globalen Netzwerkmacht in Form des *Empire* komme (Hardt/Negri 2002), wobei die USA nach wie vor eine zentrale Rolle spielten (Hardt/Negri 2004).

Die neueren Arbeiten der Weltsystemtheorie kommen hier zu einer konträren Einschätzung: Aus ihrer Sicht ist seit den 1970er Jahren ein Niedergang des Hegemons USA zu verzeichnen. Im Gegensatz zu anderen Imperialismustheoretikern konzipieren die Weltsystemtheoretiker ihre Untersuchung weder vorrangig als einen Vergleich der USA mit anderen mächtigen Staaten bzw. Blöcken, noch untersuchen sie die zunehmenden Interdependenzen zwischen diesen. Die Weltsystemtheoretiker halten an der Konzeption eines internationalen Systems fest, dessen zentrale Einheiten Nationalstaaten sind. Die Position eines Nationalstaates im Vergleich zu anderen Nationalstaaten ist dabei durch das kapitalistische Weltsystem determiniert, dessen Bewegung sich aus ökonomischen Zyklen ergibt, die mit Hegemoniezyklen korreliert sind. Da sich das kapitalistische Weltsystem seit Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre in einer ökonomischen Abschwungphase befindet, postulieren die Weltsystemtheoretiker den Niedergang des Hegemons.

Indem die Weltsystemtheoretiker die aktuellen Entwicklungen der internationalen Beziehungen in ein historisches Zyklenschema einbetten, umgehen sie die Gefahr, beobachtete Trends vorschnell als neues Stadium kapitalistischer und hegemonialer Entwicklung im Weltsystem zu deuten, wie dies etwa bei Hardt/Negri der Fall ist (Hardt/Negri 2002: 9) oder bei Panitch/Gindin, die eine neue hegemoniale Phase in Form eines „einzigartigen amerikanischen informellen Imperiums“ (Panitch/Gindin 2004: 15) konstatieren. Trotz dieses Vorzugs der weltsystemtheoretischen Zyklenkonzeption weist sie jedoch auch erhebliche theoretische Mängel auf.

## 2.1 Die ökonomischen Zyklen der Weltsystemtheorie

Wallerstein und Chase-Dunn/Podobnik verorten den Niedergang der US-Hegemonie vor dem systemischen Hintergrund ökonomischer Zyklen. Dabei beziehen sie sich in ihren hier analysierten Arbeiten vor allem auf die Kondratieff-Zyklen<sup>4</sup>. Übereinstimmend gehen sie davon aus, dass sich der Kondratieff-Zyklus zwischen 1945 und 1967-73 in einer Aufschwungphase befand und seit 1967-73 ein Abwärtstrend zu verzeichnen ist (Chase-Dunn/Podobnik 1999: 43; Wallerstein 2003a: 46f.). Wallerstein erwähnt darüber hinaus in neueren Arbeiten weitere ökonomische Zyklen (die „säkularen Trends“), welche die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems beeinflussen. Die folgenden säkularen Trends geraten derzeit an ihre Grenzen, wodurch der Druck auf das Profitniveau und damit auf die Akkumulation von Kapital zunimmt: erstens, der Anstieg der Produktionskosten aufgrund des Anstiegs der Realeinkommen im weltweiten Durchschnitt; zweitens, die zunehmenden Kosten für Produktionsmaterialien; drittens, die Höhe des Steuerniveaus (Wallerstein 2003a: 58-63).

Problematisch ist, dass weder die Kondratieff-Zyklen noch die säkularen Trends ausführlicher dargelegt werden. Das Postulat der Existenz dieser Zyklen wird nicht über statistisches Material fundiert. Heftig umstritten ist, für welchen Zeitraum Kondratieff-Zyklen tatsächlich empirisch nachweisbar sind und insbesondere, ob es sie bereits vor der industriellen Revolution gab (Shannon 1989: 161). Es ist daher fragwürdig, diese Zyklen zur zentralen Grundlage für die Darstellung der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems und für Zukunftsprognosen bezüglich des Endes der US-Hegemonie zu machen. Hinsichtlich der säkularen Trends stellt sich die Frage, welche endogenen Ursachen ausschlaggebend für die unteren und oberen Wendepunkte sind (vgl. Imbusch 1990: 99). Die neueren Arbeiten von Wallerstein und Chase-Dunn/Podobnik bringen somit weder die Debatte um die Kondratieff-Zyklen noch die um säkulare Trends weiter und das Fazit von Chirot/Hall bleibt aktuell: „So far, convincing explanations for the cycles have not fully materialized“ (Chirot/Hall 1982: 96).

Arrighi (1994) und Arrighi/Moore (2001) versuchen in ihren Arbeiten, die ökonomischen Zyklen neu zu fundieren: Sie postulieren, dass die dem kapitalistischen Weltsystem zugrunde liegende, zyklische Bewegung als Reformulierung der Marxschen Formel  $G-W-G'$  interpretiert werden kann. Die Phase materieller Expansion ( $G-W$ ) wird angestoßen durch einen Block dominanter Akteure in Regierung und Wirtschaft. Diese sind in der Lage, – vor dem Hintergrund der aktuellen, das Weltsystem mitbestimmenden Strukturen<sup>5</sup> – Kapital-

---

4 Der russische Ökonom Kondratieff (1892-1938) hatte gezeigt, dass es wirtschaftliche Schwankungen von 50-60 Jahren gibt und damit die „Theorie der langen Wellen“ begründet. Neueren Arbeiten zufolge befinden wir uns derzeit im fünften Kondratieff-Zyklus, dem sog. „Informations- und Kommunikationstechnologie Kondratieff“.

5 Die aktuellen Strukturen, welche die materielle Expansion bis zu Beginn der 1970er Jahre aufrechterhielten, waren die des Kalten Krieges (Arrighi/Moore 2001: 46).

anlage in Handel und Produktion attraktiv zu gestalten, indem sie eine erweiterte und vertiefte Arbeitsteilung antreiben. Nach einiger Zeit kommt es zu einer Überakkumulationskrise, Kapital kann nicht mehr zu denselben Profitmargen investiert werden. Angesichts kontinuierlich fallender Profitraten verändert sich das Akkumulationsregime und es folgt eine Phase finanzieller Expansion (W-G').<sup>6</sup> In Phasen finanzieller Expansion befreit sich eine zunehmende Masse Geldkapital von der Warenform und Akkumulation wird durch Finanzgeschäfte vollzogen (G-G').

Dieser Versuch einer Neufundierung der weltstystemtheoretischen Zyklenkonzeption durch Arrighi und Moore ist nicht schlüssig. Bei der Formel G-W-G' handelt es sich um eine auf hohem Abstraktionsniveau angesiedelte Darstellung der Kapitalbewegung. G' ist verwertetes, d.h. um den Mehrwert vermehrtes Geldkapital. Kapitalisten fällt hierbei die Rolle derjenigen Personen zu, welche in ihrem Handeln die Logik des Kapitals vollziehen. Damit sind sie in ihrem Willen nicht frei, sondern „ökonomische Charaktermaske“ (MEW 23: 163). Bei Arrighi und Moore scheint ein grundlegendes Missverständnis hinsichtlich der Aussage der Formel G-W-G' vorzuliegen, denn sie fassen die Formel als „eine Darstellung der Logik individueller kapitalistischer Investitionen“ auf (Arrighi 1994a: 6; Arrighi/Moore 2001: 45). Aus diesem Missverständnis resultiert dann die fragwürdige Übertragung der Formel auf die Ebene des Weltsystems.

Bei der Anwendung der Formel G-W-G' durch Arrighi und Moore wird die Kapitalakkumulation in zwei (zeitlich) separate Schritte zerlegt: G steht dabei für Finanzkapital, d.h. für die flexible Kapitalanlage. In der Phase finanzieller Expansion entstehen Profite aus einer entsprechenden Nachfrage nach Geldkapital auf den internationalen Finanzmärkten sowie durch Spekulation und Kreditgeschäfte. W symbolisiert produktives Kapital und die feste Kapitalanlage. Profite ergeben sich hier aus Produktion und Handel (Arrighi 1994a: 5; Arrighi/Moore 2001: 46ff.). Eingeführt wird die Formel G-W-G' von den Autoren also, um das Motiv der Kapitalbesitzer im Zuge der Profitmaximierung (Präferenz flexibler vs. fixer Kapitalanlage) in eine zyklische Formel zu gießen. Allerdings ist die Marxsche Formel zur Beschreibung unterschiedlicher Formen der Kapitalhaltung sowohl grundsätzlich als auch im Weltmaßstab ungeeignet. Des Weiteren bleibt bei Arrighis und Moores Ausführungen offen, was genau die Profitquelle in Phasen finanzieller Expansion ist. Sie behaupten, dass in dieser Phase „die Profitabilität von Finanzgeschäften gesteigert wird,

---

6 Entwicklungsstrukturen, welche die Tendenz zur materiellen Expansion unterhöhlten und die Tendenz zur finanziellen Expansion beförderten, waren der intensivere Konkurrenzdruck, welcher auf den US-Unternehmen lastete, die Forderungen subordinierter Gruppen, sowie die zunehmende Praxis von US-Unternehmen, ihre Profite aus der materiellen Expansion auf ausländischen Finanzmärkten zu reinvestieren (Arrighi/Moore 2001: 46). Ausführlicher zur Bedeutung einiger dieser Einflussfaktoren: Arrighi (2003a).

die weitgehend getrennt von Produktion und Handel stattfinden“ (Arrighi/Moore 2001: 48). Hier liegt ein weiteres Missverständnis vor, denn auch das Finanzkapital vermehrt sich nicht, ohne G-W-G' zu durchlaufen. Es hat nur den Anschein: „In dem zinstragenden Kapital endlich stellt sich die Zirkulation G-W-G' abgekürzt dar“ (MEW 23: 170). Zudem postulieren die Autoren, dass man eine einzige G-W-G'-Bewegung auf der Ebene des Weltsystems beobachten könne. Dann bleibt allerdings unklar, wie es zum Beginn einer Phase materieller Expansion in einer anderen Weltregion kommen soll. Die Autoren hätten hier die Wirkungsweise zeitlich und räumlich versetzter G-W-G'-Prozesse postulieren müssen – was allerdings dem Vorhaben zuwider läuft, die Bewegung des gesamten kapitalistischen Weltsystems mittels einer einzigen zyklischen Formel darzustellen. Schließlich thematisieren Arrighi und Moore die Konstitution des kapitalistischen Gesellschaftszusammenhangs und den Kapitalfetisch nicht, ebenso wenig die Frage, wie sich diese Aspekte auf der internationalen Ebene auswirken würden. Somit gelingt es Arrighi und Moore nicht, eine Fundierung ökonomischer Zyklen zu erreichen, die mehr Plausibilität aufweist als die von ihnen zurückgewiesenen Kondratieff-Zyklen.

## 2.2 Die Hegemoniezyklen der Weltsystemtheorie

Dass die USA seit den 1970er Jahren ökonomische und politische Macht verlieren, steht für alle Weltsystemtheoretiker – im Gegensatz zu anderen Autoren der neuen Imperialismusdebatte – fest. Der Zyklus der US-Hegemonie befindet sich nach Ansicht der Weltsystemtheoretiker seit Beginn der 1970er Jahre in einer Abschwungphase. Begründet wird der Niedergang der US-Hegemonie allerdings unterschiedlich.

Hatte Wallerstein in früheren Arbeiten noch eine Verknüpfung von ökonomischen Zyklen und Hegemoniezyklen<sup>7</sup> über die Wirkungsweise langer Preiszyklen (sog. „logistics“) zu erklären versucht (vgl. Imbusch 1990: 101), so fehlt dieses Bemühen in seinen neueren Arbeiten. Eine neue Verknüpfung zwischen ökonomischen Zyklen und Hegemoniezyklen erfolgt bei ihm und Chase-Dunn/Podobnik über den Wendepunkt des Kondratieff-Zyklus (Übergang von Aufschwung- zu Abschwungphasen), ohne dass diese Verbindung genauer erklärt wird (Wallerstein 2003a: 45-57; 2003b: 567f.; Chase-Dunn/Podobnik 1999: 43).

Eine elaboriertere Darstellung des Zusammenhangs von ökonomischen Zyklen und Hegemoniezyklen bieten Arrighi (1994) und Arrighi/Moore (2001). Im Übergang von einer Phase finanzieller Expansion zu materieller Expansion

---

7 Das Konzept der Hegemoniezyklen, wie es von Wallerstein vertreten wird, ist maßgeblich beeinflusst durch die Arbeiten von Modelski und in seiner Folge Thompson, die den Aspekt der Hegemoniezyklen mit Nachdruck in die weltsystemtheoretische Debatte einbrachten (vgl. u.a. Modelski 1983, Thompson 1983). Modelski entwickelte das Konzept eines *long cycle of world leadership* und postulierte bereits 1972 Phasen der Dominanz eines Staates in der Weltpolitik (Modelski, 1972).

kommt es zu einem Wechsel der Hegemonialmacht im Weltsystem, d.h. zum Niedergang des „alten“ Hegemons und zum Aufstieg eines „neuen“. Die Phase der materiellen Expansion bedeutet die Konsolidierung einer Hegemonie. Der Anfang einer Phase finanzieller Expansion markiert eine „Signalkrise“ des Hegemons. Der Übergang in eine neue Phase materieller Expansion ist gleichzeitig als „Endkrise“ des alten Hegemons zu betrachten. Der neue Hegemon entsteht in dem Gebiet, das in der Phase finanzieller Expansion Geldkapital angezogen hat (Arrighi/Moore 2001: 49-51). Die USA haben nach Arrighi/Moore um 1970 – als das US-Kapital zunehmend in die Finanzsphäre drängte – eine „Signalkrise“ durchlaufen, allerdings ist ihre Endkrise noch nicht erreicht. Die Autoren vertreten hier das Modell einer logischen Koppelung von ökonomischen Zyklen und Hegemoniezyklen. Insbesondere der Aspekt der geographischen Verlagerung von Produktion – und der damit verbundene Aufstieg eines neuen Hegemons – ist interessant, um die These vom Abstieg des Hegemons zu untermauern.

In allen neueren weltstystemtheoretischen Arbeiten zeigt sich allerdings, dass keine klare Definition von Hegemonie und von Hegemonialmacht vorliegt. Deutlich wird dies an den divergierenden Einschätzungen hinsichtlich des bzw. der potenziellen Nachfolger des Hegemons: Einerseits werden Deutschland und Japan genannt (Chase-Dunn/Podobnik 1999), andererseits die ostasiatischen Staaten und Japan (Arrighi/Moore 2001) bzw. Japan in Verbindung mit China (Wallerstein 2003a). Schwierig ist an diesen Prognosen, dass die Autoren die Maßstäbe für ihre Annahmen nicht detailliert darlegen. Aus den Grundannahmen der Weltsystemtheorie ergibt sich zwar, dass sie den Auf- bzw. Abstieg einer Hegemonialmacht primär nach ökonomischen Rahmendaten beurteilen, allerdings bleibt offen, welche Daten genau in das jeweilige *Sampling* einfließen.

Ein weiterer problematischer Aspekt bei der Verwendung der Hegemoniezyklen durch die Weltsystemtheoretiker zeigt sich in der konkreten Anwendung auf das empirische Material. Dabei offenbart sich bei einem Teil der Autoren eine übertriebene Fixierung auf starr konzipierte Hegemoniezyklen im kapitalistischen Weltsystem. So fasst Wallerstein den ersten Weltkrieg und den zweiten Weltkrieg zusammen als 30-jährigen Krieg (1914-1945), in dessen Verlauf der Kampf um die globale Vormachtstellung zwischen den USA und Deutschland ausgetragen wurde (Wallerstein 2003a: 14). Dieser Schritt erklärt sich aus dem Festhalten an starren Hegemoniezyklen: Der Aufstieg eines neuen Hegemons wird immer während einer großen, kriegerischen Auseinandersetzung mit einem weiteren Hegemonieanwärter besiegelt. Zwei derartige Auseinandersetzungen, in denen der Niedergang ein- und desselben Hegemons (Großbritannien) besiegelt wurde, passen nicht in dieses Schema. Hier werden historische Ereignisse den theoretischen Erfordernissen angepasst, was Busch als „deterministisches Interpretationsmuster“ bezeichnete (Busch 1985: 113).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Zyklenkonzeption der Weltsystemtheorie massive Probleme birgt. Kritisch zu bewerten ist vor allem die mangelnde empirische Fundierung der Zyklen und im Falle von Arrighi und Moore der misslungene Versuch einer theoretischen Neufundierung der Zyklenkonzeption. Potenziert werden die Nachteile einer zyklentheoretischen Interpretation von Geschichte, wenn von starren ökonomischen Zyklen und Hegemoniezyklen ausgegangen und das empirische Material den theoretischen Vorgaben angepasst wird. Eigenständigen Analysen aus einer weltsystemtheoretischen Perspektive ist daher mit Skepsis zu begegnen. Sinnvoll erscheint eine Verwendung von weltsystemtheoretischen Arbeiten lediglich als Hintergrundfolie für andere Beiträge zur neuen Debatte um Imperialismus. So kann die Postulierung einer neuen welthistorischen Phase – in Form von Globalisierung, *Empire* oder *informellem Imperium* – kritisch überprüft werden.

### 3. Die emanzipatorische Perspektive: Bewegung vs. Krise

Neben der Diskussion um den Zustand der US-Hegemonie ist in der aktuellen Imperialismusdebatte die Frage nach dem wann und wie der Emanzipation von Bedeutung. Dieser Aspekt hatte bereits in vorangegangenen Diskussionen um Imperialismus eine prominente Stellung eingenommen: Das Ziel der emanzipatorischen Bestrebungen sollte je nach Autor und Stand der Diskussion durch Revolution, Transformation oder Dissoziation erreicht werden.

Im Gegensatz zur stufen- und krisentheoretischen Sichtweise Lenins, der davon ausging, dass in der imperialistischen Phase eine schlagkräftige Arbeiterbewegung die Staatsmacht übernehmen und den Übergang zum Sozialismus einleiten werde (Lenin 1972: 290f.), haben sich in der neuen Debatte um Imperialismus die Koordinaten verschoben. Die Arbeiterbewegung wird nicht mehr als der primäre Akteur einer anti-kapitalistischen Option gesehen und auch die Frage der Revolution wird zumeist ausgespart. Einig sind sich die Teilnehmer der Debatte, dass Emanzipation im 21. Jahrhundert durch soziale Bewegungen wie beispielsweise die Anti-Globalisierungsbewegung erkämpft wird. Umstritten bleibt, wo sich relevante Terrains von Kämpfen konstituieren. Von Panitch wird nach wie vor die nationalstaatliche Ebene als das primäre Terrain für emanzipatorische Kämpfe betrachtet (Panitch 2003: 214), aus Sicht von Hardt/Negri findet mit dem Übergang zum *Empire* eine Vervielfältigung der Kampfterrains statt, die bedingt ist durch die Auflösung von „Innen“ und „Außen“ und damit auch der Unterscheidung zwischen nationaler und internationaler Ebene (Hardt/Negri 2002: 66-72).

Die Weltsystemtheoretiker diskutieren ebenfalls emanzipatorische Optionen und verorten auch dieses Thema vor der Struktur des kapitalistischen Weltsystems. Angesichts der von ihnen konstatierten Krise des kapitalistischen Weltsystems befassen sie sich mit der Frage, ob es zum Übergang zu einem ande-

ren, nicht kapitalistisch organisierten Weltsystem oder Weltstaat kommt. Aufgrund ihrer konzeptionellen Herangehensweise können die Weltsystemtheoretiker eine wichtige Differenz zu einem Teil der alten (Lenin) und neuen (Panitch/Gindin; Hardt/Negri) Debattenbeiträge deutlich machen: Die Bedeutung der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems für anti-kapitalistische Kämpfe. Damit bringen die Weltsystemtheoretiker einen eigenständigen Aspekt in die aktuelle Imperialismuskussion ein. Doch auch diese Ausführungen weisen Schwächen auf, die im Folgenden diskutiert werden.

### 3.1. Krisenfixierung

Im Gegensatz zu anderen Beiträgen zur neuen Imperialismusdebatte spielt der Aspekt der Krise des kapitalistischen Weltsystems in den neueren Arbeiten der Weltsystemtheorie eine zentrale Rolle. Allerdings bewerten die einzelnen Weltsystemtheoretiker die Brisanz der Krise sehr unterschiedlich.

Nach Wallerstein befindet sich das kapitalistische Weltsystem in einer systemischen Krise und damit in Auflösung: Im Zeitraum zwischen 2001 und 2025/50 steht der Übergang zu einem anderen Weltsystem bevor. Wie dieses genau ausgestaltet sein wird, ist noch nicht abzusehen (Wallerstein 2003b: 572f.). Als Beleg für seine These vom baldigen Ableben des kapitalistischen Weltsystems führt Wallerstein Faktoren „erster“ und „zweiter Ordnung“ an: „Erster Ordnung“ und letztlich ausschlaggebend ist, dass der Prozess der Kapitalakkumulation aufgrund der Entwicklung der säkularen Trends an seine Grenzen stößt. Faktoren „zweiter Ordnung“ sind die Entwicklung des Kondratieff-Zyklus und der Niedergang der US-Hegemonie (Wallerstein 2003a/b). In seinen neueren Arbeiten offenbart Wallerstein eine zunehmende Krisenfixierung. Zwar hatte er bereits früher das Ende des kapitalistischen Weltsystems vorhergesagt, damals allerdings noch für einen relativ großen Zeitraum, nämlich das 21. Jahrhundert (Wallerstein 1984: 79f.). In seinen neueren Arbeiten behauptet er hingegen, dass wir uns bereits mitten in „einem anarchischen Übergang - von dem existierenden Weltsystem zu einem anderen“ befinden (Wallerstein 2003b: 573).

Die extremste Vision hinsichtlich der Krise des kapitalistischen Weltsystems liefern Chase-Dunn/Podobnik. Angesichts der ökonomischen Krise und der Hegemoniekrise steige die Gefahr eines Dritten Weltkrieges dramatisch an. Den Autoren zufolge besteht derzeit zwar nur eine geringe Wahrscheinlichkeit von Kriegen zwischen den Staaten des Zentrums, bis 2020 wird sich diese Situation aber stark verändern. Ihr Fazit lautet: „... the probability of warfare among core states in the 2020 will be as high as 50/50“ (Chase-Dunn/Podobnik 1999: 54). Übermenschliche Anstrengungen müssen unternommen werden, um den dann drohenden „nuclear holocaust“ abzuwenden (ebd.: 61). Aufgerufen zum Handeln sind angesichts dieser Gefahrenlage alle

Bürger des Weltsystems (ebd.: 61). Aufgrund ihrer Verlängerung von starren ökonomischen Zyklen und Hegemoniezyklen in die Zukunft überschätzen diese Autoren die eigene Prognosefähigkeit und verfallen letztendlich in eine apokalyptische Untergangsrhetorik. Hier wird aus einem analytischen Hilfsmittel eine Methode der Vorhersehung.

Im Zusammenhang mit der Krisenfixierung und -prognostik offenbart sich eine Parallele zwischen einem Teil der neuen weltstystemtheoretischen Arbeiten und einzelnen Beiträgen zur klassischen Imperialismusdebatte. Bei Wallerstein ist es die Entwicklung der säkularen Trends, welche zum Ende des kapitalistischen Weltsystems führt. Dies erinnert an die Auffassung Luxemburgs, für die es letztlich die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung selbst war, die – im Zuge der Durchkapitalisierung aller nicht-kapitalistischen Produktionsformen – ihre eigene Überwindung bewirkt (Luxemburg 1923: 316f.).

Dieser Argumentationsstrang ist bei Hardt/Negri abgeändert, da hier Kämpfe von Anfang an präsent sind: Konflikte, die dem *Empire* immer schon immanent waren, spitzen sich aufgrund der zunehmenden Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche zu (Hardt/Negri 2002: 391-400). Auch Arrighi/Moore diskutieren den Moment der Krise differenzierter als Wallerstein und Chase-Dunn/Podobnik. Sie analysieren die bisherige Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems als „evolutionären Prozess sukzessiver Expansionsphasen“, in dessen Verlauf die territoriale Ausdehnung, die organisatorische Komplexität und die Macht der führenden Akteure zyklisch ansteigen (Arrighi/Moore 2001: 51). Sollte die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems dem für den Zeitraum seit dem 15. Jahrhundert bis heute skizzierten Schema folgen, dann wäre Folgendes zu erwarten: Das US-Regime erreicht innerhalb der nächsten 10-20 Jahre seine Endkrise. In ca. 40 Jahren steigt ein anderes Regime auf, das in der Lage ist, erneut materielle Expansion anzustoßen. Die Tendenz zur räumlichen Expansion der hegemonialen Macht setzt sich fort, womit die nächste hegemoniale Formation einem Weltstaat ähneln wird. Im Gegensatz zum „korporativ-nationalen“ US-amerikanischen Regime wird sich ein extensives, „kosmopolitisch-imperiales“ Regime herausbilden. Das neue Regime wird die Kosten für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft („Reproduktionskosten“) internalisieren, also jene Kosten, die das US-Regime immer stärker zu externalisieren versucht (Arrighi/Moore 2001: 51-55).

In der aktuellen historischen Situation gibt es allerdings folgende bedeutende Anomalien, welche die Autoren an ihrer eigenen Prognosefähigkeit zweifeln lassen: Erstens kann kein aufstrebendes Regime ausgemacht werden, das den USA sowohl ökonomisch als auch militärisch überlegen wäre. Potentielle Herausforderer im ökonomischen Bereich spielen nur regional eine militärische Rolle; zweitens lag die finanzielle Macht bisher immer im Westen und hat sich in zunehmend komplexeren Nationalstaaten organisiert. Die seit den

1980er Jahren aufstrebenden Gläubiger (besonders Japan und die von Taiwan, Hongkong und Singapur aus operierenden Exilchinesen) gehören jedoch nicht der westlichen Zivilisation an. Sie sind politisch in souveränen oder halb-souveränen Stadtstaaten, Provinzen oder einem Militärprotektorat der USA (Japan) organisiert; drittens waren innerkapitalistische Auseinandersetzungen bislang vorwiegend der Ausgangspunkt von Phasen finanzieller Expansion. Soziale Kämpfe entwickelten sich eher als Folge der finanziellen Expansion. Zu Beginn der aktuellen Phase finanzieller Expansion hingegen fanden bereits soziale Kämpfe statt. Die finanzielle Expansion war hier in erster Linie ein Instrument, um die jeweiligen Forderungen der nicht-westlichen Völker und der westlichen Arbeiterklassen einzudämmen (ebd.: 56f.).

Arrighi/Moore (2001) gehen bewusster als Wallerstein und Chase-Dunn/Podobnik mit dem Aspekt der Krise um. Sie machen auf Diskrepanzen zwischen aktuellen Entwicklungen und den vorangegangenen geschichtlichen Phasen aufmerksam. Darunter „leidet“ zwar ihre Prognosefähigkeit, dafür umgehen sie die Gefahr der Krisenfixierung und -prognostik. Tatsächlich muss jedoch auch hinsichtlich der Zyklenfolge bei Arrighi/Moore gefragt werden, ob sie nicht zu schematisch konzipiert ist, ob sich also die Zyklen nicht nur aufgrund der ex-post-Analyse als solche darstellen. Die für die aktuelle Phase benannten Abweichungen sind derart massiv, dass angezweifelt werden kann, ob die vorhergehende Entwicklung des modernen Weltsystems tatsächlich der von ihnen skizzierten Zyklenfolge entsprochen hat. Eher scheint es sich bei den Zyklen um Idealtypen im Weberschen Sinne zu handeln. De facto verwenden Arrighi/Moore - ohne dies offen zu benennen - die Zyklenkonzeption als ein solches heuristisches Mittel.

So kann die Weltsystemtheorie Anregungen für die neue Debatte um Imperialismus bieten, da ein längerer historischer Zeitraum in die Analyse aktueller Prozesse einfließen kann. Die Arbeiten von Wallerstein oder Chase-Dunn/Podobnik, welche die Krise des kapitalistischen Weltsystems nahen sehen, können hingegen wenig beitragen, da ihre Krisenfixierung den Blick für eine Analyse der herrschenden Verhältnisse verstellt.

### *3.2 Das undefinierte Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie*

Das Verhältnis zwischen Ökonomie, Politik und Ideologie ist in der neuen Imperialismusdebatte von zentraler Bedeutung. Die Weltsystemtheoretiker vertreten in ihren Analysen des Kapitalismus als historisches Sozialsystem ein Primat der ökonomischen Sphäre (Wallerstein 1984). Grundsätzlich gehen mit dieser Betonung ökonomischer Aspekte in stabilen Phasen des kapitalistischen Weltsystems wichtige Nuancen für die Analyse der internationalen Beziehungen verloren. Machtpolitisches Kalkül als eigenständige Komponente, die keiner ökonomischen Rationalität folgt, kann nicht berücksichtigt werden. Busch

plädierte hier bereits 1985 für eine Übernahme des Konzeptes der Überdeterminierung wie es bei Althusser vorliegt (Busch 1985: 113).

In den neueren Arbeiten rückt die systemische Krise in den Vordergrund, und in diesem Zusammenhang werden auch andere Aspekte genannt, die Wirkungsmächtigkeit entfalten. Problematisch ist dabei, dass für den Moment der Krise keine transparent nachzuvollziehende Bestimmung des Verhältnisses von Ökonomie, Politik, und Ideologie vorliegt. So rücken Chase-Dunn/Podobnik den militärischen Aspekt in den Vordergrund. Wallerstein hingegen betont, dass in der systemischen Krise politische und ideologische Faktoren an Bedeutung gewinnen (2003a: 45-68). Verursacht wird diese Unklarheit bezüglich der entscheidenden Determinanten durch eine Unterbelichtung ideologischer, politischer und sozialer Faktoren *im Vorfeld* der Krise. Somit wird das häufig kritisierte Phänomen, dass weltsystemtheoretische Analysen ökonomischen Faktoren in stabilen Phasen ein zu großes Gewicht einräumen (vgl. u.a. Shannon, 1989: 137-141) nicht gelöst, sondern potenziert: Es bleibt nicht nur bei der Überbetonung ökonomischer Faktoren im Vorfeld der Krise, zudem wird mit dem angeblichen Ausbruch der Krise ein unvermittelter Bruch im Analyse-schemata eingeführt und die Wirkung diverser Faktoren in den internationalen Beziehungen ab diesem Zeitpunkt postuliert.

Arrighis Ausführungen zu diesem Punkt stellen eine wichtige Innovation des weltsystemtheoretischen Forschungsprogramms dar, da hier von Anfang an neben ökonomischen auch politische und ideologische Faktoren integriert sind. So besaß die US-Hegemonie auch während ihrer Blütezeit einen eigenständigen „sozialen Charakter“, der sie von der britischen Hegemonie im 19. Jahrhundert unterschied. Das Gefüge der US-Hegemonie war „eminently political in origin and social in orientation“ (Arrighi 2003a: 30). Dieses zeigte sich in der Herausbildung spezieller institutioneller Arrangements, mittels derer der *New Deal* „globalisiert“ werden sollte: Für den Norden bzw. Westen wurde Vollbeschäftigung angestrebt und für den Süden „Entwicklung“. Daneben wurde in Zusammenhang mit dem Kalten Krieg die militärische Komponente gestärkt. Bei der US-Hegemonie handelte es sich während ihrer Blütezeit somit um das Projekt eines „warfare-welfare state“ auf globaler Ebene (ebd.: 30ff.).

Arrighis Anmerkungen stellen einen interessanten Beitrag zur neuen Debatte um Imperialismus dar. Festzuhalten bleibt dabei, dass auch andere Beiträge zur neuen Imperialismusdebatte über Positionen, die in der klassischen Diskussion vertreten wurden, hinausgehen. So betrachten Panitch/Gindin die Funktion der politischen Sphäre als ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung der ökonomischen Sphäre (Panitch 2003; Panitch/Gindin 2004). Aus Sicht von Hardt/Negri konstituiert sich mit dem *Empire* eine globale politische Sphäre (Hardt/Negri 2002).

### 3.3 Das unvermittelte Verhältnis von Struktur und Agency

Das Verhältnis von Struktur und *Agency* (verstanden als Handlungskompetenz von Akteuren) war immer ein zentraler Aspekt der Imperialismusdebatten. Während in einem Teil der klassischen Theorien diese Komponenten noch unversöhnt nebeneinander standen (Entwicklung der Produktivkräfte vs. Entwicklung des Klassenkampfes, etwa bei Lenin), findet sich in den neueren Beiträgen einerseits die Konstruktion eines äußerlichen Verhältnisses zwischen Struktur (*Empire*) und handlungsmächtigem Subjekt (*Multitude*) (Hardt/Negri 2002/2004) und andererseits eine enge Verzahnung der Entwicklung globaler kapitalistischer Strukturen mit *Agency* (Panitch 2003). In den neueren welt-systemtheoretischen Arbeiten wird das Verhältnis von Struktur und *Agency* in der Krisenanalyse virulent. Dabei offenbart sich in einem Teil dieser Arbeiten eine mangelnde Vermittlung von Struktur und *Agency*.

Nach Wallerstein gewinnen Akteure erst in finalen Strukturkrisen an Handlungsmächtigkeit. In eben eine solche Krise ist der historische Kapitalismus im 20. Jahrhundert eingetreten. Die weitere Entwicklung des Weltsystems stellt sich daher als kontingent und abhängig vom Handeln der Akteure dar. Berücksichtigung erfahren bei Wallerstein insbesondere die dominanten Klassen im hegemonialen Nationalstaat und die Subalternen weltweit. So gewinnen die dominanten Klassen der hegemonialen Formation zunehmend an Handlungsmächtigkeit und nutzen diese aktuell im Sinne einer militärischen Krisenlösung: Die Falken haben in der US-Regierung nach dem 11. September 2001 ihre militärische Strategie durchgesetzt (Wallerstein 2003b: 571f.).

Ein Hauptaugenmerk in den neueren Arbeiten Wallersteins liegt auf der *Agency* subalternen Akteure weltweit. Diese haben heute erstmals die Möglichkeit, nicht mehr nur systemstabilisierend bzw. -erneuernd zu wirken, sondern tatsächlich systemfeindlich zu agieren (Wallerstein 2003b: 573; 2003a: 259-272), also das Ableben des globalen Kapitalismus zu befördern und eine nicht-kapitalistische Alternative zu entwickeln. Beispielsweise führt Wallerstein das Scheitern der WTO-Verhandlungen in Seattle 1999 darauf zurück, dass Gewerkschafter und Teile der Neuen Linken der WTO „einen Schlag versetzten, von dem sie sich bis heute noch nicht wieder vollständig erholt hat“ (Wallerstein 2003b: 570). Zu fragen bleibt hier, wieso Wallerstein einen derart großen Raum für die *Agency* subalternen Akteure gerade am Punkt der aktuellen Krise einführt. Dies resultiert m.E. aus dem überzogenen Strukturdeterminismus der Wallersteinschen Analyse einerseits und andererseits aus dem Bedürfnis, diese Konzeption nicht bis zum Ende aufrechtzuerhalten. Aufgrund der Strukturfixierung des Analyseschemas muss die Krise „herbeigeredet“ werden, um gerade auch die subalternen Akteure beleuchten zu können. Damit laufen Wallersteins Arbeiten Gefahr, die Reichweite der aktuellen Krise und auch die Handlungsmöglichkeiten der subalternen Akteure in der derzeitigen histori-

schen Situation überzubewerten. Tatsächlich sind in Krisen neben alten und neuen strukturellen Bedingungen immer „Handlungskorridore“ gegeben. An diesem Punkt zeigt sich eine erstaunliche Kehrtwende in Wallersteins Werk: Während in früheren Arbeiten oftmals ein starker Strukturbias vorhanden war (Imbusch 1990: 122), spielt in seinen neuen Ausführungen *Agency* - und insbesondere subalterne *Agency* - eine derart bedeutende Rolle, dass die strukturalistische Grundkonzeption nur noch schwer zu erkennen ist. Trotzdem gelingt es Wallerstein nicht, die Komponenten Struktur und *Agency* kohärent zueinander in Beziehung zu setzen.

Bei Arrighi/Moore (2001) dagegen und noch deutlicher in der Auseinandersetzung mit Brenner (Arrighi 2003a) ist die Strukturdeterminierung im Analyseschema von Anfang an gebrochen und diverse Formen von *Agency* werden integriert: Arrighi geht davon aus, dass ein komplexes Zusammenspiel von horizontalen (innerkapitalistischen) und vertikalen (Arbeit-Kapital) Konflikten den allgemeinen und dauerhaften Rückgang der Profitrate bewirkt und zur Krise des kapitalistischen Weltsystems führt. In den vorhergegangenen Zyklen war die innerkapitalistische Konkurrenz zwar ausschlaggebend, die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wirkten jedoch bereits. In der Folge einer Akkumulationskrise wurden diese Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wichtiger. Anders zu Beginn der aktuellen Phase (1968 - 1973): Hier gingen die multinationalen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit der Krise voraus. Arrighi betont, dass es das „Feedback“ dieser Kämpfe auf die innerkapitalistischen Auseinandersetzungen ist, welches die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems in der aktuellen Phase mitbestimmt (Arrighi 2003a: 17-19) und öffnet damit den Blickwinkel der Weltsystemtheorie für die *Agency* sowohl von dominanten als auch von subalternen Akteuren und integriert diese von Anfang an kohärent in das Analyseschema. Er überwindet so die in anderen Arbeiten vorhandene Gefahr eines undefinierten Oszillierens zwischen Struktur und *Agency*.<sup>8</sup>

Anregungen für die neue Debatte um Imperialismus bieten vor allem die Arbeiten von Arrighi und Moore, da es Ihnen gelingt, Struktur und *Agency* im globalen Maßstab kohärent in Beziehung zu setzen. Ein Unterschied zwischen ihren Beiträgen und den anderen imperialismustheoretischen Beiträgen lässt sich an Hand der Analyse der US-Hegemonie illustrieren: Arrighi und Arrighi/

---

8 M.E. entkräftet Arrighi mit seinen Ausführungen (insbesondere Arrighi 2003a) den von Hardt/Negri formulierten Vorwurf einer zu geringen Berücksichtigung von subalternen *Agency*. Diese hatten in „Empire“ geschrieben: „Trotz der ausgedehnten Forschung, die Arrighi selbst über die Situation der Arbeiterklasse und proletarische Bewegungen weltweit betrieben hat, erscheint in seinem Buch [Arrighi 1994a, Anm. d. A.], unter dem Gewicht des historischen Apparats, die Krise der 1970er Jahre nur einfach als Moment eines objektiven und unabwendbaren Zyklus der Kapitalakkumulation, statt als Ergebnis des proletarischen und antikapitalistischen Angriffs in den herrschenden und beherrschten Ländern gleichermaßen.“ (Hardt/Negri 2002: 251).

Moore nehmen eine globale Perspektive ein, während andere Autoren die Phase der US-Hegemonie immer mit einem Fokus auf den Hegemon und das Verhältnis von Struktur und *Agency* innerhalb der hegemonialen Formation analysieren (Panitch/Gindin 2004: 42-55). Die Arbeiten von Arrighi und Moore können somit abermals als Hintergrundfolie für andere imperialismustheoretische Untersuchungen dienen.

### *3.4 Unterbelichtung des Nationalstaates*

Emanzipation vom globalen Kapitalismus führt in den Augen der Weltsystemtheoretiker – ebenso wie für andere Imperialismustheoretiker – über soziale Kämpfe, wobei die globalisierungskritische und die Anti-Kriegs-Bewegung als wichtige progressive Kräfte betrachtet werden (Wallerstein 2003b; Panitch 2002).

Die Weltsystemtheoretiker sind sich einig, dass die Eroberung oder Transformation eines einzelnen Nationalstaates nicht ausreichend ist, um die Überwindung des Kapitalismus zu erreichen – auch nicht innerhalb dieses Nationalstaats. Zu sehr sind die Vorgänge in den einzelnen Nationalstaaten durch das kapitalistische Weltsystem bestimmt. Da Entwicklungsdynamik von der Ebene des Weltsystems her gedacht wird, sind die einzelnen Einheiten des Systems dessen funktionalen Erfordernissen unterworfen und werden nicht mehr als teilweise selbst bestimmt wahrgenommen.

Infolgedessen werden Eigendynamiken und Aushandlungsprozesse innerhalb der einzelnen Nationalstaaten zu wenig berücksichtigt. Der funktionalistische Charakter der Weltsystemtheorie wirft für die Diskussion einer emanzipatorischen Option Probleme auf. Zentrale Arenen, in denen Klassenkämpfe stattfinden, bleiben unterbelichtet; Prozesse, in denen sich Transformationen ereignen, können nicht erfasst werden. Einzig und allein die finale Systemkrise und die in ihrer Folge mögliche Weltrevolution können und sollen wahrgenommen werden.

Neben diesem Funktionalismus legen die Weltsystemtheoretiker ihren Analysen ein instrumentelles Staatsverständnis zu Grunde. Kritik an der Staatsanalyse der Weltsystemtheorie wurde bereits im Rahmen der marxistischen Staatsdebatte der 1970er und 1980er geübt (vgl. Shannon 1989: 141-144). Auch die neueren Arbeiten der Weltsystemtheorie betrachten Nationalstaaten – in der Tradition der reduktionistischen Staatskonzeption Wallersteins (vgl. Imbusch 1990: 56f.) – als kompakte Einheiten, als „Machtcontainer“ (Arrighi/Moore 2001: 51). Damit wird die Komplexität institutioneller Vermittlungsprozesse innerhalb der Nationalstaaten ausgeblendet, der Nationalstaat erscheint als „Black box“. Als einziger Nationalstaat werden die USA genauer in den Blick genommen – und vor allem als „verlängerter Arm“ der US-Bourgeoisie begriffen.

Aufgrund ihrer funktionalistischen Konzeption des Verhältnisses von Weltsystem und Nationalstaat und ihrer instrumentellen Staatsauffassung können die

weltsystemtheoretischen Arbeiten m.E. in dieser Hinsicht nichts zur neuen Imperialismusdebatte beitragen. Ähnlich wie in *Empire* wird der Nationalstaat nicht als „Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas 2002) verstanden, das auch in der aktuellen historischen Situation bedeutend bleibt. Anregungen bietet hier der von Panitch vorgeschlagene Rückgriff auf die staatstheoretischen Arbeiten von Poulantzas und deren Weiterentwicklung (Panitch 2000). Panitch zufolge muss das Ziel anti-imperialistischer Kämpfe nach wie vor primär in der demokratischen Transformation der Staatsmacht liegen, das Ziel dieser Bemühungen ist die Errichtung einer Volksdemokratie. Voraussetzung dafür ist die Schaffung neuer organisatorischer Strukturen wie z.B. postkommunistischer und post-sozialdemokratischer Parteien (Panitch 2002: 842). Die nationalstaatliche Ebene wird hier nach wie vor als relevant für globale Veränderungen betrachtet. Diese Haltung erscheint letztlich plausibler als die ausschließliche Fokussierung auf die globale Ebene, die nicht schlüssig begründet werden kann und zudem zu analytischen Verzerrungen führt.

### Schlussbemerkung

Die Weltsystemtheorie kann in der aktuellen Imperialismusdebatte als Hintergrundfolie dienen, um vorschnelle Erkenntnisse über „neue Entwicklungen“ zu relativieren und kritische Fragestellungen zu entwickeln. Nach wie vor liefern weltsystemtheoretische Arbeiten interessante Anregungen für die Analyse der internationalen Beziehungen. Beispielsweise „als nützliches Korrektiv zum mainstream“ (Gill 2004: 288) oder um – im Falle eines zeitlich und räumlich limitierten Untersuchungsausschnitts – zu überprüfen, „inwiefern nicht doch die als kontingent betrachteten Interessenformierungsprozesse und Konflikt austragungen durch räumlich und zeitlich ausgedehnte Strukturen vorgegeben sind“ (Scherrer 2003: 470). Insbesondere die Verwendung der Zyklenkonzeption im Sinne eines heuristischen Mittels ist sinnvoll. Interessant sind unter den neuen Arbeiten der Weltsystemtheorie vor allem die Ausführungen von Arrighi (1994a; 2003a) und Arrighi/Moore (2001). Anregend ist hier die Integration diverser ökonomischer, politischer und ideologischer Faktoren in das Analyse-schemata sowie die kohärente Vermittlung der Komponenten Struktur und *Agency*.

Die Weltsystemtheorie kann aufgrund ihres systemischen und holistischen Blickwinkels interessante Aspekte in die neue Debatte um Imperialismus einbringen, allerdings stehen ihre theoretischen Prämissen auf wackligen Beinen. Daran ändern weder Versuche, die theoretischen Grundlagen zu überarbeiten und detaillierter auszuführen (Arrighi 1994a; Arrighi/Moore 2001), noch die beständige Wiederholung der eigenen Grundannahmen etwas (vgl. u.a. Wallerstein 2003a/b; Chase-Dunn/Podobnik 1999). Insgesamt betrachtet, fallen die weltsystemtheoretischen Arbeiten an diversen Punkten hinter andere Bei-

träge zur aktuellen Debatte um Imperialismus zurück: So hinsichtlich der theoretischen Fundierung des Niedergangs der US-Hegemonie und im Bereich der Staatsanalyse. Problematisch ist an den neueren Arbeiten der Weltsystemtheorie insbesondere deren Krisenfixierung: Obwohl es sich bei der Weltsystemtheorie im Grunde genommen nicht um eine Krisentheorie sondern um eine Zyklentheorie des globalen Kapitalismus handelt, rückt in den neueren Arbeiten der krisentheoretische Aspekt in den Vordergrund. Bedingt wird dies durch eine Verschiebung des Erkenntnisinteresses. Ohnehin problematische Aspekte des weltsystemtheoretischen Forschungsprogramms wie die Konzentration auf den baldigen Untergang des kapitalistischen Weltsystems und die Zukunftsprognostik werden dadurch verstärkt.

Hier offenbart sich eine Parallele zwischen den neueren Arbeiten der Weltsystemtheorie und der klassischen Imperialismustheorie. Die Fixierung auf das nahende Ende des Kapitalismus birgt die Gefahr, dass der Blick für eine klare Analyse der herrschenden Verhältnisse verstellt wird. Gerade in politischer Hinsicht wäre es jedoch sinnvoll, sich weniger auf die systemimmanenten Zusammenbruchstendenzen zu verlassen, als vielmehr die aktuell vorhandenen Stabilitätsmomente und Brüche im globalen Kapitalismus herauszuarbeiten. Als gewinnbringend für die Weltsystemtheorie könnten sich dabei eine intensivere Auseinandersetzung mit den Debatten um Hegemonie, wie sie von den Neo-Gramscianern geführt werden, und die von Panitch angeregten staatstheoretischen Überlegungen erweisen.

## Literatur

- Altvater, Elmar (1985): Die Kläglichkeit der Weltmarkttheorien, in: *PROKLA* 59, 15. Jg., Nr. 2, 122-130.
- Altvater, Elmar (1987): *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg.
- Arrighi, Giovanni (1978): *The Geometry of Imperialism*, London.
- Arrighi, Giovanni (1994a): *The Long Twentieth Century: Money, Power and the Origins of Our Times*, London / New York.
- Arrighi, Giovanni (1994b): Hegemony and Social Change, in: *Mershon International Studies Review*, 38, 365-366.
- Arrighi, Giovanni / Moore, Jason W. (2001): Kapitalismus in welthistorischer Sicht, in: *Das Argument*, Nr. 239, 43. Jg., Heft 1, 43-58.
- Arrighi, Giovanni (2003a): The social and political Economy of global turbulence, in: *New Left Review*, Nr. 20, March-April, 1-48 (URL: 4.10.2004; www.newleftreview.net).
- Arrighi, Giovanni (2003b): Entwicklungslinien des Empire: Transformationen des Weltsystems, in: Atzert, Thomas / Müller, Jost (Hrsg.): *Kritik der Weltordnung. Globalisierung, Imperialismus, Empire*, Berlin, 11-30.
- Boeckh, Andreas (1985): Dependencia und kapitalistisches Weltsystem, oder: Die Grenzen globaler Entwicklungstheorien, in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik*, Opladen, 56-74.
- Busch, Klaus (1974): *Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals*, Frankfurt am Main.
- Busch, Klaus (1985): Mythen über den Weltmarkt. Eine Kritik der theoretischen Grundlagen der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins, in: *PROKLA*, Heft 59, 15. Jg., Nr. 2, 101-121.
- Chase-Dunn, Christopher / Podobnik, Bruce (1999): The Next World War: World-System Cycles

- and Trends, in: Bornschiefer, Volker / Chase-Dunn, Christopher (Hrsg.): *The Future of Global Conflict*, London, 40-65.
- Chirot, Daniel / Hall, Thomas D. (1982): World-System Theory, in: *Annual Review of Sociology*, Nr. 8, 81-106.
- Gill, Stephen (2004): Die falsche Antwort auf die amerikanische Frage, in: *PROKLA* 135, 34. Jg., Nr. 2, 287-297.
- Hardt, Michael / Negri Antonio (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt am Main.
- Heinrich, Michael (2003): Imperialismustheorie, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, 279-307.
- Imbusch, Peter (1990): *Das moderne Weltsystem. Eine Kritik der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins*, Marburg.
- Kößler, Reinhart (2003): Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen, in: *PROKLA*, Heft 133, 33. Jg., Nr. 4, 521-544.
- Lenin, Wladimir I. (1972): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss*, Band 22, Werke, Berlin, 189-309.
- Luxemburg, Rosa (1923): *Die Akkumulation des Kapitals*, Berlin.
- Marx, Karl (1973): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Band 1, MEW 23, Berlin.
- Modelski, George (1972): *Principles of World Politics*, London / New York.
- Modelski, George (1983): Long Cycles of World Leadership, in: Thompson, William R. (Hg.), *Contending Approaches to World System Analysis*, Beverly Hills / London / New Delhi, 115-141 .
- Neusüß, Christel / Blanke, Bernhard / Altvater, Elmar (1971): Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Heft 1, 1. Jg., 5-116.
- Neusüß, Christel (1972): *Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals*, Erlangen .
- Panitch, Leo (2000): The new imperial state, in: *New Left Review*, Nr. 2, March-April, 1-12 (URL: 9.10.2004; www.newleftreview.net).
- Panitch, Leo (2002): Gewalt als Mittel für Ordnung und Veränderung, in: *Das Argument*, Nr. 248, 44. Jg., Heft 5/6, 832-843.
- Panitch, Leo (2003): Der 11. September und seine Nachwirkungen aus der Klassenperspektive, in: Bischoff, Joachim u.a. (Hrsg.): *Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus*, Hamburg, 194-218.
- Panitch, Leo / Gindin, Sam (2004): *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*, Hamburg.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg.
- Scherrer, Christoph (2003): Internationale Politische Ökonomie als Systemkritik, in: Hellmann, Gunther u.a. (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden, 465-494.
- Shannon, Thomas R. (1989): *An introduction to the world-system perspective*, Boulder u.a..
- Skocpol, Theda (1977): Wallerstein's World Capitalist System: A Theoretical and Historical Critique, in: *The American Journal of Sociology*, Vol. 82, Nr. 5, 1075-1090 .
- Thompson, William R. (1983): The World-Economy, the Long Cycle, and the Question of World-System Time, in: McGowan, Pat / Kegley, Charles W. (Hrsg.), *Foreign Policy and the Modern World-System*, Beverly Hills / London / New Delhi, 35-62.
- Wallerstein, Immanuel (1984): *Der historische Kapitalismus*, Berlin.
- Wallerstein, Immanuel (1986): *Das moderne Weltsystem - Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Frankfurt am Main.
- Wallerstein, Immanuel (1998): *Das moderne Weltsystem II - Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750*, Wien.
- Wallerstein, Immanuel (2003a): *The Decline of American Power*, New York / London.
- Wallerstein, Immanuel (2003b): Auftakt zur globalen Anarchie, in: *PROKLA* 133, 33. Jg., Nr. 4, 565-573.

# Sozialismus

Abschied von der »Neuen Mitte«  
60 Jahre nach der Befreiung

Forum  
Gewerkschaften

Opel: Wir standen in Bochum alleine  
Für kritische politische Bildung

Frankreichs »Nein« zur EU-Verfassung  
Kofi Annans UN-Reformpaket



Redaktion Sozialismus:  
Abschied von der Neuen Mitte? Peter Scherer:  
Was ist Befreiung?

Elisabeth Gauthier:  
»Nein«-Kampagne zur  
EU-Verfassung in  
Frankreich; Heinz Bierbaum:  
Niederlage Berlusconis, aber anhaltende Schwäche der Linken; Rossana Rossanda:  
PRC – Eine Neugründung in vier Akten; Oliver Nachtwey:  
Armut und soziale Ungleichheit in Großbritannien; Wolfgang Brassloff:  
New Labour zum Dritten? Uli Cremer:  
Das UN-Reformpaket des Kofi Annan

Murat Çakir: Wem und wessen Interessen dient die NPD?; Roland Atz-

müller: Krise und Spaltung der FPÖ in Österreich

»Was bleibt an Solidarität, wenn jeder ums eigene Überleben kämpft?«

Ein Gespräch mit Rainer Eienkel, Betriebsratsvorsitzender von Opel Bochum;

Stephan Krull: Tarifpolitik bei VW – Beschäftigung durch mehr Konkurrenz? Klaus Ahlheim/Horst Mathes: Plädoyer für eine kritische politische Bildung

Ingar Solty: Gegenhegemonie und politisches Theater; Mario Kessler: Trotzlisten im antifaschistischen Widerstand; Detlef Nakath: Leben als Balance-Akt

Julia Müller/Hasko Hüning: »Willenbrock« (Filmkritik)

Supplement: Jörg Wollenberg, Pergamonaltar und Arbeiterbildung.

»Linie Luxemburg–Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler« (Peter Weiss)

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-; Abo: € 62,- (erm. € 44,-), Redaktion Sozialismus,  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Fax 040/280 505 68  
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Étienne Balibar

---

## Was für eine Europäische Verfassung?<sup>1</sup>

Was üblicherweise der „Aufbau Europas“ genannt wird, befindet sich in einem Zustand, der nicht gerade zu Optimismus einlädt. Zumindest niemanden, der – wie der Verfasser – schon seit langem der Meinung ist, dass die politischen Perspektiven unserer Zeit, selbst wenn sie sich keineswegs auf die Fragen und Lösungen der „europäischen Probleme“ beschränken, sich dennoch zunehmend auf Rhythmus, Intensität und Universalität dieser Konstruktion beziehen, somit also auf eine Bestätigung Europas als politisches Projekt, und dies nach innen wie nach außen.

Das Jahr 2003 begann mit dem amerikanischen Krieg gegen den Irak, den die große Mehrheit der Europäer ablehnte, den sie jedoch nicht verhindern konnten, sowohl wegen des globalen Ungleichgewichts der Macht, wie aufgrund ihrer eigenen strategischen Spaltungen und ihrer Unfähigkeit, alternative Vorschläge für kollektive Sicherheit auszuarbeiten. Das Jahr ging zu Ende mit dem Scheitern des Gipfels von Brüssel. Dieser vereinte zum ersten Mal die „alten“ und die „neuen“ Mitglieder auf gleicher Augenhöhe, gleichzeitig lief er darauf hinaus, das Verfassungsprojekt des Konvents über die Zukunft Europas, wie es unter Valéry Giscard d'Estaing ausgearbeitet worden war, zu begraben. Dass es so kam, liegt sicherlich nicht in erster Linie daran, dass die Mittlerfunktion bei diesem verpatzten Gipfeltreffen von einem Ministerpräsidenten ausgeübt wurde, der am wenigsten dazu geeignet ist, die politische Autorität und die demokratischen Ansprüche der europäischen Nationen zu verkörpern: dem italienischen Geschäftsmagnaten Silvio Berlusconi. Aber man kann nicht umhin, dies als ein Symbol der „europäischen Misere“ anzusehen, die aufs jämmerlichste mit den immer wieder ausgemalten großartigen Perspektiven kontrastiert, nach denen man hoffte, dem „Niedergang“ des europäischen Kontinents entgegenzutreten, dessen dauerhafte Rolle in der „globalisierten“ Welt zu sichern oder auch, sein wirtschaftliches „Gewicht“ in eine gemeinsame politische Identität zu transformieren.

Selbst wenn dieses Scheitern nicht endgültig sein muss, wird ihm unvermeidlich eine lange Phase der Verhandlungen zwischen den Regierungen folgen, um den „Pragmatismus“ (noch einer dieser Gemeinplätze, den man genauer

---

1 Dieser Text erschien als Leitartikel in der Nr. 13 der Zeitschrift *Lignes* (in Zusammenarbeit mit *Transeuropéennes*), „L'Europe en partage“, Februar 2004 (Leo Scheer-Verlag, Paris).

untersuchen sollte) zurückzugewinnen, von dem man uns sagt, er habe die stetige Entwicklung und Erweiterung der Institutionen der Gemeinschaft seit dem Vertrag von Rom ermöglicht, indem der Öffentlichkeit und vor allem den politischen Eliten in den einzelnen Ländern gleichzeitig die Sicherheit vermittelt wurde, ihre hergebrachten Ordnungen bewahren zu können. Und man könnte sich darüber tatsächlich freuen – wie über das Hinwegfegen eines missglückten Projekts, das die Chance für einen Neuanfang mit ernsthaften Vorschlägen enthielte – wenn solche Vorschläge irgendwo in Sicht wären. Einerlei, ob man sich an die politischen Parteien und die Meinungsmacher, an die Institutionen der sogenannten „Zivilgesellschaft“ oder aber an die „alternativen“ Bewegungen und „globalisierungskritischen Netzwerke“ wendet: Man stößt auf bleierne Schweigen. Besonders auffallend ist hierbei auch die Unfähigkeit der europäischen Gewerkschaften, die zwar jetzt alle in der Europäischen Gewerkschaftskonföderation vereint sind, aber dennoch nicht imstande waren, Ziele zu formulieren und eine gemeinsame Mobilisierung im europäischen Maßstab in die Wege zu leiten, oder auch nur untereinander eine Debatte zur Politik und zur sozialen Dynamik in Europa zu organisieren.

## Europa als Nicht-Identifiziertes politisches Objekt

Muss man aus diesen pessimistischen Feststellungen schließen, dass es für längere Zeit nichts mehr zu sagen oder zu tun gibt, was zu einer „europäischen“ Verfassung führen könnte? Sicherlich nicht, und dies nicht nur aus Gründen der politischen Moral und der intellektuellen Kohärenz. Es könnte tatsächlich sein, dass die Möglichkeit, Europas politische Identität auszumachen, es aus dem Status des „nicht-identifizierten politischen Objekts“ herauszuheben, nicht länger auf der politischen Tagesordnung der kommenden Epoche steht. Dies könnte auf verschiedene Defizite zurückzuführen sein: auf das Fehlen einer günstigen internationalen Konstellation wie von Kräften, deren Eigeninteressen sich bündeln lassen, das Fehlen von Utopien oder Mobilisierungsvorstellungen wie von Persönlichkeiten, deren Talent über das geschickte Wahltaktieren hinausgeht. Aber wenn es stimmt, dass der Aufbau Europas nicht automatisch erfolgt, dass er nach Entscheidungen verlangt und Risiken birgt, die seinen Verlauf umkehren können, so gilt auch, dass er einen sehr langen Prozess darstellt (man ist versucht, von einem „langen Marsch“ zu sprechen), der sich über viele Jahre hinweg entwickelt hat und wahrscheinlich noch länger dauern wird. Er hat bereits jetzt bestimmte Formen des Denkens und der politischen Aktion Vergangenheit werden lassen, außerdem juristische, soziale und kulturelle Fragen so in der öffentliche Arena platziert, dass sie von dort nicht mehr wegzudenken sind. Darum ist es auch wichtig, sorgfältig die Begriffe zu analysieren, mit denen die Inhalte und die Dilemmata des „Aufbaus Europas“ intellektuell bearbeitet werden.

Es könnte also sein, dass die verpasste Gelegenheit in gewissem Sinn auch eine zu ergreifende Chance ist, um auf wirklich radikale Weise folgendes Verhältnis zu untersuchen: auf der einen Seite die *Aporien der Verfassungsdebatte*, die sich weitgehend um die Frage dreht, ob es heutzutage eine politische Alternative zur Form des Nationalstaats gibt, und damit zu dessen Form der Souveränität, nicht nur im extensiven Sinn des Territoriums, sondern auch im qualitativen Sinn der „Öffentlichkeit“ des Handelns und der staatlichen Existenz, auf der anderen Seite das *soziale Bewusstsein von Nöten*, die sich von einer Ecke Europas zur anderen weitgehend ähneln, ein Bewusstsein, das der so reichlich in der Presse benutzte Begriff „Politikverdrossenheit“ verharmlost und schönfärbt: Es genügt, in die ärmeren Viertel der Städte zu gehen, wo die Arbeitslosigkeit wächst und gleichzeitig die Preise steigen, in die Universitäten oder in die Krankenhäuser im Kürzungskoma, in die vom Abbau der Kulturpolitik strangulierten Theater, in die von legalen oder illegalen Immigranten bevölkerten Vororte, die wenig oder gar nichts von Europa erwarten, um zu verstehen, dass hier eher der Begriff Hoffnungslosigkeit zutrifft.

Um das Verhältnis der beiden Phänomene zunächst einmal negativ zu umreißen, greife ich auf den ebenfalls sehr oft missbrauchten Begriff des „demokratischen Defizits“ zurück, weil er, wörtlich genommen, genau diese beiden Dimensionen benennt. Ob die Krise des Aufbaus Europas auch unsere Chance wird, hängt teilweise von uns ab (oder jedenfalls sollten wir aus ihr unsere Chance machen), und sie ereignet sich zu einem Zeitpunkt, an dem man wirklich ohne hohles Pathos sagen kann, dass die Demokratie bedroht ist, und zwar als Form der Institutionalisierung von Politik, bedroht davon, ihren Sinn bei der Masse der Bürger zu verlieren, d.h. bei denen, für die und von denen sie gemacht wird. Ein solcher Verlust an Sinn, Verstehbarkeit und „Sichtbarkeit“ (wie man heute sagt), letztendlich an Wirksamkeit, öffnet jedoch den Weg für erschreckende Alternativen. Im Keim sind sie in dem angelegt, was – wiederum schönfärberisch – als die Ausbreitung der „Populismen“ und die „Revanche der Nationalismen“ bezeichnet wird, die Osten wie Westen betreffen, die formellen Mitgliedsländer der Union, aber auch diejenigen, die freiwillig oder gezwungenermaßen am Rande des europäischen Kontinents verharren, die Bewegungen der extremen Rechten und „sicherheitsfanatische“ Regierungskonzepte. Aber diese Krise ereignet sich auch in einem Augenblick (wie ich bereits andernorts geschrieben habe), da ein offiziell geforderter und von den politischen Kräften einer bedeutenden Weltregion unterstützter politischer Aufbau nur unter der zwingenden Bedingung zu Ende geführt werden kann, dass er einen *Fortschritt der Demokratie* bedeutet, und zwar hinsichtlich der Rechte und der institutionellen Praktiken wie auch im Verhältnis zu dem, was die bestehenden Institutionen selbst als Bestes produziert hatten (vgl. Balibar 2001: 281ff). Wir dürfen diese einander entgegengesetzten Möglichkeiten, diese durch die historische Konjunktur bedingte tendenzielle „Wahl“,

nicht aus den Augen verlieren – zwischen der *Zersetzung der Demokratie*, wenn es zu einem Zusammenbruch des europäischen Projektes oder zu seiner totalen Instrumentalisierung durch die herrschenden Klassen, die es in seinen augenblicklichen Engpass geführt haben, käme, und der *demokratischen Erneuerung*, deren Mittel und Ziel das Engagement für die Reform und Reformulierung des europäischen Projektes sein könnte. Deshalb ist auf die Diskussionen und Ausarbeitungen zurückzukommen, die im Zusammenhang mit der Idee der „europäischen Verfassung“ entstanden sind.

## Wider den „postnationalen Souveränismus“

Den Arbeiten des Giscard-Konvents lang vorausgegangen sind „konstitutionelle“ Diskussionen bezüglich der politischen Form der zukünftigen Europäischen Union. Sie bergen einen großen Reichtum in sich und werfen grundlegende theoretische Probleme auf. Es ist bedeutsam, dass sie zum ersten Mal seit langem (vor allem in Italien und Deutschland) für Juristen, Politologen, und Philosophen einen gemeinsamen Raum des Denkens und Diskutierens wiederhergestellt haben, in dem es auch um die eigentliche Bedeutung des Begriffs „Verfassung“ geht.

Was heute ein Problem darstellt und sogar von vordringlicher Wichtigkeit für die Europäer ist, ist nicht nur die Frage, *welche Verfassung* es für die Europäische Union geben sollte (dazu gehören immerhin so entscheidende Probleme, wie das, welche „Grundrechte“ sie garantieren und fördern sollte, und wie sie die Verteilung der politischen Autorität organisieren soll, wovon die klassische Frage nach der „Gewaltenteilung“ nur einen Teil darstellt). Tiefgehend stellt sich gleichzeitig die Frage, *was eine Verfassung ist*, inwiefern sie demnach direkt oder indirekt eine politische Gemeinschaft begründet (insbesondere, ob sie sich auf der Grundlage von schon bestehenden historischen Einheiten konstituiert oder ob sie diese „auflöst“, um sich direkt an die Individuen, die Bürger zu wenden); inwiefern sie also, um ihr Einheitsprinzip zu definieren, ein juristisches Moment ebenso wie den Wert des Engagements (oder wenn man will der Fundierung) braucht, um in sie ein Versprechen von Dauerhaftigkeit einzuschreiben.

Mit dem Prinzip der Dauerhaftigkeit wird klar gesagt, dass Europa sich keine Verfassung „geben“ kann (mehr oder weniger zentralisiert, mehr oder weniger liberal oder sozial, zur Förderung der Homogenisierung der Ursprungsnationen oder aber zum Schutz ihrer Unterschiede und ihrer Partikularismen), ohne das Problem des Ursprungsakts erneut aufzuwerfen und ohne *Innovationen* vorzunehmen, die sich auf die Geschichte der eigentlichen Idee der Verfassung (die schon viele Etappen durchgemacht hat) zu beziehen. Das Prinzip selbst umgreift mehrere Aspekte.

Es setzt heterogene *Verfassungstraditionen* ein und stellt sie in Konkurrenz zueinander, wobei es sich tatsächlich um national definierte politische Tradi-

tionen handelt, die ein Problem der „Übersetzung“ im eigentlichen Sinne des Wortes darstellen, d.h. ein Problem ohne vorher feststehende Lösung oder dessen Lösung selbst ein Ziel der „Verfassungsgebung“ bildet. Man kann es weder auf den Gegensatz zwischen Traditionen der geschriebenen und der nicht geschriebenen Verfassung reduzieren noch auf denjenigen zwischen Traditionen der Reglementierung und Einschränkung der Gewalt und solchen der Vertretung der *volonté générale*. Hier wird die „dialektische“ Beziehung zwischen Politik und juristischer Form ins Spiel gebracht, und ihr hat der nationalstaatliche Rahmen der Institution eine ganz besondere Form gegeben: Soweit wie möglich wurde sie innerhalb der Staatsgrenzen „neutralisiert“ (oder auch: das Recht, die Regeln und konstitutionellen Prozeduren wurden zu Instanzen der *Entpolitisierung* derjenigen politischen Konflikte, die die Gemeinschaft selbst in Gefahr bringen könnten) und nach außen hin periodisch „intensiviert“ (was darauf hinausläuft, die „Politik“ auf die Wahl von Krieg und Frieden zu konzentrieren, zumindest aber sie permanent mit der Drohung der *Militarisierung* oder der Aufhebung dieser Drohung mit „anderen Mitteln“, wie sie die bewaffnete Gewalt zwischen Nationen darstellt, zu belasten). Selbstverständlich führt die Frage, ob und wie man „Europa verfassen“ kann, notwendigerweise zu einer ganz anderen Art, die Beziehung zwischen Recht und Politik zu denken und zu praktizieren wie auch zu einer Verschiebung ihrer jeweiligen Grenzlinien und Kompetenzen. Was auch immer manche dazu denken oder sagen mögen, so gibt es wenig Aussichten, diese Frage durch eine Reduktion von Politik auf Recht oder durch eine Reduktion von Recht auf Politik aufzulösen (sagen wir Habermas für den einen, Negri für den anderen Fall). Aber man könnte ihr sowohl durch eine Vermehrung der „Quellen“ des Rechtes und der juristischen Legitimität beikommen wie auch dadurch, dass die Notwendigkeit des Konflikts und des produktiven Charakters der Instabilität der Normen im Recht selbst überdacht wird.

Es mag scheinen, dass eine Situation dieser Art alle Merkmale eines „konstituierenden Moments“ aufweist, bei dem die Verfassung weder einfach Produkt der Juristen ist (was der Giscard-Konvent anstrebte, indem er auf traditionelle Art versuchte, nach dem Modell einer Vertragsaushandlung einen „technischen Mittelweg“ zwischen den Forderungen der verschiedenen Parteien zu finden), noch eine schon bestehende und der Geschichte entzogene Idealform, sondern ein politisches Problem und daher letztendlich eine Erfindung. Diese Formulierung (oder die damit verwandte des „konstituierenden Prozesses“) wird jedoch von einigen der klarsichtigsten Teilnehmer an der philosophischen Debatte abgelehnt (vgl. insbesondere Marramao 2003). Sie fürchten die gegenseitige Anziehung der zwei inhärenten Ideen des *konstituierenden Moments*: der *kollektiven Erfindung* im wesentlichen politischer Natur, somit eine neue Form von Verfassung und der *konstituierenden Macht* (traditionsgemäß, von Sièyes zu Schmitt, als Gegensatz zur *konstituierten Macht* der Insti-

tutionen und Staatsorgane verstanden, die heutzutage bei den Verteidigern der Idee der *volonté générale* als Quelle der Regierungs- und Gesetzgebungslegitimität wie auch bei den Theoretikern der *multitude* als soziale Kraft, die Institutionen produziert, immer präsent bleibt). Letztlich befürchten sie, dass der Übergang von einer nationalen zu einer postnationalen oder supranationalen Legitimität als Deckmantel dafür dient, auf europäischer Ebene den Mythos des „souveränen Volkes“ mit seinen essentialistischen Auslegungen wieder einzuführen (was auch mit einer ganzen Reihe von sonstigen Postulaten verbunden wäre: das Volk ist *ein einziges* und *unteilbares*, also *homogen*, sei dies nun ethnisch, kulturell oder gar politisch, und es steht über den Gesetzen, die es durch die Autonomie seines Willens „schafft“). Im europäischen Maßstab hätte dieser Mythos sogar noch weniger Chancen, ohne staatlichen Zwang oder ohne Gewalt durchgesetzt zu werden, als dies in der Geschichte der Nationalstaaten der Fall war.

Ich nehme den Einwand und die Warnung sehr ernst, aber es scheint mir, dass beide zum Teil auf einer *petitio principii* beruhen und dass sie daher das Problem der demokratischen Verfassung der politischen Dimension berauben, ohne die eine solche auf juristische Technologie reduziert wird. Es handelt sich dann um eine *petitio principii*, wenn das Volk – der implizite Bezugspunkt jeder Idee von Demokratie – nicht in seiner historischen Veränderlichkeit gedacht wird, sondern als mythisches Bild, wie es der Nationalstaat konstruiert (und ich denke, dass man präzisieren müsste: der bourgeoise und imperialistische Nationalstaat), um dieses ins Diesseits zu projizieren und sich damit zu legitimieren. Es ist der Staat, der so das „Volk“ konfiguriert, indem er ihm gleichzeitig die Merkmale einer imaginären Allmacht verleiht und ihm bei der Ausübung seiner Macht von vornherein alle Arten von Hindernissen in den Weg legt (man denke an die klassischen Debatten über die Macht, die Verfassung zu revidieren, an das Initiativrecht der Bürger, an die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit usw.). Auf diese Art eignet sich der Staat eine Quelle der absoluten Legitimität an, in modernen Zeiten die einzig unanfechtbare (die Selbstbestimmung der Kollektivität) und verhindert gleichzeitig, dass das „reale Volk“ oder die „Massen“, die die Macht zum Widerstand gegen die etablierte Ordnung repräsentieren, ins politische Feld der legalen Politik eindringen. Sicherlich setzen in der aktuellen Lage einige auf diese Option, nämlich diejenigen, seien sie Schmittianer oder nicht, die in der europäischen Konstruktion im wesentlichen ein Mittel sehen, die Beziehung zwischen Politik und Macht wiederherzustellen, und die „Freund-Feind“-Dialektik wieder in Gang zu setzen (insbesondere im Rahmen einer Konfrontation mit der amerikanischen Hypermacht, oder allgemeiner, in der Perspektive eines globalen Raums, in dem die „Politik“ durch den Wettbewerb strukturiert wäre, im Zweifelsfall auch durch den Zusammenstoß mehrerer regionaler supranationaler Blöcke). Es ist notwendig, sich gegen diesen postnationalen „Souveränismus“ zur Wehr

zu setzen (der in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Umsetzung und Potenzierung des alten 'Staat-Volk-Nation-Mythos'). Dennoch ist damit nicht zu rechtfertigen, dass das Problem der *Bürger-Politik* vernebelt wird, das nicht ein Problem der „Legitimität“ sondern ein Problem der „Teilhabe“, der „Fähigkeit“ und der „Aktivität“ ist: was der junge Marx in seiner von den Debatten der revolutionären Periode inspirierten Terminologie die „legislative Gewalt“ genannt hat – nicht allein im Sinn einer technischen Gewaltenteilung (die *legislative Gewalt* im Gegensatz zur *exekutiven Gewalt*, und gegebenenfalls zu anderen Gewalten), sondern im Sinn einer De-Autonomisierung des Staates und der Verwaltung oder einer praktischen Kritik ihrer „Autonomisierung“, die sie permanent über die Gesellschaft stellt (Marx 1843). Es geht also um die Kontrolle der Regierenden durch die Regierten, bzw. um die „permanente Erziehung“ der politischen Institution und um eine Aufwertung der politischen Rechte der Zivilgesellschaft (oder noch radikaler: um eine Infragestellung der *Trennung* zwischen Zivilgesellschaft und Staat). In diesem Sinn glaube ich an die Notwendigkeit, die *Frage der konstituierenden Macht* ohne vorgegebene Antwort und insbesondere ohne essentialistische Vorannahme erneut aufzuwerfen, wenn sich das europäische Verfassungsprojekt (im juristischen und politischen Sinn) *im Verhältnis zu den konstitutionellen Traditionen*, von denen es herrührt, tatsächlich erneuern soll. Ich möchte diese Notwendigkeit mit einem kurzen Exkurs zur Frage der „Föderation“ veranschaulichen.

## Europa als Föderation

Olivier Beaud (2004) und Kalypso Nicolaïdis (2004) zeigen auf unterschiedliche Weise, dass die Schwierigkeit, Europa als „Föderation“ zu denken, nicht so sehr in der traditionellen Antithese zwischen der Föderation als dezentralisiertem Nationalstaat (Typ USA oder Deutschland) und der Föderation als plurinationaler Allianz (oder Konföderation vom Typ Schweiz oder Kanada) besteht als in der Festlegung des „föderalen Volkes“.

Zielt die Herstellung einer politischen Union nicht darauf ab, zuvor existierende historische Einheiten („Staaten“) zu absorbieren, um ihre Autonomie schrittweise einzuschränken, sondern im Gegenteil darauf, ihnen die Mittel dafür nach Möglichkeit zu erhalten, so zwingt dies Beaud zufolge dazu, sich mit dem „föderalen Dilemma auseinander zu setzen“: Wie definiert man „soziopolitische Homogenität“, *ohne* daraus gleich „kulturelle Homogenität“ (oder gar ethnische Homogenität) zu machen? Wie kann man also eine *sekundäre* Homogenität schaffen, die auf Anerkennung und Respekt gegenüber der *primären* Heterogenität, oder – genauer gesagt – der historisch bedingten Heterogenität gründet, davon qualitativ jedoch abweicht? Diese eigentliche politische Homogenität kann nur auf „Werten“ beruhen, oder, noch besser, auf demokratischen Praktiken, die eine normative Reichweite haben (und die daher gebebe-

nenfalls Maßnahmen zur „Verteidigung der Demokratie“ erforderlich machen, so wie man das flüchtig aus Anlass des Machtantritts der österreichischen neofaschistischen Partei erwogen hat).

Als Abhilfe gegen das „demokratische Defizit“ Europas vertritt Kalypso Nicolaidis demgegenüber, dass nicht zentrale Vorrechte im Namen der Verfassung eines „europäischen Volkes (*demos*)“, dessen Mitglieder direkt durch die Gemeinschaftsinstitutionen „repräsentiert“ sind, verstärkt werden sollten, sondern sie plädiert für eine radikale Dezentralisierung (dies auch im unmittelbaren Wortsinn: Rotation der Entscheidungs- und Vermittlungsinstanzen zwischen allen Hauptstädten Europas), unter der Bedingung, dass die europäischen Staaten gleiche Rechte für ihre Bürger und für diejenigen „verbündeter Staaten“ garantieren und in einen „tugendhaften Wettbewerb“ zur Verallgemeinerung der fortschrittlichsten sozialen und kulturellen Rechte eintreten würden. Auch dies stellt unter Rückgriff auf eine andere Begrifflichkeit einen Vorschlag dar, wie man den abstrakten Gegensatz von Homogenität und Heterogenität überwinden kann, wenn man nämlich eine Perspektive wählt, die nicht von Vorannahmen und der Zuweisung von Identitäten bestimmt ist, sondern von Zielen und konstruktiver Leistung auf der politischen Ebene.

In beiden Fällen, und dies sicherlich nicht zufällig, stößt man auf die Problematik der „inneren Grenze“, die von der Überwindung antagonistischer nationaler Identitäten herrührt, wenn man versucht, deren traditionellen staatlichen Gebrauch gewissermaßen umzukehren, um daraus Instrumente der Kommunikation statt des Ausschlusses zu machen. All das ist aufgehoben, wenn es eine dominante öffentliche Meinung oder einen dominanten politischen Willen gibt, wenn also ein supranationaler „öffentlicher Raum“ existiert, der sich selbst gewisse Regeln auferlegt, oder auch eine Logik der gegenseitigen Anerkennung, die sich selbst stützt und Tendenzen zur Nachahmung und Gleichwerdung entwickelt anstelle der Korporatismen und des „Narzissmus der Unterschiede“ (was man in anderen Sprachen auch „Kommunitarismus“ nennt). Es handelt sich hier nicht notwendigerweise um Teufelskreise. Vielmehr soll das europäische Volk gerade nicht verdinglicht, essentialisiert oder als politisches Subjekt postuliert werden, das Identitäten und historische Solidaritäten transzendieren würde, sondern es soll verstärkt als *immanente Tendenz* in der politischen Praxis der Staaten und der Völker *Europas* existieren, wobei diese Praxis in ihren Inhalten auf die Anstrengung verweist, gemeinsam und auf so egalitäre Weise wie möglich, die sozialen, kulturellen und auch militärischen Probleme zu lösen, die jede Einheit von nun an alleine nicht mehr meistern kann.

Dieses Postulat trägt einen ganz klassischen Namen, wenn man sich an die etymologischen Bedeutungen des Begriffs *politeia* erinnert und daran, wie „Verfassungen“ der Zeit der Aufklärung es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Universalität der Menschenrechte zu institutionalisieren, indem der Zugang zu Bürgerrechten (oder dem Recht auf Politik) verallgemeinert wurde:

Dieser Begriff ist derjenige der *citoyenneté*. Es handelt sich hier wohlgerne nicht darum, europäische Bürgerrechte zu *verleihen*, im Sinn, dass eine „sovereäne Einheit“ ihre Souveränität gerade dadurch manifestiert, dass sie unterscheiden würde zwischen denjenigen, die sie ein- und anderen, die sie ausschließt, zwischen denjenigen, die sie an sämtlichen politischen Rechten teilhaben lässt und anderen, denen sie diese vorenthalten oder nur teilweise gewähren würde. Vielmehr handelt es sich darum, wie die Praktiken der Teilnahme an der „öffentlichen Sache“ im europäischen Raum ausgedehnt und wirksam werden können, auf welchen Ebenen auch immer, und welcher Art auch immer der Typ des „Kollektivs“ sei, im Rahmen dessen die Individuen sich ausdrücken und intervenieren (die Nationen sind dabei offensichtlich privilegierte Kollektive und dies vor allem durch ihren institutionalisierten Charakter; aber offensichtlich können sie nicht die einzigen Träger des „öffentlichen Raums“ bleiben, da die horizontalen nationalen Beziehungen intensiver und die kulturellen oder wirtschaftlichen Praktiken direkt transnational werden). Die erweiterte *citoyenneté* in diesem Sinne unterscheidet sich sowohl vom Korporatismus und vom Kommunitarismus als auch von der staatlichen Souveränität. Daher vertritt ich nicht nur, dass sie die Bedingung und den Inhalt des „konstitutionellen Prozesses“ bilden sollte, im Laufe dessen Europa vielleicht eine eigenständige Konzeption der politischen Institution entwickeln wird, sondern dass sie von Anfang an die eigentliche Form der immanenten Widersprüche der Idee und des Ausdrucks der „Volkssouveränität“ darstellt, die ihrerseits durch die Krise der Nationalstaaten politisch unausweichlich wurde. Aber die Widersprüche können auf produktive Weise nicht gelöst werden, wenn das Politische auf einen Raum der technischen Kontrolle über Kommunikation und Austausch oder aber juristisch auf die Kontrolle von „Prozeduren“ in bezug auf die Universalität von administrativen Entscheidungen reduziert wird, ohne dass auf Gerechtigkeit und Übereinstimmung mit bestimmten „grundlegenden“ Werten der Freiheit und Gerechtigkeit geachtet wird.

## Die sozialen Rechte

Auf dieser Grundlage können wir – zumindest hypothetisch – eine besonders neuralgische Frage der europäischen Verfassung untersuchen, die meiner Meinung nach in hohem Maße dafür verantwortlich ist, dass sich die Mechanik der *juristischen* Definition bremsend ausgewirkt hat. Es geht um die Beziehung zwischen der Institution der sozialen Rechte und dem Postulat eines wirtschafts“liberalen“ Europas.

Die Diskussion, inwieweit der Prozess der europäischen Konstruktion untrennbar mit dem Wirtschaftsliberalismus verbunden ist, ist nicht neu, und sie erfährt durch die „Erweiterung“ der Europäischen Union einen besonderen Akzent. In der öffentlichen Meinung und insbesondere im Diskurs der Regie-

rungen enthält sie erstaunliche Zonen des Nicht-Ausgesprochenen, Ungesagten, sogar des Verbotenen, die daran hindern, ihre grundlegende Bedeutung zu erfassen. Dazu gehört, dass eine formelle Debatte dazu eröffnet wird, in welchem Maße die „sozialen Rechte“ überhaupt als „Grundrechte“ betrachtet werden können, sollen diese ja nicht nur einfach die Freiheit und Rechte des Individuums schützen, sondern sie setzen eine Verteilung und Umverteilung der „öffentlichen Güter“ und der „öffentlichen Dienstleistungen“ durch die Gemeinschaft voraus, was im allgemeinen über kollektive Aktionen, Interessenkonflikte und Verhandlungen zwischen den sozialen Gruppen und dem Staat durchgesetzt wird. Die liberale Ideologie (oder genauer gesagt, die neoliberalen, da die Traditionen des klassischen Liberalismus dazu viel nuancierter sind) verneint solche Grundrechte und sieht in jeder anderen Antwort die Keime einer totalitären Abweichung (die bereits mit einem Minimum an sozialem Schutz oder einer staatlichen Garantie gleichen Zugangs zu öffentlichen Bildungs- oder Gesundheitsdienstleistungen beginnen soll). Die Antwort darauf findet sich auf die Grundlage der politischen *citoyenneté*. Denn es hat sich gezeigt, dass die sozialen Ungleichheiten den machtvollsten Faktor des Ausschlusses aus der politischen Praxis darstellen und daher auch Forderungen nach „gleichem Recht“ oder des gleichen Zugangs zur Repräsentation und zu Entscheidungen verletzen. Im Gegenzug bildeten kollektive Widerstandsbewegungen zur Eroberung oder Verteidigung der sozialen Rechte (insbesondere in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, aber die Erfahrungen anderer Weltregionen widersprechen dem nicht) eine der wirksamsten Formen, den Zugang der Bürger und Bürgerinnen zu einem politischen Ausdruck zu erreichen. Die Frage ist demnach aktueller denn, wie diese Bewegungen sich an neue historische Bedingungen und an einen neuen Raum gewöhnen werden, indem sie Forderungen nach neuen Rechten formulieren, die zur *citoyenneté* gehören und Bestandteil des derzeitigen „konstituierenden Moments“ sind (man kann als Mindestmaß die Forderungen nach Gleichheit der Geschlechter und der Nationalitäten im Zugang zu öffentlichen und privatwirtschaftlichen Funktionen erwähnen, da diese offensichtlich eine der Dimensionen der *citoyenneté* darstellen, hinter die Europa nicht zurückfallen kann, ohne seine eigene historische Glaubwürdigkeit aufzugeben).

Des Weiteren wird die Debatte durch eine sowohl von der „Rechten“ als auch der „Linken“ wach gehaltenen Mythologie überdeckt, der zufolge das europäische Projekt (unter den Bedingungen des Kalten Kriegs als Beitrag zu einer „Verteidigung des Westens“ geboren und danach als Anpassungsinstrument der europäischen Gesellschaften an die Beschleunigung der kapitalistischen Globalisierung neu fundiert) notwendigerweise an eine wirtschaftlich liberale Perspektive gebunden sei, in der die öffentliche Macht keine andere Funktion hat als den formalen Rahmen der Konkurrenz und „des Überlebens des Anpassungsfähigsten“ zu garantieren. Hierbei wird allerdings übersehen, dass die

Konstruktion Europas zumindest von den 1950er bis in die 1980er Jahre hinein als Motor ein beeindruckendes Zusammenwirken von öffentlicher Entwicklungs- und wirtschaftlicher Modernisierungspolitik, von technologischer Innovation und wissenschaftlicher Zusammenarbeit gehabt hat. Zudem hat hierbei zwischen den zwei wirtschaftlichen Entwicklungslogiken immer zumindest ein Konflikt bestanden. Es stimmt demgegenüber, dass eine große Zahl dieser Politikfelder (deren Symbol vielleicht die gemeinsame Landwirtschaftspolitik ist) schon seit langem (und insbesondere unter dem Druck von Regierungen, wie der französischen, die unter dem Einfluss von machtvollen Wählerlobbys standen) in eine Logik des Korporatismus und des „Brüsseler“ Bürokratismus eingesperrt wurden. Und es ist unbestreitbar, dass der Kontext des triumphierenden Neoliberalismus, der politischen wie wirtschaftlichen „Stabilitäts“pakete, um die herum die aufeinander folgenden Erweiterungen verhandelt wurden, mit der zunehmenden Durchsetzung der Dogmen der Orthodoxie der Marktgesellschaft einher ging, insbesondere mit dem monetaristischen Dogma der „strengen Haushaltsführung“. Auf diese Weise ist die gemeinsame Politik allmählich zu einer Politik der Blockierung, sogar der Zerstörung dessen, was sie selbst aufgebaut hat, geworden. Ab einem bestimmten Grade hat dies nichts mehr mit situativen Entscheidungen zu tun, die umkehrbar wären, sondern es wird daraus ein „konstitutiver“ Aspekt des Projekts selbst.

Schließlich ist die Diskussion der Beziehung zwischen dem Aufbau Europas und dem Liberalismus teilweise durch die gleichfalls links wie rechts verbreitete Überzeugung verfälscht, eine umverteilende Sozialpolitik und die „voluntaristische“ oder „planende“ Wirtschaftspolitik, die sie unterstützen würde, könnten nichts anderes als eine Zunahme an Staatlichkeit und eine Stärkung staatlicher Kontrolle über das soziale Leben bedeuten, also eine verstärkte *Abhängigkeit* der Individuen von einer bürokratischen Macht, die immer weiter von ihren realen Bedürfnissen, Meinungen und Wahrnehmungen entfernt ist. Wenn der Wohlfahrtsstaat, der aus den Klassenkämpfen und den Bewegungen für die „sozialen Bürgerrechte“ des 20. Jahrhunderts (um den durch T.H. Marshall verbreiteten Begriff aufzugreifen) tatsächlich ein in der Geschichte nie da gewesenes Instrument der Zentralisierung, der „Disziplinierung“ und der Einebnung der sozialen Unterschiede war, wie ginge es dann mit einem Sozialstaat zu, der nicht mehr nur national, sondern supranational agieren würde?<sup>2</sup> Darauf kann man antworten, dass der Sozialstaat sich nicht ohne einen permanenten Konflikt entwickelt, der weit davon entfernt ist, ihm äußerlich zu sein, sondern im Gegenteil die Bedingung seines Bestehens bildet, und der im Sinne dessen, was ich andernorts das „Machiavelli-Theorem“ genannt

---

2 Vgl. zur Konstruktion und den antithetischen Formen des nationalen Sozialstaats im Europa im 20. Jahrhundert das unersetzliche Werk von Donald Sassoon (1998). Zu den Konsequenzen seines Abbaus im Sinne einer „negativen Individualisierung“, vgl. die Arbeiten von Robert Castel, insbesondere Castel (2003).

habe (Balibar 2003: 125ff), eine *faktische Institution* der „konfliktuellen Demokratie“ darstellt (also einer konfliktgeladenen, instabilen Form der Demokratie, in der Konsens nichts als ein relatives Ideal für bestimmte Momente und bestimmte Gruppen ist) und einen (prinzipiell) „europäischen“ Beitrag zur Idee der Verfassung bildet. Bevor ein etatistischer Moloch geschaffen wäre, würde eine Erneuerung der Sozialpolitik in Europa Konflikte aufbrechen lassen, d.h. zu einer Debatte um wirkliche Einsätze führen, also zu ... Politik.

### Zur sozialen Staatsbürgerschaft!

Tatsächlich gehört das „Non-Dit“ der europäischen Verfassung, das „Ungesagte“ auf eine andere Ebene als die Fragen der Doktrin, des Prinzips oder der Geschichte. Es betrifft die letztendliche Bedingung der Sozialbürgerschaft, den Verlauf der Demarkationslinie zwischen dem Politischen und dem Wirtschaftlichen, heute verfassungsmäßig vom Politischen *geschieden* (und vor diesem in Schutz genommen), als Teil des „Nicht-Politischen“, das aber genau darum als Souverän oder „Meister“ des „Politischen“ etabliert ist. Auch hier muss man sich vor Vereinfachungen hüten, da es bei dieser Demarkationslinie fluktuierende Elemente und juristische Verschiebungen gibt, die nicht zufällig sein können. Sind nicht zum Beispiel die Haushaltsregeln, die die Budgetdefizite auf maximal 3% des BIP beschränken, gerade vom Typ einer Verfassung, da sie aus dem „Stabilitätspakt“ resultieren, der dem Vertrag von Amsterdam aufgrund einer Entscheidung des europäischen Gipfels beigefügt ist und von einem anderer Gipfel leicht wieder aufgehoben werden könnte?

Im Gegensatz dazu wird der „harte Kern“ von den Statuten der Europäischen Zentralbank gebildet, die sowohl die Unabhängigkeit gegenüber Regierungsentscheidungen, seien sie national oder europäisch, umfassen, sowie den Erhalt des Wertes des Euro und das Verbot inflationärer Geld-Emissionen. Viel mehr als beim Phantom der Volkssouveränität, handelt es sich hier tatsächlich um ein machtvolles Überleben des Prinzips der Souveränität, um so mehr als diese von nun an in gewisser Distanz zum Staat (wenn auch nicht zu den sozialen Kräften, die ihn dominieren) etabliert ist, die Form der Verfassung von innen bestimmt und ihr einen absolut undemokratischen Charakter aufdrückt. Man sollte festhalten, dass dieser die Europäische Zentralbank betreffende Teil der faktischen Verfassung der Eröffnung des offiziell so genannten „Verfassungsgebenden Prozesses“ vorangegangen ist und diesen bedingt hat, und dass wohlgemerkt niemals davon die Rede war, ihn wieder in Frage zu stellen, da er ja „das Politische“ nicht betraf.<sup>3</sup>

Es geht hier nicht um die formelle Trennung der Gewalten, sondern um die

---

3 Dieser außergewöhnliche Charakter der Statuten der Europäischen Zentralbank, selbst im Verhältnis zu denen der amerikanischen Zentralbank, ist mehrfach unterstrichen worden, insbesondere durch den Nobelpreisträger und ehemaligen Chef der Weltbank Joseph Stiglitz.

Festschreibung von Ungleichheit. In Frankreich und anderswo redet man immer mehr von der Notwendigkeit, sich ein Europa „mit veränderlicher Geometrie“, „mit zwei Geschwindigkeiten“ vorzustellen, oder dies wird auch als bereits bestehendes Faktum festgestellt. Aber das Europa der zwei Geschwindigkeiten besteht nicht so sehr zwischen Nationen, sondern innerhalb von Gesellschaften und genau aus diesem Grund hat es einen zutiefst selbstzerstörerischen Effekt: Das reiche Europa, insbesondere das der Finanzunternehmen (oder das der Industrieunternehmen, die sich in Finanzunternehmen verwandeln, wie Alcatel) transnationalisiert sich und verlagert seine Standorte auf globaler Ebene, es installiert sich der Tendenz nach jenseits von Europa. Dagegen bleibt das arme Europa, das der Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten, der Menschen auf dem Weg zur Reproletarisierung, der Studierenden in Institutionen ohne finanzielle Mittel und ohne internationale Anerkennung, der Lehrer mit der Aufgabe, das erbärmliche Leben in den Vororten zu verwalten, dieses Europa bleibt auf den Bereich „innerhalb“ von Europa fixiert. In diesem „nationalen“ oder sogar *lokalen* Rahmen ist dennoch von den traditionellen Lebensweisen und Identitäten nichts übrig geblieben. Es herrscht eine erzwungene Immobilität vor, bei der private Solidarität den Niedergang der sozialen Schutzinstitutionen mehr schlecht als recht ersetzt. Hier besteht ein Gefühl der gesellschaftlichen Machtlosigkeit, die geradezu das Herausfallen aus dem Raum der *citoyenneté* bedeutet. Diese Situation steht im Widerspruch zu den durch die Charta der Grundrechte (die als Zweiter Teil in die Verfassung aufgenommen wurde) proklamierten Zielen, deren Formulierungen gewollt sehr allgemein gehalten sind. Die beschriebene Situation entspringt aus der Konstruktion eines „föderativen“ Modells, innerhalb dessen die Idee der Volkssouveränität in Frage gestellt wird, während gleichzeitig die Trennung des Politischen und des Wirtschaftlichen dazu führt, dass die Finanz- und Geldmacht souveräne Autorität erhält.

Es ist tatsächlich nicht daran zu denken, in Europa auf dem Gebiet der Sozialpolitik oder der Lokalpolitik zivilgesellschaftliche Praktiken zu institutionalisieren und neue Rechte zu aktualisieren, so lange die Massenarbeitslosigkeit eine unerschütterliche, durch die Verfassung geschützte Realität bleibt. Faktisch ist es verboten, eine keynesianische Politik zur Ankurbelung der Wirtschaft umzusetzen, da diese öffentliche Investitionen und damit auch öffentliche Defizite erfordern würden.<sup>4</sup> Ohne derartige Strategien gibt es jedoch weder den kollektiven Kampf gegen Ungleichheiten, noch die Reintegration der „ausgeschlossenen“ und in die Spirale des „negativen Individualismus“ (Robert Castel) getriebenen Bevölkerungsgruppen, ebenso wenig wie Auswege aus der Gewalt zwischen den Generationen oder innerhalb der Stadtviertel (vgl. dazu Beaud/Pialoux 2003), die Überwindung des „sozialen Leids“ (Dejours 1998)

---

4 Ich schließe mich in dieser Hinsicht den Vorschlägen von Yann Moulier-Boutang (2003: 17) an.

oder die Infragestellung des Systems der verdeckten *Apartheid*, die mit der Umgestaltung der äußeren Grenzen der Europäischen Union zu Frontlinien eines (defensiven, aber mörderischen) Kriegs gegen die Armut des Rests der Welt werden (Dal Lago/Mezzadra 2002). Auch ein Ende im Kampf gegen den Prozess der kulturellen Verarmung, der aus dem fortschreitenden Abbau staatlicher Kultursubventionen folgt, ist nicht in Sicht.

Werden die Dogmen der monetaristischen Orthodoxie, die durch die Verträge institutionalisiert wurden, die der augenblicklich vorgeschlagenen Verfassung vorausgegangen sind, in Frage gestellt, so wird dies erhebliche Konflikte hervorrufen. Ob es sich um den offenen Konflikt mit der amerikanischen Politik handelt (die sich Defizite des Haushalts und der Handelsbilanz leistet, die ohne Beispiele in der modernen Geschichte sind und die USA auf Kosten der ganzen Welt leben lässt, was aber auch erklärt, warum sie das Monopol auf dieses Modell erhalten wollen), um die Machtprobe zwischen Staaten, deren Kapital auf der Suche nach spekulativen Investitionen mit schneller Rendite und ohne jede Überwachung ist, oder um die mögliche Wiedergeburt der sozialen Bewegungen, die aus den Folgen der Deindustrialisierung und der Etablierung einer Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten entstehen kann. Vielleicht werden die Konflikte in jedem Fall ausbrechen, dann aber unter Umständen, die für das europäische Projekt einer demokratischen Verfassung noch zerstörerischer sind. In jedem Fall ist es müßig, die Gründe für dessen Blockierung bei den laut tönenden Verlautbarungen der Politiker (über die strategischen und taktischen Differenzen zwischen den Regierungen) zu suchen, während das verschleiert wird, was sie, im stillen Einverständnis, zurückdrängen.

*Aus dem Französischen übersetzt von Carla Krüger,  
bearbeitet von Dorothea Schmidt*

## Literatur

- Balibar, Étienne (2001): *Nous, citoyens d'Europe? Les frontières, l'Etat, le peuple*, Paris, Editions La Découverte
- Balibar, Étienne (2003): *L'Europe, l'Amérique, la Guerre. Réflexions sur la médiation européenne*, Paris, Éditions La Découverte.
- Marramao, Giacomo (2003): *Passaggio a Occidente. Filosofia e globalizzazione*, Bollati Boringhieri.
- Marx, Karl (1843): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: *MEW* 1, S.201-333.
- Beaud, Olivier (2004): La question de l'homogénéité dans une fédération. Des Etats-Unis d'Amérique à l'Europe, in: *Lignes* 13.
- Nicolaïdis, Kalypso (2004): Notre 'démocratie' européenne. Réflexions sur le débat constitutionnel, in: *Lignes* 13.
- Sassoon, Donald (1998): *One Hundred Years of Socialism: The West European Left in the Twentieth Century*, New York, The New Press.
- Castel, Robert (2003): *L'Insécurité sociale. Qu'est-ce qu'être protégé?*, Éditions du Seuil, 2003.
- Moulier-Boutang, Yann (2003): Europe constituante, in: *Multitude*, Nr. 14.
- Beaud, Stéphanie; Pialoux, Michel (2003): *Emeutes urbaines, violence sociale*, Fayard, Paris.
- Dejours, Christophe (1998): *Souffrances en France. La banalisation de l'injustice sociale*, Seuil, Paris.
- Dal Lago, Alessandro; Mezzadra, Sandro (2002): Les frontières impensées de l'Europe, in: H. Friese, A. Negri, P. Wagner (Hrsg.), *Europa Politica. Ragiona di una necessità*, Manifestolibri, Rom.

Tobias Pflüger

## Gegen diesen EU-Verfassungsvertrag

### Die gemeinsame „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ als konstitutives Element der EU-Verfassung

Die Europäische Union als ziviler Akteur? Schön wäre es. Leider ist die Wirklichkeit eine andere. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gewinne „mit Lichtgeschwindigkeit“ an Gestalt, hatte jüngst der außenpolitische Repräsentant der EU, Javier Solana, erklärt. Er hat recht mit dieser Feststellung. Was die einen offen zugeben, versuchen andere zu vertuschen. Die Grüne Europaparlamentarierin Angelika Beer, bescheinigte der Friedensbewegung in der *Frankfurter Rundschau* „absolute Orientierungslosigkeit“ hinsichtlich der behaupteten „Militarisierung der EU.“ Sie ging noch einen Schritt weiter und prophezeite den antimilitaristischen Kritikern des EU-Verfassungsvertrages „bei den Nationalisten zu landen“. Aber nicht diejenigen, die expansionistische Aspekte der EU-Politik kritisieren, befördern den Nationalismus. Nationalismus wird dort begünstigt, wo die Idee der Europäischen Demokratie instrumentalisiert wird für Sozialabbau und militärische Aufrüstung. Nationalismus wird dort begünstigt, wo die Chance für eine offene und breite gesellschaftliche Debatte über die Inhalte des EU-Verfassungsvertrages vertan wird. Nationalismus wird dort begünstigt, wo der Ratifizierungsprozess durchgepeitscht wird, ohne die Bevölkerung zu fragen.

In anderen EU-Staaten wird derzeit vehement über den Vertrag gestritten. Die französischen Sozialisten veranstalteten gar eine Abstimmung in der Parteimitgliedschaft. Die Bundesregierung hat die

Ratifizierung des Verfassungsvertrages zügig und ohne großes Aufsehen hinter sich gebracht. Weder CDU/CSU noch SPD und Grüne haben ernsthafte Schritte unternommen, um ein Referendum über den EU-Verfassungsvertrag in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Die Entscheidung am 12. Mai im Bundestag und 27. Mai im Bundesrat ist gut terminiert: unmittelbar vor dem Referendum am 29. Mai in Frankreich. Wolfgang Thierse will mit dem Votum des Bundestages „positiven“ Einfluss auf das Referendum in Frankreich nehmen. Auch nach dem Willen von Fischer und Schröder soll der europäische Verfassungsgedanke noch schnell von Deutschland nach Frankreich hinüberspringen. Derzeit (Mitte Mai) sagen die Umfragen in Frankreich eher das Gegenteil: Ein Großteil der französischen Bevölkerung lehnt den EU-Verfassungsvertrag ab. Da Gewerkschaften, linke Parteien und Bewegungen in Frankreich die Kritik am Verfassungsvertrag vorrangig mit sozialen Inhalten begründen, hatten die Nationalisten der Front National bislang kaum Gelegenheit, darüber neuen Rassismus in der Gesellschaft zu schüren. Während im Nachbarland auf Großveranstaltungen über den EU-Verfassungsvertrag debattiert wird, findet man in der Bundesrepublik Deutschland nur einige wenige Spezialisten, Juristen und wenig Parlamentarier, die den 500-seitigen Vertragstext überhaupt kennen. Selbst Bundestagsabgeordnete kneifen, wenn sie zu diesem Thema auf Podien eingeladen

werden. Der zuständige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hans-Martin Bury, ist einer der wenigen, die den Verfassungstext genau kennen. Aber auch er wollte noch im November letzten Jahres nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit darüber diskutieren und zwar Montagvormittags im kleinen Kreis in den Räumen einer Kirchengemeinde. Und Gernot Erler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, arbeitete jüngst auf einem Podium der Evangelischen Akademie in Bad Boll mit einer seit Oktober letzten Jahres nicht mehr gültigen Textausgabe. Auch bei Frau Christiansen war bis zum Verfassen dieses Artikels die zukünftige EU-Verfassung noch kein honorables Thema. Geht man so mit einer zukünftigen Verfassung um? Bislang wurde die Chance für eine offene gesellschaftliche Debatte über europäische Verfassungsziele vertan. Aber die Kritik am verabschiedeten Vertragstext nimmt zu: aus Teilen der Gewerkschaften, aus attac, der PDS und insbesondere Organisationen der Friedensbewegung. Nun hat sich die Bundesregierung entschlossen einen gläsernen Großtransporter durch die Lande zu schicken, um über den EU-Verfassungsvertrag aufzuklären. Der „Propaganda-Truck“ wurde im April On-the-road geschickt. Aber er kommt in den meisten Bundesländern erst an, wenn der Bundestag schon entschieden hat.

Die linke Fraktion im Europaparlament, der ich seit Juni letzten Jahres angehöre, die Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), lehnt den Verfassungsvertrag fast einstimmig ab. Befürworter verweisen gerne auf die Integration der Grundrechtecharta in den EU-Verfassungsvertrag. Tatsächlich wäre die Verankerung sozialer und demokratischer Bürgerrechte auf EU-Ebene ein Fortschritt.

Die Debatte um die Grundrechtecharta beginnt oft mit der Behauptung, die Charta sei ohne Änderungen zur Gänze in den Verfassungsvertrag übernommen worden. Schaut man sich dagegen den

Text der Charta genau an, fällt auf, dass von der Regierungskonferenz in Artikel II-112 ein neuer Absatz 7 eingefügt wurde. Im Entwurf des Konvents (CONV 850/03) gab es noch keinen Verweis auf die so genannten Erläuterungen. Jetzt wurde jedoch eingefügt: „Die Erläuterungen, die als Anleitung für die Auslegung der Charta der Grundrechte verfasst wurden, sind von den Gerichten der Union gebührend zu berücksichtigen.“ Und in der Erklärung Nr. 12, die Teil des Verfassungsvertrages ist, wurde festgehalten: „Diese Erläuterungen haben als solche keinen rechtlichen Status, stellen jedoch eine nützliche Interpretationshilfe dar, die dazu dient, die Bestimmungen der Charta zu verdeutlichen.“ Vielfach wurde festgestellt, dass diese Erläuterungen die Grundrechte wesentlich einschränken, ja in Teilen das Gegenteil des Grundrechts aussagen. Durch die Erklärung Nr. 12 wurde die Charta zudem auf die hinsichtlich der Grundrechte restriktive Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) verpflichtet.

Nicht weniger einschneidend für die Wirksamkeit der Grundrechtecharta ist folgende Bestimmung in Artikel II-111 Abs. 2 des Verfassungsvertrags: „Diese Charta dehnt den Geltungsbereich des Unionsrechts nicht über die Zuständigkeiten der Union hinaus aus und begründet weder neue Zuständigkeiten noch neue Aufgaben für die Union, noch ändert sie die in den anderen Teilen der Verfassung festgelegten Zuständigkeiten und Aufgaben.“ Was im Hinblick auf die nicht gewollte zusätzliche Aneignung von Kompetenzen durch die Europäische Union sinnvoll erscheinen mag, ist hinsichtlich der Grundrechtsgeltung im Bereich der Innen- und Justizpolitik fatal, denn die EU verfügt in diesem Bereich nur über stark eingeschränkte Zuständigkeiten. Das bedeutet in der Konsequenz, dass es ein EU-weites oder grenzüberschreitendes Streikrecht praktisch nicht geben wird und soziale Rechte nicht zur Anwendung kommen werden.

Im Unterschied dazu erhalten neoliberale Grundsätze in diesem Vertrag Verfassungsrang und stehen über dem Recht in den 25 Einzelstaaten. Die Wirtschaftsordnung der EU wird pur kapitalistisch definiert als „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“. Eine europäische Verfassung sollte aber grundsätzlich offen lassen, für welche Wirtschaftsordnung sich die Mitgliedsländer entscheiden. Insbesondere darf kein Zwang zu Privatisierungen ausgeübt werden.

Meine Hauptkritik an diesem Vertrag ist die Militarisierung der Europäischen Union, ihre Konstituierung als weltweit auch militärisch agierende Macht. Diese Entwicklung wird durch den neuen EU-Vertrag in Verfassungsrang erhoben.

Im Folgenden möchte ich darstellen, warum die These von der Militarisierung der Europäischen Union stimmig ist. Dies lässt sich an drei Dokumenten belegen: dem EU-Verfassungsvertrag, der Europäischen Sicherheitsstrategie und dem *European Defence Paper*.

## Der Verfassungsvertrag

Die so genannte „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) und die „gemeinsame Verteidigungspolitik“ nehmen eine zentrale Stelle im Verfassungstext ein. Die Regelungen insbesondere für die Militärpolitik sind sehr detailliert. Deutlich wird: Es ist das offensichtliche Ziel des EU-Verfassungsvertrags, die Europäische Union für die globale Kriegsführungsfähigkeit fit zu machen. „Die meisten Fortschritte gewährt die Verfassung im spezifischen Bereich der Gemeinsamen Sicherheitspolitik, wobei die Regierungskonferenz wichtige Fortschritte verankert hat, die sogar über das hinaus gehen, was vom Konvent vorgeschlagen worden war“. So heißt es im Bericht von Richard Corbett, Íñigo Méndez de Vigo (A6-0070/2004) – Verfassung für Europa, mit dem der Verfassungsvertrag im Europäischen Parlament mehrheitlich gebilligt wurde und zudem „rückhaltlos seine Ratifizierung“

befürwortet wurde.

Der Vertrag ermöglicht der EU, die „auf militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen“ (Art I-41, Abs. 1). Diese werden in Artikel III-309, Absatz 1 präzisiert und umfassen u.a. „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen“, die „Bekämpfung des Terrorismus“ und brisanterweise auch „die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“. Unabhängig davon, wie man dazu steht, ist unbestritten, dass die EU-Verfassung militärische Kampfeinsätze als integralen Bestandteil der künftigen europäischen Außenpolitik definiert und somit von einer „Zivilmacht EU“ keine Rede mehr sein kann. Zudem wird Aufrüstung zum Verfassungsgebot. Unmissverständlich heißt es im Text: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten regelmäßig zu verbessern“ (Art. I-41, Abs. 3). Damit nichts dem Zufall überlassen bleibt, soll eine „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung“ (Europäische Verteidigungsagentur, bis Juni 2004 hieß es noch: „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“) die Aufrüstung überwachen und „zweckdienliche Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors“ durchsetzen (III-311). Gravierend ist auch, dass das EU-Parlament und der Europäische Gerichtshof explizit aus der Kontrolle der Außen- und Militärpolitik ausgeschlossen sind. Allein der EU-Ministerrat trifft die Entscheidung über Krieg und Frieden (I-41, Abs. 5).

Durch das Europäische Parlament (EP) kann die Militarisierung der EU nicht aufgehoben werden, wie manche behaupten. Im Bereich der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird mit dem Verfassungsvertrag ein schlimmes und völlig inakzeptables Demokratie-Defizit der EU weiter festgeschrieben, nämlich der Ausschluss des Parlaments von der Mitentscheidung

und Kontrolle. Diese Entmachtung des Europäischen Parlaments widerspricht den im Vertrag beschworenen Werten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und seinen friedensorientierten Zielen. Die Entscheidungsmacht des EP in diesen Fragen tendiert gegen Null. Die bisherige Entmachtung des EP durch Art. 21 EU-Vertrag wurde beibehalten.

Mit der Verfassung soll keine Erhöhung des Einflusses des EP in außen- und sicherheitspolitischen Fragen stattfinden. Das EP wird ausdrücklich reduziert auf Anhörung und Unterrichtung. So heißt es in Art. I-40, Abs. 8: „Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik regelmäßig gehört. Es wird über ihre Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.“ Das EP kann folgenlose Anfragen und unverbindliche Empfehlungen an den Ministerrat und den Außenminister richten. Statt einmal jährlich wie bisher, darf es nun zweimal jährlich „über die Fortschritte bei der Durchführung“ der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik debattieren (Art. III-304). Besonders augenfällig wird die Ohnmacht des EP in seinem verfassungsrechtlichen Verhältnis zu dem neu vorgesehenen Außenminister der EU. Dieser „hört das Europäische Parlament und unterrichtet das EP (...). „Er achtet darauf, dass die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden.“ Welch eine undemokratische und rechtsstaatswidrige Umkehrung des Verhältnisses von Legislative und Exekutive! Müsste nicht umgekehrt das EP den Minister anhören und ihn kontrollieren? „Darauf achten“ und „gebührende Berücksichtigung finden“ sind verschwommene Phrasen ohne fassbaren und verpflichtenden Inhalt. Hinzugefügt werden muss, dass in diesem Bereich auch die Europäische Kommission wenig und der Europäische Gerichtshof nichts zu sagen haben. Die Militarisierung der EU bleibt das Geschäft der Regierungen.

Von besonderer Brisanz ist auch die in Artikel I-41,6 und III-312 festgeschriebene „ständige strukturierte Zusammenarbeit“ auf militärischer Ebene, die mit einem Zusatzprotokoll jetzt genau definiert wird. Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ ist nichts anderes als ein militärisches Sonderbündnis innerhalb der EU auf Dauer, in dem sich die „Fähigen“ und „Willigen“ zusammenschließen können. Hier hat ein militarisiertes Kerneuropa, eine Art Sonderbündnis, seinen institutionellen Ort im neuen EU-Vertrag. Die Entscheidung über die Begründung der „ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ wird ausnahmsweise mit qualifizierter Mehrheit getroffen, kann also von widerspenstigen EU-Mitgliedern nicht verhindert werden (Art. III-312 Abs. 2). Neuaufnahmen in den Club der Kriegsbereiten und Ausschlüsse aus ihm sind nach einem komplizierten Abstimmungsverfahren möglich.

## Die Europäische Sicherheitsstrategie

Noch während der EU-Verfassungsvertrag debattiert wurde, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2003 einvernehmlich die so genannte „Europäische Sicherheitsstrategie“ (ESS), die drei strategische Ziele benennt: Erstens den Kampf gegen Terrorismus, zweitens den Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und drittens Hilfe für „gescheiterte Staaten“ als Mittel gegen organisierte Kriminalität.

Entscheidend ist die Schlussfolgerung für das außenpolitische Handeln der EU, die aus dieser Bedrohungsanalyse gezogen wird: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art.“ Die Natur dieser Bedrohungen erfordere ein präventives Handeln:

„Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikte und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.“ Zwar räumt die ESS an gleicher Stelle ein, diese Gefahren könnten nicht mit „reine militärischen Mitteln bewältigt werden“, aber eben auch und wohl auch primär.

„Verteidigungslinien“ im Ausland und „frühzeitiges“ militärisches Handeln, sind Umschreibung für „Angriffsaktionen“ und ein Angriff bevor der Gegner angreifen kann, ist so etwas ähnliches wie ein Präventivkrieg. Stillschweigend nähert sich die EU mit der ESS an die oft und gern kritisierte Präventivkriegsstrategie der US-amerikanischen „National Security Strategy“ (NSS) an.

## Das European Defence Paper

Was genau Europas Strategen zu „verteidigen“ gedenken, erklären sie im „European Defence Paper“, das auf Basis der ESS militärische Einsatzszenarien für das Jahr 2010 entwirft und die Grundlage für ein künftiges europäisches Weißbuch darstellen soll. Es werden fünf Optionen von Militäreinsätzen deklariert, zu denen die EU in der Lage sein müsse, die dritte Option ist ganz offen das so genannte Präventivkriegskonzept! Angriffskriege werden damit auch auf europäischer Ebene verankert. Selbst nukleare Optionen werden nicht mehr ausgeschlossen! Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium und Mitautor des „European Defence Paper“, stellt in einem Beitrag in der *FAZ* vom Oktober 2004 zufrieden fest, dass das Thema „Präemption/Prävention“ in dem Dokument zwar vorwiegend unter dem Aspekt von Kriegseinsätzen mit konventionellen Streitkräften und operativen Spezialkräften behandelt wird. „Immerhin“ werde aber die Möglichkeit erwähnt, britische und französische Nuklearstreitkräfte „explizit oder implizit“ einzubeziehen.

Neben diesen Szenarien werden zusätzlich Soldaten für „Regionalkriege zur

Verteidigung europäischer Interessen“ bereitgestellt. Das diesbezügliche Szenario verdeutlicht eindrucksvoll, dass nicht humanitäre Erwägungen sondern die militärische Wahrung ökonomischer Interessen die Triebfeder der europäischen Militarisation darstellt: „Künftige regionale Kriege könnten europäische Interessen tangieren (...), indem europäische Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Beispielsweise durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder einer massiven Erhöhung der Energiekosten, der Störung der Handels- und Warenströme.“ (S. 81)

Konkret wird folgendes, offensichtlich an den Golfkrieg 1991, der auch offen als Vorbild benannt wird, erinnernde Szenario beschrieben: „In einem Land x, das an den indischen Ozean grenzt, haben anti-westliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.“ (S. 83) Ziel sei es, „das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallation, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten.“ (S. 83)

Die Militarisation der EU ist somit bereits Realität. Die EU-Verteidigungsminister haben im März 2004 mit dem so genannten „Head-Line Goal 2004“ einen Fahrplan zur globalen Kriegsfähigkeit beschlossen, der von den Staats- und Regierungschefs beim Gipfel im Juni 2004 abgesegnet worden ist. Der Plan sieht vor, eine hoch gerüstete Streitmacht aufzubauen, die im Jahr 2010 unter einheitlichem EU-Kommando für weltweite Militärinterventionen zur Verfügung stehen soll. Zwei Säulen der dafür vorgesehenen Truppen befinden sich derzeit im Aufbau: Die europäische Eingreiftruppe, die bis zu 60.000 Soldaten zum Einsatz bringen und für längere Zeit in einer Krisenregion stationieren soll, und die „battle groups“, kleine Kampfverbände von jeweils 1.500 Elitesoldaten, die als erste Einheiten in ein Kriegsgebiet entsandt werden und den Eingreiftruppen den Weg freikämpfen müssen. Dabei wird wiederum auf das Protokoll zur

„ständigen Strukturierten (militärischen) Zusammenarbeit“ verwiesen, das die Dimension der kerneuropäischen Militarisierung im künftigen Verfassungsvertrag fixieren soll.

In Brüssel wird denn auch lediglich diskutiert, wie eng die Militärmacht EU an die NATO gebunden werden soll. Die Prämissen der Herstellung globaler militärischer Interventionsfähigkeit und der dazu nötigen Aufrüstungen, werden dagegen nicht mehr hinterfragt.

Oft wird die Frage gestellt, ob die Militarisierung der EU nicht die natürliche und unvermeidliche Folge des eingeschlagenen Wegs immer intensiverer Integration in Richtung auf einen supra-staatlichen Verbund ist, der in der Welt mitreden will. Ist das aber nicht ein verhängnisvoller Weg? Warum soll dieser Weg zwangsläufig sein? Die internationale Rolle und die Glaubwürdigkeit der EU hängen nicht von ihren militärischen Fähigkeiten und deren Einsatz ab, sondern von ihrem zivilen Beitrag zu Frieden und Sicherheit. Die Militarisierung der EU ist zur Erreichung der proklamierten Ziele unnötig, sie wird internationale und innerstaatliche Konflikte einer Lösung nicht näher bringen. Im Gegenteil: Sie führt zu neuem Wettrüsten auf Kosten sozialer Belange in den Mitgliedstaaten und zu Lasten der Hilfe für Entwicklungsländer. Im Übrigen wird eine EU-Militärmacht die nationalen Streitkräfte keineswegs ablösen. Der Verfassungsauftrag zur Militarisierung liegt nicht im Interesse der europäischen Bevölkerungen, sondern dient dem Profit- und Machtstreben der in der EU politisch und ökonomisch herrschenden Kräfte.

Ein europäisches militärisches „Gegengewicht“ gegen die Weltmachtspolitik der USA kann angesichts der uneinholbaren militärischen Übermacht der USA ohnehin nicht geschaffen werden. Entstehen wird lediglich eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den USA, der NATO und der EU. Soweit diese Militarisierung „Kampfeinsätze“ und andere Militäraktionen

außerhalb des Kapitels VII der Charta der Vereinten Nationen vorsieht oder ermöglicht, stellt sie eine Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen dar. Eine zivile EU, die auf den Krieg und die Anwendung militärischer Gewalt bewusst verzichtet, wäre ein wichtiger Schritt zu einer Welt ohne Krieg und ohne Waffen. Dazu muss die EU entmilitarisiert werden. Dafür braucht sie keine Aufrüstungs- sondern eine Abrüstungsagentur.

## Nein zu diesem Verfassungsvertrag!

Zur Ratifizierung dieses Verfassungsvertrages NEIN zu sagen, um die Chance für ein ziviles, soziales und demokratisches Europa zu erhalten, ist das Gebot der Stunde. Irgendwann wird sich auch bei den führenden Grünen und Sozialdemokraten herumsprechen, dass sich Aufrüstungsgebote und der Aufbau von Kriegsführungsfähigkeiten nicht beschönigen lassen. Im Übrigen: Ihre konservativen Kollegen sind da meist ehrlicher und offenerherziger.

Notwendig sind nun Aufklärung über den Inhalt des Verfassungsvertrags, intensive Öffentlichkeitsarbeit, die erschwert wird durch offene Ablehnung bestimmter Medien wie der *taz*, kritische Positionen gegen den EU-Verfassungsvertrag abzudrucken, und vor allem notwendig sind Aktionen gegen diesen EU-Verfassungsvertrag. Er soll ja nach Angaben des Hauptautors eine Geltungszeit von 50 Jahren haben.

Isabell Lorey

## Die Wiederkehr des Verdrängten am Beispiel des Ekels. Zum Betrachten der Folterbilder aus Abu Ghraib

Es sollte längst alles vorbei sein. Lynndie England, das „Gesicht aus Abu Ghraib“, bekannte sich zu Beginn ihres Prozesses Anfang Mai schuldig, allein verantwortlich für ihre Taten – so war es abgemacht zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Zuvor hatte sie immer ausgesagt, sie habe nur Befehle verfolgt. Mit dem Deal des Schulbekenntnisses sollte nun ihr Strafmaß gemindert und vor allem weitere US-Militärs aus der Verantwortung entlassen werden. Vier von fünf verantwortlichen US-Offiziere hat das US-Verteidigungsministerium bereits von jeder Schuld freigesprochen. Doch der Deal ging nicht auf. Englands ehemaliger Vorgesetzter Charles Graner übernahm die Befehlsverantwortung. Englands Schuldgeständnis wurde unglaublich, und der Prozess abgebrochen. Jetzt verschwindet der Skandal doch nicht so schnell, wie sich das viele Politiker und Militärs erhofften. Das Interesse nach Distanzierung von einer vermeintlichen Ausnahme ist aber keines, das auf die USA beschränkt ist. Schaut man sich die Rezeptionsgeschichte hierzulande unmittelbar nach Veröffentlichung der Bilder an, kommt ein weiteres Bedürfnis nach Distanzierung in den Blick, ausgelöst durch unangenehme Gefühle beim Betrachten der Bilder.

„Nicht das Wissen um die Folter, erst die Bilder aus Abu Ghraib haben einen Aufschrei ausgelöst.“ (Böhm 2004) Ekel und Abscheu waren eine der ersten Reaktionen, die man vor einem Jahr in den deutschen Feuilletons immer wieder lesen konnte und die das Gefühl von vielen zu treffen schienen (vgl. Kleine-

Brockhoff 2004; Pickert 2004; Leyendekker 2004; Seibt 2004). Allerdings nicht bei allen Bildern. Vorwiegend bei denen, die die US-Soldatin Lynndie England in unterschiedlichen Posen zeigten. Diese Bilder waren es auch, die am weitesten häufigsten wiederholt und schnell zur Ikonografie von Schande<sup>1</sup> geworden sind. England gilt noch ein Jahr nach der Veröffentlichung als „Gesicht“ dieses Folterskandals (Koydl 2005). Allerdings ist in den deutschen Feuilletons das Interesse, die Folterbilder und die (eigenen) Reaktionen darauf verstehen zu wollen, sehr schnell abgeklungen. Ekel ist nun mal kein Gefühl, das man länger aushält, ohne sich körperlich übergeben zu müssen. Verweilen wir indes beim Ekelgefühl<sup>2</sup>, erlangen wir Hinweise darauf, was die Bilder im Imaginären der westlichen Kultur bedeuten könnten und weshalb so oft zu lesen war, bei den Bildern gehe es „um uns“ (vgl. u.a. Rall 2004; Reinecke 2004).

Wo könnten die Gründe der Ekelgefühle liegen? Wenn man im Alltagsverständnis Ekel empfindet, bedeutet das ein bis ins Körperliche reichende Empfinden von Abscheu und Widerwärtigkeit. Man spürt das zumeist als Brechreiz in der Magengegend. Ekel löst demnach eine

---

1 *Die Zeit* titelt am 6. Mai 2004 nur mit den Worten „Die Schande“. Richard Bernstein (2004) spricht von „politischer und geostategischer Schande“ (s.a. Müller 2004).

2 Den Ekel-Reaktionen nachzugehen ist nicht mit dem Anspruch verbunden, Umfassendes über die Rezeption dieser Bilder, geschweige denn über Folter zu sagen.

körperliche Reaktion des Aus- bzw. Abstoßens aus. Im psychoanalytischen Kontext verweist dieses Abstoßen auf etwas, das bereits abgestoßen, also verworfen ist oder immer wieder verworfen werden muss. Das grundlegende Muster des Ekels, so Winfried Menninghaus (2002: 7) in seiner Studie über Ekel, ist die Erfahrung der ungewollten Nähe. Es ist die Nähe mit einem Geruch oder Bild, die als Kontamination empfunden wird, als etwas, das die eigenen körperlichen Grenzen überschreitet und gleichsam ins „Innere“ vordringt. Deshalb ist Erbrechen eine Weise der Distanzierung, das Loswerden einer nicht lebhaften Empfindung. Diese Krise der körperlichen und psychischen Unversehrtheit durch Ekel auslösendes verweist immer auch auf die zu große Nähe mit einem Anderen, das dem Ich nicht angepasst werden kann. Aber warum dieses Ekelgefühl beim *Betrachten* der Folterbilder aus Abu Ghraib? Zur Erklärung können zunächst zwei formal unterschiedliche Aspekte dienen. Es ist einmal die Funktion der Bilder und dann das, was auf den Bildern zu sehen ist. Geht man bei dem Versuch, die Bilder im Imaginären der westlichen Kultur zu verstehen, vom Ekelgefühl aus, beschäftigt man sich mit der subjektiven Erfahrung des unbedingt Wirklichen. Im Moment des Ekels befinden wir uns in der größtmöglichen Wirklichkeit, mittendrin. Wenn das ein Gefühl ist, das beim Betrachten der Folterbilder ausgelöst wird, verweist es auf die Entstehung und die Produktivität der Aufnahmen. Diese Bilder dokumentieren nicht nur die grausamen Taten. Sie sind selbst Teil der Folter, nicht von ihr zu trennen. Die Folterungen fanden für die Kamera statt. Der Kamerablick selbst ist der eines Folterers, nicht zuletzt weil die Fotos anderen Gefangenen zur Abschreckung gezeigt wurden. Damit sind die Bilder weit mehr als Zeugnisse oder Dokumente. Sie sind selbst eine Art Folterpraxis und als solche sind sie produktiv. Gleichzeitig sind die Fotos Schnapp-

schüsse, für die in die Kamera gelacht wird, Bilder, die Freunden und Verwandten aus der Zeit im Irak gezeigt werden sollten und gezeigt wurden. Diese Doppelfunktion der Bilder als Folterpraxis und gleichzeitig als Schnappschuss zeigt, mit welchem hohem Maß von mangelndem Unrechtsbewusstsein gefoltert wurde. Ein zentrales moralisches und rechtliches Tabu demokratischer Gesellschaften, das Folterverbot, existiert hier nicht. Diese Bilder zeigen nicht den Tabubruch, nicht das Abnorme. Gerade die Doppelfunktion der Bilder und vor allem das Lachen der Folterer machen deutlich, dass wir uns im Selbstverständnis dieser Täter offensichtlich bereits im Bereich des Normalen befinden müssen. Das Lachen von Lynndie England ist nicht nur ein Verlachen der Würde der irakischen Männer. Folter scheint für die Vertreter und Vertreterinnen des führenden demokratischen Landes völlig selbstverständlich zu sein. Die Bilder schockieren, weil sie eine von den meisten verleugnete Normalität jenseits der Legalität zeigen.<sup>3</sup>

Darüber hinaus stehen die Posen der Folternden, ihr Ver/Lachen und ihr unterschiedener Blick in die Kamera in einer langen Tradition von Kolonialfotos, die als Trophäen Herrschaft und Sieg über jene Kolonisierten repräsentieren, die nicht selten gezwungen wurden, sich in der Art eines auf einer Safari erlegten Tieres ablichten zu lassen. Die breite Veröffentlichung der Folterbilder durch die Medien und im Internet hat die Produktivität der Bilder noch erhöht, weil dadurch erst die sexuelle und kolonialistische Demütigung ausgeweitet und kollektiviert wurde und so von einer Demütigung der „arabischen Welt“ gesprochen werden kann.<sup>4</sup>

3 Zur weltweiten Praxis sexueller Folter und dem verdrängten Wissen darum, siehe Theweleit (2004).

4 Zur rassistischen Konnotation dieser Kollektivierung, die die subjektiven Demütigungen der Gefolterten austreicht, siehe Phase2 (2004).

Der westliche Betrachter, um den es hier geht, ist nicht nur mit dem Kamerablick des Folterers, also mit der Folterpraxis konfrontiert, sondern kann so auch gezwungen sein die kolonialistische Folterperspektive zu wiederholen. Das ist die größtmögliche medialisierte Wirklichkeit. Distanz lässt sich dann schwer einnehmen, Ekelgefühle können auftreten.

Das Bild des Kapuzenmannes an Elektrodrähten kann dagegen keinen Ekel, sondern eher Entsetzen auslösen. Es lässt Distanz zu und ist sehr schnell zur grafischen Ikone geworden, die im Irak als Wandmalereien erschien oder in den USA als nachgemachte Apple-Werbung kursierte. Dieses Bild symbolisiert die Qual des Gefolterten nicht in einer kolonisierenden Beziehung, sondern das Opfer selbst steht im Mittelpunkt und kann zur Ikone des Gepeinigten und des Märtyrers werden.

Ekelgefühle verweisen auf die ungewollte Nähe mit imaginärem Schmutz, Dreck, Abfall, mit dem Tabuisierten. Und gerade weil vor allem auf den Bildern mit Lynndie England Tabuisiertes und Verdrängtes zu sehen ist, können sie beim Betrachten Ekel auslösen. Vielleicht deshalb, und damit komme ich zum zweiten Aspekt, weil sie in besonderem Maße etwas davon zeigen, was in einer normalen westlichen Subjektwerdung verworfen werden muss. Die US-Soldatin und der irakische Gefangene werden in den Bildern zu Figuren, die jeweils gleichzeitig sehr widersprüchliche und ambivalente Positionierungen repräsentieren und ebenso deren Relationen zueinander. Beide stellen eine Kombination aus relationalen Positionierungen dar, für die es in der westlichen symbolischen Ordnung keine eindeutigen Symbolisierungen gibt. Lynndie England zum Beispiel vereint mehrere, sich anscheinend widersprechende Positionen miteinander. Sie ist als Frau in der Position des Täters und als US-Soldatin handelt sie im Namen der Armee und damit auch der US-Regierung. Als Frau gehört sie aber ebenso zu einer Minderheit, welche die Mehr-

heit, also die männlichen Soldaten in der männlichen Institution repräsentiert. Als Weiße ist sie andererseits wiederum und von vorne herein eine Vertreterin der hegemonialen Position, sowohl in der Armee als auch in der US-amerikanischen Nation – und im Westen generell. Das ist ein bemerkenswertes Moment, weil damit tatsächlich ein historischer Einschnitt in der Politik der Bilder markiert wird. Nicht grundlos wurde Private Lynndie England immer wieder mit Private Jessica Lynch verglichen (vgl. Rich 2004).<sup>5</sup> England repräsentiert die Kehrseite der jungen, blonden Soldatin aus dem Irakkrieg, der das Pentagon und die Medien eine scheinbar lupenreine Heldinengeschichte konstruierten. So wie Lynch zur positiven, trotz ihrer Verwundung, heldenhaften Kämpferin allegorisiert wurde, so sehr wurde England zu deren Gegenteil. Beide jedoch sind Allegorien der US-amerikanischen Nation. Mit den Folterbildern aus Abu Ghraib entstand allerdings zum ersten Mal seit dem 11. September 2001 eine negative Allegorie der Nation. Mit dieser Soldatin Lynndie England war die Nation nicht mehr die Verwundete, die dennoch tapfer weiterkämpft. Im Gegenteil: Jenseits einer nachvollziehbaren Bedrohungssituation folterte sie als gehörte es zu den Normalitäten ihrer Welt.

Ungeachtet dieser traditionell weiblichen Allegorisierung der Nation bleibt es außergewöhnlich, dass eine Frau sexuell foltert. Es schien ein starkes Begehren gegeben zu haben, immer nur diese unübliche Version sexueller Gewalt zu betrachten, obwohl auch Fotos von Vergewaltigungen gefangener irakischer Frauen existierten. Solche Bilder wurden uns aber nicht gezeigt. Weil wir sie bereits kannten? Weil sie zum bekannten Muster so vieler Kriege und Nachkriegszeiten gehören und längst nicht mehr die spontane Empörung auslösen?

5 Der gleiche Artikel erschien auch auf der Titelseite von *The New York Times* – Beilage der *Süddeutschen Zeitung* am 24. Mai 2004.

Die sexuelle Folter von Lynndie England zerschlägt nicht nur ein scheinbar männliches Monopol. Ihre Schändungen gelten auch – analog einer traditionellen heterosexuellen Geschlechterordnung – als größtmögliche Demütigung dieser Männer – von Männern, weit schlimmer als die Schändung von Frauen. Denn in den Bildern bleibt Lynndie England als schändende Frau in einer männlichen Position. Die geschändeten Männer dagegen werden in eine verweiblichte Position gezwungen. Die Gefolterten werden so effeminiert und damit, aus der dominanten heterosexuellen Perspektive, homosexualisiert. Die Soldatin England bleibt dagegen in der dominanten heterosexuellen Position, verstärkt durch das Wissen der Betrachtenden, dass sie schwanger ist. Sie ist gleichzeitig männlich und schwanger. Die mächtige Mutter tritt hier auf, die moralisch unsauber und beschmutzend wirkt. „Schon als Betrachter fühlt man sich beschmutzt“, schreibt Gustav Seibt (2004) in der *Süddeutschen Zeitung* (Seibt 2004). Sie bringt Scham und Schande über den Westen und sie schändet gleichzeitig. Das kann nur eine Frau in einer männlichen Positionierung.

Die Bilder sind obszön, in mehrfacher Hinsicht (s.a. Hentschel 2005). Einmal durch die Figur Lynndie England: Sie bezieht sich in ihren sexuell dominanten Posen zur Kamera und zu den gedemütigten Männern in einer Weise auf den Sexual- und Fäkalbereich, dass sie das Schamgefühl nicht nur der Gefangenen auf grausamste Weise verletzt. Sie sind nackt, zum Teil ihres Sehsinns beraubt, den Kopf unter einer sackähnlichen Verhüllung verborgen. Sie sind den Übergriffen einer amerikanischen Frau und deren Blickmonopol machtlos ausgesetzt.

Zugleich wird damit aber auch das Schamgefühl des westlichen Betrachters verletzt. Denn auf allen Fotos sind die Genitalien der Gefolterten durch Unschärfe retuschiert. Das wiederum scheint nicht nur notwendig, um den Bildern den Vorwurf der Pornografie zu ersparen

(womit sie allerdings gerade als Pornographie deklariert werden). Diese Unschärfe-Manipulation bei der Veröffentlichung bedeutet im wahrsten Sinne des Wortes auch eine Entwaffnung: eine visuelle Kastration. Entmachtung also als Voraussetzung für den westlichen Blick. Diese Entschärfung gelingt allerdings nicht vollständig, nicht zuletzt deshalb, weil die Bilder als Folterpraxis zur Distanzlosigkeit zwingen können. Das Wissen und die Vorstellung, dass die männlichen Geschlechtsteile nicht nur für die Soldatin, sondern auch für das Kameraauge sichtbar waren, kann nicht verschleiert werden. Die Unschärfe versucht allein unsere Scham zu schützen, nicht die der Gefolterten, sonst hätte man auch ihre Gesichter unkenntlich gemacht (s.a. Rall 2004).

Lösen die Bilder ein Ekelgefühl aus, genügt die Unschärfe nicht, um dem Betrachtenden eine souveräne Blickposition zu sichern, eine Position, die sowohl Distanz als auch Mitleid ermöglicht. Die Bilder können Ekel evozieren, wenn man einerseits gezwungen ist, sich mit der Allegorie Lynndie England zu identifizieren – eine ungewohnte, unangenehme Nähe. Wenn diese Repräsentation dann auch noch beschmutzend wirkt, kann das die Konfrontation mit Verdrängtem und Verworfenem darstellen. Und, wenn sich die Betrachtenden beschmutzt fühlen, kann dies wiederum eine Nähe mit den geschändeten Männern bedeuten. Auch dies ein ungewollter Kontakt.

Immer wieder wurde England auch als Domina gelesen (vgl. Müller 2004; Koydl 2005). Diese Folterbilder scheinen an SM-Spiele zu erinnern, in der der masochistische Part auch zur tiernahen Position werden kann. Eine solche Lesweise dürfte allerdings eher der Entlastung des Betrachtenden dienen, als dass sie das Setting der Folter treffend beschreiben könnte, nicht zuletzt deshalb, weil beide Positionen, die sadistische wie die masochistische, frei gewählt werden können. Davon kann bei Folter keine Rede sein (s.a. Theweleit 2004).

Aber nicht nur die Soldatin, auch die irakischen Gefangenen können für einen Betrachtenden zu Figuren werden, in denen widersprüchliche und ambivalente Positionierungen kombiniert sind - vorausgesetzt, der Betrachter hat solche Qualen nie selbst am eigenen Leib erfahren müssen. Die Bilder zeigen die gefangenen Männer in einer Opferposition, der die geschlechtliche und kulturelle Demütigung brutal eingeschrieben wird. Sie sind allerdings bereits *bevor* sie gefangen genommen und gefoltert wurden für einen Blick im Rahmen der Ideologie des Krieges gegen den Terror als fundamental anders, als gefährlich, bedrohlich und unsauber markiert worden. In der Rhetorik des *war on terror* werden die des Terrorismus Verdächtigen gleichzeitig herabgesetzt und mit Tieren verglichen, so dass die Folterer sich einer entmenschlichenden Perspektive, die bis ins Weiße Haus reicht, anschließen konnten. Konnte man in einem solchen Wahrnehmungsklima von den Folternden Unrechtsbewusstsein als normale Reaktion erwarten? Eine Kriegsideologie, vor allem die gegen den Terror, arbeitet mit deutlichen Feindbildkonstruktionen wie 'gefährliche Islamisten'. Die Gefangenen in Abu Ghraib waren, ungeachtet ihrer tatsächlichen Schuld, die es rechtfertigen könnte, dass sie überhaupt in diesem Gefängnis saßen, die Visualisierung dieser Feindbildkonstruktionen. Aber nicht (mehr) als starke Männer, sondern sie sind als nackte, nicht-weiße Körper in ihrer Verwundbarkeit größtmöglich ausgestellt, weil von einer US-amerikanischen, weißen Soldatin geschändet. Sie sind entehrt, symbolisch beschmutzt und als effeminierte und homosexualisierte werden sie entlang einer heterosexuellen patriarchalen Ordnung symbolisch kastriert und zusätzlich entmenschlicht.

Auch diese Figur entzieht sich aufgrund ihrer Vielschichtigkeit der Symbolisierung und kann beim Betrachten aus einem westlichen Hintergrund heraus eher mit den unterschiedlichen abgespaltenen Anderen des eigenen Selbst konfrontie-

ren, als dass eine identifikatorische, mitfühlende Nähe und damit ein immer auch entlastendes Mitgefühl möglich wäre. Gründe hierfür können durch die vielen unterschiedlichen, ambivalenten und irritierenden Positionierungen von Täter und Opfer und die beschriebene Doppelfunktion der Bilder entstehen. Denn „solange wir Mitgefühl empfinden“, schreibt Susan Sontag (2003: 119), „kommen wir uns nicht wie Komplizen dessen vor, wodurch das Leiden verursacht wurde. Unser Mitgefühl beteuert unsere Unschuld und unsere Ohnmacht.“ Wo Ekel entsteht, kann aber kein Mitleid sein.

Generell, das zeigt die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Ekel deutlich, ist die Opposition von rein versus unrein fundamental für die Subjektwerdung, für das sprechende Subjekt. Nicht zu verstehen als anthropologische Konstante, sondern als eingeschriebenes biopolitisches Muster der Moderne. In den Theorien über Ekel von Sigmund Freud bis Julia Kristeva markiert diese unwillkürliche menschliche Reaktion die Konfrontation mit dem eigenen, immer gesellschaftlich vermittelten Verworfenen oder Abjekten (vgl. Menninghaus 2002). Wenn wir kein Mitleid empfinden können und uns erstaunt selbst in der Rolle des Komplizen entdecken, dann könnte das an der Wiederkehr dessen liegen, was ein westliches Subjekt verdrängen muss, um „normal“ leben zu können. Das mag für den als pervers verworfenen Sex ebenso gelten wie für den eindeutig als andersgeartet wahrgenommenen Menschen. Demnach gibt es eine strukturelle Analogie zwischen Sex, Schmutz und dem Anderen als Verworfenen.

An dieser Stelle erscheint es nicht uninteressant, die Funktion des Hundes in den Folterpraktiken aus Abu Ghraib näher zu betrachten. Kein anderes Tier kann das Obszöne und Ekeleregende der Folterbilder deutlicher machen. In der „arabischen Welt“ gilt der Hund als ausgesprochen schmutziges Tier. Hunde auf die Gefangenen zu hetzen, sie nackt

am Boden liegend, an einer (Hunde)Leine zu führen, sie zu zwingen, wie Hunde zu bellen, sich also selbst zu Hunden zu machen, sich selbst solchermaßen zu beschmutzen, all dies potenziert den perfiden Charakter der Bildbotschaft.

Zugleich kann die Tierposition in einer langen Tradition von Herrschafts- und Gewaltverhältnissen westlicher, moderner Gesellschaften gelesen werden. In der 200-jährigen Geschichte der westlichen Moderne gibt es zahllose Beispiele, in denen als „anders“ markierte Menschen wie Tiere behandelt wurden. Wenn die weiße US-Soldatin den am Boden liegenden irakischen Gefangenen an einer Hundeleine führt, kann das daran erinnern, dass verschiedene hegemoniale Positionen in westlichen Gesellschaften immer auch diesen Preis haben oder hatten. Ein Blick in die europäischen Kolonialgeschichten des 19. und 20. Jahrhunderts zeigt, dass das Schmutzige, Unreine zur Abgrenzung des Eigenen auf jene Menschen projiziert wurde, die als Nicht-Weiße degradiert wurden, als Wilde, Unzivilisierte, der Gattung der Affen näher als dem europäischen Menschen. In dieser Genealogie scheinen auch die terrorisierten Gefangenen zu stehen, was die Geschichte des Westens als eine von „Demokratie und Freiheit“ einmal mehr als Farce offenbart.

Doch kehren wir noch einmal zum potentiell angeekelten Betrachten der Bilder zurück und zur Rolle des Vierbeiners. Wie Menninghaus (2002: 280) in seiner Ekelstudie zeigt, geht Freud davon aus, dass Ekel eine „Affektverwandlung“ oraler und analer Libido ist. Eine bestimmte Trieborganisation, die denen von Tieren verwandt erscheint, muss für den Preis des aufrechten Ganges vom Menschen verdrängt werden. Durch die aufrechte Haltung wurden die Sexualorgane erst richtig sichtbar und anstößig (ebd.: 281). Wichtiger als diese Ursprungsgeschichte ist allerdings jenes Argument Freuds, das die Unterscheidung zwischen Tier und Mensch zur fundamentalen Differenz der modernen westlichen Vorstellungen von

Zivilisiertheit macht (ebd.: 288). Und das Ekelgefühl ist nicht unabhängig von dieser Unterscheidung zu verstehen, weil es durch Gerüche oder Bilder gerade an der Grenze zwischen rein und unrein, zwischen zivilisiert und unzivilisiert entsteht. Kulturbildend, so Freud, ist das Streben nach Reinheit, Hygiene und der damit verbundene Drang nach Beseitigung der Exkreme, ein Muster, das die USA im 19. Jahrhundert ebenso prägte, wie die Länder Europas (Freud 1989: 93).

Wenn die Bilder aus Abu Ghraib die Wiederkehr des Verdrängten der „westlichen Welt“ zeigen, das Abgestoßene, das beim Anblick der Bilder auftauchen kann, und der Ekel auf der Grenze zwischen Lebbarem und nicht Lebbarem entsteht, dann kann das betrachtende Subjekt in eine Krise gestürzt werden. Eine souveräne Position ist so schwer beizubehalten.

Diese Krise wird in dem Fall nicht durch die Zerstörung eines zivilisatorischen Konsenses oder der Regeln zivilen Umgangs miteinander hervorgerufen. Im Gegenteil: Hier geht es um eine fundamentale Struktur westlicher Demokratien und der Art und Weise, sich darin als Subjekt zu konstituieren, eine Struktur, die durch solche Bilder gleichsam aus dem Verborgenen in die Öffentlichkeit gezwungen werden kann. Denn der Ekel entsteht an der Grenze zum Verworfenen. Er ist ein Gefühl, durch welches das Verworfene im Symbolischen wieder zur spürbaren Realität wird, die einen emotionalen Ausnahmezustand hervorruft. Die historisch-spezifische Struktur der westlichen Moderne, die sich über Reinheitskonstruktionen herstellt, hat also sowohl auf der kulturellen, der sozialen wie auf der individuellen Ebene eine fundamentale Bedeutung. In den letzten Jahren erfährt diese Struktur im politisch-ideologischen Denken des Westens eine Art Renaissance. Sie wird zum vorherrschenden und allseits präsenten Paradigma. Philipp Sarasin geht sogar so weit, zu sagen, das Phantasma der Rein-

heit sei gegenwärtig zum „Basis-Code der politischen Sprache“ (Sarasin 2004: 158) geworden. Wenn der amerikanische Präsident George W. Bush in seiner *Axis-of-Evil*-Rede<sup>6</sup> von „Tausende[n] von gefährlichen Killern“ spricht, „ausgebildet in den Methoden des Mordes, oft unterstützt durch gesetzlose Regierungen“, die „über die ganze Welt verbreitet“ seien, und „wie tickende Zeitbomben“ „ohne Warnung losgehen“ (zit. nach ebd.: 165), dann spricht er genau von der extremen Bedrohungssituation, die auch in den Diskussionen in Deutschland die Versuchung befördert, Folter zu legitimieren. Angesichts des dramatischen Szenarios der tickenden Bomben schwindet auch hier immer wieder die Anzahl derer, die Folter als Mittel zur Rettung der Vielen ablehnen.<sup>7</sup> Jenseits tatsächlicher Bedrohungen, universalisiert Bushs Rhetorik die Bedrohungsszenarien und treibt zu einem hysterischen Diskurs an, durch den alle, die als Terroristen markiert werden, gleichzeitig als tickende Bomben erscheinen, die zivil getarnt, aber mitten unter uns leben und permanent die „freie, zivilisierte Welt“ bedrohen. Zu deren Rettung erscheint Folter dann als mögliche, ja womöglich als notwendige Tat. Die Bilder aus Abu Ghraib legen die Perfidie dieser Denkweise offen. Sie zeigen, dass die Nation eben nicht durch Folter zu retten ist, weil die Nation selbst foltert. Mit diesen Bildern wird offenbar, dass die Narration von der verwundeten Nation, die geschützt und deren Werte gerettet werden müssen, nicht (mehr) funktioniert. Das ist die Zäsur dieser Bilder.

6 In seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 prägte George W. Bush den Begriff der „Achse des Bösen“.

7 Zum „Fall Daschner“ – dem Frankfurter Polizeivizepräsidenten Wolfgang Daschner, der in einer Aktennotiz im Herbst 2002 festhielt, dass der Entführer (und Mörder) von Jakob von Metzler „durch Zufügung von Schmerzen“ verhört werden sollte, damit das Kind noch gerettet werden könnte – siehe Meier (2004).

Der offizielle Umgang Washingtons mit den „Vorfällen“ in Abu Ghraib versuchte genau diese Zäsur zu verschleiern. In der Stilisierung von Lynndie England und allen anderen Folterern zu pathologischen Ausnahmen, die mit juristischer Routine aus der westlichen Wertegemeinschaft ausgesondert werden müssen, soll die Distanz zur Schande und zur Schändenden wieder hergestellt werden, eine politisch rituelle Reinigungsgeste von Schmutzigen, vom Tabuisierten. Die Frau, die die Ehre nicht nur der männlichen Soldaten beschmutzte, sondern zugleich auch die der Nation und des gesamten Westens, soll als deviante Einzel-Person aussortiert werden. Alle Beschuldigten dieser vermeintlichen Folterausnahme sind Gefreite und Soldaten mit niederem Rang. Sie werden vor Gericht gestellt, in der Hoffnung, die Krise so beenden zu können.

Die Bilder zeigen aber, dass das eigene System nicht nachhaltig auf diese Weise verteidigt und gerettet werden kann, weil sie die Hysterie des *war on terror* offenlegen. Und sie offenbaren darüber hinaus, dass die persönliche wie die nationale Souveränität auf Verdrängung des als nicht assimilierbar geltenden Anderen gegründet ist. Der Westen schaut angeekelt in seine eigene Fratze.

Die Rede von der Schande ist demnach eine bewusste oder auch unbewusste Strategie, um von einer moralisch distanzierteren Position aus zu erklären, das Verhalten von Lynndie England sei falsch, deviant, nur eine Ausnahme. Das mag sehr wohl zutreffen, weil tatsächlich nicht alle foltern. Die Bilder aus Abu Ghraib zeigen jedoch, dass Folter keine Ausnahme ist. Sie machen die Systematik der Folter deutlich, das perfide Wissen, das diesen spezifischen Folterpraktiken zugrunde liegt, die Kenntnis der kulturellen Kränkung mit der die irakischen Gefangenen in besonderem Maße zu demütigen sind. Das vieldeutige Lächeln im Gesicht der Soldatin verweist auf die angenommene Sicherheit, im Recht zu sein. Beim Betrachten der Bilder kann eine Distanzierung trotz der behaupteten

Ausnahmesituation schwer möglich sein. So könnten solch schnell übergangene Reaktionen wie Abscheu und Ekel ein spontan emotionales Indiz dafür sein, dass eine kühl rationale Distanzierung nicht wirklich gelingen muss. Nach einjähriger zyklischer Wiederholung der Bilder sind sie eingegangen in ein kollektives Bildgedächtnis. Die anfänglichen Emotionen werden höchstens noch erinnert, aber längst nicht mehr erlebt. Dem Impuls der Distanzierung nicht nachzugehen und die ungewollte Nähe auszuhalten, wäre ein Schritt in Richtung dahin, beim Betrachten der Bilder Verantwortung für deren Bedeutung zu übernehmen.

## Literatur

- Bernstein, Richard (2004): Transatlantische Verwirrung. In: *die tageszeitung*, 17. Mai
- Böhm, Andrea (2004): Wie man den Krieg der Ideen verliert. In: *die tageszeitung*, 10. Mai
- Freud, Sigmund (1989): Das Unbehagen in der Kultur. In: Ders.: *Abriß der Psychoanalyse. Das Unbehagen in der Kultur*. Frankfurt/M., S. 63-130
- Hentschel, Linda (2005): Das Kommen der Bilder. Jacques Derridas Gastfreundschaft für Schurken visuell gedacht. In: Jörg Metelmann (Hg.): *Porno-Pop. Sex in der Oberflächenwelt*. Würzburg, S. 61-74
- Kleine-Brockhoff, Thomas (2004): Außer Kontrolle. In: *Die Zeit*, 6. Mai
- Koydl, Wolfgang (2005): Das Gesicht von Abu Ghraib. In: *Süddeutsche Zeitung*, 2. Mai, S. 1
- Leyendecker, Hans (2004): Stützpunkte des Abscheus. In: *Süddeutsche Zeitung*, 8./9. Mai
- Meier, Horst (2004): Die Versuchung der Folter. Eine deutsche Bestandsaufnahme. In: *Kursbuch „Neue Rechtsordnungen“*. 155, S. 108-121
- Menninghaus, Winfried (2002): *Ekel. Theorie und Geschichte einer starken Empfindung*. Frankfurt/M.
- Müller, Kai (2004): Die Scham-Offensive. Innenansichten eines Krieges: Wie die Folterbilder aus dem Irak unser Verständnis von Demokratie illustrieren. In: *Tagesspiegel*, 27. Mai
- Pickert, Bernd (2004): Die lächelnde Peinigerin aus West Virginia. In: *die tageszeitung*, 8. Mai
- Phase2 (2004): Im Krieg und in Amerika ist alles erlaubt. Über Private Lyndie England und die Sexualisierung des Antiamerikanismus. In: *Phase2. Zeitschrift gegen die Realität*, 13, S. 25-28
- Rall, Veronika (2004): Kein Ende der Folterstrecken. Schreckensbilder aus Irak. In: *Frankfurter Rundschau*, 13. Mai
- Reinecke, Stefan (2004): Abu Ghraib – das sind wir. In: *die tageszeitung*, 15. Mai
- Rich, Frank (2004): The unraveling of U.S. propaganda. In: *International Herald Tribune*, 15./16. Mai
- Seibt, Gustav (2004): Ehrverlust. Was die amerikanischen Untaten für uns alle bedeuten. In: *Süddeutsche Zeitung*, 8./9. Mai
- Sarasin, Philipp (2004): „Anthrax“. *Bioterror als Phantasma*. Frankfurt/M.
- Sontag, Susan (2003): *Das Leiden anderer betrachten*. München/Wien
- Theweleit, Klaus (2004): Folter und Frühstücksbrotchen. In: *die tageszeitung*, 10. Juni

**Robert H. Wade: On the Causes of Increasing World Poverty and Inequality, or Why the Matthew Effect Prevails.** A widespread neoliberal argument tells us, that increasing globalisation has caused a considerable decrease in world poverty during the last two decades. In the article it is shown, that this result depends on the method of measurement, and on the countries which are considered as “globalisers”. In contrast to such doubtful results, it is argued that the structures of world economy and the “primacy project” of the USA support increasing global inequality, a worldwide “Matthew Effect”, ‘to him that hath, shall be given’.

**Philipp Hersel: On the global inequality in consumption of nature – The role of the international financial system for the valorisation, destruction and redistribution of the natural resources of the South.** The vast majority of global natural resources is consumed and destroyed by a small minority of mankind in industrialised countries. The paper assesses the role that the international financial system and financial markets play in affecting access, consumption and destruction of global natural resources. By reviewing the causal links between the dynamics of indebtedness, currency crises and the proliferation of project finance by credit and direct investment on the one hand with exploitation of natural resources and the geographical distribution of their consumption and valorisation. It appears that the international financial system plays a significant and systemic role in facilitating the concentration of the global natural resources’ consumption in the North.

**Heide Gerstenberger, Ulrich Welke: National sovereignty as a commodity.** While free trade zones, offshore banking and open ship registers have long been known, it is only during the last three decades that the offshore complex has become an important structural element of the world market. Governments offer special conditions for non-citizens on a world market. While these “havens” are often made use of for criminal activities, their use has also become a feature of legal strategies in the global economy. As far as the shipping industry is concerned “flags of convenience” offer several possibilities for cost reduction, the most important factor being the possibility to legally circumvent national labor markets. Most seafarers of today therefore work in a politico-legal no-man’s land.

**Hans-Jürgen Bieling: The European Union: a New Superpower with Imperial Ambitions?** Recent theoretical conceptions of imperialism may be useful correctives against idealising and harmonising views of international interdependency and co-operation. Analytically, however, they are not necessarily helpful. In terms of the EU, they do not really comprehend its particular international role. Despite improved financial and military capacities, the EU represents not yet an imperial power. Instead, it still pursues a rather hegemonic foreign policy approach due to internal economic restrictions, fragmented political sovereignty and the historical experiences of beneficial economic and political co-operation after World War II. Eventually, however, it remains an open question, whether the multilateralist, law-based and co-operative posture of the EU will prevail even under conditions of economic crisis and further military conflicts in the adjacent neighbourhood.

**Miriam Heigl: On the road to the final crisis of capitalism? Contributions from a world-system perspective to the new debate on imperialism.** Once again, imperialism is the subject of critical debate. Amongst the contributions to this debate, we find approaches as different as *Empire* (Hardt/Negri), *informal imperialism* (Panitch/Gindin) or works from a world-system perspective (Arrighi, Chase-Dunn and Wallerstein). The article intends to explore impulses offered by the world-system approach to the current debate on imperialism and deliver a critical assessment of new works in the field of world-system theory. It is argued that major problems of the new works of world-system theory consist in insufficient foundations of their basic theoretical assumptions (economic and hegemonic cycles) and often in a fixation on the approaching final crisis of capitalism.

**Étienne Balibar: Which European Constitution?** The problem of a European Constitution is discussed at a fundamental level. In which way, can we speak about such a Constitution? The article argues against the “postnational sovereignty”, legitimating state against citizens. A new kind of citizenship is favoured based on extended social rights. The constitution now proposed contrarily makes the European Central Bank and its neoliberal policy to central and nearly unchangeable institution.

**Tobias Pflüger: Against this EU-Constitution Treaty.** The EU-Constitution, as it looks now, includes not only an orientation on neoliberal policies, an essential part is also the “common defence policy”, pressing the EU members to spend more money for military purposes and preparing the EU for being a strong military power, which can intervene worldwide.

**Isabell Lorey: The Return of the Repressed derived from the Example of the Disgust. Regarding the Photos of Torture from Abu Ghraib.** One year ago in German feuilletons, disgust and abhorrence were one of the first reactions on the publication of the photos of torture. Especially on the photos with Lynndie England. The paper follows this reactions of disgust and asks for the meaning of the pictures in the cultural imaginary of the west.

## Zu den AutorInnen

*Étienne Balibar* lehrte Philosophie an der Universität Paris-Nanterre,  
etienne.balibar@wanadoo.fr

*Hans-Jürgen Bieling* lehrt Politikwissenschaft an der Universität Marburg,  
bieling@staff.uni-marburg.de

*Heide Gerstenberger* lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bremen,  
gerstenb@ewig.uni-bremen.de

*Miriam Heigl* ist Politikwissenschaftlerin in München, miriam\_heigl@yahoo.de

*Philipp Hersel* ist Politikwissenschaftler, Koordinator des Schwerpunkts „Internationale Finanzmärkte und Entwicklung“ bei der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE 21), Philipp.Hersel@blue21.de

*Isabell Lorey* ist Politikwissenschaftlerin und Fernsehjournalistin. Sie unterrichtet Gender und Postcolonial Studies an der Universität der Künste Berlin, lorey@niatu.net

*Tobias Pflüger* ist als Parteiloser auf der Liste der PDS ins EU Parlament gewählt worden und dort Mitglied in der Fraktion Vereinte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), www.tobias-pflueger.de

*Theotonio dos Santos* lehrt Ökonomie an der Universidade Federal Fluminense (Rio de Janeiro/Niterói)

*Ulrich Welke* ist Mitglied der „Forschungs- und Kooperationsstelle Schifffahrt“ der Universität Bremen.

*Robert Hunter Wade* lehrt am Development Studies Institute der London School of Economics and Political Science, R.Wade@lse.ac.uk

## Themen früherer Hefte (im Internet unter [www.prokla.de](http://www.prokla.de) oder [www.dampfboot-verlag.de](http://www.dampfboot-verlag.de))

**PROKLA 138 \* Ökonomie des Konsums (März 2004)** \* Nachruf auf Celso Furtado \* *Vinz* Nachhaltiger Konsum und Ernährung \* *Roesler* Massenkonsum in der DDR \* *Redclift* Kaugummi und „Schattenländer“ \* *Kehrer* Transnationale Konsumgüterunternehmen in Ägypten \* *Blöcker/Wortmann* Bekleidungs Einzelhandel \* *Beck/Scherer* Rot-grüner Abschied vom „Modell Deutschland“ \* *Boris/Malcher* Argentinien \* *Paulani* Wirtschaftspolitik Lulas

**PROKLA 137 \* Bildung und Ausbildung (Dezember 2004)** \* *Demirovic* Wissenschaft oder Dummheit \* *Schöller* Vom Bildungsbürger zum Lernbürger \* *M. Hartmann* Elitehochschulen \* *Pasternack* Hochschulbildung: zweckfrei oder nützlich? \* *E.Hartmann* Globaler Bildungsmarkt \* *Atzmüller* Qualifikationsanforderungen und Berufsbildung \* *Burghardt* Traumberuf Lehrer? \* *Maya-Ambia* Dilemmata der US-Hegemonie \* *Sablowski* Gewerkschaften am Scheideweg \* *Kutter* Ölreserven und Ölinteressen

**PROKLA 136 \* Umbrüche des Sozialstaats (September 2004)** \* *Wölfle/Schöller* Soziale Disziplinierung \* *Böhning/Burmeister* Sozialabbau im Namen der Generationengerechtigkeit? \* *Ganßmann* Rheinische vs. atlantische Wohlfahrtsstaaten \* *Katz* US-amerikanischer Wohlfahrtsstaat \* *Hoffmann* Deutschland eine Basarökonomie? \* *Pieper* Lagersystem für Flüchtlinge \* *Berger* Bio-Kraftstoffe und Grenzen der Mobilität \* *Lessenich* Esping-Anderson und der Sozialstaat

**PROKLA 135 \* Ressourcenkonflikte (Juni 2004)** \* *Scheffran* Energiekonflikte und Klimakatastrophe \* *Acosta* Erdöl in Ecuador \* *Thielmann* Öl und Gas in Algerien \* *Wullweber* Genetische Ressourcen \* *Petschow/Idel* Globales Huhn \* *Gill* Replik auf Wallerstein \* *Söderberg* Amerikanisches Empire und „ausgeschlossene Staaten“ \* *Busch* Abstieg West durch Aufbau Ost?

**PROKLA 134 \* Die kommende Deflationskrise? (März 2004)** \* *Stork* Nachruf auf H. Conert \* *Herr* Deregulierung, Globalisierung und Deflation \* *Altwater* Dominanz der globalen Finanzmärkte \* *Hein/Schulten/Truger* Lohnentwicklung und Deflationsgefahren \* *Kaiser* Deflation und Arbeitsmarkt in Japan \* *Heine* Brüning und die Deflation \* *Salama* Finanzkrisen in Lateinamerika \* *Wacquant* Ghetto \* *Hoffrogge* Studentischer Protest \* *Lessenich* Lage der bürgerlichen Demokratie in Deutschland

**PROKLA 133 \* Imperialistische Globalisierung (Dezember 2003)** \* *Köckler* Imperialismus und Globalisierung \* *Schmidt* Transatlantische Beziehungen \* *Wallerstein* Globale Anarchie \* *Narr* Introvertierte Imperialismen \* *Dieter* Demontage der multilateralen Wirtschaftsordnung \* *Görg/Wissen* National dominierte globale Herrschaft \* *Brütt* Von Hartz zur Agenda 2010

**PROKLA 132 \* Gesundheit im Neoliberalismus (September 2003)** \* *Gerlinger* Rot-grüne Gesundheitspolitik \* *Krampe* Arbeit im Gesundheitswesen \* *Mosebach* „Amerikanisierung“ des deutschen Gesundheitssystems \* *Urban* Gesundheitspolitik im Neuen Europäischen Sozialmodell \* *Hans* Korruption im Gesundheitswesen \* *Lemke* Molekulare Medizin? \* *Schmidt* Gescheiterter Streik in Ostdeutschland

**PROKLA 131 \* Korruptes Empire (Juni 2003)** \* *Narr* Theoretisieren als Partisanenarbeit (zu Agnoli) \* *Sablowski* Bilanz(en) des Wertpapierkapitalismus \* *Rügemer* Global Corruption \* *Eigen/Eigen-Zucchi* Korruption und globale öffentliche Güter \* *Kagarlitzky* 'Politischer Kapitalismus' in Russland \* *Magatti* Korruption in Italien \* *Wetzel* Arbeitshandeln der Führungskräfte \* *Bultmann/Schoeller* Zukunft des Bildungssystems

**PROKLA 130 \* Gewerkschaften (März 2003)** \* *Hürtgen* Gewerkschaften zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich \* *Schmid* Basisgewerkschaften in Frankreich \* *Zelik* Gewerkschaftssterben in Kolumbien \* *Vellay* Brasilianische Gewerkschaften \* *Lüthje/Scherer* Rassismus, Immigration und Arbeiterbewegung in den USA \* *van Dyk* Gewerkschaften in „Erfolgspartnerschaften“ am Beispiel Niederlande \* *Schroeder* Replik zu Wendl \* *Bühl* Habermas-Foucault Debatte neu gelesen

**PROKLA 129 \* Arbeit und Arbeitsmärkte (Dezember 2002)** \* *Herr* Arbeitsmarktreformen und Beschäftigung (zum Hartz-Konzept) \* *Wendl* Krise des Flächentarifvertrages \* *Grell/Sambale/Eick* Workfare in Deutschland und den USA \* *Gather* Informelle Erwerbsarbeit \* *Engemann* „Big Brother“ ein Arbeitshaus \* *Lemke* Biopolitik im Empire \* *Görg/Brand* Gene, geistiges Eigentum, Demokratie

**PROKLA 128 \* Peripherer Kapitalismus in Europa (September 2002)** *Bohle* Erweiterung und Vertiefung der EU \* *Neunhöffer/Schüttpelz* Periphere und noch peripherere Kapitalismen in Osteuropa \* *Holman* Ost- und Süderweiterung der EU im Vergleich \* *Lindstrom/Piroska* Slowenischer Weg? \* *Schaper-Rinkel* Osterweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft \* *Greskovits* Das „wahre“ sozialistische Bruttosozialprodukt \* *Kriedte* Handelskapital und Handelskapitalismus

# Verlag Graswurzelrevolution

300 Zeitungsausgaben und mehr ...



Clayborne Carson

## Zeiten des Kampfes

Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren

Mit einem Nachwort von Heinrich W. Grosse

Aus dem Amerikanischen von Lou Marin

638 S. • 28,80 € • ISBN 3-9806353-6-8

»Carson ist es auf hervorragende Weise gelungen, den innerhalb eines dramatischen Zehnjahreszyklus erfolgten Aufstieg und Niedergang der afro-amerikanischen Emanzipationsbewegung der USA zu rekonstruieren.«

Karl Heinz Roth, Sozial.Geschichte 1/2005



Beatrix Müller-Kampel (Hg.)

## »Krieg ist der Mord auf Kommando«

Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte Bertha von Suttner und Pierre Ramus

Mit Dokumenten von Lev Tolstoj, Petr Kropotkin, Stefan Zweig, Romain Rolland, Erich Mühsam, Alfred H. Fried, Olga Misař u. a.

288 S. • 17,80 € • ISBN 3-9806353-7-6

**graswurzel  
revolution**

[www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)

Die Monatszeitung für eine gewaltfreie,  
herrschaftslose Gesellschaft

Schnupperabo 3 Ausg. 5 € Vorkasse • Jahresabo 10 Ausg. 25 €  
Jetzt abonnieren

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | 53947 Nettersheim  
Fax (02440) 959 351 | [abo@graswurzel.net](mailto:abo@graswurzel.net)

Hamburger Institut für Sozialforschung

# Mittelweg 36

Zwischenzeit passiert? 2 Bilder: »Berlin von unten«

Klaus Holz Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität 24 Werner Konitzer Antisemitismus und Legenden 36 Ulrich Biedfeld Die gegenwärtige Antisemitismusdebatze und Interpretationen

Literaturbeilage 53-76  
Der aktuelle Don Quijote 71 Reinhard Müller Don Quijote im Exil. Cervantes, Thomas Mann und

Reinhard Müller Herbert Wehner -  
Die stalinisierten Komintern?

88 Nachrichten aus dem Institut;  
99 Aus der Protest-Chronik



»Der *Mittelweg 36* ist in der kritischen Gesellschaftswissenschaft mittlerweile zu einer Institution geworden. Die Themen reichen von Interpretationsproblemen der homerischen Odyssee über Grundfragen der Moderne, den Nationalsozialismus und dessen Aufarbeitung bis hin zur Globalisierung.« *Süddeutsche Zeitung*

---

## Mittelweg 36

---

Bestellen Sie unser Probeabonnement. Sie erhalten die letzten drei aktuellen Ausgaben für nur € 20,- inkl. Versand bei:

Redaktion Mittelweg 36, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg  
Tel.: 040/41 40 97-0, Fax: 040/41 40 97-11

E-Mail: [zeitschrift@mittelweg36.de](mailto:zeitschrift@mittelweg36.de)

[www.mittelweg36.de](http://www.mittelweg36.de)

# Niemand besitzt die „Blätter“.

Nicht Springer. Nicht Burda.  
Nicht Bauer oder Robert Murdoch.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ werden in Eigenregie produziert – unabhängig von Parteien und Verbänden, Kirchen und Konzernen. Allein den Leserinnen und Lesern verpflichtet, kann sich die führende politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift daher auch in ihrem 50. Jahr im deutschen Sprachraum behaupten.

## Deshalb lesen sie so viele.

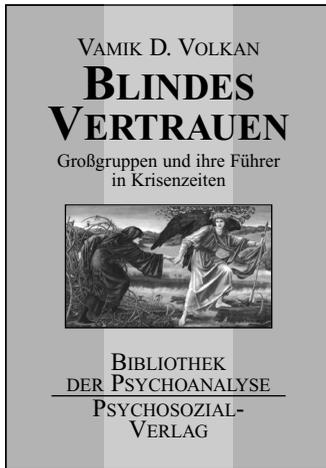
Bestellen Sie einfach im Internet unter [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de) ein Probeabo - zwei Hefte unverbindlich für zehn Euro. Und entscheiden Sie selbst, ob Sie die journalistische Unabhängigkeit der „Blätter“ überzeugt.



[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)  
Tel: 030/3088 3640 · [abo@blaetter.de](mailto:abo@blaetter.de)

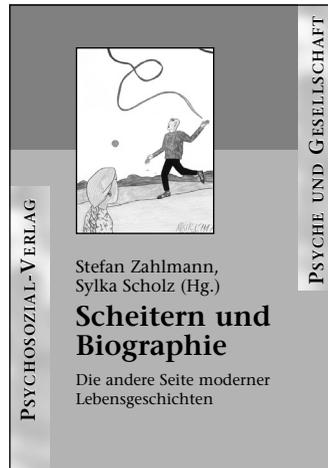
**Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik**

**Information · Analyse · Debatte · Monat für Monat**



2004 · ca 400 Seiten · Broschur  
 EUR (D) 36,- · Sfr 62,-  
 ISBN 3-89806-291-0

Vamik Volkan verfügt als Psychoanalytiker über einen immensen Erfahrungsreichtum in soziopolitischen Konflikten. In seinem aktuellen Werk untersucht er regressive Bewegungen in Großgruppen in unterschiedlichen Krisenzeiten. Er analysiert dabei Großgruppen mit ihren Führern, wie den Propheten Mohammed, Stalin, Bin Laden, Milosevic sowie David Koresh.



2005 · 294 Seiten · Broschur  
 EUR (D) 29,90 · Sfr 52,20  
 3-89806-347-X

Scheitern ist die andere Seite von modernen Biographiekonzepten, die bisher kaum beleuchtet wurde. In einer Welt aber, die immer weniger Gewinner kennt, ist eine Auseinandersetzung mit dem Thema »Scheitern« unerlässlich.

Das Thema des Scheiterns wird hierbei in seinen verschiedenen Möglichkeiten und Ausprägungen von den Beiträgern dieses Sammelbandes aus unterschiedlichen, disziplinären Perspektiven beleuchtet.

Wenn aus Umbau Abbau wird,  
aus Abbau private Dienstleistung.  
Wenn Betriebswirtschaft Wissenschaft managt,  
Marktgesetze Arbeitsorganisation regieren,  
share holder profits zum Rahmen familiärer Reproduktion mutieren.  
Wenn Verkehrspolitik von Autoproduktion,  
Infrastruktur vom Geschwindigkeitsglauben,  
Raumplanung vom Privatverkehr beherrscht ist.  
Wenn Geschichte sich beerdigen soll.

Wo Menschen Wissenschaft nützlich machen wollen.  
Wo Wissenschaft auf sich selber angewandt wird.  
Wo sie Verdecktes sichtbar macht, Verschwiegenes benennt,  
Handlungsmöglichkeiten diskutiert.  
Wo sie nützlich wird. Kritisiert. Eingreift.

#### 1/2005 – März – **Managementpolitiken in Unternehmen und Hochschulen**

Steffen Lehndorff zur Entmystifizierung von Marktsteuerung in Dienstleistungsarbeit \* Karin Jurczyk/Andreas Lange zur familiären Reproduktion unter neuen Bedingungen \* Dieter Sauer zur Entwicklung der Arbeitsorganisation im Umbruchkapitalismus \* Morus Markard zu QM versus Kritikfunktion von Wissenschaft \* Wolfgang Beywl zum Nutzen von Evaluation in unterschiedlichen Kontexten \* Wolfgang Nitsch zu Transformationen des Studiensystems und Alternativen \* Sowie: Andreas Klotz zum Fortschrittskonzept \* u.a.

2/2005 – Mai – **Verkehr: Klima, Arbeit, Raum** \* Christine Bauhardt zur Verkehrsleitgröße Tempo \* Dieter Apel zu Verkehrssystem und Siedlungsstruktur \* Stefan Müller zum Auto(ritären Charakter) \* Dieter Plehwe zur europäischen Deregulierung der Trucker-Arbeit \* Bernd Brouns zum Flugverkehr als Klimakiller \* Sowie: Rheinisches JournalistInnenbüro Köln zur Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg \* Wolfgang Hesse zu Bildgeschichte und Geschichtsbildung eines Fotos nach der Bombardierung Dresdens \* Detlef Gerst zum »Arbeitskraftunternehmer« als neoliberalen Leitbild \* Sandra Beaufaÿs zur selektiven Wirkung des Exzellenz-Konzepts \* Wolfgang Böttcher / Michaela Brohm zu Evaluation als Erkenntnismittel gegen schulische Selektion \* u.a.

FORUM WISSENSCHAFT. Bewegt.

**FORUM**  
Wissenschaft

Vierteljährlich · Einzelheft 7,- € · Jahresabo 26,- € · [www.bdwi.de/forum/forum.htm](http://www.bdwi.de/forum/forum.htm) · [forum@bdwi.de](mailto:forum@bdwi.de) · Hrsg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) · Gisselberger Str. 7 · D-35037 Marburg · [www.bdwi.de](http://www.bdwi.de)

# Z

## Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift · 16. Jahrgang, Nr. 61, März 2005, 224 Seiten

### **Kampfplatz Betrieb – Anpassung oder Widerstand?**

Deppe – Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften im Kapitalismus der Gegenwart / Mayer – Arbeitskampf bei Siemens / Düe – Autoindustrie: Reagieren oder agieren? / Krull – VW: Wie weiter nach den „fetten“ Jahren? / Dörhöfer – Gewerkschaften in der Informations- und Telekommunikationsindustrie

### **Wohin treiben die USA?**

Bader – Neokonservatismus, Think Tanks und New Imperialism / Barrow – Der amerikanische Kulturkampf

### **Marx-Engels-Forschung**

Kopf – „Das Kapital“ Bd. III in der MEGA /

Hecker – Engels Umgang mit Marx' Manuskripten zum zweiten Band des „Kapital“

**Und:** Peter – Fortschritt oder Rückschritt? / Braun – Ansatzpunkte emanzipatorischen Handelns (II) / Peters – Der chinesische Transformationsprozess

**Sowie:** Berichte, Buchbesprechungen

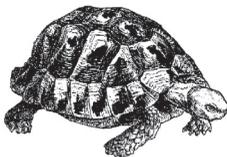
**Z** Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl.Vers). Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb:** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/ M. Tel./Fax 069 /53 05 44 06. E-mail: redaktion@zmet.net.de

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de)

**Z: Postfach 500 936 · 60397 Frankfurt · Tel. / Fax: 069 / 53 05 44 06**



**Zeitung für linke Debatte und Praxis**  
ak testen: 3 für 5 €  
Infos + Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)



ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In der aktuellen Ausgabe  
(4/05) u.a.:

- ◆ Christa Sonnenfeld: »True lies«, über 1-Euro-Jobs als humanitäres Projekt
- ◆ Nadja Rakowitz: »Kein Ort – Nirgends? Viele Orte – überall?«, Veranstaltung der Workers Center-Gruppe Rhein-Main
- ◆ Werner Sauerborn: »Blackmail Globalisierung«, zur »Rolle der Gewerkschaften in einer globalen Ökonomie«
- ◆ K.H.: »Gemach? Gemach!«, Zusammenfassung der Thesen Frank Bsirskes zur Rolle der Gewerkschaften in der globalen Ökonomie
- ◆ Beverly J. Silver: »Von scheuen Rehen und dämmernden ...«, toyotistische Variante kapitalistischer Krisenprävention
- ◆ Hasan Arslan: »EU-Binnenmarkt als Zivilisator«, zur Änderung der Arbeitsgesetzgebung in der Türkei vor dem EU-Beitritt

- Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vrk.)

DAS  
ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE  
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

259 Dialektik weiblichen  
Widerstands

**F.Haug:** Der Weg, der in die Welt, nicht ins Haus führt

**B.Epstein, J.Acker & H.Eistenstein:** Perspektiven feministischer Kämpfe

**A.Kuhn:** Kindheitsmuster - Widerstand in der Spirale der Zeit

**St.Schäfer-Bossert:** Haraways Cyborgs

**Außerdem:** H.J.Spillers *Demokratie in Amerika*, J.Rehmann *Ist die Postmoderne anti-amerikanisch?*, D.Boris/ A.Tittor *Die Piquetero-Bewegung in Argentinien* sowie zwei Literaturanalysen von H.Behrend und F.Haug zu der Erzählung »Die gelbe Tapete«

260 Neosexuelle Revolution?

**V.Sigusch:** Neosexualitäten

**W.F.Haug:** Sexualverändernde Funktionsfolgen des High-Tech-Kapitalismus

**H.Erikäinen:** Liebe deine Prothese wie dich selbst

**A.Engel:** Subversive Bilder

**E.Burman:** Kinder und Sexualität

**F.Haug:** Sex im Klassenzimmer

**Außerdem:** T.Reitz *Zur Messianisierung Karol Wojtylas*, J.Saxe-Fernández *Mexiko und die imperiale Präsidentschaft der USA*, S.Özbek *Subimperialistischer Rassismus am Beispiel der Türkei*